



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.











# Forschungen

zur

## Brandenburgischen und Preussischen Geschichte.

---

Neue Folge der „Märkischen Forschungen“ des Vereins für Geschichte  
der Mark Brandenburg.

---

In Verbindung

mit

Fr. Holke und G. Schmoller

herausgegeben

von

Otto Hinz.

---

Ächtzehnter Band.

Leipzig,

Verlag von Dunder & Humblot.

1905.

Alle Rechte vorbehalten.

**STANFORD UNIVERSITY**

**LIBRARIES**

~~4000~~ **STACKS**

**JAN 18 1971**

72.1.101

5.11.

v.18 1965

# Inhaltsverzeichnis des achtzehnten Bandes.

(Die Seitenzahlen sind die auf der inneren Blattseite befindlichen.)

| Aufsätze und kleine Mitteilungen (nach den Autorennamen alphabetisch geordnet).  |         |
|--|---------|
|  | Seite   |
| Arnheim, Zur Charakteristik Friedrichs des Großen und seines Großneffen, des nachmaligen Königs Friedrich Wilhelm III.   | 229—236 |
| ✓ v. Bardeleben, Über das Kriegswesen in der Mark Brandenburg zur Zeit des Kurfürsten Joachim I. . . . .   | 513—531 |
| Granier, Nachtrag zu dem rühmlichen Verhalten der Dorfgemeinde Koepitz in Hinterpommern im Kriege 1806 . . .   | 575     |
| Krabbo, Die habsburgischen und die preussischen Formularbücher aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts als Quelle für die Geschichte der märkischen Äskanier . . . | 123—149 |
| Krause, Stimmungsberichte aus der Zeit des unglücklichen Krieges 1806/7. . . . .   | 236—252 |
| v. Leszczyński, Eine historische Rang- und Stammliste des deutschen Heeres . . . . .   | 596—607 |
| ✓ Raubó, Zur Geschichte des preussischen Subalternbeamtentums . .  | 365—386 |
| Plehn, Zur Geschichte der Agrarverfassung von Ost- und Westpreußen (Schluß) . . . . .  | 61—122  |
| ✓ Prutz, Gottfried von Jena als brandenburgischer Reichstagsgesandter 1679—1687 . . . . .  | 387—464 |
| Rachfahl, Die Opposition des Generals von Brittwitz . . . .  | 252—257 |
| Seraphim, Zur Geschichte der Aufnahme der böhmischen Brüder in Preußen . . . . .   | 576—584 |
| Sommerfeldt, Die preussisch-österreichische Politik des Jahres 1807 bis zur Entsendung Stutterheims nach Tilsit . . . . .  | 533—573 |
| Spranger, Altensteins Denkschrift von 1807 und ihre Beziehungen zur Philosophie . . . . .  | 465—511 |
| ✓ Thimme, Friedrich Wilhelm III. und sein Anteil an der Konvention von Tauroggen und an der Heeresreform . . . . .   | 1—59    |
| Derselbe, Der Ungehorsam des Generals von Brittwitz (Erwiderung)   | 360—361 |
| Ulmann, Stimmungsberichte aus den letzten Tagen der preussischen Nationalversammlung im November 1848 . . . . .  | 585—595 |
| Polz, Prinz Heinrich von Preußen und die preussische Politik vor der ersten Teilung Polens . . . . .   | 151—201 |
| Wittichen, Friedrich Genß und Preußen vor der Reform . . .   | 203—227 |

| Neue Erscheinungen.   | Seite     |
|---|-----------|
| Zeitschriftenchau 1. Oktober 1904 bis 1. April 1905 . . .   | 261—278   |
| 1. April bis 1. Oktober 1905 . . . . .  | 609—622   |
| Schulprogramme und Universitätschriften 1904 . . .  | 278—279   |
| 1904/5 . . . . .  | 622—626   |
| Bücherbesprechungen (nach den Autorennamen alphabetisch geordnet).  |           |
| Abelen, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, 3. Aufl. (Granier) . . .   | 352       |
| Acta Borussia, Münzbeschreibung 2. (Weil) . . . . .   | 636—637   |
| Daselbe, Münzgeschichte I. (Wuttke) . . . . .   | 637—642   |
| Daselbe, Behördenorganisation VII. (D. H.) . . . . .  | 640—642   |
| Alsfede, Preuß. Herrschaft auf dem Eichsfelde (Paß) . . . . .   | 643—647   |
| Behre, Gesch. der Statistik in Brandenburg-Preußen (D. H.) . . .  | 671—674   |
| Behring, Stenzel Hornbachs Kriegstagebuch 1577 (Seraphim) . . .   | 631       |
| Bismarcks Briefwechsel mit Schlieffen 1858—1861 (Enden) . . .   | 344—349   |
| Bornhak, Preuß. Staats- und Rechtsgeschichte (D. H.) . . . . .  | 288—306   |
| Brendide, Verzeichnis mähr. Städtechroniken (Paß) . . . . .   | 262—263   |
| Bruchmüller, Zwischen Sumpf und Sand (Tschirch) . . . . .   | 306—307   |
| B. Buch, Tagebuch ed. Pirsch (Arnheim) . . . . .  | 333—335   |
| Buchholz, Die Bossische Zeitung (Tschirch) . . . . .  | 307—310   |
| Busch, Das deutsche große Hauptquartier und die Belämpfung von Paris (Granier) . . . . .                            | 353—355   |
| B. v. Delbrücks Lebenserinnerungen (D. H.) . . . . .  | 664—668   |
| B. Dieß, Aus der Zeit der Not usw. 1806—1815 (Granier) . . .  | 647—651   |
| B. Drosfen, Beiträge zu einer Bibliographie der profanischen Schriften Friedrichs d. Gr. I. II. (Arnheim) . . . . . | 335—336   |
| Erbr. v. Glosstein, Kaiser Wilhelm I. und Leopold v. Erlach (Granier) . . . . .                                     | 350—352   |
| Festschrift des Königl. preuß. Statistischen Büros (D. H.) . . .  | 674—676   |
| Friederich, Der Verbstelzung 1813 (Kollmo) . . . . .  | 340—343   |
| Geleke, Die geschichtliche Entwicklung des Landrathamtes Paß: . . .   | 320—324   |
| Gundlach, Geschichte der Stadt Charlottenburg (Paß) . . . . .   | 662—671   |
| Hegemann, Friedrich d. Gr. und die katholische Kirche (Kollmo) . .  | 642—643   |
| Prinz Hohenlohe, Aus meinem Leben. II. (Granier) . . . . .  | 651—656   |
| Hohenollernjahrbuch 1904 (D. H.) . . . . .  | 280—283   |
| Holpe, Gesch. des Kammergerichts. IV. (D. H.) . . . . .   | 283—288   |
| Jung, Die Klosterkirche zu Sinna im Mittelalter (Erich) . . . .   | 628—629   |
| Klein, Die zentrale Finanzverwaltung im Deutschen Reich am Anfang des 13. Jahrh. (Seraphim) . . . . .               | 313—320   |
| Kreßschmar, Gustav Adolf's Pläne und Siege in Deutschland (Schmidt) .   | 328—331   |
| Krollmann, Das Defensionswerk im Deutschen Reich I. (Seraphim) .  | 324—327   |
| Künzel, Thiers und Bismarck um (K. Schuler) . . . . .   | 660—661   |
| Kenz, Aufgewählte Vorträge und Aufsätze (D. H.) . . . . .   | 352—359   |
| K. Vigniz, Aus drei Kriegen (Granier) . . . . .   | 355—356   |
| Kindner, Geschichtsbildung . . . . .  | (Schmidt) |
| Kers., Allgemeine geschichtliche Darstellung . . . . .  | 279—280   |
| Matter, Bismarck et son temps I. u. Krollmann . . . . .   | 662—664   |



|  | Seite               |
|--|---------------------|
| Mittelstadt, Der Krieg von 1859. Bismarck und die öffentliche Meinung (Tschirch) . . . . .                             | 656—658             |
| Frhr. v. Rittnacht, Erinnerungen an Bismarck. N. F. (v. Petersdorff) . . . . .   | 661—662             |
| P. Müller, Zur Schlacht bei Chotusitz (H. Schmitt) . . . . .   | 336                 |
| (Philippi), 100 Jahre preussischer Herrschaft im Münsterlande (Spannagel) . . . . .                                    | 310—311             |
| v. Poschinger, Aus großer Zeit . . . . .   | } (Granier) 355—356 |
| v. Poschinger u. Schick, Bei Fürst Bismarck, Schauspiel . . . . .  |                     |
| Mühl, Briefe und Aktenstücke zur Geschichte Preußens unter Friedrich Wilhelm III. III, 1. u. 2. (Thimme) . . . . .     | { 336—340           |
| Ders., Aus der Franzosenzeit (Thimme) . . . . .  | 339—350             |
| Schleinitz-Papiere (v. Petersdorff) . . . . .  | 265—267             |
| Schmidt, Geschichte des Deutschtums in Posen (Schottmüller) . . . . .  | 647                 |
| Schwarz, Leopold Krug als Nationalökonom (D. H.) . . . . .   | 631—636             |
| Senftner, Sachsen und Preußen 1741 (Meusel) . . . . .  | 327—328             |
| Simson, Gesch. der Danziger Willkür (Seraphim) . . . . .   | 313—315             |
| v. Sommerfeld, Beiträge zur Verfassungs- und Ständegesichte der Mark Brandenburg im Mittelalter I. (Nachfah) . . . . . | 312—313             |
| Straube, Märkisches Wanderbuch (Krüner) . . . . .  | 658—660             |
| v. Verdy du Vernois, Im Hauptquartier der Russischen Armee in Polen 1863—1865 (Granier) . . . . .                      | 331—333             |
| Wachter, Ostfriesland unter dem Einfluß der Nachbarländer . . . . .  | 312—313             |
| Wagner, Ostfriesland und der Hof der Gräfin Anna . . . . .   | 343                 |
| Zache, Die Landschaften der Provinz Brandenburg (Krüner) . . . . .   | 359—360             |
| v. Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte 1806—1871 (Koloff) . . . . .   | 676—678             |
| Eingefandte Bücher . . . . .   | 259—260             |
| Berichte über die wissenschaftlichen Unternehmungen der Königl. Akademie d. W. zu Berlin, 1905 . . . . .               | 314                 |
| Preisaußschreiben . . . . .  | 1—18                |
| Sitzungsberichte des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg Dezember 1904 bis Juni 1905 . Anhang                  |                     |



|  | Seite               |
|--|---------------------|
| Mittelstadt, Der Krieg von 1859. Bismarck und die öffentliche Meinung (Tschirch) . . . . .                           | 656—658             |
| Frhr. v. Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck. N. F. (v. Petersdorff)   | 661—662             |
| P. Müller, Zur Schlacht bei Ehotusis (R. Schmitt) . . . . .  | 336                 |
| (Philippi), 100 Jahre preussischer Herrschaft im Münsterlande (Spannagel) . . . . .                                  | 310—311             |
| v. Poschinger, Aus großer Zeit . . . . .   | } (Granier) 355—356 |
| v. Poschinger u. Schid, Bei Fürst Bismarck, Schauspiel   |                     |
| Rühl, Briefe und Aktenstücke zur Geschichte Preußens unter Friedrich Wilhelm III. III, 1. u. 2. (Thimme) . . . . .   | { 336—340           |
| Derf., Aus der Franzosenzeit (Thimme) . . . . .  |                     |
| Schleinitz-Papiere (v. Petersdorff) . . . . .  | 339—350             |
| Schmidt, Geschichte des Deutschtums in Posen (Schottmüller) . .  | 265—267             |
| Schwarz, Leopold Krug als Nationalökonom (D. H.) . . . . .   | 647                 |
| Senftner, Sachsen und Preußen 1741 (Meusel) . . . . .  | 631—636             |
| Simson, Gesch. der Danziger Willkür (Seraphim) . . . . .   | 327—328             |
| v. Sommerfeld, Beiträge zur Verfassungs- und Ständegeschichte der Mark Brandenburg im Mittelalter I. (Nachfah) . . . | 313—315             |
| Straube, Märkisches Wanderbuch (Krüner) . . . . .  | 312—313             |
| v. Verdy du Vernois, Im Hauptquartier der Russischen Armee in Polen 1863—1865 (Granier) . . . . .                    | 658—660             |
| Wachter, Ostfriesland unter dem Einfluß der Nachbarländer  | } (Reimers) 331—333 |
| Wagner, Ostfriesland und der Hof der Gräfin Anna   |                     |
| Zache, Die Landschaften der Provinz Brandenburg (Krüner) . .   | 312—313             |
| v. Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte 1806—1871 (Holtz)  | 343                 |
| Eingefandte Bücher . . . . .   | 359—360             |
|  | 676—678             |
| Berichte über die wissenschaftlichen Unternehmungen der Königl. Akademie d. W. zu Berlin, 1905 . . . . .             | 259—260             |
| Preisaußschreiben . . . . .  | 314                 |
| Sitzungsberichte des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg Dezember 1904 bis Juni 1905 . Anhang                | 1—18                |



## I.

# König Friedrich Wilhelm III., sein Anteil an der Konvention von Tauroggen und an der Reform von 1807—1812<sup>1)</sup>.

Von

Friedrich Thimme.

---

In den alten Streit über die Frage, ob General Dork die Konvention von Tauroggen aus eigener Initiative oder auf Grund einer geheimen Instruktion Friedrich Wilhelms III. abgeschlossen hat, ist ein neues und überraschendes Moment hineingetragen worden durch die Veröffentlichung einer im Rgl. Hausarchiv zu Charlottenburg aufgefundenen Eingabe des Generalleutnants a. D. Ludwig Freiherrn von Wrangel, früheren Flügeladjutanten Friedrich Wilhelms III., vom 18. Juni 1838. In dieser an den Kronprinzen von Preußen, nachmaligen König Friedrich Wilhelm IV., gerichteten Eingabe hat Wrangel mit aller Bestimmtheit behauptet, der Träger einer geheimen mündlichen Instruktion des Königs gewesen zu sein. „Im August 1812,“ so lautet der betreffende Abschnitt der Eingabe, „begleitete ich Se. Majestät den König auf eine Reise nach Schlessien, und da das Gespräch auf den Einmarsch der Franzosen in Rußland fiel, wagte ich die Frage: was Ihre Majestät über Ihr mobiles Corps in Curland befohlen hätten, wenn Napoleon geschlagen würde und ein allgemeiner Rückzug erfolgte? Se. Majestät hielten diesen Fall für sehr unwahrscheinlich, geruhten indessen doch zu bemerken, daß der General von Grawert wohl mit einer Instruktion, auch auf diesen jetzt noch nicht denkbaren Fall wohl zu versehen sei, und daß das Armee-Corps sich dann von den Franzosen trennen könnte.

„In Glatz eingetroffen, ließen Seine Majestät mich des Morgens ganz früh rufen und befahlen mir, Alles zu meiner Abreise nach Curland bereit zu halten, indem Sie schon befohlen hätten, eine Cabinets-Ord

---

1) Bereits im November 1904 gedruckt.





in bezug auf letzteres mußte ich mich einstweilen mit der Erklärung des im Jahre 1899 verstorbenen Generals der Infanterie z. D. Freiherrn von Wrangel zu Sproiß bei Niesky begnügen, daß in der Tat ein Kriegstagebuch des ehemaligen Flügeladjutanten Friedrich Wilhelms III. aus dem Jahre 1812 vorliege, das die Angaben aus dem Jahre 1838 durchaus bestätige. Die von mir bei dem gegenwärtigen Besitzer des Tagebuchs nachgesuchte Einsichtnahme und Veröffentlichung fand geraume Zeit hindurch Anstand, da derselbe sich loyalerweise nicht berechtigt glaubte, das Stillschweigen zu brechen, welches der Überbringer der geheimen Instruktion und seine Nachkommen dem königlichen Hause bewahrt hatten<sup>1)</sup>. Nachdem aber Se. Majestät der König die Veröffentlichung der betreffenden Abschnitte des Tagebuchs laut eines an mich ergangenen Bescheides des Geheimen Zivillabinetts vom 7. März 1903 zu genehmigen geruht haben, steht ihrer wissenschaftlichen Verwertung nichts mehr im Wege.

Um es von vornherein zu sagen: auch das Tagebuch Wrangels, dessen Prüfung ich im April 1903 habe vornehmen dürfen, gibt noch nicht eine absolute Gewißheit über die Frage, ob die darin enthaltenen Aufzeichnungen Wrangels über seine Mission zu Grawert bezw. York im August 1812 eine gleichzeitige Niederschrift sind. Es handelt sich nicht eigentlich um ein Kriegstagebuch, sondern um kurze Eintragungen in einen mit leeren Seiten durchschossenen Notizkalender in schmal Oktav, wie er unter dem Titel „Schreibkalender auf das Schaltjahr 1812“ von der „Kgl. Preussischen Kalenderdeputation in Berlin“ ausgegeben wurde. Das vorliegende Exemplar trägt auf dem Titelblatt den handschriftlichen Vermerk:

Non est mortale, quod opto

Ludwig von Wrangel

Major und Flügeladjutant des besten Königs.

Es enthält unter den einzelnen Tagesdaten Notizen teils persönlicher Natur, teils dem höfischen und militärischen Tagesleben entnommen. Von geschichtlichem Interesse sind wohl nur die Mitteilungen über die

---

1) Auch die „Geschichte der Familie von Wrangel“ enthält nur die Angabe (II, 787 ff.), Wrangel sei am 12. August 1812 „mit besonderer geheimer Instruktion“ zu General von Grawert gesandt. Da bei Wrangels Ankunft in Mitau das Kommando bereits aus Grawerts Händen in die Yorks übergegangen sei, so habe sich Wrangel bei diesem gemeldet und die „ihm mündlich erteilten Instruktionen des Königs“ überbracht. „Über diese Reise nach Rußland und den Aufenthalt beim General v. York finden sich im Tagebuche des v. Wrangel höchst interessante Details.“



Lümping aus Pommern mit der Nachricht, daß Schwinemünde den 26. von den Franzosen besetzt und von unserm Commando von 160 Mann verlassen worden ist. Ich eile die Nacht sogleich zum König und bekomme den Befehl, bis Morgen früh zu warten, um dem Staatskanzler Anzeige davon zu machen.

Montag, 2. März. Dienst. Ein Courier aus Paris bringt das Traité mit Frankreich . . .

Dienstag, 3. März. Bei Sieben) —

Montag, 9. März. An Sieben) mitzutheilen.

Dienstag, 17. März. An Sieben) mitzutheilen.

Freitag, 20. März. Dienst. Anesebeck aus Petersburg retour. Bringt die Bestätigung der friedlichen Gesinnungen des Russischen Kaisers. G. Grawert kommt an.

Freitag, 27. März. Potsdam — Ich bekomme den Auftrag, den Grafen Sieben auf morgen nach der Fasanerie zu bestellen<sup>1)</sup>.

Sonabend, 28. März. Dienst — Nach Charlottenburg. Der König sieht die französischen Truppen auf dem Windmühlenberg. Nach<sup>2)</sup> der Besichtigung ritt ich mit dem König durch die französischen Colonnen im Überrock nach der Fasanerie, wo ich Sieben dem König zuführte. — Letzte Unterredung mit demselben.

Mittwoch, 1. April. Potsdam. Dienst. Brief an R. Alexander dem G. Sieben übergeben.

Donnerstag, 23. April. Ein Schreiben an meinen Schwager dem G. Sieben zur Beförderung gebracht.

Dienstag, 30. Juni. Graf Sieben geht ab.

Mittwoch, 29. Juli. Heute Abend erhielt ich die Ordre vom König zur R. Armee nach Rußland zu gehen.

Donnerstag, 30. Juli. Ich gehe die Nacht nach Berlin. Der König verschiebt meine Abreise wegen meines Fuß bis zur schlesischen Reise, die ich noch mitmachen soll.

Mittwoch, 5. August. Potsdam Morgens 3 mit dem G. v. Rödiger nach Grüneberg.

Donnerstag, 6. August. 5 Rationen Potsdam nach Breslau. Paradeaufstellung der Truppen.

1) Der Satz „Ich bekomme“ usw. ist mit etwas schwärzerer Tinte geschrieben.

2) Der Satz „Nach der Besichtigung“ usw. steht auf der gegenüberliegenden leeren Seite und weist etwas schwärzere Tinte auf. Die Bemerkung „Letzte Unterredung mit demselben“ könnte auf eine etwas spätere Eintragung deuten. Denn da Sieben erst am 30. Juni abreiste, so konnte Wrangel am 28. März, wie es scheint, nicht wohl die retrospektive Bemerkung „letzte Unterredung“ usw. niederschreiben. Nun entnehmen wir aber der Eingabe Wrangels aus dem Jahre 1838, daß Sieben gerade an dem Tage, wo die „Entrevue hinter der Fasanerie“ stattgefunden hatte, also am 28. März, abreisen wollte, ganz erklärlich, da an demselben 28. März die erste französische Armee unter Marschall Dubinot in Berlin einrückte. Unter diesen Umständen gewinnt es volle Wahrscheinlichkeit, daß obige Eintragung trotz der schwärzeren Tinte vom 28. oder doch einem der nächsten Tage herrührt.









Mittwoch, 16. September. Mit 51 Kanonenschüssen den angekündigten Sieg der Franzosen bei Mosaisk feiern lassen. Die Bat(taille) des 7. Sept. Nr. 9.

Dienstag, 22. September. Roeder kommt aus Kallum(?) zurück.

Mittwoch, 23. September. Nr. 11. Es schneet zum 1. Mal.

Donnerstag, 24. September. York und Essen Unterredung.

Freitag, 25. September. Nr. 12.

Sonnabend, 26. September. Nr. 13<sup>1)</sup>.

Sonnabend, 3. Oktober. Abgang nach Berlin.

Freitag, 9. Oktober. Abends um 7 Uhr in Berlin; traf den König in der Komödie. Sehr zufrieden über meine Ankunft.

Sonnabend, 28. November. Nach Potsdam. Gänzliche Flucht der französischen Armee. Alles auseinander, eilt der Weichsel zu.

Sonnabend, 12. December. 5 Rationen d. 15. Potsdam<sup>2)</sup>

Montag, 14. December. Major von Seidlitz bei mir zum Besuch.

Sonntag, 20. December. Major Seidlitz geht zur Armee retour.

Donnerstag, 31. December. Auch geht zum König von Neapel nach Königsberg.

Soweit die Aufzeichnungen des Wrangelschen Tagebuchs. Treten wir in eine kritische Prüfung derselben ein, so braucht nicht erst bemerkt zu werden, daß die Eintragungen, die nach Schrift und Tinte mit Sicherheit als unmittelbare anzusehen sind, sich als durchaus zuverlässig erweisen. Die Daten und Angaben über das Einrücken der Franzosen in preußisch Pommern, die Ankunft des Traktats vom 24. Februar, die Rückkehr Ansebecks, die Ankunft Grawerts, den Abgang Liebens, die Reise des Königs nach Schlesien, den äußeren Verlauf der Sendung Wrangels sind, wie leicht festzustellen, richtig. Wenn die angeführten Daten der von Rurland aus erstatteten Berichte Wrangels mit den Originalen zweimal um einen, einmal um drei Tage differieren, so mag sich das daraus erklären, daß in dem einen Falle das Abfassungs- und in dem anderen Falle das Abgangsdatum gemeint ist. Die geheimen Kommunikationen, welche Wrangel im Auftrage Friedrich Wilhelms III. mit dem russischen Gesandten pflog, finden zwar nicht ihrem ganzen Umfange nach, aber doch in der Hauptsache durch die bei Martens abgedruckten russischen Papiere ihre ausdrückliche Bestätigung. Am 3. März wird Lieben von Wrangel die ausführlichen Mitteilungen über den Tags zuvor eingetroffenen französisch-preußischen Bündnisvertrag erhalten haben, über die er in seiner Depesche vom 3. März berichtet<sup>3)</sup>. Auch der

1) Die Eintragungen vom 27.—30. September geben Details über die Kämpfe mit den Russen bei Bauske usw., hier als unerheblich fortgelassen.

2) Auf der gegenüberliegenden Seite, zum 12. oder 13. gehörig, die Bemerkung: „Major von Seidlitz kommt von der Armee.“

3) Martens, Recueil des Traités et Conventions conclus par la Russie VII, 44.







York bei Wrangels Ankunft beobachtet haben soll, stimmt ganz zu seinem Charakter. Genau wie er Wrangel empfangen hat, so hat er später auch den im Oktober zu ihm gesandten königlichen Flügeladjutanten Grafen Hendel von Donnersmard angefahren<sup>1)</sup>. Seine anfängliche Weigerung, die durch Wrangel ausgerichtete geheime Weisung des Königs auszuführen: er könne sich — „auf bloßer mündlicher Mitteilung“, wie die Eingabe von 1838 hinzufügt — zu solchen doppelten Rollen nicht verstehen, findet in seinem sonstigen Verhalten mehrere Seitenstücke. So in seiner Weigerung aus dem März 1812, der durch ein Schreiben des Majors von Thile, des Nachfolgers Bohns, übermittelten königlichen Weisung, York solle in der Auswahl der dem französischen General Rapp mitzuteilenden Nachrichten über die Bewegungen der russischen Truppen vorsichtig zu Werke gehen, ohne „rein ausgesprochene“ Befehle direkt vom Könige zu willfahren<sup>2)</sup>. Ein krasseres Beispiel bietet noch Yorks Widerspruch gegen die königliche Kabinettsordre vom 12. September 1812, also einen direkt ausgesprochenen Befehl des Königs, der ihm die Wiederanknüpfung der Verhandlungen mit den Russen vorschrieb<sup>3)</sup>. Nicht daß York sich anfänglich gesperrt hat, den durch Wrangel überbrachten Befehlen Friedrich Wilhelms nachzukommen, darf mithin nach seinem Charakter wunder nehmen, sondern eher, daß er von seiner Weigerung zurückgekommen ist. Wie weit dazu die 14tägigen immerwährenden Vorstellungen beigetragen haben, mit denen ihn Wrangel nach seiner Eingabe bestürmt haben will, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls lehrt der Lauf der Dinge, daß York schließlich doch sein Heil in der Ausführung der königlichen Befehle gesucht hat<sup>4)</sup>. Es war ja auch sonst seine Art, erst gründlich zu murren, und dann doch die auf ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen.

Man darf sich nicht dadurch beirren lassen, daß York im Dezember 1812 die befohlene Trennung von den Franzosen nicht in der von dem Könige im August vorgeschriebenen Form (einseitige Zurückführung des preussischen Hilskorps nach Graudenz), auch nicht in der späterhin von Berlin aus erwarteten und vielleicht zum Schlusse durch Seydlitz nahegelegten Form einer militärischen Kapitulation<sup>5)</sup> vollzogen

1) Hendel von Donnersmard, Erinnerungen aus meinem Leben S. 107.

2) Vgl. meinen Aufsatz Forschungen XIII, 256.

3) Das. S. 260 f.

4) Es soll natürlich nicht verkannt werden, daß es im weiteren Lauf der Dinge auch noch des Zurebens der Kleist, Clausen u. a. bedurft hat, um als Endresultat den Entschluß Yorks zum Abschluß der Konvention herbeizuführen.

5) Vgl. dazu meinen Aufsatz Forschungen XV, S. 196 ff., wo dies näher begründet ist.





oder einer etwanigen neuen Allianz Wert giebt und Allerhöchstdieselben nicht unter die Willkür Ihres Miirten setzt, von dem Sie die Erhaltung oder Retablirung Ihrer Staaten als Geschenk annehmen müßten<sup>1)</sup>." Diese Worte zielen genau auf das, was den eigentlichen Kern der geheimen Instruktion ausmacht. Spricht das nicht mindestens mit höchster Wahrscheinlichkeit dafür, daß York, indem er die Konvention abschloß, nur der klar und zutreffend erkannten Willensmeinung seines königlichen Herrn folgte, und daß also diesem und seinem bisher so wenig beachteten Flügeladjutanten das Verdienst gebührt, in erster Linie das Ereignis von Taurroggen herbeigeführt und damit den Anstoß zu dem großen Befreiungskriege gegeben zu haben<sup>2)</sup>?

Wie sorgsam aber York darauf bedacht gewesen ist, die ihm im August zugegangene geheime Weisung nicht allein dem Geiste, sondern möglichst auch dem Wortlaute nach zu erfüllen, dafür gibt umgekehrt wieder das Tagebuch Wrangels einen neuen Anhaltspunkt. Die Eingabe Wrangels vom 18. Juni 1838 hatte den Fall, in dem York die Trennung von den Franzosen ins Werk setzen sollte, nur mit den vagen und York eine sichere Handhabe nicht bietenden Worten „im Falle eines allgemeinen Rückzuges“ gestreift; das Tagebuch aber präzisirt den Fall mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit dahin: sollten die Franzosen

1) York an den König, 30. Dezember 1811. Droysen I, 492.

2) Ich betone bei dieser Gelegenheit nochmals (vgl. m. Aufsatz Forschungen XV, 200), daß mir die Absicht gänzlich fern liegt, Yorks Verdienste schmälern zu wollen. Ist er auch nicht mehr als der geistige Urheber des „Abfalls von den Franzosen“ anzusehen, so bleibt doch die Art der Ausführung sein alleiniges Eigentum und sein selbständiges Verdienst. York hatte vollen Grund, auf dieses Verdienst stolz zu sein. Auch Friedrich Wilhelm hat das anerkannt; vgl. die Worte, mit denen Scharnhorst die Übersendung des russischen Alexander-Newsky-Ordens an York begleitete: „Der Kaiser Alexander sieht Sie an als einen Mann, dem wir unendlich viel zu verdanken haben, und der König stimmt damit überein.“ (Aus dem Leben des Generals Oldwig von Rakmer I, 111.) Mir scheint das wichtig zu konstatieren, da man wiederholt in der vermeintlichen Tatsache, daß die Konvention von Taurroggen beim Könige keine Anerkennung gefunden habe, ein Argument gegen die Existenz einer geheimen Instruktion hat finden wollen. Vgl. Schiemann, Zur Würdigung der Konvention von Taurroggen. Hist. Zeitschrift 84, 215. Wenn die Beziehungen zwischen dem Könige und York sich später trübten, so hat das vielleicht nicht zuletzt seinen Grund in der Ruhmredigkeit, mit der sich York, berechtigt wie sein Stolz immerhin war, über seinen Anteil an Taurroggen zu äußern pflegte. Vgl. seine Denkschrift vom 22. Juni 1814 Droysen III, 495 f. Es sei in diesem Zusammenhange an die bekannte Bemerkung des Königs zum Seydlitzschen Tagebuch erinnert: „Der Nichtexistenz geheimer Instruktionen für den General York für sein Verhalten in Rurland darf nicht Erwähnung geschehen.“

wirklich über die Grenze zurückgedrängt werden und die Russen folgen. Nun, und in welchem Momente hat York den Abfall von den Franzosen vollzogen? Doch just in dem Augenblicke, wo das Macdonaldsche Korps als das für York zunächst in Betracht kommende auf seinem Rückzuge die preussische Grenze überschritten hatte und die Russen nachdrängten. So vereinigt sich alles, um es zur Gewißheit zu erheben, daß in der geheimen mündlichen durch Wrangel überbrachten Instruction die Lösung des Rätsels von Taurroggen liegt.

Über einen wichtigen Punkt gibt uns auch das Tagebuch Wrangels noch keine Aufklärung: die Unterredung Yorks mit General Essen vom 24. September. Wir erfahren hier weiter nichts als die nackte Tatsache der Zusammenkunft. Nach der Eingabe Wrangels vom 18. Juni 1888 hätte man sich ja in dieser von ihm eingeleiteten Zusammenkunft bereits gänzlich verständigt. Ich habe schon bei einem früheren Anlaß gezeigt, daß diese Behauptung insofern zu Bedenken Veranlassung gibt, als sie den Zeugnissen von Clausewitz und Seydlitz entgegensteht, wonach in der Unterredung zwischen York und Essen nichts zur Sprache gekommen oder doch das Gespräch bei höchst gleichgültigen Dingen geblieben sein soll<sup>1)</sup>. Doch scheint es nicht unmöglich, die auseinanderstrebenden Äußerungen zu vereinen. Bekanntlich hat Essen erst bei der Zusammenkunft mit York den kurz zuvor erfolgten Einzug Napoleons in Moskau erfahren. Nimmt man nun an, daß York bei dieser Gelegenheit — was gewiß einige Wahrscheinlichkeit für sich hat — von vornherein zu Essen gesagt hat: Ew. Excellenz werden begreifen, daß dies nicht der Moment zu einer näheren Vereinigung zwischen uns oder gar zu einem Abfall des preussischen Hilfskorps von den Franzosen ist, daß vielmehr sich die Lage erst gründlich ändern muß, so konnte das immerhin von dem einen Beurteiler als eine gänzliche Verständigung, von dem anderen als eine nichtsagende und gleichgültige Erklärung aufgefaßt werden. Daß York sich zu dem russischen General in der That in solchem Sinne geäußert hat, wird ja auch durch das wahrscheinlich gemacht, was Schön von York kurz nach der Konvention gehört haben will<sup>2)</sup>. Wie dem auch sei, die Zuverlässigkeit des Wrangelschen Tagebuchs erscheint dadurch nur in einem um so helleren Lichte, daß es keine derjenigen Angaben der späteren Eingabe enthält, die als irrig zu erweisen sind. Das Tagebuch, das dürfen wir mit voller Bestimmtheit behaupten, enthält in seiner Erzählung von der geheimen Instruction für York und ihrer

1) S. meinen Aufsatz Forschungen XIII. 259 f.

2) Vgl. meinen Aufsatz Forschungen XIII. 260.

Aufnahme durch diesen schlechterdings nichts, was mit Grund beanstandet werden könnte.

Aber selbst, wenn sich in der Erzählung des Tagebuchs von der geheimen Mission Wrangels dies oder das als irrtümlich erweisen ließe, wenn diese Erzählung selbst sich wider Erwarten als ein späteres, aus dem Gedächtnis niedergeschriebenes Elaborat herausstellen sollte, dürfte man sie darum in ihren Grundzügen verwerfen? Ist es denkbar, daß sich die Dinge in Wrangels Erinnerung im Laufe der Jahre so weit verschoben haben, um ihm geheime Aufträge von der größten Tragweite vorzuspiegeln, die in Wirklichkeit nie existiert haben, oder um „aus Gesichtspunkten, auf die Wrangel den kommandierenden General als eventuell in Betracht zu ziehen aufmerksam machen sollte“, eine bindende königliche Instruktion entstehen zu lassen<sup>1)</sup>? Schwerlich! Noch im Jahre 1888 mußte sich Wrangel hierin seines Gedächtnisses absolut sicher fühlen, um in einer Eingabe an den Kronprinzen Behauptungen aufstellen zu können, die, wenn die naheliegende Rückfrage bei dem noch lebenden Friedrich Wilhelm III. sie als ein mit Unrecht angemessenes Verdienst bloßstellte, alles andere eher zur Folge gehabt haben würden, als dem Bittsteller die Gnade des Kronprinzen zurückzugewinnen. Überhaupt pflegt sich doch ein Punkt von solcher Bedeutung, wie es die geheimen Aufträge Friedrich Wilhelms für Grawert bezw. York waren, dem Gedächtnis des Überbringers mit solcher Schärfe einzuprägen, um darin auch für die Folgezeit mit einiger Sicherheit haften zu bleiben. Auch die Erörterung der Rnesebedsfrage in dem letzten Hefte dieser Zeitschrift hat ja ergeben, daß der Kern der Erzählung Rnesebeds von seiner Petersburger Mission allen Angriffen der Kritik Stand hält. Und so wird es in der Regel bei Erzählungen von gleicher Art sein: in Einzelheiten mag sich das Gedächtnis verwirren, eine lebhafte Einbildungskraft zu Übertreibungen hinreißen, aber der Kern der Erlebnisse, die Summe des eigenen Thuns und Lassens wird im wesentlichen von der Erinnerung festgehalten und wiedergegeben werden. Um wie vieles unter allen Umständen die Wrangelsche Erzählung besser fundiert bleibt als die Rnesebeds, bedarf kaum der Ausführung. Bei der Mission Rnesebeds handelt es sich, um nur ein äußeres Moment herauszuheben, um eine Doppelrolle, eine offizielle und eine private, die an sich sehr wohl miteinander vereinbar, doch in ihrem Nebeneinander und scheinbaren Auseinanderlaufen immerhin das Gedächtnis des Erzählers trüben konnten und dem Historiker bis auf

1) Vgl. W. Schulzes Besprechung von Blumenthals „Konvention von Tauroggen“. Zit. Zentralblatt 1901, S. 1415.

























Wilhelms sollten sich nur zu sehr bestätigen. Wie auf einem „polnischen Reichstage“ ging es in dem Conseil zu<sup>1)</sup>. Man lese nur die drastische Kritik, welche Hardenberg an den Beratungen des Conseils in einem Briefe an den Staatsminister von Voß, einen der vier Teilnehmer, geübt hat (31. Mai 1807): „Ich frage dreist, was hat diese Einrichtung für Nutzen gehabt? Ich weiß gar keinen, und doch bestand sie länger als sechs Wochen . . . Ew. Excellenz werden mir nicht irgend etwas Großes, Entscheidendes, Kräftiges nennen können, was durch diese Beratungen bewirkt worden wäre, welche hauptsächlich nur dahin führten, die Kriegsnachrichten zu lesen.“ Hardenberg verspricht sich auch nichts mehr von einer veränderten Einrichtung des Conseils; er verwirft das ganze System, mindestens bis zur Rückkehr ruhiger Zeiten. „Verzeihen mir Ew. Excellenz die Anführung eines trivialen, aber hier sehr passenden Sprichworts: viele Köche verderben den Brei<sup>2)</sup>.“

Es ist der König gewesen, der an die Stelle des vorderhand völlig unpraktischen Staatsrats Steins die Einrichtung gesetzt hat, die unter den gegebenen Verhältnissen allein Einheit und Schnelligkeit in den Regierungshandlungen gewährleisten konnte: das System einer nicht formellen, aber doch tatsächlichen Premierministerschaft. Indem Hardenberg neben dem auswärtigen Departement auch alle auf den Krieg bezug habenden Gegenstände während seines kurzen Ministeriums in seiner Hand vereinigte, wurde er der Zentralpunkt für die auswärtigen wie für die inneren Angelegenheiten des Staates<sup>3)</sup>. Nicht minder ausgedehnt war die Einflußsphäre, die dem wiedereintretenden Stein in den Schoß gelegt wurde<sup>4)</sup>. Stein hat die Vorteile dieses Systems alsbald begriffen; ja er strebte in dem Organisationsplan für die Zentralverwaltung vom 23. November 1807 nun selbst danach, seine Stellung in der Richtung einer Premierministerschaft schärfer zu entwickeln und auszugestalten. Nur durch eine reservatio mentalis hält er noch den Standpunkt fest, den er bei seinem Vorgehen im Jahre 1806 eingenommen hatte. „Einem Manne,“ so äußerte er sich zu den Vorschlägen der Altensteinschen Denkschrift, „übertrage man die Umformung der Regierungsverfassung; ist dieses bewirkt, so übertrage man die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten einem Staatsrat, der unter dem über-

1) Nach einem Ausdruck Hardenbergs. Das. IV, 107.

2) Denkwürdigkeiten Hardenbergs III, 408. Vgl. das. S. 321 f.; IV, 107.

3) Vgl. Ranke in den Denkwürdigkeiten Hardenbergs IV, 110.

4) Kabinettsordre an Stein, 4. Oktober 1807: „Nach der Euch schon mündlich geäußerten Absicht vertraue ich Euch hierdurch die Leitung aller Civilangelegenheiten meines Staates.“ Pers. II, 626.













gebend eine Miliz haben wollen und seinen Willen, alle defensiven Anordnungen in Ausübung zu bringen, zu erkennen gegeben<sup>1)</sup>. Hier handelt es sich aber um die eigentliche, mit der Katastrophe anhebende Reformperiode. Ist Scharnhorst, so müssen wir die Frage präzisieren, dem Könige in der Erkenntnis der inneren Gründe, die die Katastrophe von Jena und Auerstedt herbeigeführt und bedingt haben, irgend voraus gewesen? Diese Frage ist mit Entschiedenheit zu verneinen. Vor wenigen Jahren erst ist durch Baillev eine eigenhändige Relation des Königs über die Schlacht von Auerstedt veröffentlicht worden<sup>2)</sup>. Mit einer geradezu staunenswerten Unbefangenheit erörtert Friedrich Wilhelm in dieser wenige Tage nach der Niederlage aufgesetzten Denkschrift die Vorgänge in der Schlacht und die Ursachen des Verlustes. In letzterer Hinsicht werden u. a. genannt: Die durch die übermäßige Bagage verursachte Langsamkeit und Schwerfälligkeit des Aufmarsches der Truppen, der Mangel an Verbindung zwischen den verschiedenen Truppen und ihre Unwissenheit in der Art, einander zu unterstützen, die wenige Energie und die Unentschlossenheit vieler Generale und Stabs-offiziere, der Mangel an Kontenance bei verschiedenen Regimentern, „der eigentlich aus Mangel an Erfahrung entsteht und bei nicht aguerrierten Truppen nicht ungewöhnlich ist“, die Vernachlässigung des Nachrichten- und Meldebienstes usw. In einer Nachschrift zu seiner Relation zieht der König gleichsam das Fazit von allem, indem er von „unseren gänzlich unerfahrenen, ohne Disposition, Zusammenhang, Führung hin- und herschwankenden Truppen“ spricht.

Auch Scharnhorst hat sich wiederholt über die Ursachen der preußischen Niederlage 1806 geäußert. In dem „Bericht von der Schlacht von Auerstedt“, den er der militärischen Untersuchungskommission am 4. Juni 1808 einreichte<sup>3)</sup>, hebt Scharnhorst kurz hervor, daß die inneren Verhältnisse der preußischen Armee keine glücklichen Erfolge zugelassen haben, ohne dies jedoch näher zu begründen. Am Schlusse des Berichts faßt er dann seine Ansicht dahin zusammen: „Mangel der gegenseitigen Unterstützung haben nicht bloß den Verlust der Schlacht und den Rückzug, sondern auch die Unordnung der Infanterie auf dem Rückzuge nach dem

Eigenruhm“ abzuwehren sucht. Warum hätte Scharnhorst sich denn nun gerade über seinen Anteil an der Reorganisation mit übertriebener Bescheidenheit äußern sollen?

1) Scharnhorsts „Vergleichung der ehemaligen Geschäftsführung der militärischen Oberbehörden mit der jetzigen“. Klippel III, 495.

2) Deutsche Rundschau 101, 382 ff.

3) Bergh, Gneisenau II, 653 ff. Vgl. die dazu gehörige Beilage Hist. Zeitschrift 60, 69 ff.













Eine gewandte Dialektik möchte vielleicht einzelne dieser Zeugnisse umzudeuten suchen, das eine etwa als eine begreifliche Rücksichtnahme auf den König — bei Böhme hieß es Schmeichelei, — das andere aus dem taktischen Streben erklären, einen Gegner der Reform zu entwaffnen. An der völligen Übereinstimmung aller aber muß jeder Versuch, die einzelnen Äußerungen zu entkräften, scheitern. Das Zeugnis Böhms ist für uns um so wertvoller, als es volle 17 Jahre früher als die Memoiren niedergeschrieben ist und so an einem lehrreichen Beispiele zeigt, welches Herrbild Gestalten und Dinge späterhin in Böhms Erinnerung angenommen haben. Der König, so behauptet Böhme in seinen Memoiren, unterstützte nur sehr bedingt die von Scharnhorst beabsichtigten Schritte<sup>1)</sup>. Der König, so versichert dagegen die Denkschrift von 1817, hat 1807 ohne Zeitverlust mit fester Hand die Grundzüge der neuen Militärverfassung entworfen, Scharnhorst hat nur die Ausführung gehabt<sup>2)</sup>. Ja, bestätigt Scharnhorst selbst, die neuen Ideen rühren durchweg vom Könige her, aus eigener Bewegung, ohne irgend einen Einfluß hat er die Hauptgegenstände der Reorganisation vorgeschrieben, ich habe nur diese Ideen in ihrem ganzen Umfange durchzusetzen gesucht. Es ist wirklich nicht möglich, die königliche Initiative stärker zu betonen, als es die beiden kundigsten Zeugen getan haben. Zu denken gibt noch die Bemerkung Scharnhorsts, daß der König außer der Vorlage der Reorganisationskommission auch mündlich Befehle in gleicher Richtung gegeben habe. Wie manche Kabinettsordre, die bei dem Mangel eines näheren Zeugnisses ohne weiteres auf das Konto eines angeblichen Vorschlags von Scharnhorst gesetzt ist, mag wohl vom Könige selbst herrühren!

Richten wir unseren Blick auf den tatsächlichen Verlauf der Reorganisation, so finden wir die Zeugnisse Scharnhorsts und Böhms durchaus bestätigt. Daß die Reorganisationskommission im Anfang eine sehr heterogene Zusammensetzung empfing, wird man nicht als Beweis des Gegenteils zulassen wollen. Bis auf den heutigen Tag ist es eine Maxime der Regierungsweisheit geblieben, bei einschneidenden Staatsveränderungen Vertreter der verschiedensten Richtungen zu Räte zu ziehen.

1) I, 294.

2) S. auch noch die Äußerung der Denkschrift von 1817: „Vertrauensvoll hatten Se. Majestät diese neue Schöpfung in die Hände des sorgfältig gewählten Mannes gelegt.“ Vgl. dazu die Erinnerungen I, 367: „Nur gegen Scharnhorst war der König ungerecht, indem er die Schuld seiner Unentschlossenheit von sich auf andere Gegenstände zu wälzen suchte, auch, fortbauend aufgeheßt durch die Maulwürfe, oft Verdacht äußerte.“



durchweg ohne Zögern zugestimmt. Wie bei der bürgerlichen Reform hören wir von keinem Abschlag von Bedeutung, den er der Reorganisationskommission erteilt hat. Eine Ausnahme bildet nur die Frage der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Selbst in dieser Frage stand Friedrich Wilhelm keineswegs prinzipiell auf anderem Boden als die Reformer: wie hätte er sonst in den Kriegsartikeln vom 3. August 1808 die künftige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht proklamieren lassen können. Aber das Dringlichere schien ihm doch die unverzügliche Reorganisation des stehenden Heeres. Auch die Mitglieder der Reorganisationskommission sind, was bisher übersehen worden ist, weit entfernt gewesen, die sofortige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu beantragen. In seinem Memoire vom 31. Juli 1807 über „Landesverteidigung und Errichtung einer Nationalmiliz“<sup>1)</sup> hat Scharnhorst die letztere nur ganz schüchtern als einen Gegenstand, „der vielleicht eine nähere Untersuchung verdient“, in Anregung gebracht. Bei dem dann am 31. August 1807 von der Reorganisationskommission vorgelegten „vorläufigen Entwurf zur Organisation einer Reservearmee“<sup>2)</sup> wird die Einreichung gleichsam damit entschuldigt, sie geschehe, „um Ew. tgl. Majestät dadurch Veranlassung zu geben, wenn auch jetzt noch nicht die Realisierung intendiert werden sollte, die darin aufgestellten Ideen doch bei den successive approbiert werdenden Gegenständen der Reorganisation allergnädigst benutzen zu lassen“. Selbst für den eventuellen Fall der „eintretenden Errichtung“ der Reservearmee schlägt die Reorganisationskommission nur vor, eine Spezialkommission aus einigen ihrer Mitglieder und mehreren Zivilkommissaren, welche den inneren Zustand der Provinzen genau kennen, niederzusetzen<sup>3)</sup>. Ersteres ist in der Tat geschehen; hat doch die spätere Konstriptionskommission in ihrem Berichte vom 5. Februar 1810 ausdrücklich anerkennen können, „daß alle von Ew. tgl. Majestät zur neuen Organisation der Armee gegebenen Gesetze, die Art der Bestrafung, das Advancement, die Abschaffung der zahlreichen Ausländer, der zur Verhütung des Einbürgerns befohlene Wechsel der Garnisonen usw. auf die Einführung einer allgemeinen Konstription berechnet seien“<sup>4)</sup>. Auch die von der Reorganisationskommission am 31. August 1807 gewünschte Heranziehung von Zivilkommissaren hat wenigstens insoweit stattgefunden, als außer Stein auch Schön veranlaßt wurde, sich zu

1) Reorganisation I, 76 ff.

2) Das. S. 82 ff.

3) Immediatschreiben der Reorganisationskommission, Memel, 31. August 1807. Kriegsarchiv des Großen Generalstabes.

4) Hist. Zeitschr. 69, 432.



April oder Anfang Mai 1809<sup>1)</sup> „über die militärischen Behörden und die neue Organisation derselben“ ausspricht, ist — darauf lassen schon die von Scharnhorst und Gneisenau eingereichten Rechtfertigungsschriften schließen — kaum anders zu erklären, als daß es Friedrich Wilhelm nicht rasch genug mit der Reorganisation vorwärts ging<sup>2)</sup>.

Um auf die Frage der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zurückzukommen, so trat sie in ein neues Stadium mit dem Vertrage vom 8. September 1808, in dem sich Preußen verpflichten mußte, nicht mehr als 42 000 Mann zu unterhalten und keine außerordentliche Miliz, Bürgergarde usw. aufzustellen, die auf eine Vermehrung der Truppenzahl abzielte. Von einer Reservearmee, von Provinzialtruppen usw. durfte nun keine Rede mehr sein; auch der Versuch, eine Vermehrung der militärischen Kräfte unter der Bezeichnung „Nationalwache“ durchzuschuggeln, ist bekanntlich gescheitert. Nur für den Fall eines Bruches mit Frankreich konnte eine Volksbewaffnung noch ernstlich ins Auge gefaßt werden. Man versteht, daß Friedrich Wilhelm im Jahre 1809, als der Bruch mit Frankreich bevorstehend schien, eine Kommission zur Beantwortung der Frage niederlegte, ob die allgemeine Konstriktion „jezt, nach der gegenwärtigen Lage des Staates“, eingeführt werden könne, und wie sie einzuführen sein würde, und daß er die Entscheidung über diese Frage wieder vertagte, als der Bruch unterblieb<sup>3)</sup>. Es ist mit nichts begründet, Friedrich Wilhelm habe an der schlechthinnigen Allgemeinheit der Wehrpflicht Anstoß genommen<sup>4)</sup>. Der König hat bekanntlich den von der Konstriktionskommission am 1. Juli 1809 überreichten Entwurf am Ende des Jahres mit dem Bemerken zurück-

---

und nur meine völlig erwiesene Unschuld errettete mich diesmal.“ Geh. St.A. Droysen verlegt den Vorfall unrichtig in die zweite Hälfte des Dezember. Was Bogen (I, 345) darüber erzählt, beweist nur aufs neue seine Unzuverlässigkeit.

1) Nicht im Frühsommer, wie Lehmann, II, 212, angibt. Scharnhorst an das Ministerium, Königsberg, 2. Juli 1809: „Ew. Excellenzen sind Zeuge gewesen, daß vor etwa 8 Wochen Se. Maj. mir Ihre allerhöchste Unzufriedenheit über die militärischen Behörden und die neue Organisation derselben zu erkennen gaben.“ Kriegsbuch des Großen Generalstabes.

2) Auch hier sind wir über den äußeren Anlaß nicht unterrichtet.

3) Vgl. Lehmann, Preußen und die allgemeine Wehrpflicht im Jahre 1809. Hist. Zeitschr. 61, 97 ff. Die Konstriktionskommission vertrat in ihrem Immediatbericht vom 1. Juli die Ansicht, „daß der jetzige Zeitpunkt gerade der angemessenste zur Einführung eines allgemeinen Heerbannes ist“. Das galt aber nur in bezug auf den „Kulturzustand E. R. M. Unterthanen“; insoweit die Lage des Staates von äußeren Verhältnissen abhängig sei, erklärte die Kommission, kein Gutachten abgeben zu können. Darauf kam aber alles an!

4) Lehmann, Scharnhorst II, 331. Vgl. dazu Meinede I, 194.





Immediatbericht aus dem Herbst 1810 darüber<sup>1)</sup>, „daß die französische Regierung eine Maßregel, die sie in mit ihr verbundenen fremden Staaten<sup>2)</sup> einführt, mißbilligen wird; es ist im Gegenteil wahrscheinlich, daß sie es sehr gut aufnehmen würde, wenn wir unser Militär ganz auf den Fuß des westfälischen einrichteten.“ Ein naiver Optimismus, der gerade bei Scharnhorst um so unbegreiflicher erscheint, als dieser sonst Napoleon das Allerärgste zutraut. Friedrich Wilhelm wird sich derartigen Illusionen um so weniger hingeeben haben, als die Erfahrung längst ihre Hinfälligkeit gelehrt hatte. Auch Stein war im Januar 1808 so töricht gewesen, zu glauben, daß es dem Kaiser Napoleon schmeicheln werde, wenn der in Paris als Abgesandter weilende Prinz Wilhelm mit der Erklärung beauftragt werde, der König beabsichtige seinem Lande eine neue Organisation ganz nach französischem Muster zu geben<sup>3)</sup>. Wie gründlich er sich verrechnet hatte, bewies der Brief A. von Humboldts, des Begleiters von Prinz Wilhelm, vom 26. Februar, in dem es u. a. hieß, Napoleon sei weit entfernt, an einer Neuorganisation des preußischen Staates ein Interesse zu nehmen, die der westfälischen Konstitution entspräche<sup>4)</sup>. War dies schon nicht der Fall: wie viel weniger durfte eine einsichtige Politik erwarten, daß Napoleon eine Einrichtung mit Wohlgefallen ansehen werde, die ihn in seinem allerempfindlichsten Punkte, der Entfesselung der Volkskräfte gegen ihn, zu treffen drohte.

Im Wahrheit freilich hätte die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht unter den obwaltenden Umständen nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung der preußischen Wehrkraft bedeutet. Wenn die Bestimmungen Gesetzeskraft erhielten, die der am 15. Februar 1810 dem Könige vorgelegte „Entwurf zur Ausführung der Konstription in den preußischen Staaten“ vorschlug, wenn die jährlich zu stellende Mannschaft nach festen und gleichmäßigen Grundsätzen auf die Kreise verteilt, wenn das Aushebungsgeschäft „mit der größten Publizität“ betrieben wurde, so fiel ja die Möglichkeit dahin, durch fortlaufende Einberufung von Rekruten die Zahl der einexerzierten Mannschaften rasch zu steigern, ohne den Franzosen einen Einblick in die Zahl der unter Waffen stehenden wie der einexerzierten Truppen zu gewähren<sup>5)</sup>. Ein auf die Täuschung

1) Lehmann, Preußen und die allgemeine Wehrpflicht im Jahre 1810. Hist. Zeitschr. 69, 456. Vgl. Lehmann, Scharnhorst II, 338.

2) Gemeint ist namentlich das Königreich Westfalen.

3) Votum Steins vom 20. Januar 1808. Haffel, I, 441.

4) Das. S. 452.

5) Nach einer Denkschrift Hates vom 1. August 1812 (Reorganisation II,



Vermehrung der Krümpfer befohlen und ausdrücklich erklärt, er werde das Bemühen auf eine größere Vermehrung der Krümpferzahl immer mit Wohlgefallen erkennen<sup>1)</sup>. In vollem Einklange damit stehen die persönlichen Bemühungen, die der König anwandte, um den Franzosen die Erfolge, die man unter und mit dem Krümpersystem erzielt hatte, zu verbergen. Bohn teilt in seinen Erinnerungen<sup>2)</sup> einen eigenhändigen Aufsatz des Königs vom 24. Juni 1810 mit, der eine Beschwerde der französischen Regierung, daß die Stärke der preußischen Armee die traktatmäßige Ziffer überschreite, zu widerlegen bestimmt war. „Der König hat darin,“ um mit Bohn zu reden, „nicht ohne diplomatische Gewandtheit die Regimentsmusiker, die Offizierbedienten, die für die Beurlaubten eingezogenen Krieger und die zahlreichen Festungsbefestigungen (Garnison- und Invalidenkompagnien) ganz aus dem Spiel gelassen und so eine Rechnung angefertigt, die die Stärke des Heeres weit unter ihren Etat stellte, für einige Zeit wenigstens die Mahnungen des französischen Gesandten beschwichtigte.“ Dasselbe Spiel wiederholte sich im Jahre 1812. Als der französische General Narbonne im Frühjahr einen Etat der preußischen Truppen, soweit sie nicht dem an dem Kriege gegen Rußland teilnehmenden Hilfskorps von 20 000 Mann angehörten, verlangte, hat Friedrich Wilhelm nach seinen speziellen persönlichen Angaben ein Tableau aufstellen lassen, demzufolge noch nicht einmal die erlaubte Ziffer erreicht war, obwohl sie in Wirklichkeit trotz der durch Napoleon erzwungenen Abrüstung im Herbst 1811 immer noch um 18 000 Mann überschritten war<sup>3)</sup>. Vergebens haben damals Hardenberg und Gale den König auf das Eindringlichste gewarnt: „Die wachsam und gewiß klarsehenden Augen der in die Festungen gesandten und durch alle Provinzen unfehlbar zerstreuten kaiserlichen Offiziere und andere Beobachter“, schreibt Gale an den Staatskanzler am 5. April 1812<sup>4)</sup>, „werden zutage fördern, was man noch so künstlich zu verstecken bemüht sein mag, wir allein werden zuletzt die Betrogenen sein, und zwar durch Selbsttäuschung, die uns leicht ins Verderben stürzen und nicht einmal eine Rechtfertigung übrig lassen wird“. Gale schlägt vor, die überzählige

1) Reorganisation II, 125. Lehmann II, 451, Anm. 2. Auch die Kabinettsordre vom 7. Februar 1811, die Lob und Tadel über die einzelnen Brigaden verhängt, je nachdem sie auf den „so wichtigen“ Gegenstand Eifer verwandt hatten, beweist, welch hohen Wert der König auf das Krümpersystem legte. Vgl. Lehmann II, 345.

2) I, 345 ff.

3) Immediatschreiben Hardenbergs, ca. 20. April 1812.

4) Geh. St.A.

















Anschluß an Frankreich verhindert hat. Und alles, was Scharnhorst im weiteren Verlaufe des Jahres 1810 empfohlen und getan hat, um Preußens Wehrkraft zu mehren, resultiert doch nur aus diesem Willen des Königs, seinem Systeme treu zu bleiben.

Zum dritten Male hat Scharnhorst im Jahre 1812, als bereits der notgedrungene Entschluß des Königs für das französische Bündnis feststand, dahin gedrängt, daß nun auch der Anschluß an Frankreich so eng wie möglich vollzogen werde, und daß der König den Kaiser Napoleon „nicht allein aus freien Stücken kräftig unterstütze, sondern auch seine Pläne, wo er könne, begünstige und ganz in dem Geiste Napoleons handele“<sup>1)</sup>. Und wieder gebührt Friedrich Wilhelm das Verdienst, nach dieser Richtung nur das getan zu haben, wozu ihn der Buchstabe der Verträge nötigte, im übrigen aber alles unterlassen zu haben, was der künftigen Erhebung den Weg verlegt hätte. Sein Werk ist es, wenn das System einer mittleren Linie während der ganzen Zeit von 1807—1813 trotz aller Bestrebungen seiner Ratgeber, die ihn bald ganz auf die eine, bald ganz auf die andere Seite hinüberzudrängen suchten, mit bemerkenswerter Konsequenz festgehalten worden ist. Gewiß hat es nicht an Abweichungen von diesem System gefehlt, aber sie sind dem Könige mehr durch den Drang der Umstände als durch den Einfluß seiner Ratgeber abgenötigt worden, und nach jeder solchen Abweichung ist die preußische Politik bald wieder zu ihrer Basis zurückgelehrt. Gerade in dieser Stetigkeit und Konsequenz, die Friedrich Wilhelms Politik in den Jahren 1807—1812 im großen und ganzen kennzeichnet, offenbart sich eine gewisse Überlegenheit. Man hat die innere Konsequenz und Folgerichtigkeit, die die Stein-Scharnhorstische Partei bei ihrer Reformtätigkeit wie in ihrer Auffassung Napoleons an den Tag gelegt habe, in Gegensatz zu der Haltung des Königs gestellt<sup>2)</sup>. Wir sahen es schon, daß beide, Stein wie Scharnhorst, diesen Ruhm keineswegs in vollem Umfange verdient haben. Ihre Auffassung über Napoleon, die just den Kernpunkt des Gegensatzes zwischen ihnen und Friedrich Wilhelm treffen soll<sup>3)</sup>, ist nichts weniger als einheitlich und konsequent gewesen. Beide haben sie sich zu Zeiten auch der Täuschung hingegeben, daß eine volle Hingabe an Frankreich Napoleon zum Freunde Preußens machen könne,

1) Promemoria Scharnhorsts für Hardenberg, 22. Februar 1812. Vgl. Lehmann, S. 450 f. Lehmann hat wieder die Ausrede bei der Hand, Scharnhorst habe im voraus gewußt, daß der König sich nicht zu einer willigen und rückhaltlosen Hingabe verstehen werde.

2) Meinede, Bogen I, 173, 219.

3) Das. S. 218.



würde sie meines Dafürhaltens weit mehr Verderben als Nutzen bringen und zwar in jeder Hinsicht<sup>1)</sup>."

Man wendet sich heutigen Tages mehr und mehr ab von der legendären Auffassung, die in Napoleon lediglich die „Eroberungsbestie“ sieht und, man betont, daß auch dieser Titane unter dem Druck der Weltverhältnisse stand, unter Mächten, die er nicht geschaffen hatte und nicht beherrschte, die älter waren als er und seine Zeit, tief verzweigt in dem Leben der Nationen<sup>2)</sup>. Die moderne Auffassung lehrt damit zu einem guten Teile nur zu den Ansichten Friedrich Wilhelms und mancher seiner vielgetadelten Ratgeber zurück, bei denen wir bereits die Ansätze zu einer vorurteilslosen Würdigung Napoleons finden. Siegt nicht auch in dieser Umkehr eine Art von Rehabilitation für den oft verkannten König?

Einer späteren Gelegenheit muß es vorbehalten bleiben, diese Gedanken fortzuführen und zu einer Gesamtwürdigung Friedrich Wilhelms, seiner Politik und seines Verhältnisses zu der „Reform- und Patriotenpartei“ in den Jahren 1807—18 zu erweitern. Hier handelte es sich für uns ja nur darum, festzustellen, ob Friedrich Wilhelm nach Ausweis seines Anteils an der Reform und der Politik Initiative und Selbständigkeit genug besessen hat, um jene durch den Major von Wrangel überbrachte geheime Instruktion für Grawert bezw. York aus dem August 1812 glaubhaft erscheinen zu lassen. Nach den Ergebnissen unserer Untersuchung können wir nicht anders als diese Frage entschieden bejahen. Damit aber fallen die letzten Zweifel, die gegen Wrangels Erzählung geltend gemacht werden könnten. Es darf somit wohl als erwiesen gelten, daß Friedrich Wilhelm, wie er zu einem guten Teile die Seele des großen Reformwerkes gewesen ist, so auch als der geistige Urheber der Konvention von Lauroggen zu betrachten ist.

---

1) Friedrich Wilhelm an Scharnhorst, 3. Februar 1812. Rgl. Hausarchiv.

2) Seng in seinem Aufsatz in der „Cosmopolis“ 1898.



## II.

# **Zur Geschichte der Agrarverfassung von Ost- und Westpreußen.**

Von

**Hans Blehn.**

(Schluß.)

---

## IV.

### **Das ostpreussische Rittergut um 1720.**

In den Jahren 1714—19 führte Friedrich Wilhelm I. mit der tatkräftigen Unterstützung des Grafen Truchseß von Waldburg die Reform der Grundsteuer, des Hufenschoßes, in Ostpreußen durch. Es geschah gegen den Willen der Stände; in diesem Streit fiel das berühmte Wort des Königs: „ich stabilire die souveraineté und jehe die Krone fest wie einen rocher von bronze.“ Zur Durchführung der Steuerreform war eine General-Hufenschoßkommission eingesetzt worden. Die Reform ging von modernen Gesichtspunkten aus. Die Steuer sollte gerechter als bisher verteilt, namentlich sollte die Bonität des Bodens und das Einkommen aus den landwirtschaftlichen Nebengewerben nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Die Grundlagen der Steuerveranlagung sind Protokolle, die von jedem einzelnen Gut und Dorf Ostpreußens an Ort und Stelle aufgenommen wurden.

Diese Protokolle, die man lange verloren geglaubt hatte<sup>1)</sup>, befinden sich in dem Archiv der königlichen Regierung zu Königsberg. Sie stellen eine vollständige, sehr detaillierte Landesaufnahme dar. In einer Generalinstruktion waren der Kommission bestimmte Schemata für die Aufnahme der Protokolle vorgeschrieben, so daß sich das Material

---

1) Zafrzewski, Die wichtigeren preussischen Reformen der direkten ländlichen Steuern im 18. Jahrhundert S. 35.





Gemarkung kein Gutsvorwerk lag. Die Protokolle kennen drei Typen von Ortschaften: 1. das geschlossene Gut („Vorwerk“) ohne Dorf, 2. das geschlossene Dorf ohne Gutsvorwerk, und 3. Ortschaften, die wir als „gemischt“ bezeichnen wollen, wo Vorwerk und Dorf nebeneinander liegen.

Wenn hier von Dörfern gesprochen wird, so sind darunter Bauerndörfer verstanden; zu den Vorwerken, die ohne Bauern sind, gehören auch Dörfer, in denen die Instleute, Knechte, Gutshandwerker usw. wohnten; dies sind also Dörfer mit ländlichen Arbeitern, aber keine Bauerndörfer. Zu dem Begriff eines Bauerndorfes gehört, daß die Bauern nicht nur eignes Vieh und etwas Gartenland besitzen, sondern vor allem, daß eine bäuerliche Ackerflur vorhanden ist, die nach den Grundsätzen des Dreifelder-systems bewirtschaftet wurde.

Die genannten drei Ortschaftstypen verteilen sich in folgender Weise:

|                       | Adlige Orte | Vorwerke ohne Dörfer | Dörfer ohne Vorwerke | „Gemischte, Orte |
|-----------------------|-------------|----------------------|----------------------|------------------|
| Oberländische Ämter . | 109         | 76                   | 19                   | 14               |
| Ratangische Ämter . . | 610         | 304                  | 216                  | 90               |
| Samländische Ämter .  | 168         | 131                  | 26                   | 11               |
| Summe                 | 887         | 511                  | 261                  | 115              |

Danach nahmen die „gemischten“ Orte (Vorwerke und Dörfer) im Oberland 12,8 %, in Ratangen 14,7 % und im Samland 6 % aller adeligen Orte ein. Aber selbst bei diesem geringen Prozentsatz trifft die Auffassung nicht zu, daß Vorwerk und Dorf meist miteinander im Gemenge gelegen hätten. In mehreren Fällen liegt das Bauernland vom Vorwerk getrennt, und zwar sind dies im ganzen 35 % aller „gemischten“ Orte. Die getrennte Lage war so sehr das Ursprüngliche, daß in einigen Fällen, wo ein Dorf auf Vorwerksländ oder ein Vorwerk auf wüsten Bauernhufen gegründet waren, eine Separation erfolgte. So waren von dem Vorwerke Lachneinen (im Amt Balga) 4 Hufen „abgeschnitten“ und daraus das Dorf Rejothen „formiert“ worden. Das Vorwerk Lemkühnen (Amt Balga) war aus der Feldmark des Dorfes Lägden „abgesondert“. In Berscheln (Amt Balga) waren die Bauernhufen von den Vorwerksländereien separiert; vorher hatten sie „Stück um Stück“ gelegen. Und von dem Gute Hirschfeld (Amt Pr. Holland) wird gesagt, „die Bauernhuben werden von dem Vorwerk separiert“; es handelte sich also um einen Vorgang der Gegenwart.







Übrigens scheinen die Unterschiede zwischen Gärtnern und Instleuten nicht durch ganz Ostpreußen und nicht zu allen Zeiten konstant gewesen zu sein. Gelegentlich finden wir in den Protokollen Gärtner auf Vorwerken, die ausschließlich mit Scharwerk bewirtschaftet wurden; in Groß-Schwansfeld (Amt Rastenburg) wurden 4 unfreie Gärtner „zum Brauwesen und -Betrieb“ gehalten.

Rattaiier werden in den Protokollen nur selten erwähnt. Das Wort stammt von dem polnischen rataj, das allgemein einen Landmann bedeutet. Der Unterschied zwischen Rattaiern und Gärtnern ist nicht ganz deutlich. In Marwiß (Amt Pr. Holland) waren 8 Gärtner und 4 Rattaiier; der Rattaiier stand auf Deputat, während der Gärtner einen fest abgemachten Tagelohn erhielt und neben der freien Wohnung etwas Wiesenland hatte. In Stephanswalde (Amt Osterode) gab es freie Rattaiier neben unfreien Gärtnern.

Die Mietsleute scheinen eine ähnliche Stellung eingenommen zu haben wie die Instleute, doch muß man unterscheiden, ob sie nur eine Wohnung und etwa dazu einen Garten, oder ob sie ein wüstes Bauernerbe gemietet hatten. Diese letzteren wird man als Bauern auf Zeitpacht bezeichnen müssen.

Gelegentlich werden auch Halbbauern erwähnt. In Bündtlen (Amt Pr. Mari) waren, da man Mietsleute für Geld nicht bekommen konnte, Halbbauern angelegt, die Zins zahlten und 8 Tage jährlich scharwerkten, „wogegen ihnen täglich das Essen bezahlt oder am Zins abgerechnet wird“.

Endlich werden noch Tagelöhner erwähnt; diese sind offenbar identisch mit den Losleuten, die in den Bauerndörfern wohnten. Das Vorwerk Pentlad (Amt Gerdauen) wurde bewirtschaftet „teils durch Scharwerk, teils vor Geld durch Tagelöhner, teils durch eigen Gefinde“. Gallinden (Amt Pr. Mari) wurde aus dem Hofe bestellt und im Rotjalle durch Tagelöhner. Der Besitzer von Pötschendorf (Amt Rastenburg) hielt nur 2 Knechte, obwohl er deren 6 gebraucht hätte; „da aber Knechte jezo schwer zu bekommen, so muß er sich mit Tagelöhnern behelfen“. Bei dem Gut Gzerlin (Amt Osterode) wird zu Protokoll gegeben: wenn es zum Aussten käme, so würden Leute aus Polen gemietet, die man wieder gehen ließe, wenn die Arbeit verrichtet wäre. —

Während die Bauern sich mit ganz geringen Ausnahmen in dem gutsuntertänigen Verhältnis befanden, waren die Landarbeiter zu einem sehr beträchtlichen Teil freie Leute. Die Generalinstruktion schreibt die Frage vor, ob Untertanen oder freie Leute bei dem Gute wären. Zu den letzteren gehörte alles Gefinde sowie Instleute und Gärtner, die in den









überwogen die kleinen und mittleren Betriebe. So besaß im Amte Serbauen ein Graf Schlieben an 220 Hufen (7 Vorwerke, 8 Dörfer und 2 „gemischte“ Orte), ferner Christoph Gustach von Schlieben 330 Hufen (6 Vorwerke, 11 Dörfer und 1 „gemischte“ Ortschaft), Johann Albrecht von Schlieben gegen 160 Hufen (4 Vorwerke und 4 Dörfer).

Jedes Vorwerk bildete eine Wirtschaftseinheit. Unter einem Vorwerk verstand man nicht wie heute einen abgebauten gutherrlichen Wirtschaftshof im Gegensatz zum Hauptgute; vielmehr bedeutete das Wort noch ganz wie im Mittelalter den gutherrlichen Eigenbetrieb an sich, im Gegensatz zu dem grundherrlichen Bauerndorfe. Das moderne Verhältnis zwischen Vorwerk und Hauptgut bestand noch nicht. Dies beruht auf einer Betriebsteilung, insofern für eine große oder ungünstig arrondierte Fläche der Hof des Hauptgutes als alleiniges Wirtschaftszentrum nicht ausreicht. Die Voraussetzung für diese moderne Betriebsteilung ist eine einheitliche Wirtschaftsleitung für Hauptgut und Vorwerk. Derartige Betriebe kommen erst Ende des 18. Jahrhunderts mit der Einführung einer intensiveren Kultur auf. Um 1720 herrschte noch das Dreifeldersystem. War damals die Gutfläche zu groß, um von einem Hofe aus bewirtschaftet zu werden, oder wurde die Ackerfläche zu groß, indem Wald gerodet oder bisher ungenutztes Land unter den Pflug genommen wurde, so baute man ein zweites Vorwerk ab. Aber diese beiden Vorwerke standen nicht unter einer einheitlichen Wirtschaftsleitung; vielmehr wurde eine neue selbständige Wirtschaft geschaffen, auf jedem Vorwerk wurde für sich nach dem Dreifeldersystem gewirtschaftet. Wenn es anderseits vorkam, daß zwei benachbarte Vorwerke, die demselben Herrn gehörten, zusammen bewirtschaftet wurden, so geschah das in der Weise, daß die ganze Hofwirtschaft auf das eine Vorwerk verlegt wurde, während der andere Hof einging. So war es z. B. in dem erwähnten Norgehnen der Fall, dessen Kleinheit ( $1\frac{1}{8}$  Hufen) einen eignen „Besatz“ überflüssig machte. —

Wir wenden uns nun zu dem landwirtschaftlichen Betriebe selbst. Von größter Wichtigkeit ist es, eine Vorstellung von der Ausdehnung des Getreidebaues zu gewinnen. Denn der Getreidebau war damals noch weit mehr als heute die Grundlage der Landwirtschaft.

Die Protokolle geben bei jedem Gute die Menge der Aussaat an. Die Spezialkommissionen begnügten sich bei deren Feststellung nicht mit den Angaben der Besitzer, sondern fragten gelegentlich auch die Hofleute, Bauern und Arbeiter aus. Und wenn man auch diese Angaben nicht für absolut zuverlässig halten will, denn sie beruhen auf Schätzung, so wird man ihnen eine hohe relative Glaubwürdigkeit doch nicht absprechen







auch hier die größten Unterschiede. Drei Güter, Tomplitten, Dargau und Hausdorf, haben nahezu die gleiche Ausfaat: 182, 186 und 187 Scheffel. Ihre Größe aber beträgt 8,  $18\frac{1}{3}$  und 12 Hufen; zu dem ersten gehörten 2 und zu dem dritten 6 Hufen Wald, so daß das Vorwerkland nur 6 Hufen umfaßte.

Wie sah nun das Land aus, das nicht unter dem Pfluge lag? Ein Teil davon war Wald. Der normale Zustand war, daß jedes Gut wenigstens so viel Wald besaß, um den eigenen Bedarf an Bau- und Brennholz zu decken. Aber das war in einigen Gegenden um 1720 schon nicht mehr der Fall. Mancher Gutsebesitzer gab an, daß er nur ein wenig Gebüsch oder Gesträuch besäße, aus dem er nicht genügend Bauholz schlagen konnte. Hier und da wird sogar über Mangel an Brennholz geklagt. In Gegenden, wo die Holznutzung gewinnbringend, die Absatzverhältnisse günstig waren, also in der Nähe der größeren Städte, war dies häufiger der Fall. Aus Bod's wirtschaftlicher Naturgeschichte von Ost- und Westpreußen wissen wir, daß gegen Ende des 18. Jahrhunderts in den nördlichen oberländischen Ämtern Mangel an Wald herrschte. In Samland war dieser Zustand schon früher eingetreten. Wo aber Überfluß an Holz herrschte, war die Verwertung schwierig. An Verkauf von Holz war nur dort zu denken, wo der Absatzmarkt nahe war, oder wo man ihn doch auf einem flößbaren Gewässer leicht erreichen konnte. Für die Osteroder Forsten waren die Verkehrsverhältnisse so ungünstig, daß das schöne Nutzholz nur mit großen Unkosten transportiert werden konnte<sup>1)</sup>. Immerhin fällt es auf, daß auf den ostpreussischen Gütern die Herstellung von Teer und Pottasche — bekanntlich eine höchst extensive Nutzung — recht selten war; sehr viel seltener namentlich als zu derselben Zeit im polnischen Westpreußen.

Endlich diente der Wald als Weide; die Bezeichnung „Schonung“ für eine junge Holzung stammt aus der Zeit, wo man das Vieh in den Wald zu treiben pflegte. So bot der Wald doch die Möglichkeit mehrfacher Nutzung, und wo immer die Fruchtbarkeit des nicht beackerten Bodens es erlaubte, da war er mit Holz bestockt. Vorwerke oder Bauerhöfe, die Krieg, Pest oder andere Unglücksfälle entvölkert hatten, und die nun wüst lagen, waren in kurzer Zeit mit Gesträuch bewachsen. Aus der Zeit nach den Schwedentriegen erwähnen die Quellen zahlreiche „verwachsene“ Ländereien. Menschenhände taten nichts dazu. Wo die Ackertrume es gestattete, forstete die Natur selbst auf. Man weiß, wie

---

1) Bod III, 28. 46. 59.









häufig, wie man aus der Zahl der Krüge erfieht, die meist in die Bauerndörfer verlegt waren. Die eignen Brauereien deckten den Bedarf der gutsherrlichen Krüge; Ende des 18. Jahrhunderts wurde in den Fahrenheidtschen und gräflich Lehnendorffschen Begüterungen das Bier an die Untertanen zu einem höheren Preise geliefert, als nach außerhalb<sup>1)</sup>.

Die weiteren Fragen des Schemas beziehen sich auf Stutereien, Kuhmellereien und Schäfereien. Wir berücksichtigen hier nur das Nutzvieh. Die Haltung von Zugvieh ist davon abhängig, ob auf einem Gut Scharwerksdienste geleistet wurden. Die Gestüte sind sehr rar. In den Ämtern Gilgenburg und Balga bestand sich je 1 mit 15 und 7 Pferden; im Amt Rastenburg 2 zusammen mit 20 Pferden; in Preussisch Eylau 4 mit 92 Stück. Hier und da wird bemerkt, daß früher Stutereien vorhanden gewesen, aber eingegangen seien.

Was die Rukhaltung betrifft, so ergibt sich ein auffälliger Unterschied zwischen dem Oberland einerseits und zwischen Ratangen und Samland anderseits. Im Oberland überwiegen die Schäfereien, während in Ratangen und Samland die Rukhaltung bedeutend mehr entwickelt ist. Im Amt Pr. Markt kommen auf 10 kulmische Hufen (666 preussische Morgen) 4,4 Kühe; in Gilgenburg 3; in Neidenburg 2; in Osterode 0,2; dagegen in Balga 8, in Barten und Schaaken 12 und in Pr. Eylau 17<sup>2)</sup>. Osterode ist außerordentlich vieharm, auch die Schafhaltung ist geringer wie in den übrigen Ämtern des polnischen Oberlandes. Besonders viehreich ist das Amt Pr. Eylau; hier findet sich auch die relativ größte Heuernte. Die Bezeichnung „Kuhmellerei“ charakterisiert den Zweck der Rukhaltung; die Verwertung besteht neben der Viehzucht im Absatz der „Milchspeise“: Milch, Butter, Käse. Der Hauptabsatzmarkt war augenscheinlich die Provinzialhauptstadt Königsberg. Im Amt Barten hielten mehrere Güter 2—4 Pferde „zur Verführung der Milchspeise“; selbst im Rastenburgischen wurden trotz der Entfernung von Königsberg Milchpferde gehalten.

Die stärkere Viehhaltung gab mehr Dünger, daher finden wir in Ratangen und Samland einen viel ausgedehnteren Getreideanbau wie im Oberlande. Besonders im Rastenburgischen Amt, das sich durch sehr guten Boden auszeichnet, war die Fläche des nicht beackerten Landes erheblich geringer als selbst in Pr. Eylau und Barten. Aber Rastenburg blieb noch weit zurück hinter dem samländischen Amt Schaaken. Die Hauptrolle bei der Viehhaltung spielte nicht sowohl der Absatz für die Milch-

1) Boehme a. a. O. 41.

2) Diese Zahlen gelten nicht für Ostpreußen an sich, sondern nur für die Rittergüter.



gegen betrug die Königsberger Ausfuhr an Gerste im Jahre 1750: 4789 Last, und 1773: 5686 Last; daneben wurden 1750: 5892, und 1773: 7655 Last Roggen, und 1750: 580, und 1773: 8278 Last Weizen ausgeführt.

Vergleicht man die Aussaat von Winterung und Sommerung in den einzelnen Ämtern, so fällt auf, daß ihr Verhältnis zueinander nicht gleich bleibt. In einigen Ämtern wurde ziemlich dieselbe Menge Winterung und Sommerung ausgesät; das Verhältnis war in den Reidenburger Gütern  $422\frac{1}{2}:516$  Scheffel; in Barten 7604:8557; in Rastenburg 8418:9478. Wenn die Sommerung etwas stärker gesät zu werden pflegte, als die Winterung, so entspricht dies Verhältnis ungefähr dem System der Dreifelderwirtschaft. Dies beruht darauf, daß jedes Feld im wechselnden Turnus bestimmt ist, in dem einen Jahre die Winterung, im zweiten Sommerung zu tragen und im dritten als Brache liegen zu bleiben. Bei gleichmäßiger Bodenbeschaffenheit sind die drei Felder ungefähr gleich groß, bei verschiedener Bonität ist auch ihre Größe verschieden, dergestalt daß der Landwirt in jedem Jahre einen annähernd gleichen Ernteertrag von Sommerung und Winterung erwarten darf. In einigen Ämtern aber überwog der Anbau der Sommerung weitaus. Das Verhältnis von Winterung und Sommerung war bei den Gütern des Amts Silgenburg 817:1466 Scheffel, in Osterode 1486:2156, in Pr. Karl 3057:4320, in Balga 15143:21297, in Pr. Gylau 7686:12260, und in Schaaken 6220:19000.

Im Samland ist dies Verhältnis — oder Mißverhältnis, im Sinne des Dreifeldersystems — zwischen Sommerung und Winterung am größten; Roggen und Weizen treten gegenüber Gerste und Hafer in den Hintergrund. Gerste- und Haferbau überwog aber nicht nur in den abligen Vorwerken, sondern ebenso bei Römern und Bauern.

Um einige Beispiele zu geben, so betrug die Aussaat in

572

572

572



Dichtigkeit beisammen geessen hat, als in den meisten anderen ostpreussischen Landschaften, und daß hier die deutsche Einwanderung in der Kolonisationszeit des Ordens sehr gering gewesen ist. Deshalb mag das deutsche Wirtschaftssystem im Samland auch dann keinen Eingang gefunden haben, als die Bevölkerung sich allmählich germanisierte.

In dem übrigen Ostpreußen, wo mit wenigen Ausnahmen das Dreifelder-system herrschte, ist das Mißverhältnis zwischen Winterung und Sommerung wahrscheinlich so zu erklären, daß von dem Winterfeld regelmäßig ein größerer Teil unbestellt blieb, während das Sommerfeld vollständiger angebaut war.

So gering die Anbaufläche im Verhältnis der zur Verfügung stehenden Ländereien war, so wurde doch mehr Getreide gebaut, als der eigne Bedarf zu Brot, Saat und Futter erforderte. Man produzierte Getreide für den Markt. Da die Bürger der kleinen Städte selbst ihre „Radikaläder“ hatten und in normalen Jahren wenigstens nahezu so viel ernteten, als sie brauchten, so war der einzige Absatzmarkt von Bedeutung die Provinzialhauptstadt und der Seehafen Königsberg. Für die oberländischen Ämter hatte Elbing eine ähnliche Bedeutung. Zum Verkauf bestimmtes Getreide wurde über 15 Meilen weit transportiert, meist im Winter zu Schlitten, denn die Landwege waren in furchtlicher Verfassung.

Die Wirkung der schlechten Verkehrsverhältnisse charakterisiert noch im Jahre 1847 Professor Schubert folgendermaßen: In den Regemonaten sowie bei Anfang und Ausgang des Winters kämen, selbst wenn die Getreideernten nicht schlecht wären, Preisdifferenzen bei den notwendigsten Getreidearten und auch bei Kartoffeln von 30, 50, 75 und selbst 100 % bei Entfernungen von 6, 10 bis 15 Meilen vor. Denn die Unfahrbarkeit der Wege machten den Transport größerer und deshalb lohnenderer Quantitäten unmöglich<sup>1)</sup>. Und noch heutigen Tages kann man in den von den Eisenbahnen weniger erschlossenen Teilen Ostpreußens recht erhebliche Unterschiede der Produktpreise auf wenigen Meilen Entfernung beobachten.

Im 18. Jahrhundert hatten die Güter, denen bäuerliche Scharwerkdienste zu Gebote standen, einen großen Vorteil gegenüber denen, die „aus dem Hofe“ bewirtschaftet wurden und ihre eigenen Gespanne zu den Getreidefahrten verwenden mußten. Zu dem Scharwerk der Bauern gehörten ganz regelmäßig die „Reisen“ nach Königsberg; dazu

1) Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik 1847. Bd. I.



---

1) Bei den „gemischten“ Orten ist die Zahl der bäuerlichen Hufen abgezogen worden.

2) Es handelt sich hier nur um Ruckvieh. Die Haltung von Zugvieh ist, wie schon gesagt, nicht berücksichtigt, weil sie dadurch keinfluß war, ob die Güter Schornwerkbienste hatten oder nicht. Man könnte hier also nur die „aus dem Hofe“ bewirtschafteten Vorwerke heranziehen, wodurch aber das Verhältnis des Zugviehes zu dem Gesamtareal verschoben würde.





ermöglichen. Zur Ergänzung der Agrarstatistik von 1720 aber müssen wir eine bereits erwähnte Tabelle über die Beiträge zur Kopfsteuer von 1701 heranziehen, die eine äußerst wertvolle Statistik über die damalige Verteilung der ländlichen Bevölkerung Ostpreußens enthält. Wir geben die Tabelle im folgenden wieder, indem wir die Anordnung der einzelnen Bevölkerungsgruppen so abändern, daß sie eine möglichst bequeme Übersicht bieten<sup>1)</sup>.

Die ländliche Bevölkerung Ostpreußens 1701—1704.

|   | a                                | b                            | c                                  | d                            | e                           |
|---|----------------------------------|------------------------------|------------------------------------|------------------------------|-----------------------------|
|   | Bergmann<br>S. 209<br>Oberstände | Bergmann<br>S. 211<br>Kölmer | Bergmann<br>S. 213<br>Kgl. Domänen | Summe<br>der Kolonnen<br>a—c | Bergmann<br>S. 215<br>Summe |
| I. Der Adel.  |                                  |                              |                                    |                              |                             |
| 1. Adlige Eigentümer und Zahl ihrer adligen Sitze . . . . .       | 1 552                            | —                            | —                                  | 1 552                        | 1 552                       |
| 2. Arme Adlige, die weniger als 6 Hufen besitzen . . . . .        | 378                              | —                            | —                                  | 378                          | 353                         |
| 3. Summe der Adligen . . . . .                                    | 1 930                            | —                            | —                                  | 1 930                        | 1 905                       |
| 4. Arrondatoren auf großen adligen Gütern . . . . .               | 300                              | —                            | —                                  | 569                          | 591                         |
| 5. Königl. Beamte und Arrondatoren Kgl. Güter (Domänen) . . . . . | —                                | —                            | 269                                |                              |                             |
| II. Die Kölmer und Freien.  |                                  |                              |                                    |                              |                             |
| 6. Hochkölmer nach Zahl der kölmischen Sitze . . . . .            | 209                              | 1 019                        | —                                  | 1 228                        | 1 201                       |
| 7. Schlechte Kölmer, Freie, Freischulzen und Krüger . . . . .     | 551                              | 8 245                        | —                                  | 8 796                        | 8 706                       |
| 8. Arme Freie, so auf 1 Hufe und darunter sitzen . . . . .        | 359                              | 8 436                        | —                                  | 8 795                        | 7 252                       |
| 9. Summe der Kölmer und Freien                                    | 1 119                            | 17 700                       | —                                  | 18 819                       | 17 159                      |
| 10. Arrondatoren und Mietsleute auf kölmischen Gütern . . . . .   | —                                | 111                          | —                                  | —                            | —                           |

1) Bergmann, Geschichte der ostpreussischen Stände und Steuern 1688 bis 1701. (Schmoller, Sozial- und staatswissenschaftliche Studien 1901.) Da es sich für uns nur um die wirtschaftlich selbständigen Existenzen handelt, sind die Rubriken: adelige Kinder, Kölmerkinder usw., Jungen, Mägde und Bauernkinder hier nicht berücksichtigt. Die von Bergmann veröffentlichten Steuertabellen decken sich, wie die Hinweise angeben, mit unsern Kolonnen a, b, c und e. Die Kolonne d ist die Summe von a—c: die Ziffern der Kolonne d (1701) entsprechen der Kolonne e (1704), decken sich aber nicht miteinander. Die Differenzen dürften sich aber kaum, wie Bergmann annimmt, aus einer Bevölkerungsabnahme durch Auswanderung erklären, sondern ihre natürliche Ursache in der Unvollkommenheit des damaligen Rechnungswesens haben.







entläuft<sup>1)</sup>. Man schloß Auslieferungsverträge mit dem Ausland. Man suchte Bauern und Arbeiter durch die Untertänigkeit zur Gesesshaftigkeit zu zwingen. Trotz alledem war wenigstens ein Teil der Landbevölkerung von einem unbezähmbaren Wandertriebe beseelt. Es war nicht nur schwer, Bauern auf untertänige Hufen zu bekommen, die Leute wollten nicht einmal mehr Gärtner werden, als welche sie drei Jahre lang auf ihrer Stelle aushalten mußten<sup>2)</sup>. „Aus Faulheit und Uebermuth“ zogen sie es vor, sich nur bei andern einzumieten, auf Arbeit zu gehen, wann und bei wem es ihnen beliebte<sup>3)</sup><sup>4)</sup>. Die Einführung der Vormiete (1526) und des Gefindezwangs (1577) wurde eben damit begründet. Nun besaß ein erheblicher Teil der Landarbeiter die persönliche Freiheit, und Wanderungen dieser Arbeiter, auch über die Landesgrenze, waren nichts Seltenes<sup>5)</sup>. Auch polnische Erntearbeiter werden im 18. Jahrhundert in Ostpreußen erwähnt<sup>6)</sup>.

Zur Zufriedenheit gereichte dieser Zustand des freien Angebots der Arbeit den beiden großen Hafenplätzen Danzig und Königsberg. Behauptete Königsberg doch stets, an die Bestimmungen der Landesordnung von 1633 nicht gebunden zu sein, die vielmehr nur für das flache Land gelte. Dagegen scheinen die kleinen Landstädte durch die Zuwanderung der Landbevölkerung eher in Verlegenheit gebracht worden

1) Rückfällige „Läufer“ wurden mit Staupenschlag durch Henkershand bestraft. 1582 wünschten die Stände eine Galeere gebaut zu sehen, auf der die mutwilligsten ihre Strafe abbüßen sollten. Toeppen, Die preussischen Landtage während der Regentschaft Georg Friedrichs. Programm des Gymnasiums Hohenstein 1865. S. 37 f.

2) Gefindeordnung von 1633. Es ist eine Bestimmung von 1606.

3) Bressig, Urk. u. Aktenst. II, 941 a. 1680. Daher sollen die Losgänger, Inst- und Mietsleute, die nur für Tagelohn dienen wollen, die doppelte Kopfsteuer zahlen wie ein Gärtner.

4) Dagegen stellt Boehme S. 20 ff. für einen Teil Masurens und Litauens fest, daß im 18. Jahrhundert die Instleute gerade danach strebten, Scharwerkbauern zu werden; meist zu ihrem Unheil, da sie durch das übermäßige Scharwerk ruiniert wurden.

5) Ein Beispiel bei Kern 168<sup>2)</sup>. In dem ersten halben Jahre 1717 gingen aus dem einen Amt Pr. Holland im Elbingschen 114 Personen, und 109 kamen von dort herein.

6) Ein Fall ist oben S. 67 erwähnt worden. Nach einem Bericht des Amtshauptmanns v. Runheim von 1717 kamen sie zur Erntezeit in die Gegend von Liebstadt und Morungen und ebenso in die zum polnischen Westpreußen gehörige Weichselniederung. Kern S. 200. — Der Königsberger Nationalökonom Kraus erwähnt sie unter dem Namen „Birrhén“. (Vermischte Schriften, Königsberg 1808. II, 183.)



Agrarverfassung gehabt, namentlich bedeutet die Ausdehnung des adligen Grundbesitzes an sich keine Verringerung des Bauernlandes. Die Landesherrschaft verlieh dem Adel nichts weiter als das Obereigentum an den Vorwerken, den Bauerndörfern und den Gütern der deutschen und preußischen Freien, oder genauer: sie vergaben dem Adel das Zwischenobereigentum daran; denn das Obereigentum über diese nunmehrigen adligen Herrschaften verblieb ihr selbst. Die Freien, die ihre Güter zu kulmischem oder preußischem Recht besaßen, blieben in dem Kreis ihrer Besitz- und Nutzungsrechte gänzlich ungeschmälert, nur daß sie den Grundherrschaften wechselten. Wenn dieser den neuen Besitz etwa zu magdeburgischem oder zu Lehnrecht erhielt, so blieben seine Unterjassen ruhig bei dem kulmischen oder preußischen Besitzrecht, das sie vorher hatten. Desgleichen die Bauern, nur daß ihre Leistungen an Zins und Scharwerk nicht mehr die Landesherrschaft, sondern der adlige Grundherr zu fordern hatte; zugleich wurde er ihr Gerichtsherr.

Jene Verschiebung des Grundbesitzes trägt also keinen sozialen, sondern lediglich einen kommunalen Charakter. Landesherrliche Güter und Dörfer wurden mediat, bisherige Domänenvorwerke wurden adlige Höfe, die Zinsdörfer der Landesherrschaft adlige Dörfer. Die soziale Besitzverteilung wurde durch die Veräußerung landesherrlichen Besitzes an sich ganz und gar nicht berührt. Nicht der bäuerliche Besitz ging und gegen die adligen Gutswirtschaften, sondern der landesherrliche Domänenbesitz gegen die adligen Grundherrschaften.

Schon früher können wir die Tendenz des Adels, seine liegenden Güter zu vermehren, mehrfach beobachten. So besaß um 1447 der Ritter Jon von Eichholz, der in den ständischen Kämpfen jener Zeit eine nicht unbedeutende Rolle spielt, in der Komturei Straßburg nicht weniger als fünf Dienstgüter und den dritten Teil eines sechsten<sup>1)</sup>. Die Kulmer Handfeste hatte dagegen noch bestimmt, daß niemand mehr als ein Dienstgut besitzen dürfte.

Man darf aber nicht übersehen, daß der Tendenz, den Grundbesitz zu vermehren, die andere Tendenz zeitlich parallel läuft, ihn zu zersplittern. Wir haben gesehen, wie die Latifundien, die der Orden in den Anfängen der Kolonisation geschaffen hatte, in einigen Generationen durch Erbteilung oder Verkauf zersplittert wurden. Sogar die Kulmer Handfeste hatte schon eine Zerteilung der Dienstgüter vorgesehen, desgleichen das Privileg für die polnischen Ritter von 1278<sup>2)</sup>. Die

1) Plehn, Straßburger Kreisgeschichte S. 44.

2) Cod. dipl. Pruss. ed. Voigt I, 172.





weitere Teilungen vermehrt. Auch Bauernhöfe sind, wie wir aus den Flurkarten wissen, geteilt worden.

Für uns ist es von besonderem Interesse, diese Tendenz bei den adligen Gütern zu verfolgen. Aus der erwähnten Forderung der Stände, die zersplitterten Anteile eines Gutes wieder zusammenzuläufen und dann von dem gesamten Gut den Kriegsdienst nur nach Maßgabe der ursprünglichen Handfeste leisten zu dürfen, ist nicht zu schließen, daß die Tendenz der Gutsverteilung damals abgeschlossen gewesen wäre und eine Reaktion dagegen begonnen hätte. Auch im 16. Jahrhundert können wir die Tendenz zur Teilung des Grundbesitzes beobachten. Es fehlt allerdings an lokalgeschichtlichen Untersuchungen, um diese Tendenz nach ihrer Stärke und zeitlichen Ausdehnung genau verfolgen zu können. Wir müssen uns auf einzelne Beispiele beschränken.

In dem polnisch gewordenen Westpreußen wurde der Zersplitterung des Grundbesitzes noch besonders dadurch Vorschub geleistet, daß der Staat sich aller Eingriffe in diese Verhältnisse entzog. König Kasimir hatte durch das Privileg von 1476 die Dienstgüter, die nun adlige Güter wurden, zum Allodialbesitz gemacht, so daß die Besitzer ein unbeschränktes Verfügungsrecht darüber ausübten. In der Starostei Stralsburg waren i. J. 1526 die Güter Jaworze und Siebenhuben im Besitz von acht Personen. Chogno, das um 1420 aus 5 Anteilen bestanden hatte, war jetzt in 12, Wlewał in 15 zersplittert<sup>1)</sup>. Mehrfach wurden im 16. Jahrhundert kleine Parzellen von zwei, einer oder einer halben „Edelhufe“ verkauft. Im J. 1569 verkaufte Paul Saborowski seinen adligen Anteil in Gottartowo, „nämlich unterm Habicht (Jastrzembie) drei Ruten breit, unterm Djeffen (Dzierżno) 5 Ruten breit und hinterm Hofe oder im Hofacker 2 Winterbeete mit den Gebäuden“<sup>2)</sup>.

So kam es auch zur Zersplitterung rein grundherrschaftlicher Rechte. Das polnische System der Realverpfändung<sup>3)</sup> beförderte dies. Im J. 1562 wurden 3½ Hufen von Gżetanowo samt dem vierten Teile des Kruges (das heißt dem vierten Teil des Zinses) verkauft. Albert von Konojad verpfändete 1561 an Niklas von Eichholz 10 Hufen in Dembowalonka mit 10 Bauern, „die Herr Niklas sich erwählen wird“. Als Anton Flowski 1558 seinen Anteil in Swirczyn verpfändete, behielt er sich den Krug und die Scharwerksdienste der verpfändeten Bauern vor, den Zins mußten sie aber an den Pfandbesitzer entrichten<sup>4)</sup>.

1) Plehn, Strassburger Kreisgeschichte S. 210.

2) a. a. D.

3) Vgl. Rüdter, Thorner Kreisgeschichte S. 63 ff.

4) Plehn, a. a. S. 211 ff.



von 1620, daß alle Güter nur so weit geteilt werden dürften, daß ein Anteil nicht weniger als 6 Hufen betrüge. Für kölnische Güter werden 3 Hufen als Mindestgröße vorgeschrieben<sup>1)</sup>. Indes zeigen die Beispiele aus den Hufenschloßprotokollen, daß diese Vorschriften nicht streng eingehalten worden sind. Nach der Steuertabelle von 1701 gab es nicht weniger als 378 adlige Güter, die kleiner als 6 Hufen waren. Und in Masuren gab es noch Ende des 18. Jahrhunderts sogenannte Freidörfer, die aus adligen Besitzungen von 2—3 Hufen bestanden<sup>2)</sup>. Im westpreußischen Kulmerlande war ein adliger Gutsanteil von 15 kölnischen Morgen, wie ihn die preußische Behörde 1772 bei der Annexion in Bletsch (Kreis Strassburg) vorfand, eine Ausnahme; diese kleinen Parzellen waren meist verschwunden<sup>3)</sup>. In einem Teil von Pommerellen hatte sich dagegen dieser adlige Parzellenbesitz erhalten. An manchen Orten gab es bis zu 60 adlige Gutsherrschaften. Der Kreis Berent zählte an 2000 kleiner Edelleute, von denen viele nicht mehr als 15 Morgen besaßen<sup>4)</sup>.

Man sieht, die freie Teilbarkeit des Grundbesitzes führte in einzelnen Fällen zu Zuständen, die denen jenseits der Grenze ähnelten. Jene adligen Besitzer Pommerellens erinnern an die „barsüßigen“ Schlachtigen Masowiens, die selbst ihre Äcker bestellten, die gesellschaftlich nicht nur zu Bauern geworden, sondern ganz proletarisiert waren, auf dem polnischen Reichstage aber dasselbe Stimmrecht hatten, wie die Gzartorski oder Sapieha. Dort gab es Güter, die bis in 200 adlige Anteile zerstückelt waren, deren Größe nicht mehr nach Morgen, sondern nur nach Beeten bestimmt werden konnte. Manch ein Schlachtig dieser Art hatte nicht mehr als ein Haus, einen Stall und so viel Land, um 2 Megen Korn aussäen zu können. Ein solches adliges Gut im Drohiczyner Kreise verschwand, als die preußische Regierung eine Landstraße verlegte; das „Gut“ hatte gerade auf der neuen Wegestrecke gelegen. In den damals preußischen Departements Ploß und Bialystok soll es an 26 000 solcher Edelleute gegeben haben. Ein preußisches Edikt von 1798 sucht diese unseligen Besitzverhältnisse zu reformieren<sup>4)</sup>.

Wie wurden nun diese Teilgüter bewirtschaftet? In welcher Weise war überhaupt die Teilung vorgenommen worden? Bei großen Gütern

1) Ostpr. Landrecht von 1620 lib. 7, lit. 3, § 5. Landrecht von 1685 ebendort.

2) Goldbeck, Topographie Ostpreußens S. 61. Vgl. auch Harthausen, Ländl. Verfassung S. 181.

3) Plehn, Strassburger Kreisgeschichte S. 244.

4) Hagen, Das Agrargesetz. Königsberg 1814. S. 53.

Forschungen v. Brand. u. preuß. Gesch. XVIII. 1.



angesiedelt wurden. Für die Arbeit des Rodens galten die Polen als besonders tüchtig<sup>1)</sup>

Die Besiedlung Masurens war mit dem dreizehnjährigen Kriege ins Stocken geraten, die von Litauen hatte zur Ordenszeit kaum begonnen. Die östlichste Stadt des Ordensstaates war Wehlau gewesen; noch im 16. Jahrhundert besaß sie das Stapelrecht über das ganze Hinterland bis zur samaitischen Grenze<sup>2)</sup>. Der Orden war, auch hier einem Flußlaufe folgend, den Pregel aufwärts vorgebrungen. Weit über die Deime und Angerapp hinaus ist er aber nicht gekommen. Die Mehrzahl der Ortschaften, die das Zinsregister des Amtes Insterburg von 1446 auführt<sup>3)</sup>, liegen in den heutigen Kreisen Pr. Friedland und Wehlau. Tapiau hieß damals noch das Waldamt, erst 1722 erhielt der Ort die Stadtgerechtigkeit.

Auch der Gang der neuen Besiedlung wird zum Teil durch die Städtegründungen bezeichnet, wenn auch nicht mehr so deutlich wie zur Ordenszeit. Im Jahre 1540 wurde Insterburg gegründet (Stadtrecht erhielt es freilich erst 1583), 1567 Goldapp. Im J. 1552 wurde Lilfit, 1642 Labiau zur Stadt erhoben. Die Städte der fünf Landratskreise Ragnit, Pillkallen, Stallupöhnen, Gumbinnen und Darkehmen verdanken ihr Dasein erst Friedrich Wilhelm I. (1722—25). Zwei litauische Kreise aber, Heidekrug und Niederung, haben bis heute keine Stadt.

Die Gründung von Städten bedeutete die Erschließung einer Landschaft für die deutsche Kultur, sie bezeichnet den Weg, den die Besiedlung durch den Staat einschlug. Die Besiedlung Litauens hat sich aber zum Teil ohne staatliche Leitung vollzogen. Sie geschah nicht ausschließlich vom Westen, von der deutschen Seite her, sondern in erheblichem Umfange vom Osten aus. So viel wir wissen, fand Anfang des 16. Jahrhunderts eine starke Einwanderung aus dem zu Polen gehörigen Litauen in das Ordensland statt<sup>4)</sup>. Die Steuertabelle von 1701 führt, wie gezeigt, an 30 000 Bauernfamilien auf Domanialland im heutigen Litauen auf. Dies Gebiet ist also nach jener Einwanderung lange Zeit sehr städtearm, zum Teil städteelos gewesen.

1) Schumacher S. 106.

2) Riemning-Lukat, Urkunden zur Geschichte des Hauptamts Insterburg S. 212.

3) a. a. D. S. 5 ff.

4) a. a. D. S. XII, Lotar Weber, Preußen vor 100 Jahren, S. 109—115. Loeppen, Geogr. 34, hält die Bevölkerung Litauens für autochthon; nimmt aber S. 271 doch eine Einwanderung zur herzoglichen Zeit an. Auch Bezzenberger hält die litauische Bevölkerung für autochthon.









Keinenfalls ist aber die verschiedene Verteilung des adligen Grundbesitzes von dem Stärkenverhältnis der deutschen und un deutschen Bevölkerung beeinflusst gewesen<sup>1)</sup>. Denn im östlichen Natangen, wo der Adel dicht aneinander saß, z. B. im heutigen Kreis Gerdauen, ist das preußische Element zur Kolonisationszeit ganz und gar nicht gering gewesen.

In der Politik der Landesherrschaft dürfte man aber doch nicht die alleinige Ursache dafür suchen, daß Litauen einen verhältnismäßig so geringen adligen Besitz aufweist. Die spärliche deutsche Einwanderung nach Litauen im 16. und 17. Jahrhundert, ja schon der späte Beginn seiner Besiedlung, desgleichen der langsame Fortgang der Kolonisation Masuriens zur Ordenszeit, lassen auf eine gewisse Kolonisationsmüdigkeit der Bevölkerung schließen. Gewiß war von sehr großem Einfluß, daß die weitere Einwanderung aus dem deutschen Mutterlande zu früh aufhörte. Schon im 15. Jahrhundert war ein zahlreicher Stand von freien Landarbeitern vorhanden, im 16. und 17. Jahrhundert hatte die Zersplitterung des adligen und des kölnischen Grundbesitzes bereits bedenkliche Dimensionen angenommen. Weshalb haben nun die Landarbeiter sich nicht als Bauern in dem neuen Kolonisationsgebiet ansiedeln lassen? Weshalb haben die Söhne von Rittern und Freien lieber einen Teil ihres väterlichen Erbes übernommen, als daß sie es ungeteilt einem Ackerbau überließen, um sich in der Wildnis einen größeren Besitz zu schaffen, der zur Ordenszeit unentgeltlich und im 16. Jahrhundert doch zu einem geringen Bodenpreise zu haben war? Hatte für die Nachkommen der deutschen Einwanderer die Existenz innerhalb der Sphäre der Kultur einen so großen Reiz, daß sie lieber unter engeren Verhältnissen dort zurückblieben, als daß sie in dem harten Leben des Squatters sich einen größeren Wohlstand begründeten? Für das Deutschtum im Osten war

---

Besitze waren. — Auch die Fälle, wo die Entwicklung den umgekehrten Verlauf nahm, wo die Güter trotz der Gerichtsbarkeit kölnische wurden, weil ihre Besitzer nicht adlig waren, sollen nach Goldbeck S. 63 nicht selten gewesen sein.

Im Regierungsbezirk Gumbinnen betrug 1840 der Flächeninhalt der adligen Güter — die Dörfer waren schon reguliert — 20818 kadm. Hufen, der kölnischen Güter 32661 Hufen. Der Regierungsbezirk umfaßte 289,21 Quadratmeilen. Schubert, Handbuch der allg. Staatskunde des preuß. Staats. I, 518 (1846).

1) So Below S. 89. Das Vorrwiegen des bäuerlichen Grundbesitzes im Ermland (S. 91) ist auf die Wirtschaftspolitik der Bischöfe zurückzuführen. Die Bischöfe von Ermland haben die innere Politik des Ordens fortgesetzt. Das rein polnische Bistum Posen kann hier nicht zum Vergleich herangezogen werden. Die Kulmer Bischöfe aber besaßen kein geschlossenes Herrschaftsgebiet, wie der von Ermland, haben also nicht eine eigne Wirtschaftspolitik ausbilden können.



dazu geräumet (gerodet) werden. Nächst daran grenzt ein wüstes Gut, Kaiserwald genannt, das kann man dazuschlagen. Hat eine ungewisse Hubenzahl, meines Erachtens nicht viel über 30 Hufen; könnte ein stattlich gut Vorwerk angelegt werden. An dies Gut Kaiserwald grenzt wieder ein wüstes Gut, Rostigeshof genannt . . . Auf dies Gut wäre eine Schäferei zu bauen: haben nächst dabei eine gute Heide; könnten alle drei Güter zusammengeschlagen werden samt der Schäferei. Sollte das Getreide zu weit zu führen sein von Rostigeshof bis gen Lixein oder Kaiserwald, so müßte man auf Rostigeshof einen kleinen Hof bauen . . . Die Erfahrung wird solches geben<sup>1)</sup>).

Amt Angermünde: „Wenn der Sperling (ein Wald) geräumet wird und die Dörfer angelegt, auch die nächsten Wälder im Insterburgischen mit Bauern besetzt werden, so kann man etliche Dörfer mit dem Scharwerk ins Insterburgische schlagen, und kann ein neu Vorwerk und Kornmühle zu Popellen angelegt werden<sup>2)</sup>.“ „Mehr Bauern ansetzen!“ schreibt Rostig in seiner Anweisung für Amtleute<sup>3)</sup>. Das Scharwerk soll ausgenutzt werden: „Ihnd ist überflüssig Scharwerk, wird viel unnütz und andern Leuten zum Besten gebraucht,“ heißt es vom Amt Tilsit<sup>4)</sup>. „In Insterburg, Ragnit und Tilsit wird das Scharwerk nicht recht gebraucht, sonst könnten die Höfe besser betrieben werden<sup>5)</sup>.“ „Bei dem Glenbruch (Amt Arns) kann auch ein gut Vorwerk und eine Schäferei angelegt werden; ist Scharwerk dazu genug, kann auch mehr gemacht werden. Etliche sehen es nicht gerne, man muß sich daran nicht hindern lassen<sup>6)</sup>.“

Die wirtschaftlichen Tendenzen des 16. und 17. Jahrhunderts werden von Anapp und seiner Schule in eine sehr einfache Formel gebracht. In jener Zeit sei der landwirtschaftliche Großbetrieb entstanden; der Adel habe seine Vorwerksbetriebe vergrößert, und um das nötige Land dazu zu gewinnen, habe er Bauern gelegt; so habe sich das Gutsland bedeutend vermehrt, das Bauernland dagegen habe abgenommen. Das Problem ist also das, ob und aus welchen Gründen sich in dieser Epoche die soziale Bodenverteilung zwischen adligen und bäuerlichen

1) a. a. D. S. 26.

2) a. a. D. S. 57.

3) a. a. D. S. 131.

4) a. a. D. S. 81.

5) a. a. S. S. 82.

6) a. a. D. S. 54.



protokolle von 1715—19 beantworten diese Frage sehr deutlich. Von 511 bauerlosen adligen Vorwerken waren 10 % nicht größer als 6 Hufen, 40 % nicht größer als 12 Hufen und weitere 40 % nicht größer als 30 Hufen. Also über 90 % der Rittergüter waren nicht größer als 2000 Morgen. Wie schon hervorgehoben, bestanden die wirklichen großen Herrschaften aus einer bedeutenden Anzahl kleiner und mittlerer Vorwerke und Bauerndörfer. Man darf demnach in dem Rittergut des 18. Jahrhunderts nicht Großbetriebe modernen Umfangs erblicken wollen. Die moderne Großwirtschaft ist erst etwa seit 1763 entstanden, seitdem die moderne landwirtschaftliche Betriebsweise Verbreitung fand. Will man den Begriff des Großbetriebes im Gegensatz zur bäuerlichen Wirtschaft auf die frühere Zeit anwenden, so wird man schon Vorwerke von 10 Hufen (= 670 Morgen = 170 ha) als Großbetriebe anzusprechen haben.

Die Ergebnisse der Hufenschußprotokolle machen es wahrscheinlich, daß ein sehr großer Teil der ostpreussischen Gutswirtschaften sich von der Kolonisationszeit an bis zum 18. Jahrhundert in derselben Größe erhalten hat. Es ist daran zu erinnern, daß wie zur Kolonialzeit, so auch um 1720, Vorwerke und Dörfer in der Regel voneinander getrennt gewesen, daß sie, modern gesprochen, selbständige Gutsbezirke und Landgemeinden gebildet haben. Die Vorwerke, die wir um 1720 in einer Dorfgemarkung im Gemenge mit Bauernland antreffen, sind wohl sämtlich später entstanden und sind zweifelsohne auf früherem Bauernacker errichtet worden. Ihre Zahl ist aber in Ostpreußen lange nicht so groß, wie etwa in Schlessien. In den immerhin nicht wenigen geschlossenen Dörfern, die sich in adligem Besitz befanden, kann höchstens vorübergehend einmal ein Vorwerk bestanden haben. Sind nun die geschlossenen Vorwerke größtenteils aus früherem Bauernland gebildet worden? Bei den Vorwerken von kleinerem Umfange liegt keinerlei Nötigung vor anzunehmen, daß dort Bauern angesiedelt und später gelegt worden seien. Wir wissen, daß diese schon im Mittelalter ohne Bauernscharwerk, lediglich durch die Arbeit von Gärtnern und Gesinde bestellt wurden, und daß diese Wirtschaftsweise bei den Römern, die keine Bauern ansiedeln konnten, die Regel war. Die Ansicht, daß zu jedem Gutsvorwerk notwendig ein Bauerndorf gehört haben müsse, trifft für Preußen für die ganze Zeit vom 13.—18. Jahrhundert nicht zu. Es würde des lokalgeschichtlichen Nachweises für jeden einzelnen Fall bedürfen, daß auf solchen kleinen Rittergütern Bauern ansässig gewesen und später gelegt worden seien.

Was die größeren Gutsvorwerke betrifft, so haben wir gesehen, daß die Anbaufläche von Getreide gerade hier außerordentlich gering war,



Und nicht nur in dem litauischen und masurischen Kolonisationsgebiete, wo der Adel ja ohnehin nicht viele Güter erworben hat, sondern auch in den Gebieten ältern Anbaus sind neue Vorwerke angelegt worden. Aber es geschah nicht notwendig auf Bauernland. Die größern Besitzungen hatten Land dazu im Überfluß, Wald oder nicht in die Ackerwirtschaft einbezogenes Gelände; hier galt noch, was Tacitus von den alten Germanen sagte: *superest agor*. Auf einem Gute von 40 Hufen konnte leicht ein zweites Vorwerk abgebaut werden.

Ausgeschlossen ist freilich nicht, daß sich das Vorwerk auch auf Kosten von Bauernland vergrößert hätte; nur daß es dann wohl gerade aus den entgegengesetzten Gründen geschah, als Knapp annimmt. Der Zweck war nicht die Vergrößerung, sondern im Gegenteil die Verkleinerung des Betriebes. Die Gründung neuer adliger Vorwerke war meist die Folge von Erbteilungen; in Erbverträgen wird gelegentlich die Absicht ausgesprochen, die Zahl der Vorwerke mit der Zahl der Erben in Einklang zu bringen<sup>1)</sup>. Mit der Realteilung eines Gutes war aber nicht nur eine Verkleinerung des Grundbesitzes, sondern häufig auch des Vorwerklandes verbunden. Wurde der Besitz eines Dorfes unter mehrere Erben geteilt, so kam nur die Teilung des Zinses und eine Zersplitterung der Grundherrschaft in Frage. Wurde aber ein Gut geteilt, das nur aus einem Vorwerk bestand, so verkleinerte sich natürlich der Betrieb. Am deutlichsten läßt sich das bei den Römern erkennen, die ja stets ohne Bauern waren.

Die Voraussetzung war, daß Land genug vorhanden war, um ein zweites, vielleicht noch ein drittes Vorwerk abzubauen. In einigen Fällen kam es auf diese Weise zu außerordentlichen Zerstückelungen des Besitzes. Wie aber, wenn den Erben nicht nur ein Vorwerk, sondern daneben auch ein Bauerndorf gehörte? In solchen Fällen mögen Bauern gelegt worden sein, indem die mit gutem Besitzrecht zwangsweise ausgelaut, die mit schlechtem kurzer Hand zu Instleuten gemacht wurden.

In der Mark Brandenburg, in Pommern und Schlesien scheint die Erweiterung der Vorwerksländereien, die wohl auch hier nicht nur in der Vergrößerung schon vorhandener Gutswirtschaften, sondern auch in der Gründung neuer Vorwerke bestand, häufiger auf Kosten von Bauernland erfolgt zu sein. Für Ostpreußen fehlt es für die Zeit bis zum ersten Schwedentriege an Nachweisen. Die Ursachen dieser Entwicklung aber

1) Vgl. den Eulenburgischen Vertrag von 1563 (*Diplomatarium Heurgense* II, p. 9 f.); den Dohnaschen Vertrag von 1622 (Aufzeichnungen über die Vergangenheit der Familie Dohna [von Graf Siegmund Dohna] I, 54, Urkundenbuch).





Reichstage seine Stimme abzugeben, in dessen Macht es lag, den Reichstag zu zerreißen, dieser Schlachtig war ein solches Zerrbild des Adels, daß es den deutschen Sinn abschrecken mochte. Man hielt den Grundbesitz zusammen. Wie schon erwähnt, setzte das ostpreußische Landrecht von 1620 Grenzen für die Realteilung adliger und kölnischer Güter fest.

Die Gutswirtschaft bildete für den zahlreichen Teil des Adels, der keine Bauerndörfer besaß, also keinen Bodenzins erhielt, die wesentliche, wenn nicht die einzige Einnahmequelle, während für die Grundherren im Westen Deutschlands der Bodenzins nur eine Einnahmequelle neben anderen war. Die Zerstückelung der selbstbewirtschafteten Vorwerke machte den ostdeutschen Adligen zum Bauern, hätte ihn in weiterer Folge zum Proletarier gemacht, während im Westen die Zersplitterung der Grundherrschaft durch Erbteilung nur diese eine Einnahme des Grundherrn verringerte. Die Notwendigkeit, der Zersplitterung der selbstbewirtschafteten Vorwerke Einhalt zu tun, wird dann auch eine Reaktion gegen die Zersplitterung der Grundherrschaften über die Dörfer (die wie gezeigt, im 15. und 16. Jahrhundert in Preußen vorkommt), erzeugt haben. Auch die Ausbildung, die die gutsherrschaftlichen Rechte durch die Einführung der Untertänigkeit erfuhren, mag in derselben Richtung eingewirkt haben.

Das Wesentliche aber ist, daß die Wirtschaftsform des Gutsbetriebes von Anfang an bestand, und daß die Landwirtschaft der Beruf wenigstens der kleineren Grundherren war. Die Gutswirtschaft mit ganz extensivem Betriebe war die natürliche Wirtschaftsform für größere Unternehmer in der noch sehr dünn bevölkerten Kolonie. Je mehr die Kulturläche wächst, die Bevölkerung durch Einwanderung und natürliche Vermehrung steigt, desto mehr verkleinert sich der Umfang des Grundbesitzes. Diese Entwicklung, die wir aus der Besiedelung von Nordamerika kennen, finden wir auch im Ordenslande wieder. Bei fortschreitender Kultur, aber bei noch sehr extensivem Betriebe, war der kleine und mittlere Betrieb wirtschaftlich lohnender als der große. In einem Bauerndorfe ist ein sehr viel kleinerer Prozentsatz der Gemartung unbeackert als auf einem Gute von 40 Hufen. Die Grundherren gründeten deutsche Bauerndörfer, das Gutsland verringerte sich zu gunsten des Bauernlandes.

Die Vollendung dieser Entwicklung, so wie sie in Altdeutschland ausgebildet war, hätte aber eine bedeutend stärkere Einwanderung deutscher Bauern zur Voraussetzung gehabt. Streubesitz und vielfach geteilte Grundherrschaft setzt eine sehr starke bäuerliche Bevölkerung voraus, die für große Gutswirtschaften keinen Raum mehr läßt.

Nun ist das nordostdeutsche Kolonialland auch in seiner mittel-



ausgereicht, um alle Domänen in Bauerngüter zu verwandeln und vollends sie mit tüchtigen Erbpächtern zu besetzen<sup>1)</sup>. Dabei war an eine Parzellierung der adligen Güter noch gar nicht einmal gedacht.

Die beiden Schwedenkriege des 17. Jahrhunderts spielen in der Agrargeschichte Ost- und Westpreußens ungefähr dieselbe Rolle wie der Dreißigjährige Krieg in Pommern und Brandenburg. Wenn auch nicht alle Landschaften gleichmäßig von den Kriegsleiden betroffen wurden, so haben zweifellos die Verwüstungen einen gewaltigen Umfang erreicht. In der Kulmer Diözese war um 1670 eine große Anzahl von Dörfern völlig menschenleer, die Hufen verwachsen. Allein in den beiden Starosteien Strassburg und Gollub waren 9 Bauerndörfer, die zusammen gegen 8500 Hektar umfaßten, und außerdem 7 Güter gänzlich verödet; in 13 andern Bauerndörfern, die zusammen etwa 14 000 Hektar ausmachten, befanden sich im ganzen noch 39 Bauern. Vollständig besetzt waren nur 2 Dörfer<sup>2)</sup>. Wenn die Folge dieser Zerstörung war, daß die Grundherren auf den verwachsenen Bauernhufen Vorwerke anlegten<sup>3)</sup>, so kann eine Expansionsstendenz der Gutswirtschaft darin natürlich nicht erblickt werden.

Auch in Ostpreußen hatte der Krieg furchtbar gehaust. In einer Bittschrift der Ritterschaft von 1669 heißt es: „es hat der Krieg das Volk dünn gemacht, daß Dörfer, wo zuvor 6 oder 10 und mehr besetzte Bauern samt ihrem Gefinde gesessen, jezo kaum von 3 oder 4 Gärtnern bewohnt werden. Dahero mancher arme Edelmann, der hievor der bäuerlichen Arbeit nicht gewohnt gewesen, nun aus Mangel der Arbeitsleute selbst in seiner Wüstenei mit angreifen und schwer arbeiten muß<sup>4)</sup>.“ Nach einem Verzeichniß von 1679 betrug die Zahl der wüsten Hufen in Preußen nicht weniger als 16 797 = 277 150 Hektar<sup>5)</sup>. — Dann wütete in den Jahren 1708—11 die Pest, besonders in Litauen und Masuren. Einem Grafen Schlieben, dessen Begüterungen im Amt Gerdauen lagen, waren über 1000 Untertanen gestorben<sup>6)</sup>; manche Landstriche waren förmlich entvölkert. In jener Zeit sind auch

1) Baczo, Geschichte Preußens VI, 331.

2) Plehn, Straßburger Kreisgeschichte S. 161—63. Vgl. Märder, Thorner Kreisgeschichte S. 62.

3) a. a. D. S. 213 f.

4) Bregsig, Urkunden u. Altenstücke II, 58<sup>a</sup>.

5) a. a. D. II, 877. Allerdings werden Hufen auch noch als wüst geführt, wenn sie in irgend einer provisorischen Form schon wieder Nutzen geben. Vgl. a. a. D. II, 949.

6) Hufenschußprotokolle.



was sie mit wegbringen können, mit sich genommen, wodurch er in großen Schaden gesetzt ist“.

**Maunwald:** „es ist eine Neusasse vor der Pest gewesen, wie die Leute aber in der Pest ausgestorben, hat der Herr Besitzer ein Vorwerk daraus gemacht“.

Es liegt kein Grund vor, an der Wahrhaftigkeit dieser Angaben über die Ursachen der Vorwerksgründungen zu zweifeln. Denn wo Bauern wirklich gelegt worden sind, da wird dies in den Protokollen offen ausgesprochen. Wir geben ein paar Beispiele.

**Amt Balga. Eichholz:** hier waren 8 besetzte Bauern. Früher waren 10 besetzte Bauern und ein Schulz gewesen. „Es ist dieser aber nebst 2 Bauern, weil die Herrschaft ihnen jährlich Saat und Brot geben müssen, abgesetzt, und weiß Herr Deponent nicht, wie es sein Herr Bruder (der Besitzer) hiemit künftig halten wird, und wie es den übrigen, so gleichfalls schlecht stehen, mit der Zeit gehen wird.“ Die 3 unbesetzten Erbe wurden von dem Gutsbefizer bewirtschaftet.

**Liepnicken:** es war vormalß ein Dorf; „weil aber die Leute so sehr verarmt, und weder Saat noch Brot gehabt, so sind sie von den Hufen heruntergeworfen, und ist ein Vorwerk daraus gemacht“.

**Amt Rastenburg. Witmannsdorf:** früher waren hier Bauern gewesen; da der Besitzer „aber seine Convenienz dabei nicht gefunden, indem auch schwer Leute zu bekommen, so hat er selbige wieder abgeschafft“<sup>1)</sup>.

**Amt Gerdauen. Woll:** von den 10 Hufen des Dorfs sind 8 infolge der Pest und der Werbung wüst; die beiden noch vorhandenen Bauern sollen auch nächstens nach Lablaff gezogen und zu Gärtnern gemacht werden.

**Oschlinnen:** nachdem das Dorf durch die Pest wüst geworden, hat der Eigentümer es wieder besetzt; „weil aber die Soldaten ihm die Knechte weggeworben, so hat er die Leute wieder von den Erben nehmen und den Platz der weggeworbenen Knechte damit besetzen müssen“. Jetzt sei das Dorf ganz wüst, die Gebäude verfallen.

Auch diese Fälle von Bauernlegen zeugen nicht von einer Expansions-tendenz der Gutswirtschaft. Die Bauern wurden meist gelegt, weil sie wirtschaftlich untüchtig waren. Schon die Landesordnung von 1526 hatte

1) Hierher gehört auch der von Kern S. 179<sup>3</sup> erwähnte Fall. Herr von Haubitz-Ralschöwen (Hauptamt Ortelburg) hatte seine Bauern abgeschafft, um ihnen nicht alle Jahre neues Vieh liefern zu müssen. — Bei einem anderen Beispiel in Abselleim (Kern S. 180<sup>3</sup>) ist kein Grund für das Legen von Bauern angegeben.









Domkapitel 1759 das Vorwerk Sugaino parzellerte und an Bauern ausstat. Im J. 1766 hob der Bischof von Ploß in seinem Gurznoer „Schlüssel“ (im heutigen Kreise Strassburg) sämtliche Vorwerke auf und verwandelte sie in Bauerndörfer<sup>1)</sup>. — Daneben kam die Zeitpacht vor. Die erwähnte Steuertabelle von 1701 erwähnt die „Mietsleute, so Acker gebrauchen“. Sie finden sich auch auf kölmisschen Gütern. Am frühesten werden sie erwähnt in der ermländischen Landesordnung von 1529<sup>2)</sup>.

Auch nach 1720 hat die Ansiedlung von Bauern auf adligen Gütern ihren Fortgang genommen. Über ihren Umfang sind wir nicht näher unterrichtet: doch ergeben die Separationsrezesse und Flurkarten aus den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, daß auf einer ganzen Reihe von Gütern, die nach den Hufenschoßprotokollen „aus dem Hof“ bewirtschaftet wurden und keine Bauern hatten, hundert Jahre später Regulierungen vorgenommen worden sind<sup>3)</sup>.

Das ostpreußische Rittergut, wie es sich uns nach den Protokollen darstellt, ist dem mittelalterlichen Wirtschaftsbetriebe weit ähnlicher als dem modernen. Die Epoche von 1770—1805 hat es weit mehr vor Grund aus verändert als etwa das Zeitalter der Reformation. Die Ähnlichkeit zwischen dem mittelalterlichen Vorwerk und dem Rittergut um 1720 liegt nicht nur in der extensiven Wirtschaft, im Dreifelder-system, sondern auch in dem geringen Umfange des Betriebes.

Vergleicht man dagegen das Rittergut um 1720 mit dem modernen landwirtschaftlichen Großbetriebe, so unterscheiden sich beide hauptsächlich

1. durch die Änderung der Arbeitsverfassung infolge der Bauernbefreiung,
2. durch die Reform des gesamten landwirtschaftlichen Betriebes und
3. durch die durchschnittliche Vergrößerung des Areal.

Die Änderung der Arbeitsverfassung durch die Bauernbefreiung betraf nur diejenigen Vorwerke, die zum Teil oder ganz mit dem Scharwerk der Bauern bewirtschaftet wurden. Ein erheblicher Teil der Rittergüter wurde, wie wir gesehen haben, davon nicht berührt. Nach einem Gutachten von 1785 wurde damals „fast der größte Teil“ der ostpreußischen Güter von den Besitzern mit eigenen Gespannen bewirtschaftet<sup>4)</sup>.

1) Plehn, Strassburger Kreisgeschichte S. 218.

2) Anhang zum Jus Culmense Correctum (Braunsberg 1711) S. 113.

3) z. B. im Amt Osterode die Güter Lubehnen, Gr. Napern, Warweiden, Bergfriede.

4) Kern, Beiträge S. 195 f.



Zeit von 1770—1805. Damals begannen sich ganz neue wirtschaftliche Aussichten zu eröffnen, und neue wirtschaftliche Motive machten sich geltend. Die Reform der landwirtschaftlichen Technik blieb auf Jahrzehnte hinaus der Vorzug des Großgrundbesizers. Der Bauer, aufgewachsen im Bann der Dreifelderwirtschaft, durch den Flurzwang an die bisherige Wirtschaftsweise gebunden und durch den Druck der Untertanschaft selbständiger Regungen entwöhnt, nahm an dem Aufschwung der landwirtschaftlichen Technik und an den steigenden Erträgen seiner Produkte auf lange Zeit hinaus keinen Anteil. Der Rittergutsbesitzer war der Pionier der neuen landwirtschaftlichen Technik, und er war es, der die großen wirtschaftlichen Vorteile genoß, die sich aus ihrer Anwendung ergaben. Die nächste Folge war die Ausdehnung des Getreidebaues. Für die Güter, deren Areal nur unvollkommen angebaut war, war die Möglichkeit einer größeren Kornproduktion von vornherein vorhanden. War die Grenze des möglichst großen Kornbaues aber erreicht, so suchte man mehr Land zu erwerben.

Die Güter vergrößerten sich. Einmal in der Weise, daß die kleinen Rittergüter verschwanden; sie wurden von den Nachbarn angekauft, und wo sich mehrere in demselben Besitze befanden, zu einem Betriebe zusammengeschlagen. Nach der Steuertabelle von 1701 gab es in Ostpreußen 1930 adlige „Sitze“; die Zahl der adligen Güter war größer, da häufig eine ganze Anzahl von Vorwerken zu einem Edelsitze gehörten. Im J. 1837 gab es dagegen im Gumbinner Regierungsbezirk nur 279, im Königsberger 981 Rittergüter; und darunter befanden sich nicht wenige Güter, die früher kölnischer Qualität gewesen waren: 176 im Regierungsbezirk Gumbinnen<sup>1)</sup>. Das Gesetz über die Provinzialstände von 1823 erkannte in Anknüpfung an die älteren Landrechte als adlige Güter nur solche an, die mindestens 6 kölnische Hufen groß waren.

An vielen Orten aber erfuhr das Gutsland einen starken Zuwachs dadurch, daß die Bauern gelegt wurden, daß sie bei der Regulierung einen Teil ihres Landes den Gutsherren abtraten, und daß ein beträchtlicher Teil der Bauern, die sich in der schweren Agrartrise nicht halten konnten, von den Gutsherren ausgekauft wurden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat sich der ostpreußische Bauernstand um 20 % vermindert. Die Tendenz, das Gutsland auf Kosten des Bauernlandes zu vergrößern, begann erst unter dem Einfluß der betriebstechnischen Fortschritte der Landwirtschaft. Und diese Tendenz wurde aufs wirksamste gefördert durch die Ideen des wirtschaftlichen Liberalismus, die

1) Rau's Archiv der polit. Ökonomie. N. F. III, 50.

sich gerade in Preußen — von England über Königsberg importiert — äußerst schnell einbürgerten. Jetzt kam die Meinung auf, daß der Großbetrieb dem Kleinbetrieb an sich überlegen sei — und daß der Staat im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts den Prozeß der Aufsaugung der kleinen Betriebe durch die großen nicht aufhalten dürfte. Daß die preußische Regierung 1816 das Prinzip des Bauernschutzes (der in Ostpreußen ja niemals durchgeführt worden war) aufgab, war vielleicht weniger ein Sieg der Rittergutsbesitzer, als ein Sieg der liberalen Ideen.

---

### III.

## Die habsburgischen und die premyslidischen Formular- bücher aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts als Quelle für die Geschichte der märkischen Askanier.

Von

Hermann Arabbo.

---

Eine der wichtigsten Quellen für die deutsche Geschichte in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts sind die in den fürstlichen Schreibstuben entstandenen Brieffsteller. Die Kanzleibeamten besonders der ersten Habsburger und der letzten Premysliden haben uns für die politische Geschichte sehr ergiebige Brieffsammlungen hinterlassen.

Die Echtheit der in diesen Werken uns überlieferten Dokumente steht außer allem Zweifel<sup>1)</sup>. Während die von Privatleuten zu Lehrzwecken verfaßten Brieffsammlungen häufig frei erfundene und oft recht ungeschickt erfundene Stilübungen aufweisen, enthalten die in den fürstlichen Kanzleien zum eigenen Gebrauch und zur Heranbildung des Nachwuchses an Beamten zusammengestellten Brieffsammlungen meist instruktive Stücke, die dem Einlauf und Ausgang an Korrespondenzen, die durch die Hände der Notare gingen, entnommen waren; nur wurde, als für Lehr-

---

1) D. Nedlich, der beste Kenner dieser Brieffsammlungen, urteilt (Mittheilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung X [1889], 355): Ich bin der Ansicht, daß in den Formelsammlungen vom Ende des 13. und Anfang des 14. Jahrhunderts, soweit sie aus fürstlichen Kanzleien stammen, alle Stücke, im ganzen betrachtet, als unzweifelhaft echt anzusehen sind. Man darf solche Formeln wegen anscheinender Widersprüche nicht einfach verwerfen, sondern muß diese zu lösen versuchen, oder, da dies bei der Lückenhaftigkeit der Quellen oft ganz unmöglich, sich damit bescheiden. Zur gleichen, konservativen Kritik hatte sich früher auch schon bekannt J. Heller, Deutschland und Frankreich (1874), 141 ff.



vortretende Persönlichkeiten find. Gerade das macht die Briefsammlungen zu so unschätzbaren Quellen für die politische Geschichte; außerdem eröffnet sich uns durch sie ab und zu auch ein Blick in die Familienbeziehungen der kaiserlichen Briefschreiber und -empfänger.

Auf die Formelbücher, aus denen ich schöpfe, hier näher einzugehen, liegt für mich kein Grund vor. Ich verweise im allgemeinen auf H. Bresslau, *Urkundenlehre* I (1889), 640 ff., außerdem für die böhmischen Formelbücher auf J. Emler, *Die Kanzlei der böhmischen Könige Premysl Ottokars II. und Wenzels II. und die aus derselben hervorgegangenen Formelbücher* (*Abhandlungen der kgl. Böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften*, VI. Folge, Bd. 9, Nr. 2, 1878), für die österreichischen Formelbücher auf J. Krejschmar, *Die Formularbücher aus der Kanzlei Rudolfs von Habsburg* (1889)<sup>1)</sup>, und auf die Einleitung, die O. Redlich gibt zu seiner Publikation: *Eine Wiener Briefsammlung zur Geschichte des deutschen Reiches und der österreichischen Länder in der zweiten Hälfte des XIII. Jahrhunderts* (*Mittheilungen aus dem Vaticanischen Archive*, herausgegeben von der Wiener Akademie der Wissenschaften, Bd. II, 1894).

Ich gebe nunmehr Regesten der einzelnen Urkunden in chronologischer Ordnung, jeder derselben die nötigen historischen Erläuterungen beifügend<sup>2)</sup>.

1) Markgraf Otto (III.) von Brandenburg schließt mit seinem Schwager, dem König (Ottokar II.) von Böhmen, ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Jeden, ausgenommen den Erzbischof (Ruprecht) von Magdeburg und seinen Bruder, den Markgrafen Johann (I.) von Brandenburg. Er verspricht seine Söhne und Töchter nach den Wünschen des Böhmenkönigs zu verheiraten, sowie bei der Wahl des römischen Kaisers sich der Stimme des Böhmenkönigs anzuschließen. (1261 Dezember.) [1277 Januar 22.]

Formelbuch des Heinricus Italicus, ed. J. Voigt, *Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen* XXIX (1863), 50 f. Nr. 42<sup>3)</sup>.

J. Emler, *Regesta Bohemiae et Moraviae* II (1882), 988 f. Nr. 2281<sup>4)</sup>.

1) Vgl. dazu die sachkundige Anzeige von O. Redlich, *Mittheilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung* XI (1890), 330—335.

2) Runde Klammern ( ) in den Regesten zeigen Ergänzungen zu den Formeln, in eckige Klammern [ ] eingeschlossen sind Zitate aus den Formeln, die ich anders deute.

3) Voigt setzt die Urkunde zu 1277 oder 1278 an.

4) Emler vermutet, daß die Urkunde in die Zeit nach dem Tode Rudolfs von Habsburg, in den Beginn des Jahres 1292 gehört.





chronik<sup>1)</sup>. Die Beziehung unserer Urkunde auf diese Hochzeit dürfte sicher sein, und der Abschluß dieser brandenburgisch-ungarischen Ehe ist als eine Folge des brandenburgisch-böhmischen Vertrages von 1262 (siehe Nr. 1) zu betrachten.

3) (Die verwitwete Markgräfin Beatrix von Brandenburg) schreibt in sehr herzlichen Worten (ihrem Bruder König Ottokar), daß es ihr, der Gattin (Königin Kunigunde) und Tochter (Agnes) ihres Bruders, sowie ihrem Söhnchen (Otto dem Kleinen) wohl gehe. Sie übersendet einen Brief, den sie von ihren Söhnen (Otto V. und Albrecht III.) empfangen hat, sowie einen anderen von denselben, der für den König selbst bestimmt ist, und bittet ihn, die Schreiben zu beantworten. (1267—1270.)

J. Palacky, Über Formelbücher, Abhandlungen der kgl. böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften, V. Folge, Bd. II (1843), 266 f. Nr. 4.  
Riedel B I, 104 Nr. 138.

Die in dem Schreiben vorkommenden Personen sind von Palacky zweifellos richtig gedeutet. Aus diesem Briefe sowie aus Nr. 4 und 15 (vgl. auch 17 und 19) geht zweierlei hervor. Einmal ist offenbar Beatrix bald nach dem Tode ihres Gatten Ottos III. von Brandenburg, 1267 Oktober 9<sup>2)</sup>, in ihre böhmische Heimat zurückgekehrt mit samt ihrem jüngsten Kinde, Otto dem Kleinen. Sodann ergibt sich aus den erwähnten Schreiben, daß Beatrix zu ihrem Bruder Ottokar und ihrer Schwägerin Kunigunde in sehr herzlichen Beziehungen stand. Vielleicht dürfen wir daher die enge politische Verbindung, in der ihre Söhne, die Markgrafen von Brandenburg, dauernd mit ihrem Oheim in Böhmen standen, zum Teil auf ihre Rechnung setzen.

Die ungefähre Bestimmung der Zeit, in der der Brief geschrieben ist, ergibt sich aus folgendem. Terminus a quo ist der Tod Ottos III., 1267 Oktober 9. Ihren jüngsten Sohn nennt die Mutter parvulus. Otto der Kleine wird zuerst genannt in einer Urkunde seines Vaters 1264 November 17<sup>3)</sup> als noch nicht fiegelführend. Sein Ritterschlag und seine Hochzeit finden statt 1279 Anfang Februar zu Wien<sup>4)</sup>; seine Teilnahme an der Regierung der Mark Brandenburg ist zuerst nachzuweisen 1280 Januar 9<sup>5)</sup>. Der Mündigkeitstermin pflegte im Mittel-

1) MG. Deutsche Chroniken V, 101 ff. Vgl. dazu Sello, a. a. O. 153, Anm. 50.

2) Chron. March. Brand. a. a. O. 126; MG. SS. XXX, 34. — Beatrix erscheint in der Mark zuletzt 1268 August 31 zu Arneburg als Zeugin in einer Urkunde ihres Sohnes Otto V. (Riedel A XIV, 10 Nr. 15).

3) Riedel A VIII, 166 Nr. 91.

4) Vgl. Boehmer-Reblich, Regesta imperii VI, 1060 a.

5) Riedel B I, 139 Nr. 184.



4) (Die verwitwete Markgräfin Beatrix von Brandenburg) schreibt sehr herzlich an (ihren Bruder König Ottokar), berichtet über das Wohlergehen ihres Söhnchens (Otto des Kleinen) und dankt für die Übersendung von Geschenken. (1267—1270.)

J. Palach, Abhandl. d. böhm. Ges. d. Wissensch., V. Folge, Bd. II, 267, Nr. 5.

Riedel B I, 105, Nr. 139.

Die in dem Briefe vorkommenden Personen sind von Palach richtig gedeutet. Über seine Bedeutung und die Abfassungszeit vgl. die Erläuterungen zum vorhergehenden Briefe.

5) König O(ttokar II.) von Böhmen ernennt den Bischof B(runo) von Olmütz und den Markgrafen (Otto V. von Brandenburg) zu seinen Bevollmächtigten für die Friedensverhandlungen mit dem römischen Könige R(udolf). (1276 November.)

Formelbuch des Heinricus Italicus, Archiv f. Kunde österr. Gesch.quellen XXIX, 35, Nr. 18.

Vgl. Boehmer-Neblich 622 b.

Die Urkunde gehört in die Zeit des ersten Feldzuges Rudolfs gegen Ottokar. Der Krieg wurde, ohne zu einer entscheidenden Schlacht geführt zu haben, durch einen Frieden beendet. Die Unterhändler Rudolfs waren Bischof Berthold von Würzburg und Ludwig, Pfalzgraf bei Rhein und Herzog von Bayern; die Ottokars, wie auch unser Brief zeigt, Bischof Bruno von Olmütz und Markgraf Otto der Lange von Brandenburg. Der Friede kam zustande am 21. November 1276 vor Wien<sup>1</sup>).

6) Markgraf O(tto IV.) von Brandenburg<sup>2</sup>) schreibt an den römischen König R(udolf) über die Wahlvorgänge in Magdeburg; nach

1) Boehmer-Neblich 623.

2) Ich weise hier noch besonders auf den Titel hin, den der Markgraf führt: *marchyo Brandenburgensis, imperialis aule camerarius*. Es ist dieses meines Wissens der erste bekannte Fall, in dem ein weltlicher Kurfürst sich nach seinem Erzamt nennt. Der Willebrief Johanns von Sachsen mit dem Titel *imperii marescalcus*, den H. Häbide, Kurrecht und Erzamt der Laienfürsten (Programm, Schulpforta 1872) 88 Anm. 1, verdächtigt, teils wegen dieses Titels, teils wegen des unmöglichen Jahresdatums 1272 — der Herzog stimmt einer Verfügung Rudolfs von Habsburg zu —, ist echt, gehört aber erst in das Jahr 1282 (Boehmer-Neblich 1362); somit gebührt dem Briefe Otto mit dem Pfeil chronologisch vor diesem Willebriefe des Herzogs von Sachsen der Vorrang. Otto V., der Rivale Otto IV. in der Erzämterwürde, findet sich zum ersten Male im Zittauer Vertrage von 1291 November 29, vor der Wahl Rudolfs von Habsburg, bei der die Ansprüche der Wettin in Widerstreit gerieten, bezeichnet als *camerarius imperii* (Riedel B I, 199 Nr. 255). Über die Rivalität Otto IV. und Otto V. bei der Wahl von 1292 vgl. die gründliche Untersuchung von



Salzburg<sup>1)</sup> erlitten habe, und sich jeder Feindschaft gegen ihn zu enthalten. Dafür soll ihm der Herzog 3500 Mark Bauzener<sup>2)</sup> Silber nach dem Kurs, den das Silber während der letztvergangenen Osterzeit hatte, nach Brandenburger Gewicht zahlen in folgenden Raten: 1200 Mark am nächsten Martinstage (1277 November 11), 1200 Mark am dann folgenden Pfingstfeste (1278 Juni 5), und 1200 Mark wiederum am Martinstage (1278 November 11)<sup>3)</sup>. Als Pfand für die vertragsmäßige Zahlung dieses Geldes soll dem Markgrafen Burg und Stadt Kroffen übergeben werden. Wenn die ersten beiden Zahlungstermine nicht inne gehalten werden, sollen von je 1000 Mark wöchentlich 10 Mark Zinsen hinzukommen. Wird bis zum letzten Termin nicht alles bezahlt, so soll der Rest samt Zinsen am nächsten Walpurgistag (1279 Mai 1) gezahlt werden. Ist auch dann nicht alles gezahlt, so wird das Pfand Eigentum des Markgrafen und seiner Brüder. Wird aber das Geld zu den festgesetzten Terminen oder schon früher gezahlt, so soll das Pfand binnen drei Tagen zurückgestellt werden. Das Geld soll in Breslau gewogen und auf Gefahr des Herzogs nach Kroffen zur Auszahlung überführt werden. Während der Zeit der Pfandinhaberschaft will der Markgraf von Kroffen aus keine Kriege führen und nach Zahlung des Geldes keine weiteren Schadensersatzansprüche erheben. Für die Instandhaltung der Mauern von Kroffen soll der Herzog 300 Mark aus den Einkünften des Kroffener Gebietes anweisen. Für den gefangenen Herzog H(einrich) von Breslau schließt den Vertrag unter anderen ab König O(ttolar II.) von Böhmen, der hierüber eine besondere Urkunde ausstellen soll. (1277 nach Ostern, 28. März.)

Petri de Hallis liber formularum ed. J. Firnhaber, fontes rerum Austriacarum B VI (1853), 41 ff. Nr. 62.

Formelbuch des Heinricus Italicus, Archiv f. Kunde österr. Gesch.quellen XXIX, 54 ff. Nr. 47.

Vgl. Grünhagen, Regesten zur Schles. Gesch. II Nr. 1524. Betreffs der Erläuterungen vgl. die nächste Urkunde Nr. 8.

8) (König) O(ttolar II. von Böhmen) bestätigt nach kurzer Erwähnung der Umstände, die zum Abschluß des Vertrages führten, die wörtlich inserierte Urkunde des Markgrafen Otto V. von Brandenburg

1) Wladislaus, Erzbischof von Salzburg 1265—1270, Administrator des Bistums Breslau seit 1267.

2) Die Angabe, daß in Bauzener Silber gezahlt werden soll, bringt nur das Formelbuch des Heinricus Italicus.

3) Als Gesamtsumme wird 3500 Mark angegeben, die Summe der Ratenzahlungen beträgt aber 3600 Mark. Es scheinen also 100 Mark sofort als Entgelt für die Bewilligung der Teilzahlungen in Rechnung gesetzt zu sein.









Nicht verwunderlich darf es sein, wenn der König die Markgrafen seine *avunculi* nennt; seine Oheime waren sie nicht, eher könnte man sie als seine Neffen bezeichnen: ihre Vettern von der jüngeren Linie waren Ottokars leibliche Neffen. Es lassen sich auch sonst Fälle anführen, in denen *avunculus* „Neffe“ bedeutet: in den besprochenen Briefen Nr. 8 und 9 nennt Ottokar seinen Neffen Otto den Langen *avunculus* — umgekehrt freilich und mit mehr Recht heißt in Nr. 7 Ottokar *avunculus* Ottos des Langen. Sodann weise ich auf ein Schreiben des Markgrafen Otto von Brandenburg, in dem er die Geschwister Otto von Lüneburg und die verwittwete Fürstin Mathilde von Werle seinen *avunculus* und seine *neptis* nennt<sup>1)</sup>. Sollte vielleicht *avunculus* gleichbedeutend sein mit der im heutigen Verkehr der Fürsten untereinander üblichen Anrede „Vetter“, die ebenfalls ohne Rücksicht auf das bestehende Verwandtschaftsverhältnis gebraucht wird<sup>2)</sup>?

13) (König) Ottokar II. von Böhmen) befundet, daß er dem Markgrafen Albrecht III. von Brandenburg, der ihm in diesem Jahre mit 30 gepanzerten Streitrößen zu Hilfe kommen will gegen den römischen König Rudolf oder gegen jeden anderen, allen Schaden ersetzen will, den er in seinem Dienst erleidet, und daß er die Marschkosten für ihn und sein Gefolge innerhalb der Grenzen seines Reiches tragen will. (1278 Anfang.)

Formelbuch des Heinricus Italicus, Archiv f. Kunde österr. Gesch.quellen XXIX, 51 Nr. 43.

Emser, Regesta Bohemiae et Moraviae II, 988 Nr. 2279.

Dies weitere Bündnis wendet sich schon mit unverhüllter Offensive gegen König Rudolf. Sein Abschluß muß schon ins Jahr 1278 fallen, da es von einem Feldzuge *infra presentis anni circulum* spricht. Markgraf Albrecht III. ist ein Bruder Otto des Langen und Neffe König Ottokars<sup>3)</sup>.

Oktober, zwischen Rolin und Sedletz, vermittelt als Delegierter der Böhmen mit anderen Unterhändlern den Frieden zwischen König Rudolf und seinem Vetter Otto dem Langen (vgl. Boehmer-Redlich 1026a).

November 5, Gerswalde (Ufermark), urkundet mit seinen Brüdern; Riedel A XXI, 93 f. Nr. 8.

1) Riedel B I, 214 Nr. 277, 1295 August 14.

2) Ich verweise auch auf den oben Nr. 6 besprochenen Brief, in dem Otto IV. den Herzog Albrecht von Braunschweig seinen *avunculus* nennt. Die korrespondierende Bezeichnung für das weibliche Geschlecht wäre dann *neptis*; vgl. die in der vorigen Anmerkung zitierte Urkunde und unten Nr. 29, wo Otto der Lange verspricht, er wolle seine Tante (*matertera*) Kunigunde wieder *tamquam neptem* lieben.

3) Ob ein Bündnisvertrag Ottokars mit seinen *avunculi*, den ihm blutsverwandten Markgrafen A. und B. (offenbar Siglen) — gedruckt Formelbuch des Heinricus Italicus, Archiv f. Kunde österr. Gesch.quellen XXIX, 48 f. Nr. 40;



16) Ottokar, König von Böhmen und Markgraf von Mähren, spricht den Markgrafen Otto (V.) und Albrecht (III.) von Brandenburg, seinen vertrauten Freunden, vom heutigen Tage (1278 Juli 18) bis zum Michaelistage in 4 Jahren (1282 September 29) seine Unterstützung gegen jedermann, ausgenommen seine Freunde; ebenso sollen die Markgrafen ihn nach Kräften auf seinen Wunsch unterstützen. (1278) Juli 18, in Ponte.

Emser, *Regesta Bohemiae et Moraviae* II, 988 Nr. 2280.

Der böhmisch-habsburgische Krieg von 1278 brach durch das zu frühe Losschlagen von Ottokars österreichischen Verbündeten aus, ehe die böhmischen Stütungen beendet waren<sup>1)</sup>. Ottokar mußte, ohne den Zuzug aller seiner norddeutschen Verbündeten abzuwarten, ins Feld ziehen. Am 27. Juni verließ er Prag<sup>2)</sup>, etwa am 15. Juli ging er von Brünn aus auf den eigentlichen Kriegsschauplatz<sup>3)</sup>. Jetzt, als die Entscheidung schon nahe bevorstand und die brandenburgischen Markgrafen der jüngeren Linie<sup>4)</sup> noch immer fehlten, schloß Ottokar diesen erneuten Bund mit ihnen ab, in dem er sich für mehr als 4 Jahre mit ihnen verband — eine ganz ungewöhnlich lange Frist für eine Zeit, in der Bündnisse regelmäßig nur für einen kurzen, gemeinsam zu unternehmenden Haffengang, also auf wenige Wochen oder höchstens Monate geschlossen wurden.

Von der Urkunde ist nur das Tagesdatum überliefert; in den Juli 1277 kann sie wegen der damals ganz friedlich gestimmten böhmischen Politik nicht gelegt werden. Auch ist es durchaus wahrscheinlich, daß nur die zwingendste politische Notwendigkeit den Böhmenkönig dahin bringen konnte, sich politisch für 4 Jahre die Hände zu binden. Denn daß sein Neffe Otto V. ein Verbündeter war, dessen Selbstsucht unter Umständen recht lästig werden konnte, das hatte er im Frühjahr 1277 in den Breslauer Wirren (siehe oben Nr. 7—9) gesehen.

17) (Die verwitwete Markgräfin Beatrix von Brandenburg) bittet ihren Bruder (König Ottokar von Böhmen) sehr herzlich, sein Leben im gegenwärtigen Feldzuge in acht zu nehmen, da sie ohne ihn, an dem sie mehr hänge als an ihren eigenen Söhnen, nicht leben könne. (1267—1278.)

J. Palacký, *Abhandl. d. böhm. Ges. d. Wissensch.*, 5. Folge, Bd. II, 267 f. Nr. 6.

Riedel B I, 105 f. Nr. 104.

1) D. Reblitz, Rudolf von Habsburg 308.

2) a. a. D. 311.

3) a. a. D. 312.

4) Otto IV. traf, obwohl er in schwerem Kriege mit den Magdeburgern lag und eben darin verwundet war, doch rechtzeitig auf dem böhmischen Kriegsschauplatz ein (vgl. oben S. 134 Anm. 2). Otto V., der Neffe des Königs, hätte wohl eine höhere moralische Verpflichtung zur rechtzeitigen Hilfeleistung gehabt, als sein ritterlicher Vetter.



Die Markgräfin Beatrix befand sich, als die Nachricht von der Katastrophe bei Dürnkrut die Königin erreichte, wie dieser Brief zeigt, nicht in ihrer Umgebung; sie scheint sich vielmehr in Brandenburg bei ihrem Sohne Otto V. aufgehalten zu haben. Vielleicht war sie schon vor der Schlacht dorthin im Auftrage ihres Bruders geeilt, um zur Beschleunigung der brandenburgischen Hilfe anzutreiben. Im übrigen vgl. die Erläuterungen zum vorigen Briefe Nr. 18.

20) (König Rudolf) schreibt (einer Stadt in Italien)<sup>1)</sup>, er könne nicht eher dorthin kommen, als bis seine augenblicklichen Händel mit dem Markgrafen (Otto V.) von Brandenburg ausgetragen seien. (Der übrige Inhalt des Briefes betrifft die italienische Geschichte.)<sup>2)</sup> (1278 Oktober.)

J. J. Bodmann, Codex epistolaris Rudolphi I. (1806), 106 f. Nr. 95.

Riedel B I, 144 Nr. 192.

(Fedele Savio) in *Civiltà cattolica* (1895) serie XVI, I, 551 Nr. 1.

Boehmer-Nedlich 1026.

Während König Rudolf nach seinem Siege durch Mähren nach Böhmen zog, war Otto der Lange auf den Ruf der Königin Kunigunde herbeigeeilt, sodaß ein neuer Kampf bevorzustehen schien, der jedoch, als die Heere sich schon bei Rolin gegenüberstanden, schließlich abgewendet wurde<sup>3)</sup>. Unter den Vermittlern war auf böhmischer Seite Markgraf Otto IV., der Vetter des Langen<sup>4)</sup>, tätig; wir dürfen also annehmen, daß auch er sich damals im böhmischen Heere befand. Otto V. erhielt auf fünf Jahre die Vormundschaft über Ottokars unmündigen Sohn Wenzel und die Verwaltung Böhmens. Gleichzeitig wurde nach bewährter habsburgischer Politik ein Ehebündnis verabredet zwischen Ottos V. jüngstem Bruder, Otto VI. (dem Kleinen), und Rudolfs Tochter Hedwig. Die Ehe wurde zu Wien zu Anfang Februar des Jahres 1279 vollzogen<sup>5)</sup>.

21) (König Rudolf) schreibt an einen (Ungenannten), daß nach dem Tode des Königs Ottokar Ehen geschlossen seien zwischen W(enzel), dem Erben von Böhmen, und seiner Tochter (Guta), und zwischen (Otto), dem Bruder des Markgrafen Otto (V.) von Brandenburg und seiner Tochter Hedwig. (Der übrige Inhalt des Briefes bezieht sich auf die italienische Geschichte.) (1279 Februar.)

J. J. Bodmann, Cod. epist. Rudolphi I. 53 f. Nr. 50.

A. Boczek, Mähren unter König Rudolf I. (Abhandl. d. böhm. Ges. d. Wissensch., Neue Folge Bd. IV [1835]), 59 f. Nr. 11.

1) Vielleicht Pisa.

2) Über diesen Brief hat ausführlich gehandelt A. Buffon, Mitth. d. Inst. f. österr. Geschichtsforschung VII (1886), 156—159.

3) Vgl. Boehmer-Nedlich 1026 a.

4) Otto IV. wird, Boehmer-Nedlich 1026 a und Nedlich, Rudolf von Habsburg 331, irrtümlich als Neffe Ottos V. bezeichnet.

5) Vgl. Boehmer-Nedlich 1060 a.



veranlaßt. Ich erläutere kurz die einzelnen Punkte des interessanten Briefes.

Mit der Königin Kunigunde hatte sich der Markgraf sofort nach seiner Ankunft in Böhmen 1278 überworfen; im Februar 1279 hatte er sie dann samt ihren Kindern aus Prag entfernt und in strenge Haft gebracht<sup>1)</sup>. Ottos Behauptung, er habe ihr gegenüber alle vertragsmäßigen Verpflichtungen erfüllt, ist also recht kühn.

Der Streit um die ungarischen Kleinodien geht noch in die Regierungszeit König Ottokars zurück. Im Jahre 1270 waren sie nach Böhmen entführt, und bei der Feindschaft, die seit Jahren zwischen Böhmen und Ungarn bestand, auch nach dem Frieden von 1276 nicht zurückgeliefert worden<sup>2)</sup>; und was Ottokar nicht für nötig befunden hatte zu tun, das sträubte sich auch Otto der Lange nachzuholen.

In dem Vertrage, den Rudolf und Ottokar im Mai 1277 abgeschlossen hatten, war bestimmt worden, daß Rudolfs Tochter Guta, die Braut des Prinzen Wenzel von Böhmen, als Mitgift 10 000 Mark haben solle, für die die Stadt Eger mit dem zugehörigen Gebiet dem Böhmenkönig als Pfand überlassen wurde<sup>3)</sup>. Es sollte jetzt wohl abgeschätzt werden, ob wirklich der Ertrag dieses Pfandes dem Werte von 10 000 Mark entspräche.

23) (Königin Kunigunde von Böhmen) klagt dem König (Ladislauß von Ungarn), daß Markgraf Otto von Brandenburg die Verträge, die er mit ihr und dem römischen König Rudolf geschlossen habe, nicht beachte, daß er ihre Kinder, ihre Schätze, sowie Stadt und Burg Prag in seine Gewalt gebracht habe. Sie würde sich nicht von ihm haben überrumpeln lassen, wenn nicht früher der Markgraf ein durchaus rechtlich gesinnter Mann gewesen wäre. Sie bittet deshalb

1) Vgl. D. Nedlich, Rudolf von Habsburg 370; A. Bachmann, Geschichte Böhmens I (1899), 661.

2) Im Jahre 1270 war Anna, eine Tochter König Belaß IV. von Ungarn, mit einem Teil der ungarischen Kronschätze nach Böhmen geflohen (A. Huber, Geschichte Österreichs I. [1885], 556); bereits 1272 hatte Ottokar die Rücklieferung der Schätze an Ungarn versprochen (A. Huber a. a. O. 560). Da dies unterblieben war, so verpflichtete ihn der Wiener Friede von 1276 November 21 (Boehmer-Nedlich 623), in den Ungarn eingeschlossen war, hierzu (vgl. Contin. Vindobon. MG. SS. IX, 708, wo die Schätze auch beschrieben sind). Wieder verzögerte sich die Rückerstattung. Gegen Ende des Jahres 1277, als Ottokar den letzten Versuch machte, die Ungarn zu gewinnen (vgl. oben Nr. 11), stellte er um den Preis eines Bündnisses die Rücklieferung der Kleinodien abermals in Aussicht. Da Ladislauß von Ungarn jedoch an seinem Bündnis mit König Rudolf festhielt, so blieben die Schätze auch ferner in Böhmen, wo sie dann Otto der Lange nach dem Tode Rudolfs von Habsburg vorfand. Vgl. auch die folgende Nr. 23.

3) Boehmer-Nedlich 753.





stellung gewechselt, indem sie sich wie an den römischen König, so auch an Ladislaus von Ungarn um Hilfe gegen ihren brandenburgischen Neffen und Bedränger wandte. Wir werden ihr gern glauben, daß sie sich über seinen Charakter sehr getäuscht hatte, als sie ihn im September 1278 ins Land gerufen hatte<sup>1</sup>). Wie es aus diesem Briefe hervorgeht, wollte Otto der Lange den Streit der Böhmen und der Ungarn über die Kleinodien dadurch aus der Welt schaffen, daß er sich selbst das Streitobjekt aneignete.

24) (Markgraf Otto VI. von Brandenburg) verspricht, wie schon früher, so jetzt eidlich, seinen Bruder, den Markgrafen (Otto V. von Brandenburg) treu zu lieben. (1278—1279.)

J. Palach, Abhandl. d. böhm. Ges. d. Wissensch., V. Folge, Bd. II, 312 Nr. 1011.

Riedel B I, 99 Nr. 133.

Riedel deutete die Formel als einen Eid, den Markgraf Albrecht III. von Brandenburg seinem Bruder Otto V. schwor, und setzt diesen in das Jahr 1268. Die Unwahrscheinlichkeit dieser Erklärung ergibt sich, wenn man fragt, wie ein solches Dokument wohl je in ein böhmisches Formelbuch hineingelangen konnte. Wie ich schon früher bemerkte<sup>2</sup>), nahm Markgräfin Beatrix als Witwe ihren jüngsten Sohn, Otto den Kleinen, mit sich nach Böhmen. Ich möchte vermuten, daß dieser, ehe er mit dem Beginne des Jahres 1280 sich neben seinen Brüdern an der Regierung beteiligte, den Eid zu leisten hatte. So erklärt sich auch das Vorkommen der Formel im böhmischen Kanzleibuch: Otto V. war seit

(Actenstücke zur Gesch. d. deutschen Reiches unter den Königen Rudolf I. und Albrecht I., Wiener Mitth. aus dem Vatic. Archive I, 189 f. Nr. 178—181.)

J. Kaltenbrunner hat den wohl überzeugenden Nachweis erbracht (Mitth. d. Inst. f. österr. Geschichtsforschung, I. Ergänzungsband [1885], 385), daß der päpstliche Bevollmächtigte Giffrid von Anagni auf einer Rundreise durch Deutschland die zahlreichen Willebriefe der Reichsfürsten sammelte. Da ergibt sich ohne weiteres, daß der Otto, der am 6. September, gleichzeitig mit Konrad, und einen Tag später als Johann, urkundet, der Markgraf mit dem Pfeil sein muß, der hier, wie fast immer, in der Gemeinschaft seiner Brüder Johann und Konrad, erscheint. Also urkundete Otto V. am 12. September; das Siegel des im Vatikanischen Archive noch vorhandenen Originals würde dies Ergebnis sicher bestätigen. Da aber Giffrid von Anagni bereits am 13. September den Willebrief Heinrichs von Braunschweig einholt, um sich dann dem Rhein zuzuwenden, so er Ende September weitere Willebriefe sammelt, so muß sich Otto der Lange am 12. September an einem Orte auf dem Wege von seinen Vettern zum Herzog von Braunschweig, d. h. sicher nicht in Böhmen, befunden haben.

1) Zum Teil freilich wird auch Kunigunde an den Zermürnsissen die Schuld getragen haben. Das Urteil, welches J. Graebner, Böhmisches Politik vom Tode Ottokars II. bis zum Aussterben der Premysliden (Berliner Dissertation 1901) 8 über den Charakter der Königin fällt, ist hart, aber wohl zutreffend.

2) Vgl. oben Nr. 3.



er Königin Kunigunde erließ. Auch dieser Feldzug wurde durch einen Vergleich beendet, ohne daß es zu entscheidenden Kämpfen gekommen war. Otto machte den Böhmen Zugeständnisse<sup>1)</sup>, blieb Regent und einigte sich auch mit der Königin Kunigunde.

28) Königin Ch(unigunde) von Böhmen schließt mit dem Markgrafen Otto (V.) von Brandenburg, dem Vertreter seines Bruders, des Markgrafen Al(brecht III.) von Brandenburg, des Vormundes ihres Sohnes, des Königs Wenzel von Böhmen, einen Vertrag betreffs ihrer Rechte im Königreiche dahingehend, daß sie, was Bischof Th(obias) von Prag<sup>2)</sup> und andere (Ungenannte) als Schiedsrichter zwischen ihr und dem Markgrafen Otto bestimmen, halten will, so lange der Markgraf den Vertrag hält. Im anderen Falle halte sie sich an dies Versprechen nicht mehr gebunden. (1280 Ende.)

H. Boczet, Abhandl. d. böhm. Ges. d. Wissensch., Neue Folge, Bd. IV, 80 f. Nr. 24.

F. Palacký, Abhandl. d. böhm. Ges. d. Wissensch., V. Folge, Bd. II, 314 f. Nr. 105.

Kiedel B I, 142 f. Nr. 190.

Smiler, Regesta Bohemiae et Moraviae II, 528 Nr. 1221.

Die höchst merkwürdige Bezeichnung, die hier dem Markgrafen Otto gegeben wird — die Königin spricht von domino Othone inclyto marchione Brandenburgensi, qui gerit vices domini Alberti, marchionis Brandenburgensis, fratris sui, carissimi filii nostri, pupilli principis et domini regni Boemie, tutoris et capitanei generalis in regno predicto — läßt vermuten, daß er, um seine wankende böhmische Stellung zu halten, das Zugeständnis gemacht habe, die Vormundschaft seinem Bruder, dem Markgrafen Albrecht III., abzutreten und für diesen, der zurzeit in Böhmen natürlich nicht anwesend war, einstweilen stellvertretend den bisher inne gehaltenen Posten weiter zu verwalten. Hat der Markgraf etwas derartiges zugestanden — der vorliegende Brief deutet zu dieser Annahme, wenngleich keine weitere Quelle davon berichtet —, so war dies sicher nur ein momentanes Zurückweichen, das er für nötig hielt, um sich weiterhin in Böhmen zu behaupten. Bald darauf urkundet er wieder wie früher, als Regent von Böhmen, und der Name seines Bruders wird nicht weiter in böhmischen Urkunden genannt.

29) Otto (V.), Markgraf von Brandenburg und Vormund Wenzels von Böhmen, bekundet, daß er mit der Königin Ch(unigunde) von Böhmen, seiner lieben Tante, Frieden geschlossen habe und sie wieder lieben wolle. Außerdem habe er mit dem Bischof (Tobias von Prag)

1) Redlich, Rudolf von Habsburg 371.

2) 1279—1296.



Eigentum, daß es von den Markgrafen Al(brecht III.) und Her(mann) von Brandenburg im Lande Barnim<sup>1)</sup> besitzt, sowie auch mit den Vätern, die es unter dem Erzbischof von Magdeburg<sup>2)</sup> und dem Herzog von Sachsen inne hat. Da er aber selbst den Schutz nur selten ausüben kann, so überträgt er ihn an seiner Statt seinem Schwiegersohne, dem Markgrafen Hermann. (1298—1300.)

Fürst E. M. Sichnowsky, Geschichte des Hauses Habsburg II (1837), Anhang S. CCLXXII Nr. 8 (Regest).

Das Formelbuch König Albrechts I. ed. J. Chmel (Archiv f. Kunde österr. Gesch.quellen II [1849]), 302 f. Nr. 61.

Lehnin war das Lieblingskloster der Ottonischen Linie der märkischen Askanier. Als deren regierende Vertreter nennt die Urkunde Albrecht III. und Hermann, den Bruder und den Sohn Ottos des Langen — Otto der Kleine, als Mönch in Lehnin lebend, kam natürlich als Markgraf nicht in Betracht. Otto der Lange starb 1298 Juli 23 oder 24<sup>3)</sup> und hinterließ sein Gebiet seinem Sohne Hermann; Markgraf Albrecht III. starb 1300 nach November 19: zwischen diesen beiden Terminen muß also die Urkunde ausgestellt sein.

Bei der nur äußerst mangelhaften Überlieferung der Lehniner Urkundenbestände bietet die Urkunde eine wertvolle Bereicherung derselben. In den — bekanntermaßen unvollständigen — Lehniner Urkundenverzeichnissen findet sie sich nicht. Von Albrechts Vorgänger, König Adolf von Nassau, ließen sich die Lehniner Mönche ebenfalls ein Privileg ausstellen (1293 September 1)<sup>4)</sup>. Beide Urkunden zeigen, daß es im ausgehenden 13. Jahrhundert lediglich noch eine Formsache war, wenn der römische König das märkische Kloster in seinen Schutz nahm<sup>5)</sup>. Die einzelnen Güter werden nicht, wie dies sonst in Besitzbestätigungen

der Druck von Chmel setzt dahinter in Klammern *Lenense*. Was *Conense* bedeutet, ob es nur eine frei erfundene Änderung des Kanzleibeamten ist, vermag ich nicht bestimmt zu sagen. Sicher ist, daß die Urkunde für Lehnin ausgestellt ist.

1) Über die Besitzungen Lehnins im Barnim vgl. G. Sello, Lehnin 63.

2) Über die Besitzungen Lehnins im Magdeburgischen vgl. Bernicke, Magdeburgische Geschichtsblätter XIII (1878), 178—192.

3) Vgl. G. Sello, Forschungen z. brandenb. u. preuß. Gesch. I (1888), 159 Anm. 66. Fast gleichzeitig, am 27. Juli 1298, fand die Wahl König Albrechts statt.

4) Riedel A X, 218 f. Nr. 79.

5) Ph. W. Gerden, Cod. dipl. Brandenb. VII (1782), 327 bemerkt beim Abdruck des alten Lehniner Urkundenverzeichnisses unter dem Regest der Urkunde Adolfs von Nassau: „Noch in diesem Zeit-Puncte ließen sich die Mönche ihre Besitzungen von den Kaisern bestätigen, so damals überflüssig, und ein Eingriff in die Territor.Rechte war.“ Außer der Urkunde Adolfs besaß Lehnin an Kaiserurkunden noch die heute verloren gegangenen Bestätigungen Heinrichs VI. und Wilhelms von Holland (Gerden a. a. O. 334, 338).



in erster Ehe vermählt gewesen mit Konstantia, der Schwester Friedrichs II., des letzten Babenbergers; er konnte also begründete Ansprüche auf die babenbergische Erbschaft erheben; er mag auch über diese Ansprüche in Gegenwart des Meißener Bischofs verhandelt haben. Sodann muß entweder das Datum der Urkunde oder der Name des Bischofs geändert sein; mir will das erstere annehmbarer erscheinen, und ich möchte die Urkunde in die Regierungszeit des Bischofs Albrecht (1258—1266) setzen. Denn daß noch am 30. Juni 1273, ein Vierteljahr vor der Wahl Rudolfs von Habsburg<sup>1)</sup>, der Meißener Markgraf auf die seit einem Menschenalter<sup>2)</sup> erledigte Erbschaft seines Schwagers Ansprüche erhob, ist denn doch recht unwahrscheinlich. Wie dem aber sei, für die brandenburgische Geschichte ist die Urkunde jedenfalls zu streichen.

32) O . . . beauftragt seinen Getreuen Zachitus zum Abschluß eines Friedens und eines Bündnisses mit dem Könige L . . . von Böhmen.

Formelbuch des Heinricus Italicus, Archiv f. Kunde österr. Gesch.quellen XXIX, 49 Nr. 41.

Emler, Regesta Bohemiae et Moraviae II, 985 f. Nr. 2273.

Voigt sieht in dem Aussteller des Briefes den Markgrafen Otto den Langen von Brandenburg, im Empfänger den König Ottokar; Emler schließt sich dieser Vermutung an. Doch ist dieselbe meiner Meinung nach zu verwerfen aus verschiedenen Gründen. Einmal war Markgraf Otto niemals in der Lage, mit König Ottokar Frieden zu schließen, da er nie mit ihm in Kampf gelegen hatte. Sodann ist Zachitus ein häufig vorkommender tschechischer Name<sup>3)</sup>; Träger desselben finden sich wiederholt in böhmischen Urkunden; niemals aber hören wir von einem Vertrauten der märkischen Askanier, der so heißt.

Ich möchte viel eher vermuten, daß die offenbar entstellte Wendung der Formel, König L. von Böhmen, nicht zu ändern ist in König O. von Böhmen, sondern in König L. von Ungarn. Dann liegt nichts im Wege, in dem Aussteller der Urkunde O. den König Ottokar zu sehen, der seinen Getreuen Zachitus an Ladislaus von Ungarn schickt. Gegen Ende des Jahres 1277 ging eine böhmische Gesandtschaft an König Ladislaus ab, die versuchen sollte, das gespannte Verhältnis zwischen Böhmen und Ungarn in ein freundschaftliches zu verwandeln und ein politisches Bündnis abzuschließen<sup>4)</sup>. Vielleicht darf unsere Urkunde auf diese Mission bezogen werden.

1) 1273 Oktober 1.

2) Durch den Tod Friedrichs II. am 15. Juni 1246.

3) Vgl. das Register zu Emler, Regesta Bohemiae et Moraviae II; daselbst Zachitho, Zachitus, Zášit.

4) Vgl. oben S. 133 Nr. 11.





## IV.

# Prinz Heinrich von Preußen und die preußische Politik vor der ersten Teilung Polens.

Von

Gustav Berthold Volz.

---

Die Vollenbung des 30. Bandes der „Politischen Korrespondenz Friedrichs des Großen“, der vom Juli 1770 bis Ende Februar 1771 fällt, lenkt die Aufmerksamkeit auf den Prinzen Heinrich, den Bruder des Königs. Schien er berufen, bereits nach Erledigung des polnischen Thrones durch den Tod König Augusts III. eine politische Rolle zu spielen, so ergibt sich bei kritischer Prüfung der Quellen, daß die Nachricht von dem förmlichen Angebot der Krone, das der polnische General Rokanowski Ende Juli 1764 für den Prinzen überbracht haben soll, nur auf irriger Überlieferung beruht<sup>1)</sup>. Anders verhält es sich bei der Frage seines Anteils an der ersten polnischen Teilung. Bekanntlich steht mit diesem Ereignis sein erster Aufenthalt in Petersburg während des Winters 1770/71 in engem Zusammenhang, aber noch ist das Dunkel über die von ihm entfaltete Tätigkeit keineswegs vollständig gelichtet, so oft auch die polnische Teilung zum Gegenstand historischer Forschung gemacht worden ist. Auch Krauel gelangt in seinem Buche „Prinz Heinrich von Preußen als Politiker“<sup>2)</sup> nicht über einen ganz allgemeinen Umriss der Verhandlungen zwischen Preußen und Rußland hinaus. Erst von Roser ist mit voller Schärfe der „Einfluß“ betont worden, den Heinrich in den denkwürdigen Februartagen des Jahres 1771 auf den „entscheidenden Entschluß“ seines königlichen Bruders gewonnen hat<sup>3)</sup>; denn

---

1) Siehe den Anhang S. 188 ff.

2) S. 19 f. (Berlin 1902).

3) König Friedrich der Große, II, 466 (Stuttgart u. Berlin 1903).



Frage, ob sie den beherrschenden Einfluß, den Rußland in Polen ausübte, zulassen durften. Nachdem es darüber bereits zu Beginn des Jahres 1767 fast zum offenen Konflikt zwischen beiden Kaiserhöfen gekommen war, brach im folgenden Jahr der Krieg mit der Türkei aus.

König Friedrich, der vertragsmäßig zur Unterstützung seines Bundesgenossen verpflichtet war, setzte durch, daß dieser sich mit der Zahlung von Subsidien begnügte<sup>1)</sup>. Seine Sorge, in den Krieg hineingezogen zu werden, wurde alsbald durch Österreichs Entgegenkommen beschwichtigt; denn darin liegt die Bedeutung der im August 1769 erfolgten Zusammenkunft Kaiser Josephs II. und König Friedrichs in Reiße, daß ein Neutralitätsabkommen getroffen wurde, das die Erhaltung der Ruhe in Deutschland für den russisch-türkischen Krieg sicherte<sup>2)</sup>. Weitergehende Erwartungen, die Prinz Heinrich für ein preussisch-österreichisches Bündnis an die Reißer Tage knüpfte<sup>3)</sup>, lehnte Friedrich hingegen ab, wenngleich auch er mit der Möglichkeit rechnete, daß die ehrgeizigen Pläne des Petersburger Hofes dereinst zu einem Zusammenschluß Preußens und Österreichs gegen diesen führen würden<sup>4)</sup>. Hatte er doch sogar im Hinblick darauf, daß der Kaiser ihm „sehr vorteilhafte Vorschläge“ in Reiße machen könnte, den Abschluß der Erneuerung der Defensivallianz verzögert<sup>5)</sup>, die er bei Ausbruch des Krieges mit der Hand den Russen vorgeschlagen hatte.

1) Vgl. „Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen“ (künftig zitiert: P. R.) 27, 597 f.; 28, 504.

2) Vgl. P. R. 27, 586; 28, 496 f.; 29, 570 f. Roser (II, 453 f.) hat bereits darauf hingewiesen, daß die erste Anregung zu dem Abkommen von preussischer Seite erfolgte.

3) Vgl. dafür unten S. 165 ff.

4) Vgl. P. R. 26, 300. 304. 322 ff. Am 18. November 1769 schreibt der König dem Prinzen Heinrich im Hinblick auf seinen Gegenbesuch bei dem Kaiser: „Je n'entre dans toutes ces choses que pour acheminer un accommodement sincère entre les deux maisons et préparer d'avance les esprits à des liens plus étroits auxquels les desseins ambitieux des Russes pourront fournir l'occasion avec le temps; de sorte que je ménagerai des entrevues pour l'avenir, afin d'avancer tout doucement, un pas après l'autre, et m'établir dans la confiance de l'Empereur et, s'il se peut, de sa mère.“ Am 26. fügt er einschränkend hinzu: „Ce ne sera jamais moi, croyez-le, mon cher frère, qui pourrai faire parvenir à maturité l'union de la maison d'Autriche avec la nôtre; il faut non seulement que le temps efface le souvenir du passé, mais il faut encore qu'une entière confiance s'établisse, et que l'Impératrice perde l'habitude [qu'elle] a contractée depuis trente ans, de me haïr.“ (P. R. 29, 210 f. 224.)

5) Friedrich an den Kabinettsminister Graf Findenstein, (3.) August 1769: P. R. 29, 11 f.



sehen, aber mit der Absicht, zu versuchen, dieser Fürstin Ansichten einzupflügen, die mehr mit ihren wirklichen Interessen übereinstimmten. Ich verspreche mir in dieser Hinsicht viel von dieser Zusammenkunft und, in Anbetracht des Zieles dieser Reise, schmeichle ich mir, daß Rußland absolut nichts dagegen einzuwenden haben, sondern daß es vielmehr diesem Entschluß reichen Beifall spenden wird". Erst Tags darauf ging er Königin Ulrike die erste Mitteilung zu, aber nicht von Friedrich, sondern von Heinrich, der, zweifellos nach Abrede mit jenem, seinen Besuch in Stockholm in Aussicht stellte und seinen Brief mit der ausschließlichen Aufforderung schloß, ihm eine ostensible Antwort zu senden und dem König zu schreiben, „daß Du mich wiederzusehen wünschst“<sup>1)</sup>. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß Friedrich sich größeren Erfolg von den Vorstellungen bei Ulrike versprach, wenn die Anregung zu der Reise seines Bruders anscheinend nicht von ihm selbst ausging. So betonte er denn auch in seinen Briefen an die Schwester geffentlich den verwandtschaftlichen Charakter des Besuchs, indem er den Prinzen ausdrücklich als „Sendboten der Familie“ bezeichnete<sup>2)</sup>.

Diese Reise Heinrichs nach Schweden sollte jedoch eine bedeutsame Erweiterung erfahren. Noch kein Wort darüber findet sich in der Antwort der russischen Regierung auf Friedrichs Mitteilung aus dem Dezember; vielmehr beschränkte sich Graf Panin, der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, darauf, seinem Beifall zu dem Entschluß des Königs, die nordischen Höfe „über ihre wahren Interessen aufzuklären“, und seinem Wunsche auf Erfolg Ausdruck zu geben<sup>3)</sup>. Da traf, im August 1770, ganz unvermittelt, ohne jede vorherige Abrede und ohne daß von preussischer Seite auch nur die geringste Andeutung gemacht worden war<sup>4)</sup>, das Schreiben der Kaiserin Katharina II. vom 19. Juli (a. St.)<sup>5)</sup> ein, in welchem sie dem König ihr „lebhaftes Verlangen“ aussprach, „die Bekanntschaft mit dem Prinzen zu erneuern“, und bat, diesem die Heimkehr über Petersburg zu gestatten. Möchte sie auch beteuern, daß keine anderen als rein persönliche Motive sie bestimmten, die Vermutung

1) Heinrich an Ulrike, 1. Januar 1770 (P. R. 29, 277 Anm. 1). Das daraufhin von Ulrike an Friedrich aufgesetzte Schreiben vom 6. Februar und die Antwort Friedrichs vom 21., die seine Erlaubnis erhält: ebenda S. 353 f.

2) Vgl. P. R. 30, 37. 458 f.

3) Bericht von Solms, 19. Januar 1770: P. R. 29, 325 Anm. 2.

4) Durch das vollständig vorliegende Aktenmaterial werden die Zweifel von Krauel („Briefwechsel zwischen Prinz Heinrich von Preußen und Katharina II. von Rußland“, S. 7, Berlin 1903) hinfällig.

5) P. R. 30, 72.



angehen oder zu erkennen geben würden, „daß ihnen ihre guten Dienste genügen seien“<sup>1)</sup>. Nunmehr drang der König darauf, daß Thugut, der österreichische Resident in Konstantinopel, schon im voraus mit den nötigen Weisungen versehen und gleichzeitig zu gemeinsamem Vorgehen mit dem dortigen preußischen Vertreter Zegelin ermächtigt würde. Andererseits ließ er den Türken die österreichische Vermittlung empfehlen<sup>2)</sup>. Aber so groß auch das Einverständnis war, das allmählich zwischen dem Wiener und Berliner Hofe erzielt wurde, das Haupthindernis blieb die kriegerische Stimmung der Pforte, die einstweilen auf das Gelingen der Friedenspläne des Königs nur geringe Aussicht gewährte. Erst am 17. März 1770 konnte Zegelin berichten, daß die Türken anfangen einzulenken. Zunächst baten sie nur, ihnen „schriftlich oder mündlich . . . einige directe Propositiones“ für den Frieden zu machen, und zwar sollten diese „im Namen des russischen Hofes“ erfolgen<sup>3)</sup>. Aber schon vierzehn Tage später erklärten sie, es würde ihnen „sehr lieb“ sein, wollte der König „bei dem russischen Hofe anfragen lassen, auf was für Conditions dieser Hof den Frieden mit der Pforte zu machen gedächte“; nur den Vorbehalt fügten sie hinzu, er solle die Pforte dabei nicht „compromittiren, als wenn diese um den Frieden gebeten“<sup>4)</sup>. Als Friedrich der russischen Kaiserin diese Eröffnungen zustellte, ersuchte sie ihn, der Pforte zu antworten, daß vor Beginn der Friedensverhandlungen ihr Gesandter Obreskow, der seit Oktober 1768 von den Türken in Haft gehalten wurde, freigelassen werden müsse, sowie daß sie zum Frieden bereit sei<sup>5)</sup>; aber auch sie wünschte, nicht „compromittiert“ zu werden.

Ließ sich derart für den Frieden mit der Pforte alles günstig an, so endeten die Bemühungen des Königs um die Wiederherstellung der Ruhe in Polen mit einem gänzlichen Mißerfolg. Auf eine Anfrage des Staatskanzlers Fürsten Kaunitz, der von Rohd vorläufig unterrichtet worden war, hatte Friedrich sich, Ende Januar 1770, über die Ausführung seiner „Idee“ dahin geäußert, daß die Konföderierten sich an den Wiener Hof wenden, daß die österreichische Vermittlung darauf den Russen vorgeschlagen werden und er selbst „als gemeinsamer Freund und Nachbar Polens“ an den Verhandlungen teilnehmen sollte<sup>6)</sup>. Da aber die Russen, gelegentlich einer Auseinandersetzung mit König Stanislaus,

1) Bgl. P. R. 29, 222.

2) Bgl. P. R. 29, 571 u. 588.

3) Bgl. P. R. 29, 450 Anm. 1.

4) Bericht Zegelins, 3. April 1770: P. R. 29, 460 Anm. 2.

5) Bgl. P. R. 29, 504; 30, 1—3.

6) Friedrich an Rohd, 28. Januar 1770: P. R. 29, 316.





Vortrag mit einer ausführlichen Darlegung der friedlichen Tendenz der österreichischen Politik und der Notwendigkeit, das derzeitige europäische System, die Allianzen zwischen Österreich und Frankreich und zwischen Rußland und Preußen, unverändert zu erhalten. Darauf entwickelte er die Vorteile, die aus gegenseitiger freundschaftlicher Verständigung für Österreich und Preußen erwachsen würden, und verlas im Anschluß daran den von ihm selbst verfaßten „Politischen Katechismus“ mit seinen zehn Grundregeln, die als Richtschnur für das gegenseitige Verhalten beider Mächte dienen sollten. Mit Lebhaftigkeit stimmte der König den Ausführungen des Kanzlers zu, um dann das Gespräch auf den Türkenkrieg und die Friedensvermittlung zu lenken und um Aufklärung über den Inhalt der Nachrichten aus Konstantinopel zu bitten, da der Schlüssel für den Chiffre des Gesandten nicht zur Stelle war. Wir können die Einzelheiten übergehen. Genug, man traf, und zwar auf Vorschlag von Kaunitz, der damit seinen ursprünglichen Plan fallen ließ<sup>1)</sup>, die Abrede, daß Friedrich die Kaiserin Katharina um ihre Zustimmung zur Übernahme der Vermittlung durch Preußen und Österreich angehen solle. Indem der Kanzler ferner dem König seine Gedanken über die Fassung des Schreibens an Katharina entwickelte, regte er dann die Frage der Wiederherstellung der Ruhe in Polen an, und, wiederum entgegen seiner ersten Absicht, schlug er als „bestes, vielleicht einziges Mittel“ vor, daß Rußland einen Pazifikationsplan entwerfen solle, dessen Durchführung und Garantie Österreich und Preußen zu übernehmen hätten<sup>2)</sup>.

Wie wir im folgenden sehen werden, bilden die Ergebnisse dieser denkwürdigen Unterredung vom 4. September die Grundlage und den Ausgangspunkt für die Verhandlungen, die der König nunmehr mit Rußland anknüpfte, und deren Träger sein Bruder, Prinz Heinrich, wurde.

### III.

„Il faut faire de nécessité vertu“, hatte der König nach Empfang des Briefes, in dem Katharina den Prinzen Heinrich nach Petersburg einlud, an seinen Bruder geschrieben und bedauert, nicht früher davon

1) Auf den vorläufigen Bericht von Thugut, daß die Pforte die Vermittlung formell nachsuchen werde, hatte Kaunitz bereits erklärt, seine Entschließungen von der mehr oder minder entgegenkommenden Haltung des Königs abhängig zu machen. Vgl. seine Schreiben an Maria Theresia und Joseph, Austerlitz 30. August, bei Beer, Zusammenkünfte S. 495 ff.

2) Daß tatsächlich von Kaunitz die Anregung ausging, bezeugt auch sein Schreiben an Maria Theresia vom 7. September (Beer, Zusammenkünfte S. 523).



Wir beschränken uns darauf, die Verhandlungen in großen Zügen zu schildern. Sofort nach seiner Rückkehr nach Potsdam hatte der König seinem Gesandten, dem Grafen Solms, das Vermittlungsgesuch der Pforte zur Mitteilung an die russische Regierung übersandt und, gemäß dem Neustädter Beschluß, in einem eigenhändigen Schreiben vom 14. September die Kaiserin Katharina davon unterrichtet. Gleichzeitig brachte er die Pazifizierung Polens in Vorschlag<sup>1)</sup>.

Zwei Hindernisse traten der Annahme der Vermittlung in Petersburg entgegen. Zunächst hatten die Russen selbst Verhandlungen mit den Türken angeknüpft. Der Feldmarschall Rumänzow war beauftragt worden, „für sich und in seinem Privatnamen“ an den Großvezier zu schreiben und die Freilassung Obreskows, sowie die Entsendung „bevollmächtigter Commissäre“ nach Ismail zu fordern, „um die Friedensunterhandlungen daselbst anzufangen“<sup>2)</sup>. Der König verhehlte sich keinen Augenblick, daß, selbst wenn die Vermittlung noch angenommen wurde, Österreich und Preußen sie „nur dem Namen nach“ haben, daß es „eine Vermittlung ad honores“ sein würde. „Man mokirt sich über uns“, rief er voller Unmut aus<sup>3)</sup>.

Die zweite Schwierigkeit lag in der Frage der Zugiehung Englands. Rußland wollte diese, aus Gründen der „Reciprocität“ und mit Rücksicht auf ein früher den Engländern gegebenes Versprechen, fordern, sobald Österreich die Vermittlung erhalten würde. Den „hauptsächlichen gordischen Knoten“ in dieser Angelegenheit bildete jedoch der Umstand, daß, wie Kaunitz bereits in Neustadt angekündigt hatte<sup>4)</sup>, für den Fall der Beteiligung Englands auch Frankreich auf Zulassung bestehen würde, während Katharina II. nicht gewillt war, die französische Einmischung zu dulden<sup>5)</sup>.

1) Erlasse an Solms vom 12. und das Schreiben an Katharina vom 14. September: P. R. 30, 125 ff. u. 138.

2) Vgl. P. R. 30, 533. Die obigen Worte, nach dem Erlaß an Zegelin vom 14. Oktober (ebenda S. 189 f.) angeführt, bilden die wörtliche Übersetzung aus Rumänzows Schreiben, das Solms abschriftlich mit seinem Bericht vom 28. September übersandt hatte. Der Schluß lautet: „pour entamer les négociations préliminaires et entrer dans la négociation effective de la paix“. Die Frage, ob Rumänzows Schreiben, wie Panin später behauptete (ebenda S. 290 f.), älter ist als die preussische Mitteilung über die Vermittlung, läßt sich erst entscheiden, sobald das russische Altenmaterial vollständig vorliegt.

3) An Rohd und Heinrich, 14. u. 15. Oktober 1770 (P. R. 30, 190—192).

4) Vgl. P. R. 30, 113.

5) Vgl. P. R. 30, 528 und 533.



er seinem Bruder<sup>1)</sup>, „so, wie man sie nur wünschen kann, und ich bin sicher, es dahin zu bringen, daß der Wiener Hof sich dafür einsetzt“; denn niemand könne sich beklagen, da die Kaiserin sich einfach auf die Erhaltung von König Stanislaus beschränke und alles übrige dem Reichstag überlasse.

Mit gleichem Eifer, wie für die polnische Pazifikation, war der Prinz für den russisch-türkischen Friedensschluß tätig. Er erzielte den Erfolg, daß die russische Regierung sich bereit erklärte, von der Zuziehung Englands zur Vermittlung abzusehen, nicht nur wenn die Österreicher sich mit „guten Diensten“ begnügten, sondern auch für den Fall, daß sie die Vermittlung erhielten und daß von Englands Beteiligung alsdann die französische Einmischung zu besorgen stände<sup>2)</sup>.

War damit auch das eine der Hindernisse aus dem Wege geräumt, so konnte, trotz aller Versicherungen Panins, daß Rumänzow nur über Obreskows Auslieferung, aber nicht über den Frieden verhandeln solle, daß nach Katharinas Überzeugung der Friedensschluß „ohne Dazwischenkunft von Mittelmächten“ nicht möglich sei<sup>3)</sup>, dennoch die Verhandlung so lange nicht zum Ziele führen, als die Entscheidung des Sultans, dem der Großvezier Rumänzows Schreiben zugesandt hatte, ausstand.

Dazu kam noch, daß keineswegs völlige Übereinstimmung in den russischen Regierungskreisen über die Frage der Beendigung des Krieges herrschte. So hatte die Kaiserin selbst den Prinzen Heinrich gefragt, ob er ihr raten würde, den Kubikon, d. h. die Donau, zu überschreiten, läme der Friede nicht zustande, und als der Prinz auf die Gefahr des Ausbruchs eines allgemeinen Krieges hinwies, hatte sie lachend erwidert: „Man muß also Frieden schließen<sup>4)</sup>.“

Immer wieder schoben die Russen die endgültige Entschliebung über Annahme oder Ablehnung der Vermittlung und über die Mitteilung ihrer Friedensbedingungen hinaus. „Man wird sehen, der Frühling kommt,“ schrieb Friedrich unmutig am 16. Dezember dem Prinzen Heinrich<sup>5)</sup>, „und man wird sagen, daß man nicht umhin könne, den

Dokumentenband S. 112 ff.), mit der irre leitenden Anmerkung, daß Panin ihn dem Prinzen Heinrich übergeben habe; der russische Pazifikationsplan („Précis des sentiments du comte de Panin“): abgedruckt ebenda S. 109 ff. und P. R. 30, 262 ff.

1) An Heinrich, 18. November 1770 (P. R. 30, 271).

2) Bericht von Solms und Schreiben Heinrichs vom 13. November (P. R. 30, 291. 294 f. und 533).

3) Bericht von Solms, 13. November (P. R. 30, 290 f.).

4) Bericht Heinrichs vom 27. Oktober (P. R. 30, 255).

5) P. R. 30, 322.



Wie sich der Prinz die Verwirklichung seines „Traumes“ dachte, erhellt aus seinen ferneren Berichten. Er erklärte, dem König nur dann nützen zu können, wenn es diesem gelänge, die Österreicher zur Teilnahme zu bewegen und sie dahin zu bringen, daß sie für die preußischen Interessen einträten. Ja, seinem Räte zufolge soll Friedrich seinen Gewinnanteil vorher mit dem Wiener Hof vereinbaren; dann will Heinrich „sast die Garantie übernehmen“, ihm Rußlands Zustimmung zu verschaffen. Sollten hingegen die Verhandlungen darüber in Petersburg beginnen, so, befürchtet er, würde man sich allen Wünschen des Königs gegenüber „entsetzlich schwierig“ zeigen. Aber nicht etwa, fährt er fort, die Motive des gefürchteten russischen Widerstandes erläuternd, daß man dem König einen Gewinn mißgönne, sondern man sei nur einer Vergrößerung Preußens aus polnischem Gebiet entgegen. Der Prinz sagt geradezu: „Könntest Du Dich in Deutschland vergrößern, so würde man hier über Polnisch-Preußen zu Gunsten aller der Fürsten verfügen, die zu Deiner Vergrößerung beitragen müßten<sup>1)</sup>.“

Der Gedanke an eine Verständigung mit Österreich und an Erwerbungen in Deutschland, den Heinrich seinem königlichen Bruder vortrug, läßt sich weiter zurück verfolgen. Wir streiften schon kurz die politische Diskussion, die zwischen ihnen nach der Reiser Zusammenkunft sich entspann. In Reize hatte sich Friedrich skeptisch geäußert, als Joseph zu ihm von den Vorteilen, die ein friedliches Einvernehmen, „ohne Schwertstreich“, beiden Mächten verschaffen könnte, sprach und den großen moralischen Eindruck ihrer Verbindung und deren günstige Folgen für die Erhaltung des Friedens in Europa hervorhob, daß sie wie ein Kordon vom Adriatischen bis zum Baltischen Meer in zwei Hälften teilten<sup>2)</sup>. Friedrich hatte ihm erklärt, nur mit der Zeit werde sich dieses „patriotische deutsche System“ herstellen lassen; es sei schwer, zu einem verfochtenen Feinde sofort volles Vertrauen zu fassen. Dieselben Bedenken brachte er vor, als Heinrich, in merkwürdiger Übereinstimmung mit den Ausführungen des Kaisers, die Idee einer preußisch-österreichischen Allianz erörterte. Schwungvoll schilderte der Prinz in seinem Schreiben

1) Bericht vom 27. November (P. R. 30, 317). Heumann (I, 353) erkennt die ganze Sachlage, indem er aus diesem Berichte folgert, daß die Russen den König „einluden“, „seine Forderungen zu stellen“.

2) Vgl. P. R. 29, 41 Anm. 3 und v. Arneth, Maria Theresia und Joseph II., ihre Korrespondenz, Bd. I, S. 300 f. (Wien 1867). In gleichem Sinne, wie zu dem König, sprach sich Joseph auch zu Rohd über die Vorteile eines engen Einvernehmens zwischen Preußen und Österreich aus. Vgl. Bericht Rohds vom 24. Februar 1770: P. R. 29, 371.





Zur weiteren Ausgestaltung seiner Ideen führte ein besonderer Vorfall. Als der König dem österreichischen Gesandten Grafen Nugent, der aus Gesundheitsrücksichten heimkehrte, am 6. Mai 1770 die Abschiedsaudienz erteilte und das Gespräch auf die geographische Lage beider Länder und die „Inconvenienzen“ eines nicht in sich abgeschlossenen Staatsgebiets kam, warf er den Gedanken auf, daß Österreich sich durch Bayern oder durch seine früheren Provinzen Elsaß und Lothringen oder endlich in Italien abrunden könne. Darauf machte Nugent einen Gegenvorschlag für Preußen: „Böge man,“ sagte er dem König, „eine Linie von den Grenzen Preußens über Graudenz, Thorn, Posen bis Glogau, so würde alles Land zwischen dieser Linie und dem Meer Eurer Majestät gut zusagen, und die Verbindung eines großen Teils Ihrer Staaten wäre hergestellt.“ Endlich sollte das von preußischem Besitztum rings umgebene Ermland die Abrundung vervollständigen<sup>1)</sup>.

Friedrich ließ das Thema fallen, machte indessen seinem Bruder von Nugents Antwort Mitteilung<sup>2)</sup>. In Heinrich erweckten „diese, obgleich vagen Vorschläge“, wie er sich in seinem Schreiben vom 22. Juni<sup>3)</sup> ausdrückt, „Ausichten zur Vergrößerung“ auf der Grundlage einer „aufrichtigen Verbindung“ mit Österreich. Und so schrieb er, Nugents Vorschläge sich zu eigen machend, an Friedrich: „Ich möchte Dich als Herrn der Ufer des Baltischen Meeres und mit der stärksten Macht Deutschlands den Einfluß teilen sehen, den diese vereinigten Kräfte in Europa ausüben können.“ Hat es danach zunächst den Anschein, als sei Heinrich auf seinen Lieblingsgedanken einer preußisch-österreichischen Allianz zurückgekommen, so ergibt sich aus einem weiteren Schreiben vom 30. Juni<sup>4)</sup>, daß er, offenbar infolge des Meinungsaustausches mit dem König, der das russische Bündnis nicht preisgeben wollte, seine ursprünglichen Ansichten modifiziert hat; denn als eine Kombination der Anschauungen Friedrichs mit seinen eigenen stellt sich der Plan dar, den

frère; ils devraient travailler à votre agrandissement, qui formerait le noeud de cette liaison, et ils en recueilliraient l'avantage qu'aucune autre puissance de l'Europe ne pourrait jamais les attaquer, tandis que vous seriez uni avec eux, et que dans la Pologne ils pourraient jouir (à l'exception d'une bonne partie qui vous reviendrait) de tout le pouvoir et de la plus grande autorité, sous l'ombre d'un roi polonais qui ne serait que l'instrument de leurs volontés.“ [Berlin, Geh. Staatsarchiv.]

1) Vgl. v. Arneth Bd. 8, S. 574 f. und P. R. 29, 463 f.

2) Wahrscheinlich auf der Durchreise nach Berlin, als er in Spandau am 19. Mai bei Heinrich speiste (vgl. P. R. 29, 474).

3) Vgl. Beilage I, S. 187.

4) Vgl. Beilage II, S. 187 f.



erklärte denn auch in den letzten Novembertagen, ohne daß Heinrich ihn eingeweiht hätte, Solms dem Prinzen: der russische Hof werde die Tripelallianz „allen Vorteilen, die man würde fordern können“, vorziehen. Gleichzeitig jedoch sprach Panin selbst von Maßnahmen für einen „allgemeinen Krieg“, wenn man bei den Österreichern Schwierigkeiten begegne<sup>1)</sup>.

Die Haltung des Königs war völlig ablehnend. „Point de convention nouvelle quelconque“, lautete seine Antwort bei Empfang der ersten Mitteilungen seines Bruders<sup>2)</sup>. Die beiden Haupteinwürfe, die er gegen den Vorschlag der Tripelallianz jetzt und in der Folge immer wieder erhebt, waren der Hinweis auf die Unmöglichkeit, Österreich von Frankreich zu trennen und auf Österreichs Beistand für Eroberungen in der Türkei zu rechnen<sup>3)</sup>; hatte doch Kaunitz in Neustadt ihm selber als leitenden Gesichtspunkt seiner Politik die Erhaltung der bestehenden Allianzen und des Gleichgewichts im Orient bezeichnet.

Gegen den Abschluß einer „besonderen Konvention“ führte er vor allem die Rücksicht auf die preussischen Interessen und die geringe Aussicht auf die Erfüllung der russischen Verheißungen ins Feld. So schrieb er dem Prinzen am 13. Dezember: „Wenn ein allgemeiner Krieg stattfindet, werde ich seine ganze Last tragen. Schöne Versprechungen wird man mir machen, aber sie werden nur imaginär sein, und ich würde vielleicht die Österreicher und die Franzosen allein auf dem Halse haben. Auf diese Weise läßt sich nichts großes ausrichten, und beim Friedensschluß würde ich höchstens meine gegenwärtigen Besitzungen behalten, aber Heer und Provinzen wären ruiniert, das ganze Geld im Dienste Rußlands ausgegeben, und das alles würde mir höchstens ein schönes Kompliment und einen Zobelpelz eintragen<sup>4)</sup>.“ Und selbst als die Kaiserin Katharina und der Kriegsminister Graf Tschernyschew, auf die Nachricht von der Besignahme der polnischen Grenzstarosteien durch Österreich, in jener berühmt gewordenen Unterredung mit dem Prinzen am Abend des 8. Januar 1771 den König auffordern ließen, gleichfalls zuzugreifen und das Bistum Ermland zu besetzen, änderte das nichts an seiner Überzeugung. In seiner Antwort an Heinrich vom 24. prophezeite er noch für das laufende Jahr den Ausbruch eines Krieges mit Österreich, wofern Rußland bei seinem Plane, die Pforte zu vernichten,

1) Bericht Heinrichs vom 27. November 1770: P. R. 30, 316 f.

2) An Heinrich, 16. November 1770 (P. R. 30, 269).

3) Vgl. P. R. 30, 524.

4) Vgl. P. R. 30, 318 und 524.



Schwarzen Meer und die Abtretung einer Insel im Archipel als Handelsniederlassung von den Russen gefordert. Vorbedingung für die Eröffnung der formellen Verhandlungen blieb nach wie vor die Freilassung Obreskows, sowie die Entsendung von Bevollmächtigten nach einem noch zu bestimmenden Kongressort in der Moldau oder in Polen.

Auf Grund aller bisher aus Petersburg ihm zugegangenen Mitteilungen hatte der König mäßige Forderungen erwartet, hatte doch Panin immer wieder erklärt, daß Rußland keine Eroberungen machen und nur den türkischen Hochmut dämpfen wolle<sup>1)</sup>. Um so größer war jetzt seine Enttäuschung über den „unannehmbaren“ russischen „Pazifikationsplan“. „Hörner sind mir gewachsen, lieber Bruder,“ so schrieb er dem Prinzen Heinrich am 3. Januar 1771, „als ich die Friedensvorschläge der Russen erhielt.“ Und in einem zweiten Schreiben von demselben Tage erklärte er empört, daß sie „völlige Uneigennützigkeit“ geübt hätten, aber „gieriger als Korsaren“ seien<sup>2)</sup>. In der Antwort an Katharina vom 4. Januar<sup>3)</sup> bezeichnete der König die Mitteilung des Pazifikationsplanes an die Pforte und den Wiener Hof als unmöglich und forderte den Verzicht auf die Bedingungen betreffend die Tartaren, die Donaufürstentümer und die Archipelinsel, indem er erklärte, gleichwie bei der Nachricht von dem Schreiben Rumänzows an den Großbezier, er werde von der Vermittlung absteigen, wenn die Forderungen nicht ermäßigt würden.

Die Hauptschwierigkeit bildete die Frage des Schicksals der Donaufürstentümer. Bereits Prinz Heinrich hatte bei der Zustellung der Bedingungen darauf hingewiesen, daß ihre Besiznahme den österreichischen Interessen zuwiderlaufe. Darauf hatte Panin von der „Alternative“ gesprochen, sie für unabhängig zu erklären<sup>4)</sup>. Aber in der Begleitnote zu dem Schreiben an die Zarin erwiderte der König, daß „selbst die Unabhängigkeit dieser ihren Staaten benachbarten Provinzen nicht nach dem Geschma  der Österreicher“ sein würde, und fügte mit Berufung auf Kaunizens Ausführungen in Neustadt hinzu, seiner Überzeugung nach würde der Wiener Hof eher einen Krieg beginnen, als erlauben, „daß diese Fürstentümer einen Besitzwechsel erlitten“. Die Mitteilung der

1) Vgl. P. R. 30, 534.

2) Vgl. P. R. 30, 357. 360.

3) Das Schreiben (P. R. 30, 370 ff.) wurde von einer Note begleitet, welche, nach eigenhändiger Weisung des Königs (ebenda S. 363 f.) aufgesetzt, die Antwort auf die russische Denkschrift enthielt.

4) Vgl. P. R. 30, 355.



muß mit der Pforte<sup>1)</sup>. Neuen Anlaß zur Verstimmung gab der Gang der Verhandlungen über die Vermittlung. Um sich der Ablehnung nicht auszusetzen, hatten die Österreicher die Anfrage dem König übertragen<sup>2)</sup>, warteten dann, auf die Nachricht, daß England an der Vermittlung teilnehmen sollte, die förmliche Einladung von Seiten Rußlands. Die Annahme allein der „guten Dienste“ faßten sie als Ablehnung auf, sie erklärten, auf die Vermittlung zu verzichten<sup>3)</sup>, und baten den König, der Frage ihrer Beteiligung von weiteren Schritten abzustehen<sup>4)</sup>. Ebenso lehnten sie seinen Vorschlag ab, auf der Basis der russischen Bewegungen die Friedensverhandlungen zu eröffnen<sup>5)</sup>.

Spitzte sich der Gegensatz zwischen Rußland und Österreich auf der einen Seite immer schärfer zu, so begann andererseits in Erfüllung zu gehen, was Heinrich im Sommer 1770 dem Könige prophezeit hatte, daß der Krieg beide Mächte dazu bringen werde, um Preußens Gunst zu werben. Wie Panin die „besondere Konvention“ ins Auge faßte und die russische Hof den König durch die Aufforderung zur Erwerbung Ermland an sich zu fesseln hoffte, so erklärten die Österreicher sich bereit, alles einzugehen, „was er nur immer zur Hintertreibung der russischen gegenwärtigen oder künftigen Vergrößerung, wenn es auch mit gewissen vereinigten Maßnahmen geschehen sollte, . . . in Vorschlag bringen würde“<sup>6)</sup>. Dabei fiel das eigentümliche Mißverständnis vor, daß der König die Wiederholung ihrer Erklärung, nur in „vollkommenem Mißverständnis“ mit ihm handeln zu wollen, als „Einladung zu einer realen Allianz“ auffaßte. Er beschied sie völlig ablehnend<sup>7)</sup>, einmal, weil er an dem Bündnis mit Rußland festzuhalten entschlossen war, und zweitens, weil jede nähere Verbindung mit Österreich seinem Prinzip widersprach, daß er in dem Erlasse vom 7. Februar an seinen Minister Finckenstein<sup>8)</sup> dahin umschrieb: sich weder von Rußland noch von Österreich „verblenden“ zu lassen und auf nichts einzugehen, was seinem Neutralitätsplan entgegen sei, „den ich beabsichtige, absolut und um jeden Preis aufrecht zu erhalten“.

1) Vgl. P. R. 27, 599; 28, 505; 29, 572 f.; 30, 518.

2) Raunig an Maria Theresia, 7. September 1770 (Beer, Zusammenkünfte S. 523). Vgl. P. R. 30, 113. 115.

3) Vgl. P. R. 30, 535 f.

4) Audienz Swietens bei dem König, 30. Dezember 1770: P. R. 30, 342 ff.

5) Vgl. P. R. 30, 396. 448.

6) Audienz von Swietens bei dem König, 30. Dezember 1770: P. R. 30, 342 f.

7) Vgl. P. R. 30, 424. 441. 450 f.

8) Vgl. P. R. 30, 432.





kaiserin vom 19. Februar<sup>1)</sup> befolgte er den Rat seines Bruders, den Widerstand gegen die Bedingungen den Österreichern und Türken zu überlassen<sup>2)</sup>. Er beschränkte sich darauf, beschwichtigend auf die Kaiserin einzuwirken, indem er in Petersburg zur Mäßigung und zum Frieden, in Wien zum Entgegenkommen mahnte<sup>3)</sup>. Lediglich die Türken ließ er an, nach wie vor auf die Teilnahme Österreichs an der Vermittlung zu bringen<sup>4)</sup>.

In diesem Augenblicke der Krise, da, wie es in der Antwort an Katharina heißt, der Zündstoff gehäuft war und ein einziger Funke genügt, den Brand eines allgemeinen Krieges zu entfachen, erfolgte die Wendung. Prinz Heinrich traf am 18. Februar in Potsdam ein, und unter seinem Einfluß schlug der König in den denkwürdigen Erlassen an Solms vom 20. und 27. Februar den Russen die Teilung Polens vor<sup>5)</sup>. Sie eröffnete den Ausweg aus der „Verwicklung der großen Angelegenheiten“<sup>6)</sup>; denn verzichtete der Petersburger Hof auf seine Forderungen in der Moldau und Walachei und suchte die Entschädigung in Polen, so schwand die drohende Gefahr der Störung des Gleichgewichts im Orient und damit der unmittelbare Anlaß, der den Gegensatz der Mächte und ihrer Interessen unversöhnlich machte. So bezeichnet auch Friedrich in seinen „Denkwürdigkeiten“ als den „Hauptgrund“ für den Vorschlag zur Teilung die Absicht, „einen allgemeinen Krieg zu vermeiden, der dicht vor seinem Ausbruche stand“<sup>7)</sup>. Sie war, wie er weiter dort sagt, „das einzige Mittel, das blieb, um neue Wirren zu vermeiden und alle Welt zu befriedigen“.

1) P. R. 30, 463 f.

2) Vgl. P. R. 30, 355. 385. 431. 460.

3) Unterredungen des Königs und Heinrichs mit van Swieten, 14. und 25. Februar 1771: P. R. 30, 447. 450. 476.

4) König an Zegelin, 13. Februar 1771: P. R. 30, 444.

5) Vgl. P. R. 30, 466 ff. 483 und unten S. 184 f. Wie Friedrich einst Heinrich als „Werkzeug“ zum europäischen Frieden, so bezeichnete er in dem weiteren Erlass vom 20. März 1771 Solms als „Werkzeug“ zur Vergrößerung Preußens.

6) Vgl. L. v. Ranke, „Friedrich der Große und Friedrich Wilhelm IV. Zwei Biographien“ (Leipzig 1878), S. 47, und „Die deutschen Mächte und der Fürstenbund“ (Leipzig 1871), Bd. I, S. 12.

7) „La principale raison était celle d'éviter une guerre générale toute prête à éclore“ (Œuvres Bd. 6, S. 35). Mit etwas anderen Worten wiederholt es v. Ranke („Die deutschen Mächte“, Bd. I, S. 17): „Für Friedrich war eines der wichtigsten Motive dafür, daß sich nur auf diesem Wege die Erhaltung des Friedens zwischen Österreich und Rußland, die für ihn das größte Bedürfnis war, erreichen ließ.“



neuen Krieg wie gegen Eroberungen sei. Nur in dem Fall, daß die Österreicher angriffen, sei Panin entschlossen, „jemanden die Kriegskosten bezahlen zu lassen“, doch habe er sich noch nicht darüber geäußert, ob Polen oder Österreich sie tragen sollte<sup>1)</sup>.

Der König ging damals nicht auf diese Frage weiter ein, jedoch kam er auf die beiden Berichte von Solms zurück, als er die Konvention vom 4. Mai 1767 anregte. Wie schon erwähnt, kam es über die Einmischung der Russen in Polen und die Unterstützung der Dissidenten fast zum Krieg mit Österreich. Die ersten Meldungen von kriegerischen Maßnahmen gingen dem König Ende Dezember 1766 zu; waren diese auch übertrieben<sup>2)</sup>, so liefen doch bald übereinstimmende Nachrichten aus Österreich und Schlesien ein, auf Grund deren er am 25. Januar 1767 erklärte, die Sachlage „ernster als bisher“ auffassen zu müssen<sup>3)</sup>. Bereits am 26. stellte er sie zur Warnung dem russischen Hofe zu und ließ dem Grafen Panin eröffnen: er erwarte, daß die russische Regierung Verpflichtungen mit ihm eingehen und sich verbindlich machen werde, „ihn für alle Verluste zu entschädigen“, die er erlitte, wenn es anläßlich der Dissidentenfrage zu Unruhen kommen sollte. In einem zweiten eigenhändig verfaßten Erlaß von demselben Tage sprach er sich noch deutlicher aus, indem er Solms befehl, zur Mitteilung an die Zarin dem russischen Minister zu erklären, „daß notwendig sein wird, daß wir unserem Vertrage eine Konvention hinzufügen, zur Regelung von Fragen, die die gegenwärtigen Konjunkturen, den Krieg, der mir unvermeidlich erscheint, und die Entschädigungen betreffen, die ich mit Recht für die Ausgaben und die Gefahren, denen ich mich aussetzen habe, verlangen darf“. Der sofort nach der königlichen Weisung im Ministerium aufgesetzte Entwurf behandelte zunächst die Verpflichtung des Königs, mit seinen gesamten Streitkräften eine Diversion nach Österreich zu unter-

1) „Si, contre toute probabilité, la cour de Vienne voudrait courir les risques d'une guerre, en ce cas il paraît que le comte Panin est décidé de faire payer les frais de la guerre à quelqu'un, mais jusqu'ici il ne s'est pas découvert encore si ce serait aux dépens de la Pologne ou à ceux de l'Autriche.“ [Berlin, Geh. Staatsarchiv.] — Die Behauptung von Reimann (M. I, S. 369), daß Panin damals und wiederum im Oktober 1766 die preußische Waffenhilfe „durch ein Stück polnischen Landes“ sich habe verschaffen wollen, trifft nach obigem für 1763, wenigstens in dieser positiven Fassung, nicht zu; im Oktober 1766 dagegen ist von der Verheißung eines Landgewinns überhaupt nicht die Rede gewesen (vgl. den Bericht von Solms, 25. Oktober 1766: P. R. 25, 290).

2) Vgl. P. R. 25, 339 f.; 26, 4. 11 f.

3) Vgl. P. R. 26, 21.



neue Formulierung dieser Bestimmungen legen dürfen. So hat denn der König von Anfang an die Frage der Entschädigung, deren Kantierung angesichts des als „unvermeidlich“ betrachteten Krieges größter Wichtigkeit wurde, in den Vordergrund gestellt. Auf ihrer Kehrung ruht für ihn die eigentliche Bedeutung der Konvention.

Hatte Friedrich in der Konvention Bestimmung und Auswahl der Entschädigung dem russischen Hofe anheimgegeben, so faßte er von vorn- in das Objekt ins Auge, daß er sich bei Erneuerung der Allianz 1764 als „Vorteil“ sicherte: die Verbürgung der Erbfolge in Ansbach und Baireuth oder eines entsprechenden Äquivalents<sup>1)</sup>. Hat man gegenüber den neuen Verpflichtungen, die er in diesem Vertrage vom Oktober 1769 übernahm<sup>2)</sup>, auf die Geringsfügigkeit dieses „Vorteils“ hingewiesen, so sind dafür mehrere Umstände zu berücksichtigen. Zunächst sollte die Verbürgung der Erbfolge, wie der König in dem Brief an Findenstein vom 2. November 1768<sup>3)</sup> ausdrücklich sagt, nur

Entschädigung für die an Rußland während des Türkenkriegs zu leistenden Subsidien bilden, in der Erwartung, daß „in anderen Zeiten“ die Russen ihm die gleiche Hilfe, die er ihnen jetzt gewährte, leisten würden. Auch dachte er an die Aufstellung „noch vorteilhafterer Bedingungen“, die er von dem Grade der Verstärkung, den der Kriegsausbruch in Petersburg hervorrief, abhängig machen wollte<sup>4)</sup>. Im Laufe der Verhandlungen aber verschob sich die Sachlage dadurch, daß nicht allein bei dieser einen Forderung der Bürgschaft blieb, sondern auch die Russen für deren Übernahme Gegenleistungen beanspruchten. Daraufhin dachte Friedrich an Abbruch der Verhandlungen und eine Verständigung mit Österreich<sup>5)</sup>; endlich entschloß er sich zur Annahme jener Bedingungen, nachdem er diese auf ein bescheideneres Maß herabdrückt hatte<sup>6)</sup>.

Eine weitere Erklärung findet die Bescheidung des Königs in der

1) Die Möglichkeit des Tausches behielt sich der König vor, um zu vermeiden, daß die Erwerbung der Markgrafschaften, wegen der benachbarten Lage von Baireuth und Böhmen, ein „Zankapfel“ zwischen Preußen und Österreich würde. (Vgl. P. R. 29, 7.)

2) Vgl. oben S. 154.

3) P. R. 27, 421.

4) König an Findenstein, 4. November 1768: P. R. 27, 423 f. Auf diese Feststellung allein bezieht sich die Anfrage bei Benoit vom 7. November (ebenda S. 427), in der Reimann (I, 258; II, 702) den ersten Schritt für Erwerbungen in Polen sehen will.

5) Vgl. oben S. 153.

6) Vgl. P. R. 27, 597; 28, 503 f.; 29, 580.



och in tiefem Geheimnis“ verborgen halte (ce que l'on tient, ce meuble, encore caché dans le fond du mystère)<sup>1)</sup>. Am nächsten Post-  
 , erklärte Solms wiederum, daß die Russen „noch unentschieden“  
 n, in welcher Weise sie den preußischen Beistand in Anspruch nehmen  
 ten. In einem weiteren Bericht sprach er von einer Art „discretion“,  
 sie davon zurückhalte, mit Vorschlägen an den König heranzutreten<sup>2)</sup>.  
 wohl Friedrich sie „kommen sehen“ wollte<sup>3)</sup>, entschloß er sich, als  
 aus „die Saite noch immer nicht anrührte“, in dem Schreiben an  
 Maria vom 15. Dezember 1768<sup>4)</sup> den Vorschlag zur Verlängerung  
 : Allianz zu wiederholen. Erst dieser Schritt setzte der „Unschlüssig-  
 t“ der Russen, nach Solms' Bericht vom 3. Januar 1769, ein Ende,  
 b nunmehr erging die Aufforderung an den König zur Zustellung  
 : Entwurfes<sup>5)</sup>. Sofort wurde dieser nach Petersburg übersandt.

Fast vierzehn Tage verstrichen, da erfolgte unter dem 2. Februar,  
 : Postskript zu einem Erlasse vom 1., die Mitteilung des Synarischen  
 ojektes an Solms, daß die Grundzüge zur Teilung Polens enthielt,  
 b zwar sollte Rußland durch seinen Gewinnanteil für die Kriegs-  
 sen, Österreich für die Unterstützung gegen die Pforte entschädigt  
 rden, während Preußen einen „Mäklerlohn“ einheimste<sup>6)</sup>. Der bisher  
 umste direkte Anlaß zu dieser seltsamen Mitteilung läßt sich vielleicht  
 dem Bericht des Gesandten, der in dem Hauptschreiben vom 1. be-  
 wortet wurde, ermitteln. Da findet sich, daß der König, von Panin  
 n seinen Rat angegangen, die Anfrage Rußlands in Wien wegen des  
 eistandes gegen die Türken<sup>7)</sup> vollkommen billigt, da sie zu dem ge-  
 suchten Ziele führen könne, „die Absichten der Österreicher gänzlich  
 abzudecken“. Es wäre nicht unmöglich, daß Friedrich die „Idee“ der  
 Alleleistung Österreichs gegen die Pforte aufgegriffen und zu dem  
 synarischen Projekte ausgestaltet hätte, um seinerseits die Russen zur  
 Sprache zu bringen. Denn wir sahen, welch schleppenden Gang die  
 Verhandlungen nahmen, wie es des erneuten Eingreifens des Königs

1) Bericht von Solms vom 15., Antwort des Königs vom 30. November 1768: P. R. 27, 481. 483.

2) Berichte von Solms, 18. November, 13. Dezember 1768 und 3. Januar 1769: P. R. 27, 487. 542; 28, 41 f.

3) König an Findenstein, 5. Dezember 1768: P. R. 27, 495.

4) P. R. 27, 514 f.

5) P. R. 28, 43. Der Entwurf erging mit einem Begleiterlaß vom 21. Januar an Solms (ebenda S. 51 ff.).

6) Vgl. P. R. 28, 84; Roser Bd. II, 465.

7) Vgl. oben S. 172. Der Erlaß vom 1. Februar 1769: P. R. 28, 80 f.





ebensowenig legte er der Meldung, daß österreichische Garnisonen in die Städte der Zips verlegt wurden, Bedeutung bei<sup>1)</sup>. Erst nach Jahresfrist, nachdem sie gesehen, „daß diese Grenzerweiterung im Ausland kein Geschrei hervorrief“<sup>2)</sup>, setzten sich die Österreicher in den Besitz weiterer Grenzgebiete, zunächst der Starostei Nowitarg. Auch jetzt hielt Friedrich für „nicht wahrscheinlich“, daß sie sich diese aneignen wollten, meinte er doch sogar, daß sie die Zips nicht ohne Rückerstattung der seinerzeit empfangenen Pfandsumme den Polen wieder abnehmen könnten<sup>3)</sup>. Zwar erhoben König Stanislaus und die Polen lauten Einspruch, aber im Ausland fand das Vorgehen der Österreicher erst mit dem Augenblick größere Beachtung, da sie Ende November 1770, alte Ansprüche vorschühend, die Ausübung von Hoheitsrechten begannen und die Gebiete für „wiedervereinigt mit dem Königreich Ungarn“ erklärten. Den Bericht, den Rohd ihm darüber erstattete, ließ König Friedrich dem russischen Gesandten in Warschau, Fürst Wolkonski, mitteilen<sup>4)</sup>. Schon im März 1770 hatte dieser von einer Beschlagnahme der Grenzprovinzen durch Preußen und Rußland für den Fall gesprochen, daß die Polen die durch den Reichstagsbeschluß von 1768 festgelegte Verfassung brächen<sup>5)</sup>. Auf die ihm jetzt zugehenden Eröffnungen äußerte er den Wunsch, daß die Österreicher bei ihrem Entschluß beharren und Preußen und Rußland sich über die Besitznahme eines noch bedeutenderen Stückes einigen sollten<sup>6)</sup>. Ähnlich erklärte man in den Petersburger Salons: „wenn Österreich das Beispiel zur Teilung Polens gäbe“, würde man Unrecht tun, nicht ebenso zu handeln, und man setzte hinzu, daß Preußen für die Subsidienzahlung durch Ermland, Rußland für die Kriegskosten durch Polnisch-Litland sich entschädigen solle<sup>7)</sup>. Wir hörten, daß die

1) Der König an Solms und Rohd, 30. April und 17. Mai 1769: P. R. 28, 292. 329. — Wenn Reimann (I, 363) die Besetzung des Gebiets von Elbing durch preussische Truppen im Oktober 1769 als „höchst wahrscheinliche Folge“ der Besitzergreifung der Zips durch die Österreicher bezeichnet, so ist demgegenüber zu konstatieren, daß der Befehl dazu im Hinblick auf bedrohliche Ansammlungen der Konföderierten von dem Gouverneur von Ostpreußen, General von Alt-Stutterheim, gegeben und erst nachträglich vom König gebilligt worden ist. Vgl. die Ordre an Alt-Stutterheim vom 8. Oktober 1769: P. R. 29, 128.

2) Vgl. P. R. 30, 455 u. 517 f..

3) Der König an Rohd, 23. August 1770: P. R. 30, 86.

4) Rohds Bericht, 22. Dezember 1770: P. R. 30, 347 f.; Erlaß an Benoît, 30. Dezember 1770: ebenda S. 349.

5) Bericht von Benoît, 7. März 1770: P. R. 28, 383.

6) Bericht von Benoît, 12. Januar 1771: P. R. 30, 403.

7) Bericht von Solms, 8. Januar 1771: P. R. 30, 405. In Petersburg war man durch den russischen Gesandten in Wien unterrichtet worden.



stellung nicht mehr darum handelt, Polen unverehrt zu bewahren, sondern allein darauf es ankommt, das veränderte Gleichgewicht zwischen Österreich und Preußen wiederherzustellen, erklärt er nunmehr, seinerseits alte Ansprüche geltend machen und polnisches Gebiet besetzen zu wollen<sup>1)</sup>. Und soll auch jetzt noch Österreichs Vorgang maßgebend bleiben, so doch nur für die endgültige Behauptung, aber nicht mehr für die einstweilige Besignahme des Gebietes. Indem Friedrich endlich am 27. Februar den Russen vorschlägt, ihre Entschädigung aus polnischem Gebiet zu nehmen, wird die Teilung Polens aus einer bei Friedensschluß zu regelnden Streitfrage zu dessen Vorläufer und Grundlage.

Die entscheidende Wendung, welche die preußische Politik in diesen Februartagen des Jahres 1771 nahm, steht nicht in Widerspruch zu ihrer Vergangenheit, die wir seit dem Hubertusburger Frieden an uns vorüberziehen sahen. Die preußische Politik, unter dem Zeichen des „Retablissements“ stehend, war friedlichen Charakters. Ging Friedrich auch nicht auf Eroberungen aus, versäumte er doch keine Gelegenheit, das Interesse und den Vorteil seines Staates wahrzunehmen. So suchte er zu Anfang 1767, auf einen Krieg zwischen Rußland und Österreich gesetzt, sich die Entschädigung für seine Bundeshilfe von vornherein zu sichern. Er bemühte sich, als der russisch-türkische Krieg ausbrach und er die Erneuerung des Bündnisses mit den Russen anregte, zur Entschädigung für die Subsidienzahlung einen Gewinn einzuheimen. Er entschloß sich in der Folge, obwohl von Rußland und Österreich umworben, in dem drohend bevorstehenden allgemeinen Kriege abwartende Neutralität zu bewahren, und das Mittel, das sich ihm zeigte, dem Ausbruch dieses Kampfes vorzubeugen und gleichzeitig einen Gewinn für Preußen davonzutragen, ergriff er und schlug den Russen die Teilung Polens vor.

Den Entschluß dazu bei dem König herbeigeführt oder, um Friedrichs Wort zu gebrauchen, „als erster den Eckstein zu diesem Gebäude gelegt zu haben“, ist das Verdienst des Prinzen Heinrich; denn

Auch die Antwort von Kaunitz an den polnischen Großkanzler, auf die er sich bezieht, war ihm längst bekannt, da Benoit sie bereits mit seinem Bericht vom 19. Januar abschriftlich übersandt hatte.

1) Der Gedanke, sich dabei nach österreichischem Muster des „Vorwandes des Pestlordon“ zu bedienen, taucht zum erstenmal in dem Bericht der Rabinettminister vom 27. Februar auf (vgl. B. R. 30, 487); noch am 17. hatte König Friedrich das „Ansuchen“ des Woivoden von Kalisch, den Rordon „noch weiter vorrücken zu lassen“, mit Hinweis auf die „günstigen“ Nachrichten „von der sich immer mehr mindernden Pestkrankheit“ abgelehnt und dessen gänzliche Aufhebung in Erwägung gezogen. Vgl. die Erlasse an Benoit und Schlichting, 17. Februar 1771: B. R. 30, 456 f.



**Beilagen<sup>1)</sup>.****I. Prinz Heinrich an den König, Rheinsberg,  
22. Juni 1770<sup>2)</sup>.**

Nach der Urchrift. Auszug.

C'est le plus grand art de la politique que de savoir tirer parti des circonstances. Celle des magasins que les Autrichiens établissent sur leurs frontières en Hongrie, et que vous faites valoir, mon très cher frère, à la cour de Pétersbourg, entre dans la combinaison de tant de choses dont vous savez tirer parti.

Je pense que vous avez grande raison, mon très cher frère, de penser que votre voyage en Moravie fera beaucoup d'impression sur cette Impératrice heureuse et arrogante, mais je souhaite qu'elle ait sujet d'appréhender l'entrevue que vous aurez avec l'Empereur, et que les vues d'agrandissement qu'on peut fonder sur une vraie liaison, deviennent riches. J'avoue que mon imagination a été frappée de cette idée à la première fois que vous m'avez fait l'honneur de me parler des propositions (quoique vagues) qui vous furent faites<sup>3)</sup>. Mais si c'est à moi une chimère, elle est cependant si agréable que j'ai peine à y renoncer. Je voudrais vous voir maître des bords de la mer baltique, partager avec la puissance la plus formidable de l'Allemagne l'influence que ces forces réunies pourraient avoir en Europe. Si [c'est] un rêve, il est très gracieux, et vous pensez bien que l'intérêt que je prends à votre gloire, m'en fait souhaiter la réalité.

**II. Prinz Heinrich an den König, Rheinsberg,  
30. Juni 1770<sup>4)</sup>.**

Nach der Urchrift. Auszug.

Lorsque je forme des vœux pour votre agrandissement, mon très cher frère, vous ne devez pas être surpris, s'ils sont vastes et étendus,

1) Beide Stücke sind dem Königl. Geheimen Staatsarchiv zu Berlin entnommen.

2) Vgl. dazu oben S. 167. Der König hatte am 17. Juni dem Prinzen geschrieben: „Mon petit voyage en Moravie fera des impressions plus pacifiques sur l'impératrice de Russie que toutes les troupes et toutes les revues du monde. Les Autrichiens forment des magasins sur leurs frontières de la Hongrie; à vous dire la vérité, je ne les crois pas bien considérables, mais je les fais valoir à Pétersbourg le mieux qu'il m'est possible, et je me flatte que la paix se fera l'hiver prochain, ou la guerre pourrait bien devenir générale l'année prochaine.“ (P. R. 29, 520.)

3) Durch den österreichischen Gesandten Nugent bei seiner Abschiedsaudienz am 6. Mai 1770 (vgl. oben S. 167).

4) Vgl. dazu oben S. 168 f. Der Brief des Königs, der die Antwort auf



alliierten Armee gegen die Franzosen im Siebenjährigen Kriege, sodann aber auch Prinz Heinrich, der Bruder Friedrichs des Großen, genannt<sup>1)</sup>. Durch Prüfung der vorliegenden Berichte und mit Heranziehung bisher noch gar nicht oder nur unzureichend benutzten archivalischen Materials wollen wir im folgenden die Lösung der Frage versuchen, wie es zum Angebot der Krone an Heinrich und zu ihrer Ablehnung durch König Friedrich kam.

Noch vor dem Tode Friedrich Christians, am 10. Dezember 1763, meldete der preußische Gesandte Benoit aus Warschau dem König: „Es geht ein Gerücht in den Provinzen, daß mehrere Polen zu Eurer Majestät gesandt hätten, Sie um Ihren Bruder, den Prinzen Heinrich, zu bitten, um ihn zu ihrem König zu machen.“ Sofort erklärte Friedrich dieses Gerücht für „falsch und absolut erfunden“<sup>2)</sup>.

Nach diesem Vorspiel, wie man es nennen darf, erfolgte das angebliche Angebot der Krone ein halbes Jahr später. Diese Episode hängt mit dem Besuche zusammen, den der polnische General Graf Andreas Mokranowski Ende Juli 1764 am preußischen Hofe abstattete.

Bergegenwärtigen wir uns kurz die allgemeine politische Lage. Schroff waren sich in Polen die Parteien gegenüber getreten, die Czartowski und die Poniatowski oder die „Familie“, wie sie kurzweg hieß, mit ihrem Anhang, und die sogenannten „Patrioten“ unter dem Kronfeldherrn Branicki und dem Fürsten Karl Radziwill. Hinter jenen standen die Russen, von den „Patrioten“ aufs heftigste bekämpft. Der innere Streit, die „Gewalttätigkeiten“ Radziwills, gaben der russischen Regierung den Anlaß, zum Schutze ihrer Partei Truppen in Polen ein-

---

1) Vgl. J. D. E. Preuß, Friedrich der Große, Bd. IV, S. 10 u. 15 (Berlin 1834); Dunder S. 133; Reimann Bd. I, S. 99; Astenazy S. 120; Arnel, Prinz Heinrich als Politiker S. 14 f. — Auf Grund der Mitteilung des Grafen Poniatowski an den englischen Residenten Broughton, Katharina habe dem König von Preußen geschrieben, „daß sie die polnische Krone für ihn bestimme“, zählt v. Raumer auch König Friedrich zu den polnischen Thronkandidaten. Indessen nicht von dem in österreichischen Diensten stehenden Grafen Andreas, wie Raumer mißverständlich annimmt (Beiträge zur neueren Geschichte Teil III, Bd. I, S. 327 u. 335, Leipzig 1839), sondern von seinem Bruder, dem Grafen Stanislaus August, geht diese Mitteilung aus, und sie bezieht sich auf das Schreiben Katharinas vom 6. Oktober 1763 (a. St.), in welchem sie Stanislaus August Poniatowski dem König als ihren Kandidaten bezeichnet. Vgl. P. R. 23, 167 f.

2) Erlaß an Benoit, 19. Dezember 1763 (P. R. 23, 220). Die Bestätigung des Empfangs des Berichtes vom „1. Dezember“ beruht auf einem Schreibfehler des den Erlaß aufsetzenden Rabinettsekretärs.





dieser traf daher „unter dem Namen eines Kapitäns von Kersty, der mit polnischen Pferden handelt“, in Potsdam ein<sup>1)</sup>, wo am 26. Juli die Unterredung stattfand. Die oben genannten „Vorschläge“ Branickis hat Mokranowski danach schriftlich formuliert<sup>2)</sup>, und in eigenhändigen Randbemerkungen auf der Denkschrift hat sich Friedrich zu ihnen geäußert<sup>3)</sup>. Ebenso allgemein gehalten wie das Schreiben Branickis ist denn auch die Antwort des Königs vom 27. Juli, die nach seinen Weisungen<sup>4)</sup> in dem Kabinettsministerium aufgesetzt worden ist.

Das Angebot der Krone an den Prinzen Heinrich ist in diesen Dokumenten mit keiner Silbe berührt; Erwähnung findet es vielmehr nur in mehreren Berichten, die auf Mokranowski entweder direkt zurückgehen oder auf ihn zurückgeführt werden<sup>5)</sup>.

Die ersten Berichte, die gedruckt vorliegen, sind in den beiden ältesten Biographien des Prinzen enthalten. Guyton de Morveau, der als Verfasser der anonym erschienenen „*Vie privée d'un prince célèbre*“<sup>6)</sup> gilt, beruft sich für die Darstellung der „geheimen Anekdote“, wie er diese Episode nennt, ausdrücklich auf Mokranowski, der deren Wichtigkeit nicht nur nicht „desavouiert“, sondern sogar „mit eigenem Munde bestätigt“ habe<sup>7)</sup>. Der Bericht Morveaus erregt stärkstes Bedenken. Mag es auch nur ein Versehen sein, daß er Mokranowski als „*Woiwoden von Masuren*“ bezeichnet<sup>8)</sup>, so ist ein Mißverständnis völlig ausgeschlossen, wenn er als Auftraggeber nicht Branicki, sondern die Konföderierten nennt, wenn er den Auftrag nur auf das Angebot der Krone an Heinrich beschränkt, wenn er endlich die Sendung, ohne Jahresangabe, in viel spätere Zeit und in eine ganz andere Situation verlegt.

1) Findenstein an den Kabinettssekretär Eichel, 24. Juli (P. R. 23, 446 Anm. 4).

2) „*Propositions du général Mokranowski au nom du grand-général de la couronne*“ (P. R. 23, 447 f.).

3) Vgl. P. R. 23, 447 f.

4) Eichel an Findenstein, 26. Juli (P. R. 23, 446 f.).

5) Ebenfowenig wie in den Memoiren des Königs, wird in dem Briefwechsel mit seinem Bruder Heinrich, soviel ich sehe, der Besuch Mokranowskis und das Angebot der Krone behandelt. Nur Benoît erwähnt am 26. Oktober 1774 die „*projets qu'on formait sur le prince Henri, frère de Votre Majesté, pendant le dernier interrègne*“ (Reimann I, 99 Anm. 1).

6) „*La vie privée d'un prince célèbre ou Détails des loisirs du prince Henri de Prusse dans sa retraite de Rheinsberg*“ (Veropolis 1784), S. 47 ff.

7) S. 48 Anm.

8) Graf Mokranowski war Starost von Janow; Woiwode von Masuren war seit 1763 Opalinski, 1766—1784 Mostowski.



ieser auch nicht seine Quelle, so schwindet doch jeder Zweifel angesichts er fast wörtlichen Übereinstimmung, wie sie die Gegenüberstellung beider Berichte dartut.

Morveau (S. 47 ff):

Le palatin de Masovie eut la commission des Confédérés d'aller offrir la couronne de Pologne à Frédéric, pour en couronner Henri . . . Le palatin ne se fut pas plutôt acquitté de la commission dont il était chargé, que le premier mot du Roi fut de lui demander: *s'il avait vu son frère?* — *Non*, lui répondit-il, *je n'ai pas encore vu son frère? — Non*, lui répondit-il, *reprenez votre commission. — En ce cas*, reprit le Roi, *reprenez, ne le voyez pas*. Et ce fut sa réponse.

Bouillé (S. 160 f.):

Les Polonais . . . jetèrent les yeux sur le prince Henri . . . La proposition en fut portée à Frédéric. Ce prince . . . rejeta cette offre avec une sorte d'épouvante et demanda avec vivacité au député de la Diète: *s'il avait vu son frère?* et sur ce qu'il lui répondit que non: *Partez donc*, reprit le Roi, *et ne le voyez pas*.

Zeigt sich Bouillé auch darin von Morveau abhängig, daß er Rokanowski gleichfalls zum „Woiwoden von Masuren“ stempelt und ihm nur den einen Auftrag, das Angebot der Krone, zuerteilt, so läßt er den polnischen General hingegen zweimal in der gleichen Mission am preussischen Hofe erscheinen, zuerst im Jahre 1764, als „Abgesandten des Reichstags“, darauf im Jahre 1768<sup>1)</sup> als Sendboten der „unglücklichen Polen“: „Ihr Wunsch wurde von neuem,“ so erzählt Bouillé<sup>2)</sup>, „vor den König von Preußen gebracht, durch den Woiwoden von Masuren, Rokanowski, denselben, der schon im Jahre 1764 an ihn abgesandt worden war. Seine Antwort war dieselbe.“ Aber tatsächlich ist Rokanowski nur im Juli 1764 in Berlin gewesen. Demgemäß überträgt Bouillé den ihm von Morveau überlieferten Inhalt der Unterredung auf dieses Jahr, und da er dessen Zeitangabe nicht ganz fallen lassen will, konstruiert er einen zweiten, ganz analog verlaufenden Besuch, für den er allerdings einen früheren Zeitpunkt als jener annimmt.

Bouillés teils abgeleiteter, teils willkürlich gemodellter Bericht kann also für uns ebensowenig in Betracht kommen, wie die mit nachweisbaren Irrtümern und falschen Angaben durchsetzte und aus apokrypher Quelle geschöpfte Darstellung Morveaus. Wir haben uns nunmehr mit

1) Der nicht angegebene Zeitpunkt ist nach dem Zusammenhang bestimmt, in dem die Sendung erzählt wird; denn unmittelbar vorher wird über die Bildung der Konföderationen in Polen und sogleich darauf über den Ausbruch des russisch-türkischen Krieges berichtet.

2) S. 165.







1769<sup>1)</sup>, dem Mokranowski den Vorgang erzählt hatte, und endlich der bereits genannte „Précis“, dieser jedoch nur für die Antwort des Königs<sup>2)</sup>. Läßt sich auch die Quelle für diesen Teil der Erzählung Kulhières nicht mit Sicherheit feststellen, so bestätigt König Friedrich hingegen ausdrücklich in seiner Antwort an Golz, daß Mokranowski ihm die einberichteten Eröffnungen gemacht habe<sup>3)</sup>. Wir stellen die Berichte von Kulhière und Golz gegenüber.

Kulhière (S. 240 f.):

Mokranowski erklärte: que les Polonais, en favorisant aujourd'hui la maison de Saxe, malgré leur juste ressentiment contre elle, avaient voulu uniquement secouer le joug de la Russie. »Vous êtes les plus faibles, il faut céder«, lui dit le Roi. Le général reprit: »Votre Majesté ne nous a pas donné de pareils exemples; Elle a seule résisté à toute l'Europe.« — »Sans un événement«, lui répondit le Roi, »j'étais perdu.« — »Il est arrivé«, lui repartit Mokranowski, »et les talents de Votre Majesté ont donné le temps à la Fortune.« Le Roi répliqua qu'ils étaient accoutumés à recevoir leurs rois de la Russie. »Elle nous en a donné un seul,« dit le général, »et nous n'en voulons plus de sa main. Mais Votre Majesté, ne paraîtra-t-Elle jamais chez nous que pour jouer un second personnage? Quand vous étiez allié de la France, votre ministre en Pologne se joignait à l'ambassadeur de France et répétait les mêmes choses que lui. Aujourd'hui que vous êtes allié de la Russie, votre ministre ne paraît qu'à la suite de son ambassadeur. Emparez-vous enfin du rôle qui con-

Golz:

Mokranowski erzählte: qu'il avait eu l'honneur d'entretenir Votre Majesté sur les affaires de Pologne, qu'il avait osé de Lui dire en propres termes: »Pourquoi Votre Majesté n'a-t-Elle pas voulu nous donner un roi de Sa main? Les Polonais l'auraient accepté avec joie et confiance, tel que le prince Henri; mais ce n'est qu'à regret que nous subissons le joug de la Russie, et tout ce qui nous vient de sa part, nous répugne.« Il ajouta que Votre Majesté lui avait répondu: »Mon frère ne veut pas se faire catholique.«

1) P. R. 29, 86 Anm. 4.

2) Daraus erklärt sich, daß Astenazy (S. 120) die Episode falsch darstellt, obwohl er den „Précis“ kennt: Mokranowski sei gekommen, „um die polnische Krone dem Prinzen Heinrich anzutragen . . . Für das seinem Bruder zugebachte Geschenk bedankte sich der König“.

3) Erlaß an Golz vom 18. September 1769 (P. R. 29, 86).





Nachdem der König den Vertrag mit Rußland abgeschlossen und sich für die Erhebung von Stanislaus August Poniatowski auf den polnischen Thron verpflichtet hatte, konnte er eine andere Antwort als diese nicht geben.

Damit war dieser Zwischenfall erledigt, den nur irrige Überlieferung zu einem förmlichen Antrag aufgebaut hat; denn, das gewonnene Ergebnis zusammenfassend, dürfen wir sagen: die Thronkandidatur Heinrichs kam nur zur vorübergehenden Erörterung in der Audienz, war aber nicht der Zweck der Sendung Mokranowskis an König Friedrich<sup>1)</sup>.

### Beilagen<sup>2)</sup>.

Précis de ce que le général Mokranowski a dit à son retour de Berlin.

Nach der Urschrift.

Le général Mokranowski a été très bien reçu du roi de Prusse, mais lui a déclaré qu'il ne pouvait plus changer de système, qu'il était trop tard. Ledit général est persuadé que le Roi a différé exprès pendant six mois la signature du traité avec la Russie, mais que, personne n'ayant fait la moindre démarche vis-à-vis de lui, il avait pris son parti. Il ajoute que ce Prince s'est laissé prévenir, en premier lieu, que l'intention du grand-général était de joindre son armée avec une armée autrichienne; en second lieu, que nous voulions absolument le prince Xavier pour roi, et, pour cette raison, nous avions gardé les hulans saxons et reçu 50 000 roubles; que le grand-général se tenait actuellement en Hongrie pour cette même raison.

Outre un nombre infini de pareilles suppositions principalement contre le prince Radziwill, dont on ne saurait le faire revenir, il est persuadé que l'Impératrice-Reine cherche un prétexte pour recommencer la guerre; et peut-être pour cette raison qu'il ne veut pas absolument qu'on fasse la Confédération, mais il ne refuse pas sa médiation, dès que notre parti sera d'accord à n'exiger aucune autre condition que celle d'un accommodement raisonnable qui ne renverse pas ce qui a été statué à la Diète;

1) Der von Raumer (Beiträge zur neueren Geschichte, Teil IV, Bd. 2, 276 f. Leipzig 1839) mitgeteilte Bericht des französischen Geschäftsträgers in Berlin vom 21. August 1770, mit der Nachricht, daß „vor kurzem“ Fürst Sulkowski nach Berlin gegangen sei, um dem König „für einen seiner Brüder“ die polnische Krone anzubieten, beruht auf einem Irrtum; denn Sulkowski machte dem König in der Audienz von 31. Juli einzig Vorschläge für die Wiederherstellung des Friedens in Polen (vgl. B. R. 30, 55 ff.).

2) Vgl. oben S. 194 f. Beide Stücke sind dem Königl. Sächsischen Hauptarchiv in Dresden entnommen.



était-là notre but, il en ferait écrire à ses ministres<sup>1)</sup>, afin qu'ils s'emploient à faciliter les voies de la conciliation.

Voilà le précis de la réponse du Roi que M. Mokranowski nous a apportée, mais je dois vous dire de plus que ce Prince est ou peu instruit ou prévenu sur ce qui se passe; car il a dit, entre plusieurs autres choses, que nous devions n'attribuer qu'à nous les malheurs qui nous étaient arrivés, que nous avions voulu écraser les Czartoryski, et que notre but avait été de joindre notre armée avec un corps de 40 000 Autrichiens qui se trouvaient sur la frontière de Hongrie, mais que les Russes nous en avaient empêché. Il ignorait qu'on avait formé une Confédération, un mois avant la Diète, contre le prince Radziwill en Lithuanie<sup>2)</sup>, et qu'il était tranquille chez lui, lorsqu'on assiégeait Nieswicz et qu'on ruinait ses terres; il était même persuadé que c'était ce Prince qui avait commencé les hostilités. Ce n'était, puisque le grand-général avait amené 3000 hommes à la Diète, parmi lesquels étaient les hulans saxons, que les Russes étaient venus à Varsovie. Que nous nous obstinions à vouloir élire un prince saxon ou autrichien. Enfin, plusieurs autres imputations de ce genre que vous savez fort bien être toutes desti[tu]ées de tout fondement . . .

---

1) In Warschau.

2) Sgl. Astenazy S. 77 f.



## V.

### Friedrich Genß und Preußen vor der Reform<sup>1)</sup>.

Von

† Paul Wittichen.

---

Unter den bürgerlichen Kabinettsbeamten Friedrich Wilhelms II. fand sich ein einziger, der durch Herkunft, Bildung und Laufbahn be-  
eignet war, die Staatsgeschäfte von einem höheren Standpunkt als dem  
bureaucratischen Routine oder der höfischen Intrigue anzusehen: der  
Kabinettsrat Anastasius Mendel; Sprößling einer alten Gelehrten-  
familie, hatte er in die unter Herzbergs Leitung stehende Vorbildungs-  
schule für den diplomatischen Dienst Aufnahme gefunden, war längere  
Zeit als Legationssekretär in Stockholm beschäftigt gewesen und hatte sich  
bei der Ausgleichung eines Zerwürfnisses zwischen Gustav III. und  
seiner Mutter, der Schwester Friedrichs des Großen, das besondere  
Vertrauen des Königs erworben. Sein ansehnliches Vermögen ver-  
schaffte ihm eine größere Unabhängigkeit, als seine Kollegen besaßen.  
Diese Rolle hatte er aber bisher, selbst unter Friedrichs Nachfolger, nicht  
spielen vermocht; mißbilligende Äußerungen über den französischen  
Krieg, die er sich erlaubt hatte, hatten ihn sogar in Ungnade gestürzt:  
Friedrich Wilhelm zählte ihn unter die Jakobiner. Waren es nun  
persönliche, waren es gesellschaftliche Beziehungen, die durch Genß' Vater  
etwa den Kabinettssekretär Lombard vermittelt wurden — Genß  
hatte noch während des Kriegs die Bekanntschaft Mendels gemacht und

---

1) Vorliegende Veröffentlichung stellt Kap. I des dritten Buches der Bio-  
graphie Friedrichs von Genß dar, die mein Bruder mit Unterstützung der  
Klinger-Wedekindstiftung begonnen und bei seinem Tode unvollendet hinter-  
lassen hat. Einiges rein Biographische habe ich ausgeschaltet. Friedrich Carl  
Wittichen.













































des mächtigen privilegierten Standes und den verderblichen Zweifel aller. Auch in Genz vollzog sich in diesen Jahren eine merkliche Wendung. Er hatte zwar nicht an dem geräuschvollen und dem König selbst widerwärtigen Jubelgeschrei teilgenommen, mit dem die Schriftstellerwelt Berlins die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms, des Bürgerfreundes, begrüßt hatte. Er hatte seine Freunde von Anfang an vor allzu großer Vertrauensseligkeit gewarnt, und der auswärtigen Politik scheint er von vornherein skeptisch gegenübergestanden zu haben<sup>1)</sup>. Aber erst die Erfahrungen, die er in der Reformkommission von 1798, und die, welche er in der auswärtigen Politik der folgenden Jahre machte, verwandelten sein vorsichtiges Lob in den schärfsten Tadel und den bittersten Pessimismus.

---

1) An Bötticher schreibt er 30. Dezember 1797 (a. a. O.), von den auswärtigen Verhältnissen wolle er lieber schweigen, während er „die Ruhe, Klarheit und Mäßigung“, mit der die inneren behandelt würden, außerordentlich lobt.

---



































































sung eben jenes Problems betrifft, mit dieser „Annäherung“ an eine Auffassung sehr wohl zufrieden geben. Und wenn Thimmeses „Zugeständnis“ allerdings wieder abzuschwächen sucht, indem er meint, es komme „auf das wann? so viel gar nicht an“, so kann ich darauf nur erwidern: wenn über das Verhalten Friedrich Wilhelms IV. am 18. und 19. März nie etwas anderes behauptet worden wäre, als daß er am Nachmittage des 19. März zusammengebrochen sei, so hätte mein Buch in der Hauptsache ungeschrieben bleiben können, denn bei eben diesem Zeitpunkte bricht die eigentliche Untersuchung ab.

---





## **Abhandlungen über die wissenschaftlichen Unternehmungen der Kgl. Akademie d. W. zu Berlin.**

Ausgegeben am 2. Februar 1905.

---

### **Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen.**

Bericht der H. H. Schmoller und Roser.

Dr. Holz hat die Sammlung in ihrem 30. Bande bis zum 28. Februar geführt. Unter den politischen Vorgängen, auf die sich der reiche Inhalt neuen Bandes bezieht, sind hervorzuheben: der Gegenbesuch des Königs von Preußen bei Kaiser Joseph II. zu Mährisch-Neustadt im September 1770 und die Beziehungen zwischen beiden Herrschern gegenüber dem russisch-türkischen Kriege; die Einladung der Kaiserin Katharina II. in Petersburg abgestattete Besuche von Prinz Heinrich von Preußen (Oktober 1770 bis Januar 1771) und die Mitwirkung des Prinzen geführten Verhandlungen wegen einer von der Kaiserin Katharina II. an Preußen gerichteten, von Rußland aber nur mit Vorbehalt angenommenen österreichischen Friedensvermittlung und wegen der Herbeiführung des Friedens in Polen; endlich die Anfänge der Aktion, die zu der ersten Teilung Polens führte: die Besetzung polnischer Grenzgebiete durch Österreich, die darauf von der russischen Seite an den Prinzen Heinrich gerichtete Aufforderung, daß er dem österreichischen Beispiel folgen möge, und die Aufnahme dieser Aktion durch König Friedrich bei der Rückkehr des Prinzen Heinrich (Ende November 1771).

---

### **Acta Borussica.**

Bericht der H. H. Schmoller und Roser.

Die Briefe König Friedrich Wilhelms I. an den Fürsten Leopold zu Ansbach-Beckau liegen nun mit einer Einleitung des Herausgebers Prof. Dr. Holz gedruckt vor und werden noch im Laufe des Monats Januar ausgeben können. Die Kommission freut sich, damit der Welt ein ganz



## Neue Erscheinungen.

---

### I. Zeitschriftenbau.

1. Okt. 1904 bis 1. April 1905.

**ungen des Vereins für die Geschichte Berlins. 21. Jahrgang  
4. Berlin.**

- 124—128: Goehrke, Baugeschichte der Nikolaikirche und Entwicklung der Gemeinde. [Vortrag. mit Abdruck einer Orientierungstafel zur Auffindung der wichtigeren Monumente in der Kirche.]
- 128—131; C. Groschke, Zur Geschichte des Berliner Musiklebens I. Berliner Musik im Jahre 1820 (Schluß).
- 133—134; L. Meßel, Drei Feste im Redtschen Garten zu Berlin 1814.
- 137—140: Georg Voß, Zum Gedächtnis an Alexander Meyer-Cohn. (Ein Forscher und Sammler auf dem Gebiete der deutschen Literaturgeschichte.)
- . 140—142: Friß Dopp jr.: Über die Wälder der Mark. [Vortrag.]
- . 146—150: Noël, Der weibliche Unteroffizier Auguste Krüger des Kolbergischen Grenadier-Regiments Graf Gneisenau (2. Pommersches) Nr. 9. [Lebensabriß mit Benutzung der Wenzelschen Erinnerungen (vgl. Preuß. Jahrbücher).]
- . 153—157: Noël, Die Schlacht bei Großbeeren und die Berliner Bürgerschaft. [Vortrag.]

**2. Jahrgang 1905. Berlin.**

- . 3—7: W. Bonnell, Die Vossische Zeitung. Geschichtliche Rückblicke auf 3 Jahrhunderte. [Vortrag. Nach der Geschichte der Vossischen Zeitung von Buchholz.]
- . 9—10: A. Foerster, Berlin und Köln aus der Vogelschau im Jahre 1648. [Beschreibung eines Bildes, das der Architekt E. A. Müller für dies Jahr entworfen hat.]
- . 10—11: Ernst Frensdorff, Wie die Berliner die Geburt Kaiser Wilhelms II. begrüßten.
- . 15: Krüner, Die Memoiren des französischen Arztes Verdot über Berlin. [Vortrag. Verdot war im Gefolge der Herzogin von Württemberg-Kömpelgard 1775 in Berlin.]
- . 22—26: Erhardt, Die Hauptphasen der Entwicklung des Berliner

















daß Strandrecht nicht an, Friedrich d. Gr. findet aber erst in seinen letzten Jahren Zeit und Kraft, sich eingehender mit diesen Zuständen zu beschäftigen. Demgemäß die Sage vom Strandsegen in vollem Schwange. Auf Helgoland bis 1558 kein Strandrecht, seit Christians III. neun Artikeln schleicht es sich ein, Höhepunkt von 1729 an. Gebet um Strandsegen altentworfenes nicht nachzuweisen, mag aber doch vorgekommen sein.]

S. 237—247: Hermann Ortloff, Rückblick auf die Schicksale des Königreichs Sachsen im Jahre 1866. [Zusammenfassende Darstellung bekannter Tatsachen.]

- Jahrgang 64. Bd. 1.

S. 12—19, 69—78: Die Mobilmachung von 1870. [Nach dem gleichnamigen Buche von Gustav Lehmann, Berlin 1904. Darlegung der Arbeiten für die Mobilisierung von 1866—70.]

S. 40—48, 99—105, 161—167, 220—228, 279—286, 333—344: Bilder aus dem deutsch-französischen Kriege. Aus dem Nachlaß von Friedrich Rappel. 1. Auf dem Marsch. 2. Ich hatt' einen Kameraden. 3. Dem Hauptmann zuliebe. 4. Ein zündender Blick. [Persönliche Erinnerungen.]

S. 157—161: Eine Schulbankgeschichte von 1781. [Aus Breslau, die innere Einrichtung des Elisabethgymnasiums betreffend.]

S. 392—400, 445—453: Ein Brief aus trüber Zeit. Mitgeteilt von A. Robolsky. [Auf den Kampf zwischen Deutschen und Polen 1848 in Strzelno bezüglich, eine Quelle für G. Freytags Schilderungen der polnischen Revolution (Kampf in Rosmin) in „Soll und Haben.“]

S. 494—500: R. Ohlert, Die Hohenzollern bei Göthe.

S. 500—508, 553—563: D. E. Schmidt, Die Lommatzcher Pflege und das Geschlecht derer von Schleinitz. [Die Lommatzcher Pflege in Meissen, die Schleinitz seit 1255 im Lande nachweisbar.]

S. 604—611: Otto Raemmel's Deutsche Geschichte.

S. 655—663, 708—718: G. v. Bismarck (Dessau), Blücher und Bismarck. [Blücher hat durch seine Entschlossenheit und Furchtlosigkeit den Hauptanteil an dem Erfolg der Freiheitskriege. Parallelen im Entwicklungsgang und der Bedeutung beider Männer, Unterschied in ihrer Stellung zum König und zur Nation.]

Blätter für Handel, Gewerbe und soziales Leben. Beiblatt zur Magdeburgischen Zeitung 1904.

Nr. 40—41: Ein Briefwechsel mit Friedrich dem Großen. [Der Herzogin Luise Dorothee von Sachsen-Gotha-Altenburg, enthaltend 18 Briefe Friedrichs in deutscher Übersetzung nach den Originalen vom September 1757 bis Februar 1763.]

Nr. 41: R. Krieg, Die Wappen und Siegel der Städte, Flecken und Dörfer in der Provinz Sachsen. [Nach dem umfassenderen Werke von D. Hupp: Die Wappen und Siegel der deutschen Städte usw.]

Nr. 42—48: G. Arndt, Hochzeitsordnungen und Hochzeitsitten im Bistum-Fürstentum Halberstadt vom Mittelalter bis zur Neuzeit.



kr. 52: Georg Schneider, Aus dem Tagebuche eines freiwilligen Jägers von 1815. [Königsberger Auskultator Ernst Eduard Pfizner, reich an kulturhistor. interessanten Angaben über deutsche und französische Zustände, Typus des gebildeten deutschen Bürgers.]

105 Nr. 2—7: R. Ed. Schmidt, Der Berliner Hof am Vorabend des siebenjährigen Krieges. [Nach den Lehndorffschen Tagebüchern 6. März bis 28. August 1756.]

r. 13: J. Bl., Berlin als Handelsstadt. [Kurzer Überblick vom Anfang des 13. bis Mitte des 19. Jahrhunderts.]

### **Beilage zur Vossischen Zeitung. Berlin 1904.**

r. 40: R. Ed. Schmidt, Der erste Magdeburger Aufenthalt des Berliner Hofes während des siebenjährigen Krieges. [Aus den Lehndorffschen Tagebüchern.]

r. 44: A. Buchholz, Aus der Geschichte der Vossischen Zeitung. [Von 1704 resp. 1721 bis zur Gegenwart.]

r. 48—49: P. Holzhausen, Napoleons Kaisertum und die öffentliche Meinung. [Darunter auch Besprechung der preussischen Publizistik von 1804—06.]

r. 51: R. Ed. Schmidt, Friedrichs des Großen Gemahlin in Sanssouci. [Am 1. August 1758 nach den Lehndorffschen Tagebüchern.]

105 Nr. 1—2: R. Ed. Schmidt, Der Tod der Königin Mutter Sophie Dorothea von Preußen. [Aus den Lehndorffschen Tagebüchern.]

r. 3: Im belagerten Paris 1870/71. Tagebuchblätter von Edmond de Goncourt. Verdeutsch von Heinrich Stümcke. [Vom 3. September 1870 bis 5. Dezember 1871, eine Auslese aus dem Tagebuch.]

r. 7: R. Ed. Schmidt, Des Prinzen von Preußen August Wilhelm letzte Lebenswochen. [Aus den Lehndorffschen Tagebüchern.]

r. 12—13: Siegfried Fitté, Jakob von Jülich. [Erste Gemahlin des letzten, schwachsinnigen Herzogs Johann Wilhelm, von der katholischen Partei gestürzt und 1597 wahrscheinlich im Gefängnis ermordet zur Verhinderung einer protestantischen Erbfolge.]

r. 13: R. Ed. Schmidt, Der zweite Magdeburger Aufenthalt des Berliner Hofes während des siebenjährigen Krieges. [1759, aus den Lehndorffschen Tagebüchern.]

### **Beilage der Täglichen Rundschau. Berlin 1904.**

r. 245: H. Müller-Bohn, Kaiser Friedrich und der Ultramontanismus.

r. 250: Ein unveröffentlichter Brief Bismarcks an Manteuffel. [Anfang Juli 58 von Frankfurt aus.]

r. 254: Noch einmal die Dorfkirche in Schönefeld. [Landrat von Stubenrauch.]

r. 255: R. Sch., Die Auffindung der Burg Hohenfinow. [Wichtig für die Geschichte der Germanisierung des Barnim.]

r. 256: Bismarck, „der Zeit ohnmächtiger Sohn“. [So nennt er sich in einem neuen Briefe an Frau v. Jastrow geb. von Pappstein vom 3. Okt. 1863.]

r. 257: Erinnerungen aus den Tagen des Berliner Kongresses. [Nach



teristik Beusts, Andrassys Abneigung gegen Zusammengehen mit Frankreich, die Rundreise in Europa, Friedensverhandlungen, Kommune und Nationalversammlung.]

**ermanns illustrierte deutsche Monatshefte.** 49. Jahrg. Braun-  
weig 1904/1905.

Heft 3, S. 429—433: Herbert Bismard. Ein Gedenkblatt von Paul  
Ziman. [Mit einem Briefe vom 9. Okt. 1898 betr. Vorgänge des  
15. März 1890.]

**Land. Monatschrift für die gesamte Kultur.** Hrsgb. von Graf  
n Hoenßbroech. Berlin 1904/1905.

bd. 4, S. 324—336: E. Gagliardi, Friedrich der Große als Kunstmäcen  
und Gönner der Jesuiten. [Auf Grund des Briefwechsels Friedrichs  
des Großen mit dem Grafen Julius Rasini, 38 Briefe von der Hand  
des Königs, 150 von seinen Sekretären, vom 4. Dezember 1763—1786.  
Rasini verschafft dem König viele Bilder, Friedrich benutzt ihn als  
Vermittler bei Verhandlungen betr. die Erhaltung der Jesuiten in  
seinen Staaten.]

bd. 5, S. 494—509: Konfessionelle Ursachen und Strömungen im Sieben-  
jährigen Kriege von K. D. Z. [Die Grundlage für das Zusammen-  
gehen Frankreichs und Österreichs seit Versailles ist der Glaubenshaß.  
Im Reiche bestimmt das konfessionelle Moment wenn nicht das Ver-  
halten, so doch die Sympathien und Antipathien. Verhalten der  
katholischen und evangelischen Schlesier. Im Volksbewußtsein war  
der Siebenjährige Krieg ein Glaubenskrieg, Maria Theresia und Kaunitz  
haben auch auf Unterstützung durch dieses Moment gerechnet.]

**he Monatschrift für das gesamte Leben der Gegenwart.** Be-  
ndet von Julius Lohmeyer. 4. Jahrg. Berlin 1904/1905.

Heft 2, S. 196—208: Ludwig Keller, Louise von Coligny und die  
Häuser Dranien und Hohenzollern.

Heft 3, S. 391—406: Otto Krauske, Aus dem Werdegange des Frei-  
herrn von Stein.

**he Revue.** Eine Monatschrift. Hrsgb. von Richard Fleischer.  
Jahrgang. Stuttgart und Leipzig 1904.

bd. 4, S. 11—26, 143—151, 260—269: Hermann Duden, Aus den  
Jugendbriefen Rudolf von Bennigsens. [25. Juni 1850 bis 11. Jan.  
1852 aus Auriß, Herbst 1852 nach Osnabrück und dann nach Han-  
nover. Von Mai 1854 ab Verlobungsbriefe von ihm und seiner Braut.]

bd. 38—47, 155—163, 316—335: Germain Bapst, Der Donneröslag von  
Sadowa. Auf Grund bisher ungedruckten Materials. [Gegensatz  
Drouyn de Lhuys' und Rouher's. Golz. Bismard und Napoleon  
1865 in Biarritz. Napoleons Absichten damals uneigennützig, 1866  
rät er Italien dringend zum Anschluß an Preußen. Die Stimmung  
der Kammer und Rede Thiers' 3. Mai 1866 hält ihn vom Bunde mit





- S. 27—40, 167—178, 315—323: Hermann Duden, Aus den Briefen Rudolf von Bennigsen. [Juni 1854 bis November 1854 Verlobungsbriefe; Beginn der Beziehungen zu Miquel; 1854 Übertritt vom Staatsanwalt zum Richter; Verfassungsbruch in Hannover, Wahl in die zweite Kammer, Austritt aus dem Staatsdienste; Übernahme des Gutes Bennigsen; Auflösung der Hannov. Stände, Neuwahl B.s.]
- S. 65—73, 216—225: Bogdan Krieger, Briefe der Königin Luise an ihre Erzieherin. [Salome v. Gélien; 10 Briefe in französ. Sprache vom 10. Okt. 1793 bis 9. Juni 1809, die ersten rein persönlich, die späteren auch Fragen der Politik berührend.]
- S. 86—93, 225—239: Germain Bapst, Der Donner Schlag von Sadoma. Auf Grund bisher ungedruckten Materials. [Innerfranzösische Vorgänge bei Napoleons Intervention, 6. Juli Mobilisierung der Flotte, geringe Bereitschaft der Armee, Loë weiß darum; 15. Juli Verständigung Bismarcks mit Benedetti auf sehr gemäßigte Forderungen Preußens; Golz in Paris erlangt viel mehr von Napoleon persönlich am 14., 15. und 22. Juli infolge schweren Leidens des Kaisers. Auf Drängen Drouyn de Lhuys' bietet Bismarck Belgien als Kompensation, um europäischem Kongreß zu entgehen. Die Forderungen Napoleons, zu deren Aufstellung dieser sich am 4. August in schwerer Krankheit bewegen ließ, nimmt B. nicht ernst, nutzt sie aber durch Veröffentlichung aus. Gefühl der Demütigung in Frankreich.]
- S. 157—167, 284—298: Generalfeldmarschall Freiherr von Loë, Erinnerungen aus meinem Berufsleben. [Fortsetzung aus Jahrgang 1902. 1863 Militärattaché in Paris. Charakteristik Robert Golz'. Beim Aufstand in Algier, Folgen desselben für Frankreichs militärische Schlagfertigkeit in Europa; Frage der Einführung des Hinterladers. Die Zustände in der französischen Armee und deren Folgen für die politische Lage. Eine indirekte Forderung Napoleons betreffend die Rheingrenze.]

*Leve des deux mondes.* Paris 1904/1905.

- Nb. 23, S. 721—750: Cte Charles de Moüy, Souvenirs d'un diplomate. Récits et Portraits du congrès de Berlin. I. Les origines et la constitution du Congrès. [De Moüy, erster Sekretär der französischen Gesandtschaft, Protokollführer beim Kongreß. Hauptgrund für den Kongreß ist der Wunsch auf Wiederherstellung der europäischen Einheit nach den vielen Kriegen seit 1859, der russisch-türkische Krieg nur Anlaß. Bismarck will Österreich durch Konzessionen im Balkan gewinnen und es zugleich mit Rußland verfeinden. Geringe direkte Tätigkeit und bedeutende dauernde Wirkung des Kongresses. Bismarcks entgegenkommende Haltung gegen Frankreich. Eröffnungssitzung mit russisch-englischem Zwischenfall. Charakteristik Bismarcks als Vorsitzenden und der Bevollmächtigten der Mächte, außer Englands und Rußlands.]
- Nb. 24, S. 52—87: Cte Charles de Moüy, Souvenirs etc. II. Les séances et le traité. [Charakteristik der englischen und russischen Bevollmächtigten. Schilderung einiger wichtiger Sitzungen. 22. Juni



Nr. 15, 16: v. Janson, Blüchers Rückberufung nach der zweiten Trennung von der Hauptarmee Ende Februar 1814 und seine angebliche Kriegsliste. [Polemisiert auf Grund von archivalischen Studien im preuß. und österr. Kriegsarchiv gegen Danilewsky, Houffaye und Weil.]

Nr. 22, 23, 25: v. Abel, Die Stiftungstage in der preußischen Armee. [Umfassende Zusammenstellung.]

Nr. 23: Die Festung in den Kriegen Napoleons und der Neuzeit. [Besprechung des 4. Bandes der vom großen Generalstab herausgegebenen Studien zur Kriegsgeschichte und Taktik.]

Nr. 31: „Seydlitz.“ [Besprechung des vom bayrischen Oberst Bugbaum herausgegebenen Werkes über Seydlitz durch R un h a r d v. S c h m i d t.]

Nr. 38: Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Geschichte des preußischen Heeres. „Die alte Armee von 1655 bis 1740.“ [Besprechung des von Jany verfaßten 7. Heftes.]

Nr. 37—39: v. Blume, Besprechung des vom W. G. Kriegsrat Lehmann herausgegebenen bedeutsamen Werkes über die Mobilmachung von 1870/71.

#### **Beilage zum Militär-Wochenblatt. 1904.**

Heft 11: v. Lindenaus, Die Schlacht bei Kesselsdorf.

Heft 12: v. Freytag-Loringhoven, Wert und Bedeutung des Drills für die Ausbildung unserer Infanterie einst und jetzt.

— 1905.

Heft 1: Heilmann, Friedrichs des Großen Feldherrntum von Leuthen bis zum Ende des Siebenjährigen Kriegs. [Vgl. Heft 3, 1904 in Forsch. XVII. Bd. S. 301.]

Heft 3: Jany, Hochkirch. [Vortrag in der Mil. Gesellschaft zu Berlin 23. Jan. 1905.]

Bethke, Die Gaudi-Handschriften für das Jahr 1758. [Kurze Untersuchung über die drei vorhandenen Fassungen von Gaudis Darstellung der Ereignisse von 1758.]

#### **Revue des Österreichische militärische Zeitschrift. 45. (der ganzen Folge 81.) Jahrgang. Wien 1904.**

Heft 12, S. 1311—1354: Feldmarschall Woinovich, Die Geschichte der Befreiungskriege. [Eingehende Besprechung des neuen im Rittlerschen Verlag erscheinenden Werkes, so weit es damals vorlag: je der erste Band von Friederich, Janson und Lettow.]

#### **46. (82.) Jahrgang. 1905.**

Heft 1—3: Frhr. v. Waldstätten, Die erste leichte Kavalleriedivision in der Zeit vom 3.—15. Juli 1866. [W. war Generalstabschef bei der Division.]

#### **Von der militärwissenschaftlichen Vereine. Wien 1904. 69. Band.**

Heft 1: E. v. S., Der zweite Teil des deutsch-französischen Kriegs 1870/71.



**Attunde von Beuthen (Oberschlesien).** Herausgegeben von dem Lehrer-  
Legium der städt. katholischen Realschule — Oberrealschule i. G. — zu  
Beuthen D.-S. 2. Teil. Beilage zum Jahresbericht der städt. katholischen  
Realschule — Oberrealschule i. G. — zu Beuthen D.-S. 1904 (1 Bl. u.  
. 69—107 8°).

**Ende, Beiträge zur Geschichte der Stettiner Realschule in fünf Jahr-  
hundertern. Erster Teil, fünfte Abteilung: Das Schullokal. Programm des  
Stadtgymnasiums zu Stettin 1904 (XVI S. u. 8 Taf. 4°).**

**Illies, Zum Götterglauben der alten Preußen. Beilage zum Jahresbericht  
des Igl. Wilhelms-Gymnasiums in Königsberg i. Pr. 1904 (20 S. 4°).**

**Schulze, Pufendorfs „Res Brandenburgicae“ und deren Übertragung ins  
Französische (Schluß). Jahresbericht des Gräfl. Gleichen'schen Gymnasiums,  
Realschule und Progymnasium zu Ohrdruf 1904 (10 S. 4°).**

**Stettiner, Der Jugendbund. Beilage zum Jahresbericht des städt. Real-  
gymnasiums zu Königsberg i. Pr. 1904 (57 S. 4°).**

### III. Bücher.

#### A. Besprechungen.

**Lindner: Geschichtsphilosophie. Einleitung zu einer Welt-  
geschichte seit der Völkerwanderung. Stuttgart 1901.**

**gemeingeschichtliche Entwicklung. Rede, gehalten beim Antritt des  
Rektorats der vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg.  
Stuttgart und Berlin 1904.**

Dreierlei kann man nach den Unterscheidungen von Ridert<sup>1)</sup> als die  
Aufgabe der Geschichtsphilosophie ansehen: die zusammenfassende Be-  
arbeitung der einzelnen historischen Reihen zu einer Universal- oder Welt-  
geschichte, die Feststellung der allgemeinen Prinzipien resp. Gesetze —  
wenn sich solche finden lassen — des historischen Geschehens und die Be-  
arbeitung der Logik der Geschichte. Lindners Buch hat die zweite der  
hier bezeichneten Aufgaben zum Gegenstande; er will die allgemeinen Be-  
griffe feststellen, unter denen sich das geschichtliche Leben zu allen Zeiten  
und bei allen Völkern erfassen und begreifen läßt. In etwas bunt-  
schwediger Aneinanderreihung bietet er eine Summe allgemeiner Beobachtungen  
über den Gang der Geschichte und die in ihr zutage tretende allgemeine  
menschliche Psyche; er teilt den Stoff durch die Begriffe Beharrung, Ver-  
änderung<sup>2)</sup>, Ideen, die Masse, die Individuen, Völker und Nationen, die  
drei großen Völkergruppen, die Lebensbetätigungen, die angebliche Gesetz-

1) Geschichtsphilosophie. In der Festschrift für Runo Fischer. Bd. II, 51 ff.

2) Diese beiden Begriffe werden in der Rede näher erläutert.





















haben und sie auch erst verständlich machen. Am lebendigsten sind die ersten Kapitel, die unter dem sichtbaren Einfluß von Droysen stehen, aber allerdings sind sie auch, vielleicht gerade deswegen, in der allgemeinen Auffassung am anfechtbarsten. Später tritt der Schematismus stärker hervor, aber immerhin sind die großen Linien richtig und wirksam gezogen; die Herausbildung des Absolutismus, der Charakter des fribericianischen Staates und die Reformtendenzen Steins und Hardenbergs sind im großen und ganzen treffend geschildert. Am wenigsten befriedigt die jüngste Epoche, von 1815 an, und namentlich auch die Darstellung der neuesten Verwaltungsorganisation. Die Darstellung wird hier fast ganz zu einer trockenen Aufzählung des Inhalts der gesetzlichen Bestimmungen. Beispielsweise bei der Finanzgesetzgebung von 1817—1820 sind die großen Gegensätze, die damals im Staatsrat aufeinanderstießen, namentlich zwischen Bülow und Humboldt, gar nicht angedeutet; und doch wird der Gang der Gesetzgebung erst dadurch verständlich. Ebenso ist späterhin auf die parlamentarische Geschichte wichtiger Gesetzgebungsakte fast gar keine Rücksicht genommen; hier kann sich der Vf. freilich mit dem Mangel an Vorarbeiten entschuldigen. Auffallend dürftig ist die Behandlung der militärischen Verhältnisse, die doch für eine preußische Verwaltungsgeschichte von hervorragender Wichtigkeit sind. Ein anschauliches Bild von dem Heeresorganismus im alten Preußen und von seiner Einfügung in Staat und Gesellschaft erhält man nicht; von den Einwirkungen des Militarismus auf das bürgerliche Leben, wie sie z. B. in dem Einfluß der Kommandeure auf die Polizeiverwaltung der Garnisonstädte oder in den Bestimmungen über die Aufgreifung von Deserturen sich zeigen, ist kaum die Rede. Die Darstellung der militärischen Reformen von 1808—1815 beschränken sich auf das dürre Tatsachenmaterial; und gerade hier hätten doch die Werke von Lehmann und Meinede reichen Stoff geboten, um den geistigen Gehalt dieser Gesetzgebung und die Tendenzen der Reformer zu kennzeichnen. Der Leser erfährt gar nicht einmal, wer der Urheber des Wehrgesetzes von 1814 gewesen ist. Boyens Auffassung der Landwehr im Gegensatz zur Linie, den Meinede so trefflich herausgearbeitet hat, findet keinen Platz in dieser Compilation gesetzlicher Bestimmungen, und darum kommt auch die Bedeutung des Konfliktes von 1819 und von 1860 nicht recht zum Verständnis. Auch die finanzielle und die wirtschaftliche Seite der Verwaltung kommt nicht zu ihrem Recht, namentlich für das 18. Jahrhundert. Für den Zweck des Buches, das doch wohl hauptsächlich ein Lehrbuch für Studierende sein soll, wäre es besser gewesen, wenn der Stoff beschränkt, und der Geist der Institutionen greifbarer herausgebildet worden wäre. Immerhin, glaube ich, ist auch so ein brauchbares Buch zur Einführung in diese Disziplin zustande gekommen, wie man es bisher nicht besaß, und es ist gewiß ein Verdienst des Verfassers, den mächtigen Stoff doch soweit bemeistert zu haben, daß der Gang der Entwicklung im allgemeinen klar und richtig hervortritt.

Als eine Förderung der gelehrten Studien auf dem Gebiete der preußischen Verwaltungsgeschichte kann man freilich das Buch nicht bezeichnen. Neue archivalische Forschungen hat der Vf. dazu wohl nicht gemacht; und auch seine älteren Studien dieser Art sind ja nicht umfangreich





nung Friedrichs II. von 1460, durch die die Kirche auf die Seite in geistlichen Sachen beschränkt wird, war nicht, wie B. insieitiger Akt der Staatsgewalt, sondern beruhte auf einem Privileg vom 21. März 1459, daß eine Errungenschaft des Albrecht war. Vgl. Holke, Gesch. des Kammergerichts I, 103. von 1445 beruhte auf dem Beschluß eines Herrentags.)

Einigung des Kammergerichts mit dem mittelmärkischen Hofgericht.] Die S. 41 vorgetragene Auffassung, daß das Kammergericht auf einer Vereinigung des ursprünglichen Kammergerichts mit dem mittelmärkischen Hofgericht zur Zeit des Kurfürsten ruht, ist nach den Ausführungen von Holke I, 92 f. und nach anderen Zeugnissen doch wohl unhaltbar. Es handelt sich vielmehr um das erste Hofgericht, und das war wohl überhaupt von jeher mit dem Kammergericht identisch. Das geht aus der bekannten Stelle des Landtobuches und aus dem Richtensteig Landrechts hervor. Eine Vereinigung des mittelmärkischen Hofgerichts mit dem Kammergericht findet sich mehr nach den bei Holke II, 314—317 abgedruckten Urkunden von 1540—1549 stattgefunden zu haben.

[t in Bechlin 1556.] S. 52 erwähnt der Vf. als eine Tatsache, daß noch 1556 ein Vogt in Bechlin genannt werde. Das ist nicht ein Vogt in dem alten Sinne, sondern ein Wirtschaftsbeamter des Domänenamts; daß es solche Wirtschaftsbeamte unter der Bezeichnung „Vogt“ gab, geht u. a. aus der Hofordnung von 1537 hervor. [Ordnung der Hoforganisation im 16. Jahrh.] S. 53 ff. Das Bild der Hoforganisation im 16. Jahrh. ist nicht zutreffend gezeichnet: Vf. leugnet die Existenz einer Amtskammer schon seit Joachim I. und behauptet das Vorhandensein eines organisierten Rates. In beiden Punkten steht er im Widerspruch mit der Hofordnung von 1537, die er nicht zu kennen scheint. In diesem wichtigen Dokument ist eine erneuerte besondere „Ordnung der Räte“ enthalten, die zweifellos zeigt, daß der Rat damals schon ein Collegium formatum war, allerdings in ungeschiedenem Zusammenhange mit dem Kammergerichte, das erst seit 1567 absonderte. Ebenso klar geht aus dieser Hofordnung hervor, daß noch keine Amtskammer existierte, sondern daß die Verwaltung der Domänen durch den Rentmeister mit einigen Räten kommissarisch besorgt wurde, während die WirtschaftsinSpektion durch reisende Kontroll-„Haushalter“, wohl besonders beauftragte Amtleute) erfolgte. [aus Riedel, auf die B. sich stützt (Cod. dipl. A, 11, S. 283, spricht nicht nur von der Ernennung eines Amtmanns zum Rat in diesem Sinne jener „Haushalter“ der Hofordnung. Hr. Dr. Haß spricht aus Aktenstudien, daß solche Ernennungen auch sonst noch vorkamen, daß aber eine kollegialische Amtskammer aus Hofräten nicht nachzuweisen ist.]

[ständische Finanzverwaltung.] S. 64. Das Verhältnis zwischen Landesherren und den Ständen ist nicht ganz zutreffend dargestellt. Die ständische Finanzverwaltung hat keineswegs bloß den Interessen der Stände dienend gedient. Es ist verfehlt, sie als Symptom der „Korruption“ des ständischen Systems, als eine Erscheinung seiner „letzten







[Die Domänenreform von 1651] wird S. 107 f. noch ganz so, wie früher in der Geschichte des Verwaltungsrechts, nach Isaacsohn dargestellt als ein gelungener Versuch zur Verpachtung der Domänen und zur Ordnung des Kammerstaats. Dieser Versuch ist aber bekanntlich im Gegenteil völlig mißlungen; erst Rnyphausen hat die Verpachtung durchgeführt und zugleich das Etats- und Rechnungswesen in Ordnung gebracht, und die Krönung dieses Werkes ist dann die Begründung der kollegialen Hofkammer gewesen (1689). Das sind die wichtigsten Resultate der Publikation von Breyfig, die der Vf. hier zitiert, die er aber wohl kaum benutzt hat. — Was über den Lubenschen Versuch zur Vererbpachtung der Domänen gesagt wird, läßt den Kernpunkt der Sache, nämlich die unheilvolle Vermischung des Hofhalts und der Domänenverwaltung durch Wittgenstein, unerwähnt. Hier hätte die Darstellung von Ranke, die auf einer handschriftlichen altemäßigen Monographie Niedels beruht, mit Nutzen gebraucht werden können. Die ganze Episode des Oberdomänendirektoriums bleibt in der Darstellung B.'s unverständlich, weil er auch hier, wo alles auf die Personen und die höfischen Intriguen ankommt, es unterläßt, das persönliche Moment zur Erklärung der Veränderung in den Institutionen heranzuziehen.

[Hof- und Landeshaushalt.] S. 53. Es ist nicht richtig, daß mit der Einrichtung der Hofrentei (unter Joachim I.) eine Scheidung zwischen Hof- und Landeshaushalt beabsichtigt gewesen sei. Die neben der Hofrentei fortbestehende Kammerkasse (später „Schatulle“ genannt) ist nur die Kasse für die persönlichen Bedürfnisse des Landesherrn; die Hofrentei aber hat für die Bedürfnisse des Hof- und Landeshaushalts zu sorgen, die noch ungeschieden zusammenhängen; die Hofordnung von 1537 gibt ein anschauliches Bild davon. Nidel, auf den der Vf. sich beruft, scheidet ganz richtig, nur dürfte seine Bezeichnung „Staatskasse“ für die Hofrentei zu beanstanden sein. Den Anfang einer Scheidung von Hof- und Staatshaushalt kann man in der Begründung der Hofstaatskasse 1673 sehen, deren Bedeutung Breyfig klar gestellt hat, die aber in Bornhals's Buch nicht erwähnt wird; zur wirklichen Durchführung des Grundsatzes ist es aber erst unter Friedrich Wilhelm I. gekommen.

[Weitere Entwicklung des Geh. Rates.] Es ist nicht zutreffend, wenn der Vf. sagt (S. 146): seit der Dandelmannschen Verwaltung sei es Sitte geworden, die Chefs der neuen Zentralbehörden (Hofkammer und Generalkriegskommissariat) wie die Präsidenten der obersten Gerichtshöfe als Mitglieder in den Geh. Rat zu berufen; dieser habe damit eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Bedeutung erlangt, er sei zu einer Versammlung der Ressortchefs, zum Staatsministerium geworden. Die Sache liegt vielmehr so, daß die neuen Zentralbehörden sich aus den festen Dezernaten des Geh. Rates selbst herausgebildet haben; ihre Chefs sind von jeher Mitglieder des Geh. Rates gewesen, man brauchte sie nicht erst hineinzuberufen. Das ist für die Domänenverwaltung durch die Publikation von Breyfig ganz klar gestellt worden; es trifft aber auch für das Generalkriegskommissariat zu: Curt Bertram v. Pfuel, Claus Ernst v. Platen, Bodo v. Gladebeck, Joachim Ernst



ritte der Landreiter als Wahlbezirke für die Ausschußdeputierten der Herrschaft gebraucht habe (S. 69 f.). Die Kreise sind aber offenbar älter; erscheinen 1540 schon als etwas Vorhandenes, dienen da auch nicht bloß: Wahl der Deputierten; Kommissarien werden z. B. in die Kreise anabt, um das Steuerwesen zu regeln (vgl. die Publikation der Akten Winter Jtschr. f. pr. Gesch. 19, 546). Es sind ritterschaftliche Verbände den alten Landschaften, wahrscheinlich so alt und vielleicht noch älter als die landständische Verfassung selbst. Die Veritte der Landreiter lassen sich nur an diese alte Gliederung des Landes an. (Das meint doch auch wohl B. S. 70?) Vf. hebt richtig hervor (S. 118 f.), daß dann im 30jährigen Kriege die Kreiskommissarien entstehen und mit der Ausbildung des stehenden Heeres ständig werden. Kreiskommissarien und Kreisdirektoren sind dann verschmolzen, aber nicht, daß die eine Bezeichnung für die andere gebraucht worden wäre, sondern die beiden Bezeichnungen werden kombiniert: nicht Kreisdirektoren oder Kreiskommissarien, sondern „Kreisdirektoren und Kreiskommissarien“ ist die übliche Bezeichnung, bis 1701 der Landratsstitel bestanden wird. In Magdeburg und Pommern ist die Entwicklung nicht so gewesen, wie der Vf. angibt. *Acta Borussica*, Behördenorganisation Bd. 1 u. 2 enthalten darüber wichtige Materialien, die der Vf. nicht benutzt hat, trotzdem sie auch Gelpke schon berücksichtigt. Es ist keineswegs so, daß die Landräte dort Ende des 17. Jahrh. zugleich Kreiskommissarien bestellt worden wären und erst dadurch die Verteilung der neuen Steuern in den Kreisen erhalten hätten. Vielmehr waren die Landräte als solche an der Verwaltung der Steuern von vornherein beteiligt, als Vertreter ihrer Kreise, anfänglich im ständischen Ausschuß, dann in Verbindung mit den Obersteuerdirektorien, und zugleich auch in den Kreisen selbst; neben ihnen aber gab es bis 1713 u. 1714 besondere Kreiskommissarien, die nur mit den Marsch- und Einquartierungsangelegenheiten zu tun hatten. 1713 u. 1714 wurde nun angeordnet, daß diese Kreiskommissarien aussterben sollten; ihre Funktionen sollten von den Landräten übernommen werden, und die Landräte in dieser neuen Gestalt sollten auf die Bezirksverwaltung beschränkt und den neubegründeten legalischen Kommissariaten untergeordnet werden. Dies ist die Veränderung, die Friedrich Wilhelm I., unter heftigem Widerstreben der Landräte im Magdeburgischen, auch wirklich in beiden Provinzen seit 1714 durchgeführt hat. Damit waren die Magdeburgischen und Pommerschen Landräte im wesentlichen auf den Fuß der kurmärkischen reduziert. — Es ist auffallend, daß bei den Kreiskommissarien in Magdeburg und Pommern immer nur von den militärischen Befugnissen die Rede ist: sie sind Marschkommissarien; dagegen haben die Kreiskommissarien in der Kurmark von Anfang an mit dem Kontributionswesen zu tun (wie ja auch der Titel noch im 18. Jahrh. für Kreissteuermehmer hin und wieder begegnet); es scheint neben ihnen hier und da auch noch besondere Marschkommissarien gegeben zu haben; die Gravamina der kurmärkischen Stände von 1688 beklagen sich über die Menge von Kommissarien, die in den Kreisversammlungen anwesend seien (es kamen auch noch Amterkommissarien hinzu). Die verschiedene Stellung des





union der Provinzen eine Realunion begründet, ähnlich wie in Österreich die Pragmatische Sanktion.

[Landtage in Cleve-Mark.] Vf. scheint anzunehmen, daß auch in Cleve-Mark die Landtage (seit 1713) abgeschafft worden wären. Er erwähnt S. 153 (mit Hinweis auf Acta Borussica I S. 605), daß der König 1713 befohlen habe, die Steuer nach der Matrikel auszuscheiden und ständische Zusammentünfte fernerhin als überflüssig zu unterlassen. Weiter ist dann von der Sache nicht mehr die Rede, und der Leser, soweit er nicht anderweit unterrichtet ist, muß annehmen, es sei nun mit den Cleveschen Landtagen ein- für allemal zu Ende gewesen. Sie haben aber bekanntlich das ganze 18. Jahrh. hindurch noch bestanden; und daß die Verfügung von 1713 keine definitive war, hätte der Vf. schon aus Bd. 2 der Acta Borussica sehen können, z. B. Nr. 306, 309. Bd. 3 (1901) handelt dann anläßlich des Konflikts von 1722 ausführlich über die Frage der Aufhebung oder Beibehaltung der Landtage in Cleve-Mark.

[Steuernwesen.] Von der Akzise wird gesprochen, ohne daß jemals gesagt wird, was sie eigentlich gewesen sei und wodurch sie sich von den modernen Konsumtionssteuern unterscheide. Auch das steuertechnische Wesen der Kontribution tritt nicht genügend hervor. Eine unbegründete Behauptung des Vf., die schon in der Geschichte des Verwaltungsrechts auftritt, ist es, daß erst durch die Grundsteuerregulierungen Friedrich Wilhelms I. anstatt der bisherigen Matrikularbeiträge der einzelnen Herrschaften und Ämter ein- für allemal festgestellte Staatssteuern eingeführt worden seien (S. 148). Matrikularbeiträge derart waren die Steuern auch vorher nicht gewesen; auch der Übergang von Repartitions- zu Quotitätssteuern war zum Teil schon früher gemacht worden. Die steuertechnischen Verbesserungen bestanden namentlich in der Bonitierung der Äcker und in der Anlage der Kontribution nach einem allerdings ziemlich roh ermittelten Ertrage der einzelnen Wirtschaften, in Ostpreußen namentlich auch in der Heranziehung verschwiegener Hufen. Während man im allgemeinen dabei zu einer Ausglei chung innerhalb der Provinz — freilich nicht der Provinzen untereinander gelangte — blieb man in der Kurmark bei der verschiedenen Veranlagung der einzelnen Kreise. Was der Vf. zur Erklärung dieser Tatsache sagt, trifft nicht den Hauptpunkt, den Boden, seine Quelle, ganz deutlich angibt. Er liegt in dem Partikularismus der Kreise, von denen die minder stark belasteten kein Interesse an einer Ausglei chung hatten; denn nach dem Kataster von 1624, das noch immer bestand, war die Zahl, nicht die Qualität der Hufen maßgebend für die Verteilung der Last. Die Kreise haben daher eine Klassifikationskommission immer abgelehnt, und da die Sache außerdem Geld gekostet hätte, hat die Regierung nicht eingegriffen. Nur innerhalb der Kreise selbst wurde reformiert. Man könnte also in der Kurmark wohl von Matrikularbeiträgen der Kreise sprechen; aber dieses System ist hier eben auch durch Friedrich Wilhelm I. nicht beseitigt worden.

[Steuerräte.] Für die Behauptung des Vfs. S. 168, daß der Steuerrat ein halbes Jahr lang den Sitzungen der Provinzialbehörde habe beiwohnen sollen, während er die andere Hälfte des Jahres die Städte seines Bezirks bereisen sollte, habe ich nirgend einen Beleg gefunden. Die







Bei der Darstellung der Coccejischen Reform am Kammergericht 1748 (S. 243) kommt gar nicht zum Ausdruck, wozu die Trennung der Senate (2. u. 3. Senat des „Friedrichskollegs“) diente: auch hier handelt es sich um einen Appellations Senat.

Daß mit der Coccejischen Reform das Vorrecht des Adels auf die Hälfte der Richterstellen beim Kammergericht verschwunden sei, ist nicht richtig. In der „Versicherung“ wegen der Justizsalariengelder wird den märkischen Ständen möglichste Berücksichtigung des einheimischen Adels zugesagt; Cocceji suchte eifrig nach tüchtigen Juristen im Adel. Die ablige Bank beim Kammergericht blieb bestehen bis 1808. Natürlich aber mußten die abligen Räte dasselbe prästiren wie die bürgerlichen.

[Kriminalkollegium.] S. 184. Das Berliner Kriminalkollegium war keineswegs eine Abzweigung vom Kammergericht, sondern ein infolge der neuen Kriminalordnung von 1717 eingerichtetes Spruchkollegium für die Kurmark, das zugleich für die ganze Monarchie die schwereren Kriminalurteile, die nach der Kriminalordnung an den Hof geschickt werden mußten, revidierte und seine Entscheidungen dem Justizstaatsrat als Gutachten zur Bestätigung zustellte. Vgl. Acta Borussica VI, 1, S. 128 f. Daß es die alte Strafgerichtsbarkeit des Kammergerichts übertragen erhalten hätte, ist eine irrige Vorstellung; in Strafsachen war das Kammergericht in der Regel nicht zuständig gewesen, weil es keine Berufung in Strafsachen gab: vgl. Holke, Strafrechtspflege unter König Friedrich Wilhelm I. S. 1 ff. Erst durch die Reform von 1748 ist das Kriminalkollegium als unterster (Straf-)Senat organisch mit dem Kammergericht verbunden worden; vorher hing er nur durch die Person einzelner Räte mit diesem Gerichtshof rein äußerlich zusammen.

[Jurisdiktion der Amtshauptleute in Ostpreußen.] Der Vf. wiederholt S. 183 aus seiner Geschichte des pr. Verwaltungsrechts die irrige Auffassung, daß die Jurisdiktion der Amtshauptleute in Ostpreußen über den eingeseffenen Adel 1722 aufgehoben und fortan durch besondere Justizräte in den Ämtern ausgeübt worden sei, womit die Stellen der Amtshauptleute auch dort zu reinen Sinecuren geworden wären. Ich habe das Irrige dieser Auffassung, die auf flüchtiger Altenbenutzung beruht, schon A. B. VI, 1, S. 319 f. auseinandergesetzt und festgestellt, daß die geplanten Justizräte nicht ins Leben getreten sind, sondern daß die Jurisdiktion der Amtshauptleute erhalten blieb. Der Vf. hat aber davon keine Notiz genommen. Nur so läßt sich übrigens die Einrichtung der kollegialen Amtsgerichte in Preußen verstehen, von der auch der Vf. S. 241 redet. Außerdem irrt er, wenn er meint, daß bei der Einführung der Generalpacht nur die Amtsbauern unter die Jurisdiktion der Beamten gekommen seien; auch die Kölmer und Freien wurden ihr unterstellt, 1725. Auch darüber habe ich bereits in den A. B. VI, 1 a. a. D. gehandelt.

[Die schlesischen Kammern und die Hoheitsachen.] S. 197 erläutert der Vf. den Begriff der Hoheitsachen, die in Schlesien den Kammern zustanden, durch den Beisatz: „Grenz- und Abschloßsachen.“ Zu den Hoheitsachen gehört aber mehr, z. B. noch die Privilegien- und die Huldigungssachen, in Schlesien kam es aber ganz besonders noch auf



ngen. Dem gegenüber ist festzustellen, daß jene Erzählung, die aus erst Finanzmaterialien stammt, der echten Überlieferung nicht entspricht, nach dieser vielmehr die Unzufriedenheit des Königs mit der bisherigen Finanzverwaltung und der Tod aller seiner alten Minister die Ursache zu dem Experiment mit der französischen Regie gewesen ist, daß von den etwa 200 Franzosen, die ins Land gekommen sind, nur etwa die Hälfte angestellt worden sind und sieben Achtel davon in den unteren Rängen. Neben Schulzes Buch hätte übrigens die Akademieabhandlung Schmoller über diesen Gegenstand herangezogen werden müssen. Was die Bedeutung der neuen Tarife gesagt wird, ist recht unzulänglich. Entschieden hätte der — freilich nicht in vollem Umfange realisierte — Plan des Königs, die Lebensbedürfnisse der ärmeren Klassen geringer zu lasten, Erwähnung verdient.

[Coccejische Justizreform.] S. 247 ff. Der Vf. hat ganz recht, daß die Justizreformen Cocceji hauptsächlich persönlicher und reformatorischer Natur waren, aber er bemängelt das mit Unrecht, denn die Leistung, die das Gerichtswesen erst in Einklang mit der ganzen übrigen, Friedrich Wilhelm I. reorganisierten Verwaltung brachte, übrigens der Absicht Cocceji mit der Aufhebung der Kammerjustiz abzuweichen sollte, war notwendigerweise der erste Schritt. Aber auch die Darstellung des Prozeßverfahrens hätte eine eingehendere Darstellung verdient.

Den schleppenden gemeinen Reichsprozeß wollte Cocceji gerade abändern, und die Mittel dazu hätten wohl eine ausführlichere Erwähnung verdient. Der Codex Fridericianus war doch nicht bloß Dienstpragmatik; die Form der Dienstpragmatik kleidete sich übrigens damals ein guter Teil des Prozeßrechts. Daß der Vf. mit kaum drei Zeilen über dieses hinweggeht, auf dessen Grundzüge man doch später (1846) in der Hauptsache wieder zurückgriff, werden die Juristen kaum billigen können. Das Urteil über die Carmerische Prozeßreform ist doch wohl zu günstig, wenn man auch dem scharfen Verwerfungsurteil Holzes zustimmen können. — Die Aufsicht über die Untergerichte (entweder auch die Stadtgerichte und Magistrate) war schon durch die Reform scharfer ausgestaltet worden, als es nach der Darstellung des Vf. den Anschein hat. Die Justizpersonen werden vom Großkanzler und Justizdepartement geprüft und bestellt.

Cocceji ist übrigens nicht 1754 gestorben (S. 250), sondern erst im J. 1755.

[Ostfriesisches Hofgericht.] Die eigentümliche Stellung dieses Hofgerichts, die ein wahres Palladium der ständischen Verfassung war, ist der Vf. S. 242 nicht richtig gewürdigt worden. Es ist nicht richtig, daß er von der dortigen Regierung kombiniert worden sei, „ohne daß die Stände eingezogen hätten, Einspruch zu erheben“ (S. 242). Vielmehr hat dieser Versuch eine jahrelange Verzögerung der Maßregel herbeigeführt, wie in der *Acta Borussica* des näheren zur Anschauung gebracht werden wird.

[Kirchenrechtliches Territorialprinzip.] S. 231. Als Vertreter dieser Lehre, die von Thomasius und Böhmer ausgestaltet worden ist, wäre Pufendorf zu nennen gewesen. Das hat Treitschke in seinem Buch über P. ans Licht gebracht.





Um zu zeigen, aus welchen Grundlagen die märkische Landbevölkerung ihren Ursprung herleitet, und so die eigenartigen Züge des brandenburgischen Volkstums aufzuweisen, stellt der Verfasser diesen Skizzen zwei Kapitel voran, die auf Grund der neueren Literatur die Germanisation der Mark und die Kolonisationen Friedrichs des Großen behandeln. — Alsdann gibt er eine Schilderung des schmucken Oberstädtchens Krossen mit seinen Nebenhügeln, führt uns in die umliegenden Dörfer, schildert einen abligen Hofhalt zu Beginn des 18. Jahrhunderts, verfolgt einen Streit zwischen Reformierten und Lutheranern unter dem Großen Kurfürsten, der bis zur Folterung eines trostigen Kirchenvorstehers führt, beleuchtet das tägliche Leben in Pfarrhäusern und Dorfschulen und sammelt Züge des alten Bauernlebens. —

Es wäre ungerecht, von den Skizzen das unvergleichliche geniale Plaudertalent des märkischen Wanderers Fontane zu erwarten, aber sie sind doch gewandt geschrieben und beruhen auf einer viel ernsteren Arbeit, die aus einzelnen Mosaiksteinchen mühsam und erfolgreich ein lebendiges Bild zusammenzusetzen versteht. Das Büchlein ist wohl geeignet, eine besondere Bedeutung für die Methode der märkischen Kulturgeschichte zu gewinnen. Bisher hat man mit ziemlich geringem Erfolge die Geistlichen des märkischen platten Landes zu gedeihlicher Behandlung der Lokalgeschichte heranzuziehen gesucht. Ich glaube, daß außer andern Ursachen vor allem die Ratlosigkeit schuld ist, wie man den überaus spröden Stoff ergiebig machen könne. Da ist Bruchmüllers Schrift eine Musterleistung, von der man nur wünschen kann, daß sie in die Hände vieler Landgeistlichen kommen und ihnen den Ansporn zu ähnlichen Arbeiten und Entdeckungen geben möge.

Otto Tschirch.

**und Buchholz: Die Boffische Zeitung. Geschichtliche Rückblicke auf drei Jahrhunderte. Zum 29. Oktober 1904. Berlin 1904. Gedruckt in der Reichsdruckerei (II, 355 S. 4°).**

Die älteste Berliner Zeitung, die Boffische, hat am 29. Oktober 1904 ihre Zweihundertjahrfeier begangen. Genau genommen ist das Jubiläum etwas verfrüht gefeiert worden. Denn die jetzt Boffische genannte Berlinische Zeitung erscheint erst seit dem 18. Februar 1721 in dem Besitze der Familie, während das erste Privilegium zur Herausgabe eines Berliner Wochenblatts oder „Diariums“, das ein Vorfahr der jetzigen Besitzer, Johann Michael Rüdiger, am 29. Oktober 1704 vom König Friedrich I. erhielt, nur kurze Zeit bis 1706 in Geltung geblieben ist und es zweifelhaft erscheint, ob diese erste Berliner Zeitung Rüdigers überhaupt erschienen ist. Indessen läßt es sich verstehen, daß der jetzige hochbetagte Verleger, der Geheime Justizrat Karl Robert Lessing, den bedeutungsvollen Gedenktag, an dem zuerst das Recht zum Verlage einer Zeitung an die Familie gekommen ist, hat benutzen wollen, um einen umfassenden literarischen Rückblick über die interessante Geschichte des Blattes zu veranlassen, und man kann ihm nur danken für die großartig vornehme Weise, wie er diesen Gedanken ins Werk gesetzt hat, und ihn beglückwünschen, daß er zur Aufrichtung dieses Denkmals den rechten



































amentlich was die Altmark und die ganz abnormen Verhältnisse in der Kriegszeit anbelangt, sehr erwünscht gewesen. (In der Aufzählung der neumärkischen Kreise, S. 8 A. 15 fehlt der Soldinische Kreis.) Für die Entstehung der Kreisdirektorien, ist es wesentlich hervorzuheben, daß es entgegen der Annahme des Vf. (S. 14) bereits in der zweiten Hälfte des 16. Jahrh. ordentlich bestellte „Verordnete“ in allen Distrikten gegeben haben und daß in den kleineren Kreisen stets einige Junker durch ihre Zugehörigkeit zum großen Ausschuss aus der Masse der Ritterschaft herausgehoben waren. Älteste der Kreise werden bereits im Jahre 1599 erwähnt. (S. Bracht, a. a. O. S. 18.) Die S. 11 f. erörterte Institution der Ältesten im Grossener Kreis hat deshalb nicht die ihr vom Vf. beigelegte Bedeutung, weil die Grossensche Landschaft eine besondere, von der übrigen Landschaft scharf getrennte Organisation hatte. — Auch den Erörterungen über die ältere Bedeutung des Titels „Landrat“ kann ich, soweit die Mark Brandenburg in Betracht kommt, nicht zustimmen. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, sei nur soviel gesagt, daß alle Schwierigkeiten der Erklärung schwinden, sobald man erkannt hat, daß die Bedeutung jenes Titels keine einheitliche war. Man bezeichnete damit nämlich: 1. die sog. „Räte von Haus aus“, insofern sie dem Landesadel angehörten, im Gegensatz zu den Hofräten, als auch 2. die ritterschaftlichen Mitglieder des Großen Ausschusses, genau wie in Pommern (S. 26). Dafür lassen sich zahlreiche Nachweise liefern. — Bei der Darstellung der landesherrlichen Lokalverwaltung vermißt man einen Hinweis auf den wichtigen Gegensatz von Amts- und Kreisverfassung (vgl. bes. Bornhauf, Preuß. Jahrb. Bd. 56), und die Entstehung des Kommissariats wäre in einer viel schärferen Beleuchtung erschienen, wenn zum Vergleich verwandte Institutionen aus der Verfassungsgeschichte fremder Staaten, besonders die französischen Intendanten, herangezogen worden wären. Für das 17. Jahrh. folgt der Vf. den grundlegenden Ausführungen Schmollers in der Einl. z. Acta Borussica, Behördenorgan. I, S. 100 ff. Im einzelnen hätte er von der Tätigkeit der Kommissare und Kreisdirektoren ein lebendigeres und teilweise richtigeres Bild gewonnen, wenn er die Publikationen der Protokolle und Relationen des Geh. Rats, hrsg. v. Meinardus, benutzte, die eine Fülle von Nachrichten darüber enthalten. So ergibt sich beispielsweise aus Bd. 2, S. 413, daß entgegen der mehrfach (S. 37 u. 41) ausgesprochenen Behauptung G.'s auch die Besetzung der Kommissarstellen, wenigstens zuweilen, auf ständische Präsentation hin erfolgt ist; als ein Beitrag zu der Frage nach der Verschmelzung der beiden genannten Ämter dürfte eine andere Stelle: Bd. 2, S. 98, in Betracht kommen, die zu der Annahme berechtigt, daß der Kreisdirektorposten häufig deswegen eingegangen ist, weil die Kreisstände sich für außerstande erklärten, die Erfüllung aufzubringen.

Die Reformen Friedrich Wilhelms I., namentlich die in Magdeburg, verdienen wohl eine eingehendere Darstellung verdient, zumal sie für den Kampf des Königs gegen die ständische Staatsauffassung außerordentlich zeichnend sind. — Die Stein-Hardenbergischen Reformen haben den Bestand des Landratsamts einmal in Frage gestellt, freilich nur auf kurze Zeit: das Resultat war aber eine weitere erhebliche Steigerung

























Schließlich ein paar ganz geringfügige Bemerkungen. — Die Arbeit Jörgensens über Griffenfeld (S. 139 Anm. 5) umfaßt zwei Bände; für das Tagebuch kommt lediglich der zweite, 1894 erschienene Band in Betracht. — Statt „Heug“ (S. 174 Anm. 1 u. S. 214 Anm. 3) muß es „Hoegh“ heißen, wie v. Buch übrigens einmal (S. 215) ganz richtig schreibt. — Die Form „Söeblat“ (S. 234 Anm. 1) ist in „Siöblad“ oder „Sjöblad“ zu verbessern. — Die von S. vorgeschlagene Verbesserung für „sedes“ (S. 204 Anm. 1) erscheint mir überflüssig. „Sedes“ ist ein noch heute in der Medizin gebräuchlicher Ausdruck.

Fritz Arnheim.

**Droysen: Beiträge zu einer Bibliographie der prosaischen Schriften Friedrichs des Großen. I. II. Berlin 1904/1905, Weidmannsche Buchhandlung (24 u. 32 S. 4<sup>0</sup>). [Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des Königl. städtischen Gymnasiums zu Berlin. Jern 1904 u. 1905.]**

In der obigen Arbeit ist für die prosaischen Schriften Friedrichs in dankenswerter Weise alles das zusammengestellt, was aus den „Euvres“, der „Polit. Korrespondenz“, sowie anderen zuverlässigen Quellen sich über die Entstehungsgeschichte, den Drudort, sowie den Verbleib der Originalhandschriften und Originalausgaben ermitteln läßt. — Die erste Gruppe (36 Nummern) behandelt Schriften verschiedenartigsten Inhalts, die der König zu den verschiedensten Zeiten und an verschiedenen Orten anonym veröffentlichen ließ. Die zweite Gruppe (17 Nummern) beschäftigt sich mit den in der „Histoire de l'académie royale“ erschienenen oder im Berliner Königl. Schloß gedruckten Arbeiten Friedrichs. Von den drei letzten Gruppen (je 7 Nummern) führt die erste den nicht recht verständlichen und auch nicht völlig korrekten Titel: „Schriften, welche nicht zum Druck gekommen sind.“ In den beiden anderen handelt es sich um die geschichtlichen Werke und um die nicht für die Öffentlichkeit bestimmten, aber trotzdem in den „Euvres“ veröffentlichten Schriften des Königs.

Das als Anhang zum I. Teil publizierte Fragment der ersten Fassung des „Éloge de Voltaire“ (Original im Königl. Hausarchiv) gewährt nicht nur einen interessanten Einblick in die Arbeitsmethode Friedrichs, sondern gibt auch über sein literarisches und geschichtliches Wissen beachtenswerte Aufschlüsse, da er bei der in den letzten Wochen des bayrischen Erbfolgekrieges vorgenommenen Niederschrift selbstverständlich weder über Bücher noch über sonstige Hilfsmittel verfügte.

Der Anhang zum II. Teil gehört zweifellos zu den wertvollsten Gaben, die in neuerer Zeit der preussischen Geschichtsforschung besichert worden sind. Am Schlusse meiner kritischen Studie über ein von mir in Upsala abschriftlich entdecktes Bruchstück der ersten Redaktion der „Histoire de mon temps“ (Forsch. 3. br. u. preuß. Gesch. IX, 516—39) regte ich 1897 zu weiteren Nachforschungen nach dem Verbleib des Originalmanuskripts an, das, wie ich nachzuweisen versuchte, in den Besitz der Petersburger Kaiserl. Bibliothek gelangt sein mußte. Die auf Grund meiner damaligen Angaben jetzt in Petersburg von Professor Droysen angestellten Nachforschungen haben ein überraschend günstiges Ergebnis erzielt. Zunächst



**Aus der Franzosenzeit.** Ergänzungen zu den Briefen und Aktenstücken zur Geschichte Friedrich Wilhelms III. usw. Herausgegeben von Franz Rühl. Leipzig 1904 (XXVI u. 326 S.).

Daß von Rühl zur Geschichte Preußens unter Friedrich Wilhelm III. vorwiegend aus dem Nachlasse Stägemanns publizierte Material nimmt nachgerade einen gewaltigen Umfang an. Zu den beiden ersten bereits in dieser Zeitschrift besprochenen Bänden der „Briefe und Aktenstücke“ und der Sonderpublikation in den „Bausteinen zur preussischen Geschichte“ ist nun noch ein Doppelband der „Briefe und Aktenstücke“, enthaltend ca. 350 Schriftstücke aus den Jahren 1819—1840 und ein Ergänzungsband mit ca. 250 Schriftstücken aus der Franzosenzeit (1806—1815) getreten. Auch damit ist die Fülle des Stägemannschen Nachlasses noch nicht erschöpft; es stehen außer der zweiten Hälfte der Briefe Stägemanns an Olßner noch die Briefe an Friedrich Schulz aus, auf deren Kenntnis man, nach den von Rühl in den früheren Bänden mitgeteilten Stichproben, ungern verzichten würde.

Was die neuesten Bände der Rühlschen Publikation von den beiden ersten unterscheidet, ist u. a. das, daß Stägemann in ihnen weit mehr zu Worte kommt. Während die früheren Bände zusammen unter 480 Schriftstücken nur ca. 30 mit Stägemanns Autorschaft aufweisen, zählt der dritte Band deren ca. 80, der Ergänzungsband gar ca. 115. Die Briefe Stägemanns an Benzenberg (ca. 20) haben freilich schon 1860 in den „Grenzboten“ eine nicht eben einwandfreie Veröffentlichung gefunden; ob anstatt des Wiederabdrucks, zumal bei der Unmöglichkeit, auf die Originale zurückzugreifen, nicht ein Hinweis auf die frühere Veröffentlichung der richtigere Weg gewesen wäre, diese Briefreihe der Vergessenheit zu entreißen, mag dahingestellt bleiben. Die vielen Briefe Stägemanns an seinen Schwiegersohn J. v. Olßers, einige 40 an der Zahl, hätten vielleicht ein wenig stärker gesichtet werden können; die persönlichen Angelegenheiten v. Olßers, die den Hauptinhalt dieser Briefe ausmachen, bieten im Grunde doch nur wenig Interesse. Eine höchst wertvolle Gabe sind hingegen Stägemanns Briefe an seine Gattin Elisabeth, die dem Ergänzungsbande sein eigentliches Gepräge geben. Sie lassen uns einen tiefen Einblick in Stägemanns Persönlichkeit, in seine Gefühlswelt wie in seine Denkweise und vielfach auch in seine dienstliche und literarische Tätigkeit gewinnen. Leider beschränken sich diese Briefe fast ganz auf die Jahre 1807—1809; nur aus dem Frühsommer von 1815 liegen noch einige, inhaltlich wenig bedeutende Briefe vor. So bleibt unsere Kenntnis über Stägemanns Leben und seinen Anteil an den Geschäften gerade in den ersten Jahren von Hardenbergs Staatskanzlerschaft leider eine beschränkte. Seine spätere politische Entwicklung seit 1815 und namentlich seit dem verhängnisvollen Jahre 1819, seine Stellungnahme in den Preßangelegenheiten, den Demagogenverfolgungen und vor allen Dingen zu der Verfassungsfrage läßt sich ja an der Hand der (im zweiten und) dritten Bande mitgeteilten Aktenstücke wieder ziemlich eingehend verfolgen. Zwar erfahren wir nicht, auf welche Weise und unter welchen Anstößen sich Stägemanns politische Anschauungen im Laufe der

Forschungen j. brand. u. preuß. Gesch. XVIII. 1.





wenn die Akten in dieser Sache vorliegen, wird sich daraus ein Maßstab für den geschichtlichen Wert von Schöns Erzählung ergeben. Wenn Mühl übrigens bei dieser Gelegenheit von der Zeit spricht, als „es Mode war, Schöns Glaubwürdigkeit zu verdächtigen“, und wenn er voraussetzt, heute werde man allgemein geneigt sein, anders zu urteilen, so muß doch hervorgehoben werden, daß die Frage der Glaubwürdigkeit Schöns erst im Wiederaufnahmeverfahren endgültig zu lösen sein wird.

Ertragreicher als für diese Kontroverse sind die Stägemannschen Briefe für manche Fragen der Steinschen Reform. Gleich für die Vorgänge bei Steins Ankunft in Memel sind die Mitteilungen Stägemanns an seine Frau aus dem Oktober 1807 ungemein bedeutungsvoll, war er doch einer der Mithandelnden. Mit ziemlicher Sicherheit scheint sich aus den Briefen vom 1. und 2. Okt. zu ergeben, daß Stein nicht, wie seine Biographen wollen, am 30. Sept., sondern erst am 1. Okt. in Memel angekommen ist, und daß er seine erste Audienz beim Könige am Vormittage des 2. Okt. gehabt hat. Evident ist, daß Stein die Frage der Entfernung des Geh. Rabinettsrat Beyme in dieser ersten Audienz überhaupt nicht zur Sprache gebracht hat. Mir scheinen, wie ich gegen Mühl bemerken möchte, Stägemanns Worte vom 2. Okt., „Stein hatte jedoch in der ersten Unterredung darüber nichts geäußert, wie ich heute mittag von ihm hörte“, dem ganzen Zusammenhange nach schlechterdings nur auf Steins erste Unterredung mit dem Könige bezogen werden zu können. Lehmanns Darstellung, wonach die erste Konferenz Steins mit Friedrich Wilhelm III. hinsichtlich Beymes ergebnislos verlaufen sein soll, wäre hiernach irrig. Nach Stägemanns Darstellung zu schließen wäre Stein dem Könige mit seiner Forderung nach der Entfernung Beymes überhaupt nicht unter die Augen getreten, vielmehr hätte er Beyme, mit dem er ebenfalls jede direkte Auseinandersetzung vermied, durch Stägemann insinuieren lassen, sich selbst gegen den König darüber zu äußern, d. h. sein Entlassungsgesuch einzureichen. Als Stägemann Anstand nahm, diesem Ansinnen zu entsprechen, hat Stein dem Könige seine Erklärung, nicht mit Beyme zusammen arbeiten zu wollen, durch den General v. Köderitz am Nachmittage des 3. Okt. überbringen lassen. Mit dem Könige selbst hat Stein erst am Morgen des 4. Okt. unterhandelt, nachdem er durch das bekannte Billet der Königin Luise erfahren, welche Bedingung jener für die Entlassung Beymes stellte.

Beymes Verhalten in dieser Angelegenheit, das Mühl in der Einleitung zu seiner „Franzosenzeit“ nachdrücklich gegen Lehmanns Vorwürfe in Schutz nimmt, erscheint nach Stägemanns Auslassungen allerdings einwandfrei. Sachlich stellt Stägemann sich zwar ganz auf Steins Seite, in der Erkenntnis, daß „die Verhältnisse Beymes gar nicht von der Art sind, daß sie eine kraftvolle Reorganisation der Dinge, wie wir solche bedürfen, hervorbringen können“ (St. an seine Frau 5. Okt.). Aber er gesteht doch zu, daß ihm Steins Verhalten gegen Beyme nicht gefalle. Ähnlich äußert er sich über Steins Meinung, daß man nichts Eiligeres und Angelegentlicheres zu tun habe, als sich mit Napoleon zu versöhnen: im ganzen wolle ihm das nicht gefallen. Seine eigene Ansicht entwickelt Stägemann am 12. Okt. dahin: „Ich bleibe dabei, daß uns nichts errettet,







schreibt er, er habe bis 3 Uhr fünf Stunden im Kampfe gestanden: in Wirklichkeit hat er erst zwischen 12 und 1 Uhr ins Gefecht eingegriffen. Man wundert sich, daß F. trotz dieser schweren Irrtümer Bülow's seinen Angaben volles Vertrauen schenkt; man dürfte erwarten, daß er sich mit den Bülow widersprechenden Quellen auseinandergesetzt hätte. Aber der Leser erfährt gar nicht, daß es noch abweichende Berichte gibt.

Wie Bülow's irrig Angaben zu erklären sind, steht dahin. Aber sie fordern dazu auf, auch anderen seiner Äußerungen kritischer gegenüberzutreten, als es bisher geschehen ist. Ich denke da vor allem an den bekannten Bericht vom 15. August 1813 (Forsch. Bd. VII, S. 463 und Friedrich I. S. 364) über den Dranienburger Kriegsrat. Bülow rühmt sich da, die Idee des Kronprinzen, die Nordarmee hinter der Havel zu konzentrieren, zu Falle gebracht und eine Versammlung südlich Berlins durchgeführt zu haben. Auf Grund dieses Berichtes haben Lettow-Vorbeck und Reinecke und nach ihnen Friederich die Ansicht vertreten, daß Bernadotte bei Beginn des Herbstfeldzuges ursprünglich die Absicht gehabt habe, Berlin einer französischen Offensive ohne Kampf preiszugeben. Angesichts seiner Äußerungen über Dennewitz ist es aber geboten, diesem Bericht kein rückhaltloses Vertrauen mehr zu schenken: hier wie dort mag er wichtige Momente, deren Kenntnis das von ihm gezeichnete Bild korrigieren würde, ausgelassen haben; hier wie dort mag er, erfüllt von starkem Selbstgefühl, wie er einmal war, seine persönliche Tätigkeit über Gebühr in den Vordergrund gerückt haben. Die Argumente gegen die Anschauung Niehrs, der trotz des Bülow'schen Berichtes aus den sonstigen Äußerungen des Kronprinzen die Absicht Bernadottes, Berlin nicht ohne Kampf opfern zu wollen, herleitete (Preuß. Jahrbücher Bd. 78, S. 330), verlieren somit erheblich an Gewicht.

Gustav Roloff.

**Die Geschichte von der Auflösung des alten bis zur Errichtung des neuen Kaiserreiches (1806—1871).** Von H. v. Zwiédined-Sädenhorst. 3. Bd. 1849—1871. Stuttgart u. Berlin 1905, Cotta (X u. 504 S. gr. 8°).

Der dritte und letzte Band des Zwiédined'schen Werkes hat dieselben Vorzüge und Mängel wie die beiden ersten (vergl. Forsch. XI 586, XVI 641): eine flüssige Darstellung, die freilich keineswegs immer in die Tiefe geht und oft den Eindruck macht, daß sie von einer oder wenigen Quellen abhängig sei und die übrigen nicht genügend berücksichtige. Das interessanteste Problem dieser Epoche, das Verhältnis zwischen Bismarck und dem Könige, ist m. E. nicht richtig gefaßt: es kommt nicht zum Ausdruck, daß Wilhelm sich anfangs gegen Bismarck's Berufung gesträubt hat; Zwiédined scheint sogar eine Art Kongenialität zwischen beiden Männern anzunehmen. — Der beste Teil ist wie im vorigen Bande die Schilderung der österreichischen Verhältnisse, und zwar kommt da nicht nur der Historiker sondern auch der Politiker in zahlreichen scharf formulierten Urteilen über Personen, Zustände und die Bedeutung der Ereignisse für die moderne Zeit zum Wort. Hieraus läßt sich manche Anregung entnehmen.

G. Roloff.

















öffnet. Denkt man an das spätere Verhältniß Wilhelms I. zu Rußland, so ist es doppelt lehrreich, hier seine Rußland abgewandten Stimmungen zu verfolgen: nach dem Krimkriege ist ihm Rußland direkt „der Feind“ (Brief vom 29. April 1856). Dies könnte doch auch denen zu denken geben, die in den Anschauungen des Kronprinzen unsern Kaiser Friedrich durchaus festlegen möchten. Der letzte Brief des nunmehrigen Prinzregenten, vom 11. April 1860, zeigt übrigens eine charakteristische Scheinung von der Ansicht Orlichs: Orlich muß über die „Militairische Frage“, die Armeeorganisation, sich dahin geäußert haben, sie stoße allein vom finanziellen Gesichtspunkte aus auf Schwierigkeiten; dagegen erklärt der Prinzregent: „das nehme ich nicht an. Die D  mokratie siehet in demselben [so wohl statt: ‚demselben‘, nämlich in der ‚militairischen Frage‘] die Möglichkeit verdorben, undisciplinirte Landwehren zu ihren Zwecken erwenden zu können, wie ihr dies 1849 zum Theil gelungen war. Dies ist der Hebel, der angefaßt wird, versteckt hinter der Geldfrage“. Nun, vielleicht hätte sich auch Orlich in weiterem Verlaufe zu der Anschauung des Prinzen bekehren lassen.

Der Herausgeber hat die Briefe mit einer ausführlichen Einleitung und mit sorgfältigen Erläuterungen in erwünschter Weise begleitet. Daß Bunsens Entlassung von seinem Londoner Posten durch die „unter dem Einflusse hochkonservativer Rathgeber gemachte Schwenkung“ des Königs zu Rußland hin“ geschehen sei, sollte aber doch nicht mehr behauptet werden nach der altenm  ssigen Klarlegung des wahren Sachverhaltes, — Bunsens direkten Ungehorsams — in dem durch Bismarck veranlaßten Aufsatze Lothar Buchers, unter dem Pseudonym „Boguslaw“, in der Deutschen Revue vom Februar 1882 — „Der Rücktritt Bunsens vom Londoner Posten“ — und nach der entsprechenden Darstellung in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“.

Da der Herausgeber ausdrücklich erklärt, er habe die Schreibweise des Prinzen „ganz genau bis auf die geringsten Außerlichkeiten“ wiedergegeben, so sei bemerkt, daß nach dem Facsimile des Briefes vom 11. Dezember 1857 beim Abdrucke doch zwei Irrthümer untergelaufen sind: es heißt „Mu  e“ statt „Ruhe“ und „Id  en“ statt „Id  e“.

Schwer ist es, der Versuchung zu zahlreichen Zitaten aus den überall gehaltvollen und charakteristischen Briefen des Prinzen zu widerstehen. Hier sei nur sein Urtheil über die Kaisermahl von 1849 angeführt: „Annehmen kann man nur Dinge, von denen man die Ueberzeugung hat, daß sie durchführbar sind; ohne diese Ueberzeugung handeln zu wollen, wäre Verrath an sich selbst“ (Brief vom 19. Juni 1849). Und auf die entsagungsvolle Stimmung des Prinzen bei der Übernahme der Stellvertretung wirft der Brief vom 11. Dezember 1857 an seinen Berathen ein helles Licht: „Freie Hände werden mir wohl nicht mehr zu Theil werden, oder doch nur auf so kurze Zeit bei meinem vorgerückten Alter, daß ich meinem Sohn die neue Aera zu schaffen überlassen muß. Aber ihm das Terrain vorzubereiten, durch Gesinnungs-Tüchtigkeit auf dem Gebiete der Ehre, Wahrheit, Gerechtigkeit, — den Blick zu ver  nftigem Zeitgem  ssen Fortschritt, — das ist meine Aufgabe! es mag mit gebundenen oder freien Händen sein.“









heft“, Berlin 1901 und 1904, mit einer Fülle von Aufzeichnungen und Mitteilungen von Mitkämpfern, ganz unwiderleglich hervor.

Nach kurzen Bemerkungen über die erfolgreiche Tätigkeit des Kronprinzen von Sachsen, dessen Beschießungsvorbereitungen, nachdem ihm der Auftrag zu teil geworden, „einen überraschend schnellen Verlauf“ nahmen, und über die tatsächliche Wirkung des Bombardements, die, sehr mit Unrecht, oft bestritten, am schlagendsten durch Moltkes eigenes Urteilargetan wird, hebt der letzte, X., Abschnitt mit überzeugender Wärme die Imponderabilien hervor, die für die Beschießung sprachen, den Einfluß auf Geist und Herz der Armee und des Volkes daheim, die nach dem Abdrucke der Verzögerung in dem Donner der Geschütze vor Paris die Rückkehr zu der stolzen Initiative der ersten, glänzenden Feldzugsperiode jubelnd begrüßten.

Im großen und ganzen darf das kleine Buch als eine durchschlagende Bestätigung der Anschauungen Moons und Bismarcks anerkannt werden, die um so wirksamer sein muß, je eingehender, sachverständiger und vorurteilsfreier die Untersuchungen gewesen sind, aus denen sie hervorgegangen ist.

Herman Granier.

**Ulrich von Poschinger und Fritz Schid: Bei Fürst Bismarck. Schauspiel in einem Akt.** Berlin 1905, E. Trewendt (32 S.; 0,50 Mk.).

**Ulrich von Poschinger: Aus großer Zeit. Erinnerungen an den Fürsten Bismarck.** Berlin 1905, E. Trewendt (VIII u. 192 S.; 8,60 Mk.).

Das kleine Drama darf in diesen historischen „Forschungen“ genannt werden, weil es fast durchweg aus historisch beglaubigten, mehr oder minder bekannten Aussprüchen Bismarcks zusammengesetzt ist, und das Milieu des Bismarckschen Hauses mit einer Treue schildert, wie sie dem Historiker nur erwünscht sein kann. Die „Fabel“ gruppiert sich um das Entlassungsgesuch Bismarcks vom Frühjahr 1877, das durch des Kaisers „Niemaß!“ vom 7. April 1877 seinen Abschluß findet; an diesem denkwürdigen Tage spielt sich das Drama im Reichskanzlerpalais zu Berlin ab. Wie Bismarck dem „Minister“ — der ungenannt bleibt — seine neuen, großen, wirtschaftlichen Pläne auseinandersetzt, ohne Verständnis dafür zu finden, und dann mit Lothar Bucher darüber urteilt, ist recht geschickt eingefügt. Einen so weibgerechten Jäger wie Bismarck hätten aber die Verfasser nicht von „herrlichen“ Wildsauern sprechen lassen sollen; an der „Belegstelle“ in dem gleich zu nennenden Buche (S. 75) findet sich dort der bessere — wenn auch noch immer nicht völlig „hasenreine“ — Ausdruck „starker Eber“, besser: „starker Keiler“, in der gleichen hübschen Beziehung: daß nämlich einen milden Jäger nur hohe Jagd noch werde reizen können, wie den milden Staatsmann Bismarck nur noch hohe politische Ziele. —

Wie die im vorigen Jahre auf den Markt gebrachten „Bausteine zur Bismarck-Pyramide“ und die 1903 herausgekommenen „Diplomatischen Streiflichter, Interviews und Erinnerungen“: „Aus allen Welten“, ist die diesjährige Poschingersche Bismarckproduktion, „Aus großer Zeit“,







„Bismarck und Ranke“; zu weiten Ausblicken führen die allgemeiner anregenden Erörterungen: „Wie entstehen Revolutionen?“ „Jahrhundertende vor 100 Jahren und jetzt“ und „Die Stellung der historischen Wissenschaften in der Gegenwart.“ Dem Herausgeber A. Reimann ist auf diesem Wege seiner Sammlung, die zum größten Teile gute Unterhaltungslektüre für einen äußerst billigen Preis bringt, nur das Beste zu wünschen. Ein Treitschkebüchlein soll bald nachfolgen und wird gewiß dieselbe Gegenliebe finden wie der vorliegende Band, von dem, wie man hört, in kurzer Zeit gegen 6000 Exemplare abgesetzt wurden. H. O.

## B. Eingeseordnete Bücher (soweit noch nicht besprochen).

- Almar Degemann, Friedrich d. Gr. und die katholische Kirche in den reichsrechtlichen Territorien Preußens. München 1904, J. F. Lehmann. 3 Mk.
- Albrecht Freytag und Herzog Ernst von Koburg im Briefwechsel. Hrsg. von Tempelton. Leipzig 1904, S. Hirzel. 9 Mk.
- Böhl, Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im 19. Jahrh. [Aus Natur und Geisteswelt, 57.] Leipzig 1904, B. G. Teubner.
- Die Mittelstadt, Dr. phil., Der Krieg von 1859. Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland. Stuttgart u. Berlin 1904, J. G. Cotta Nachf.
- Die Consolvis aus den Jahren 1795—96 und 1798, mitgeteilt von Paul Wittichen. Rom 1904, Löschner & Co. 1,90 Mk.
- Fel, Josef Maria von Radomitz, I. (1797—1848.) Berlin 1905. E. S. Mittler & Sohn.
- H., Politisches Archiv des Landgrafen Philipp des Großmütigen von Hessen, I. [Publ. a. d. Preuß. Staatsarchiven.] Leipzig 1904, S. Hirzel.
- K. Frhr. v. Schroetter, Preuß. Münzgeschichte im 18. Jahrh., I. Geb. 14 Mk. Münztafeln u. Münzbeschreibung, II. 18 Mk. [Acta Borussica, hrsg. von der Königl. Akademie d. W. Abt. Münzwesen.] Berlin 1904, Paul Parey.
- L. F. Ruge, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation und der Religionskriege. [Sammlung Götschen.] 1904. 80 Pf.
- Mengel, Thiers und Bismarck. — Cardinal Bernis. Zwei Beiträge zur Kritik französischer Memoiren. Bonn 1905, Fr. Cohen. 2,40 Mk.
- Moritz, Leopold Krug als Rationalökonom. Berner Diss. 1904.
- Denkerinnerungen von Rudolf v. Delbrück 1817—1867. Mit einem Nachtrag aus dem Jahr 1870. 1. u. 2. Aufl. 2 Bde. Leipzig, Duncker & Humblot. 15,60 Mk.
- o. Jung, Die Klosterkirche zu Zinna im Mittelalter. Ein Beitrag zur Baugeschichte der Zisterzienser. Straßburg 1904, J. S. Ed. Heitz. [Studien zur deutschen Kunstgesch. 56.] 5 Mk.
- o. Berdy du Bernois, Im Hauptquartier der Russischen Armee in Polen 1863—65. Berlin 1901, E. S. Mittler & Sohn.









der Kurie 1279 von deutschen Fürsten ausgestellt wurden, befinden sich zwei, deren Aussteller ein Markgraf Otto von Brandenburg ist. Der Brief vom 6. September gehört offenbar Otto IV. (vgl. oben S. 142 Anm. 3), kommt auch nicht in Betracht, da die Notiz sich ausdrücklich auf einen Brief vom 12. September bezieht. Schon mehrere Jahrzehnte vor der Anlegung des bei Muratori abgedruckten Verzeichnisses, nämlich im Jahre 1339, nahm der päpstliche Notar Johann von Amelio eine Transsumierung von Urkunden, die im päpstlichen Besitz waren, vor; er verzeichnet nur noch zwei Einzelwillebriefe, die auch heute noch im Original (Bestand des ehemaligen Archivs der Engelsburg) vorhanden sind, nämlich den des Markgrafen Otto vom 12. September und den des Herzogs Ludwig von Bayern. Das Verzeichnis von 1339 zählt dieselben beiden Urkunden auf, wie das von 1366, und dazu die ebenfalls noch im Original (Miscellanea) erhaltene der Herzöge von Sachsen; damit aber ergibt sich der sichere Schluß, daß das aus demselben stammende, oben abgedruckte Regest der Urkunde vom 12. September sich auf das in Rom noch vorhandene Original bezieht, mit Hilfe dessen also die Richtigkeit des Regests von 1366 kontrolliert werden kann.

Der einzige auf dem Original beruhende vollständige Druck des Willebriefes findet sich bei (Baccagni) *Dissertatio historica de summo apostolicae sedis imperio in urbem comitatumque Comacini* (ohne Ort 1709), appendix actorum 110 ff., und der entscheidende Passus lautet hier (111): „... quicquid per dominum nostrum Rudolphum dei gratia Romanorum regem semper augustum sanctissimo patri et domino nostro Nicolao papae III. eiusque successoribus...“ Es ergibt sich also, daß das Regest von 1366, vielleicht nur durch einen Fehler bei der Drucklegung, statt *patri suo* aufweist *patrem suum*. Mit dieser Richtigstellung aber fällt auch der Schluß, daß Otto VI. die Urkunde ausstellte, weg. Eine Untersuchung des Siegels würde sicher bestätigen, daß sie von Otto V. stammt; eine merkwürdige Siegelbeschreibung von 1339 druckt Theiner, *Cod. dipl. domini temporalis sanctae sedis* I, 248 ab; Baccagni sah das Siegel 1709 (*adest sigillum pendens*), es wird also wohl auch heute noch vorhanden sein. —

Sello hat also die Urkunde nicht flüchtig interpretiert, sondern er ist das Opfer einer fehlerhaften Angabe geworden.

Ich benutze die Gelegenheit, noch einen kleinen Nachtrag zu meinem Aufsatze zu geben.

S. 142 Anm. 3 bei den Regesten Ottos V. 1278/79 ist einzuschalten:

1279 Januar 7 ff. (Prag); *contin. Cosmae*, MG. SS. IX, 198.

W. W. Tomeš, *Geschichte der Stadt Prag* (Prag 1856) I, 220 Anm. 22 sagt ohne nähere Angabe, Otto habe 1279 August 25 zu Prag geurkundet. Vermutlich ist die von ihm gemeinte Urkunde identisch mit der von mir zum 26. August verzeichneten.

S. 146 Anm. 1. 1282 März 9, Salzmedel, lautet Ottos V. Titel abweichend: *marchio Brandenburgensis, tutor et capitaneus in regno Boemie generalis*; *Niedel A XIV*, 29 Nr. 27.

Endlich bitte ich zu verbessern: S. 130 Zeile 13 Vaticanischen (statt Vatcianischen), S. 132 Zeile 5 Henricus (statt Henricus), S. 133 Zeile 21 aus (statt ans).



# I.

## Zur Geschichte des preußischen Subalternbeamtentums.

Von

† Wilhelm Rande<sup>1)</sup>.

---

Im Dienste des preußischen Staates hat es von eher Beamte in höherer und Beamte in niederer (untergeordneter) Amtsstellung gegeben, aber die Zusammenfassung der letzteren in eine besondere Klasse, in die der „Subalternbeamten“ im heutigen Sinne, ist erst erfolgt durch das preußische Rangreglement vom Jahr 1817; es rechnete zu den Subalternbeamten außer den Referendaren: die expedierenden Sekretäre, Journalisten, Kalkulatoren, Registratoren, Rendanten, Kontrolleure und die Anleihebeamten.

Im 18. Jahrhundert gab es in Preußen noch keine Scheidung zwischen höherem und Subalternbeamtentum im heutigen Sinne.

Von den Tagen Friedrich Wilhelms I., des berühmten Organisators der preußischen Verwaltung und Schöpfers des preußischen Beamtentums, bis weit hinein in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts waren die Vorbedingungen zum Eintritt in den Verwaltungsdienst: ein klarer Verstand und körperliche Gesundheit. Einen regelrechten wissenschaftlichen Vorbereitungsdienst gab es nicht; für die eigentlichen Verwaltungsbeamten bedurfte es keines Universitätsstudiums: man wollte nicht gelehrte, sondern praktische Leute haben, und so war außer den persönlichen Eigenschaften, Fleiß und Redlichkeit, Ausbildung in der Landwirtschaft, Kenntnisse in dem Acker-, Rechnungs- und Kassenwesen, Verständnis für die Kommerz- und Manufaktur-, die Handels- und Gewerbeangelegenheiten die beste Empfehlung für den Verwaltungsdienst. Auch Friedrich der Große hat die gleichen Grundsätze in der Heranbildung von Verwaltungsbeamten beobachtet wie sein Vater; auch er

---

1) Anm. d. Redaktion: Wir veröffentlichen hier die letzte literarische Arbeit des im Januar 1904 verstorbenen Verfassers. Sie wird hoffentlich unseren Lesern willkommen sein, obwohl sie offenbar nicht eigentlich für eine historische Fachzeitschrift geschrieben ist.



Protection in den preussischen Beamtenkörper gelangt waren, schonungslos wieder entfernt wurden. Als unter Friedrich dem Großen eine ganze Anzahl Militärinvaliden unter die Civilbeamten aufgenommen wurde, blieben die Stellen der Rendanten, sowie der sonstigen Kassen- und Rechnungsbeamten, die von ihren Inhabern Fachkenntnisse verlangten, „geschickten Leuten und guter Leute Kindern“ vorbehalten. Die Ausbildung und Instruktion der Kassenbeamten war schon für Friedrich Wilhelm I. Gegenstand seiner Fürsorge gewesen, und man hat neuerdings berechnet<sup>1)</sup>, daß unter Friedrich dem Großen die Kassenbeamten meist höher besoldet waren als die Räte: ein Beweis, welchen Wert Friedrich gerade auf diese Beamtenkategorie legte. Gegen das System der Patronage der großen Beamten, das in England, aber auch in deutschen Staaten wie Hannover und Sachsen eine Rolle lange Zeit gespielt hat, und das darauf hinausläuft, daß die hohen Beamten die unteren Stellen durch ihre Günstlinge und Kreaturen besetzen, auch wenn diese gar nicht zum Beamtendienst geeignet sind, gegen dieses System haben Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große sich auf das entschiedenste gewandt; wo es noch in Preußen bestand, haben sie es ausgerottet, und wo es wieder einzureißen drohte, haben sie es rücksichtslos bekämpft, und eben dadurch eine soziale Hebung und einen unbefleckten Aufschwung auch der mittleren und unteren Beamtenklassen erreicht.

Bezeichnend für diese Bestrebungen und überhaupt für die Art, wie die beiden großen Könige des 18. Jahrhunderts ihr Beamtentum organisiert wissen wollten, ist der königliche Erlaß vom 26. Dezember 1746<sup>2)</sup>: „Wir haben bishero vielfältig angemerkt, daß allerhand Subjecta, so etwa als Laquaien eine Zeitlang gedienet, sich nachhero in die Kanzleien einzuschleichen und Charakters anzuschaffen gewußt, wodurch dann geschehen, daß nicht nur schlechte Leute, die weder Conduite noch Sentiments haben, in die Kollegia und Kanzleien gekommen, sondern auch nachhero, um sich und ihre dépenses zu soutiniren, solche Mittel ergriffen, die nicht erlaubt, vielmehr Unserm Dienst und Interesse höchst schädlich und sehr onereux gewesen. Wann wir nun dergleichen schändlichen Mißbrauch vor das künftige abgeschafft und Unsere Collegia, wie auch Kanzleien mit solchen Subjectis besetzt wissen wollen, die eine gute Education und Sentiments von Ehre bekommen haben, und die, soweit es möglich ist, zu den Stellen, wozu sie employiret werden sollen, gleichfalls von Jugend auf gezogen und angeführt worden sind, als

1) Acta Borussica, Behördenorganisation, Band VI, 1, S. 285.

2) Preuß, Friedrich der Große. Urkundenband I, S. 46. (Vgl. jetzt A. B., Behördenorganisation VII, 168, R.-D. v. 23. Okt. 1746.)







































preußischen Subalternbeamtentums verfolgt und studiert hat, auch gerechtfertigt und verständlich erscheinen müssen.

Nur die Kenntniß der Geschichte des preußischen Subalternbeamtentums kann uns darüber Klarheit schaffen, was von den in den Kreisen Subalternbeamtentums zur Verbesserung ihrer sozialen Stellung gegebenen Vorschlägen für den Staat annehmbar ist, und was er von herein abweisen muß.

Abzuweisen ist die Forderung nach Beseitigung oder auch nur Einschränkung der Rechte der Militäranwärter: der Staat hat das dringendste Interesse an einem guten und zahlreichen Unteroffizierkorps, und er wird sich nur konservieren können, wenn er die Civilversorgung diesem offen hält.

Abzuweisen ist die Forderung der Wiedererhöhung der Schulbildung der Civilsupernumerare, entweder auf die Primanerreise wie bis 1891 gar auf die Abiturientenreise wie bis 1855. Die Erfahrung zweier Generationen würde gegen solchen Vorschlag sprechen. Die Behörden bei der von oben versuchten Durchführung solcher erhöhten wissenschaftlichen Anforderungen an das Civilsupernumerariat sich immer ablehnend verhalten, haben immer wieder den praktisch geübten, wissenschaftlich weniger vorgebildeten jungen Leuten den Vorzug gegeben.

Anzunehmen hingegen ist der Vorschlag, daß die starre Scheidung zwischen höherem und Subalternbeamtentum aufhöre, und daß:

1. den tüchtigsten der Subalternbeamten das Aufsteigen in das höhere Beamtentum offen stehe, daß

2. auch in der Titulatur und im Range die hervorragenderen unter den Subalternen den höheren Beamten gleichgestellt werden. Dies ist nach der historischen Entwicklung des Beamtentums zu verlangen; es belebt in zeitgemäßen Formen die besten Traditionen des preußischen Beamtentums, die Einrichtungen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen.

Aber noch eine weitere Erwägung spricht für die Berechtigung dieser Wünsche.

Es ist die allgemeine Annahme, daß unser preußisches Offizierkorps exklusiver sich verhalte und sich weit schroffer nach unten hin abhebe als unser preußisches Beamtentum. Aber diese populäre Annahme trifft ebensowenig zu, wie andererseits auch die Angriffe, die von demokratischer Seite wegen dieser angeblichen Exklusivität gegen das Offizierkorps gerichtet sind, als gegenstandslos erscheinen. Wohl ist





1). Hohenstodt, 1784 Chef der schwarzen Husaren, ist 1741 bei den rheinischen Husaren als Gemeiner eingetreten usw.

Diese Grundsätze Friedrichs und Scharnhorsts sind der preussischen Armee bis heute unverloren geblieben. Zahlreich sind die Beispiele von 1864, 1866, 1870/71, wo Unteroffiziere und Gemeine wegen bewiesener Tapferkeit in das Offizierkorps aufgenommen sind. Jener Unteroffizier Hermann, der an der Spitze einer Pionierabteilung den Sturm auf den Düppel am 18. April 1864 eröffnet hat, ist für Düppel-Offizier worden und als Generalmajor vor kurzem gestorben. Aus dem ersten Regiment (12. Grenadiere in Frankfurt) sind nicht einer, sondern mehrere Unteroffiziere 1866 und 1870 Offiziere geworden, so Karl Lieske, geb. 1836, 1856 Dreijährig-Freiwilliger, 1859 Unteroffizier, 1866 Leutnant, 1893 Major; Julius Wilhelm Mieth, geb. 1841, 1859 Dreijährig-Freiwilliger, 1862 Unteroffizier, 1871 Leutnant wegen tapferen Verhaltens vor dem Feinde, 1886 als Major verabschiedet (lebt in Bismarckfelde)<sup>2)</sup>.

Blickt man nun auf unser höheres Beamtentum, so steht es auch im 19. Jahrhundert nicht so, daß etwa seit jenem Rangreglement vom Jahre 1817 nie ein Subaltern in den höheren Beamtenstand eingetreten ist: die Fredericianischen Grundsätze haben vielmehr noch immer zu einem gewissen Grade fortgewirkt. Christian Rother († 7. November 1849) begann 1806 als Kalkulator bei einer Kriegs- und Kassenkammer, wurde 1815 Spezialbevollmächtigter bei der Verteilung der Kriegsschadung, die Frankreich zu zahlen hatte, 1820 Präsident der Staatsschuldenverwaltung und der Seehandlung, 1836 Minister. Heinrich Stephan begann sein großes Wirken am 20. Februar 1848 als Postschreiber in Stolp, und trat, nachdem er 1855 die große

---

1) Harnack, Geschichte der Akademie I, S. 300. Harnack bezeichnet ihn als „umfassendst gebildeten Militär, den Preußen am Ende des vorigen Jahrhunderts besaß“.

2) Stammliste des Grenadierregiments 12 (1901). Die Nachricht über Hermann entnehme ich einer Notiz, die vor ein paar Wochen in der Kreuzzeitung stand, deren Richtigkeit ich indes nicht nachprüfen konnte. Sehr schlagend ist folgendes, mir nachträglich noch in das Gedächtnis kommende Beispiel: General der Kavallerie von Meyher, Vorgänger Moltkes als Generalstabschef der preussischen Armee, geb. 1786, Sohn eines Dorfschullehrers, Schreiber bei einem Advokaten, tritt 1802 in das Regiment v. Winning, macht als Wachtmeister das Schillsche Unternehmen mit, 1810 Leutnant im westpreussischen Ulanenregiment, 1815 im Generalstab, später geedelt, stirbt 1857 als Chef des Generalstabs.



1). Hohenstodt, 1784 Chef der schwarzen Husaren, ist 1741 bei den lahmer Husaren als Gemeiner eingetreten usw.

Diese Grundsätze Friedrichs und Scharnhorsts sind der preussischen Armee bis heute unverloren geblieben. Zahlreich sind die Beispiele von 1864, 1866, 1870/71, wo Unteroffiziere und Gemeine wegen bewiesener Tapferkeit in das Offizierkorps aufgenommen sind. Jener Unteroffizier Adamann, der an der Spitze einer Pionierabteilung den Sturm auf Schanze 10 am 18. April 1864 eröffnet hat, ist für Duppel Offizier worden und als Generalmajor vor kurzem gestorben. Aus dem einen Regiment (12. Grenadiere in Frankfurt) sind nicht einer, sondern mehrere Unteroffiziere 1866 und 1870 Offiziere geworden, so Karl Bieske, geb. 1836, 1856 Dreijährig-Freiwilliger, 1859 Unteroffizier, 1866 Leutnant in Gitschin, 1893 Major; Julius Wilhelm Mieth, geb. 1841, 1859 Dreijährig-Freiwilliger, 1862 Unteroffizier, 1871 Leutnant wegen tapferen Verhaltens vor dem Feinde, 1886 als Major verabschiedet (lebt in Wollschterfelde)<sup>2)</sup>.

Blickt man nun auf unser höheres Beamtentum, so steht es auch im 19. Jahrhundert nicht so, daß etwa seit jenem Rangreglement vom Jahre 1817 nie ein Subalterner in den höheren Beamtenstand eingetreten ist: die Fridericianischen Grundsätze haben vielmehr noch immer zu einem gewissen Grade fortgewirkt. Christian Rother († 7. November 1849) begann 1806 als Kalkulator bei einer Kriegs- und Manufakturkammer, wurde 1815 Spezialbevollmächtigter bei der Verteilung der Kriegsschadung, die Frankreich zu zahlen hatte, 1820 Präsident der Staatsschuldenverwaltung und der Seehandlung, 1836 Minister. Friedrich Stephan begann sein großes Wirken am 20. Februar 1848 als Postschreiber in Stolp, und trat, nachdem er 1855 die große

---

1) Harnack, Geschichte der Akademie I, S. 300. Harnack bezeichnet ihn als „umfassendst gebildeten Militär, den Preußen am Ende des vorigen Jahrhunderts besaß“.

2) Stammliste des Grenadierregiments 12 (1901). Die Nachricht über Adamann entnehme ich einer Notiz, die vor ein paar Wochen in der Kreuzzeitung stand, deren Richtigkeit ich indes nicht nachprüfen konnte. Sehr schlagend ist folgendes, mir nachträglich noch in das Gedächtnis kommende Beispiel: General der Kavallerie von Reyher, Vorgänger Moltkes als Generalstabschef der preussischen Armee, geb. 1786, Sohn eines Dorfschullehrers, Schreiber bei einem Regimenten, tritt 1802 in das Regiment v. Winning, macht als Wachtmeister das Schillsche Unternehmen mit, 1810 Leutnant im westpreussischen Manen-Regiment, 1815 im Generalstab, später geedelt, stirbt 1857 als Chef des Generalstabs.



Tapferkeit vor dem Feinde, muß dem Subalternen ausgezeichnete Dienstfähigkeit verschaffen. Und wenn durch die Aufnahme von ehemaligen Interoffizieren der aristokratische Charakter unseres Offizierkorps keinen Schaden davonträgt, so wird auch der jetzt nach geistigem Zensus sich schließende höhere Beamtenstand ehemalige Subalterne ohne Nachteil in seinen Reihen erblicken können.

Daneben aber müßte den Subalternen, die zwar nicht so ausgezeichnete Leistungen aufweisen, daß sich ihnen die Schranke des höheren Beamtentums öffnet und sie nun hier, wie Rother und Stephan, unter Umständen bis zu den höchsten Posten aufsteigen, es müßte den höheren Subalternen, die lediglich in ihrem Bureaudienst und in ihrem eigentlichen Arbeitsfelde vortreffliches leisten, doch immerhin in höherem Dienst- oder Rang und Titel höherer Beamten verliehen werden.

Auch hier kann als Analogie unsere Armee dienen, in der Feldwebel und Persönlichkeiten ähnlicher Stellung nicht selten den Leutnantsrang erhalten. Ebenso müßte den Vorstehern der Bureau's in den Ministerien und Beamten ähnlicher Beschäftigung und ähnlichen Ranges der Titel: „Geheimer Regierungsrat“ verliehen werden, entsprechend dem Titel: „Geheimer Kriegsrat“, den diese gleiche Gattung von Beamten, wie obersten Bureau- und Kassenbeamten, in dem alten Generaldirektorium Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen führten. Man mag über unser heutiges Titelwesen vom Standpunkt des Philosophen aus urtheilen; Tatsache ist es jedoch, daß in Deutschland bei dem Publikum, bei der Mehrzahl der Gebildeten und in der öffentlichen Meinung die soziale Wertung einer Gesellschaftsklasse von ihrer Titulatur abhängt, und daß es zur Hebung des Subalternbeamtentums in sozialer und ökonomischer Beziehung sehr wesentlich beitragen wird, wenn einer Anzahl seiner tüchtigsten Mitglieder Titel und Rang höherer Beamten verliehen wird.

Unser heutiges höheres Subalternbeamtentum kann, wie die Dinge bisher einmal gestaltet haben, mit Erfolg nicht mehr geschützt werden gegen das Eindringen von unten, gegen die Militärantenwörter und gegen die Zivilsupernumerare mit mangelhafter Schulbildung: sowohl die Staatsraison als auch das Interesse des Dienstes selbst müßte solchen Bestrebungen des Subalternbeamtentums sich entgegenstellen. Was aber das höhere Subalternbeamtentum erstreben müßte und was als Mittel dienen könnte gegen den Andrang von unten, das wäre ein Aufsteigen der befähigsten und tüchtigsten Elemente des Subalternbeamtentums nach oben; für die dazu wirklich geeigneten ein Hinwegfall jener Schranke, die das obere Beamtentum gegen die Subalternen aufgerichtet

hat, für die nur in ihrem Fache ausgezeichnetes Leistenden eine Verleihung von Rang und Titel höherer Beamter. Beides entspricht der Staatsraison und dem Interesse des Dienstes, dem an einem in vermehrtem Maße hingebenden, arbeitsfreudigen und vortwärts strebenden Subalternbeamtentum gelegen ist. Beides findet seine Analogien in der preußischen Armee, und beides entspricht den größten Überlieferungen des preußischen Beamtentums, der Zeit Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen.

---

## II.

### **Gottfried von Jena als brandenburgischer Reichstags- gesandter 1679—87.**

Von

**Hans Prutz.**

---

Vor längerer Zeit hat Richard Fester an dieser Stelle<sup>1)</sup> auf Grund der einschlägigen Akten des Berliner Staatsarchives die Ab-  
endung Gottfrieds von Jena von seinem ein Vierteljahrhundert mit  
Auszeichnung bekleideten Gesandtschaftsposten bei dem Regensburger Reichs-  
tage im Frühjahr 1687 eingehend behandelt und ausführlicher und  
dringlicher, als bisher geschehen war, ihre hohe politische Bedeutung  
gelegt. Er hat damit zugleich einen neuen, sehr lehrreichen Beitrag  
liefert nicht bloß zur Charakteristik der gelegentlich in sich so wider-  
spruchsvollen und daher die Richtung so jählings wechselnden Politik  
des Großen Kurfürsten, sondern auch zur besseren Kenntnis seines per-  
sönlichen Anteils daran und der Art, wie er bei solchen Anlässen auch  
überdienten Gehilfen gegenüber sich über die Gebote der Dankbarkeit  
setzte und dabei von ehrgeizig aufstrebenden neuen Männern bereit-  
willig unterstützt wurde.

So bestimmt und fest umrissen das Bild ist, welches uns so von  
einer der merkwürdigsten Episoden aus Friedrich Wilhelms letzten Jahren  
vorführt, und so bedeutend dieselbe in diesem erweiterten Rahmen  
wohl für die Entwicklung der brandenburgischen Politik auch im Hin-  
blick auf die durch sie eingeleitete Neugestaltung der europäischen Lage  
scheint: der Vorgang wird doch ein noch höheres Interesse gewinnen  
und die ihm zugrunde liegenden Verhältnisse sowie die daran beteiligten

---

1) Bd. XV, 471 ff.

















später, im April 1680, teilt ihm von Jena auch das vertrauliche Schreiben mit, worin ihm Meinders Bericht erstattete über die mit dem Grafen von Lamberg geführten Verhandlungen<sup>1)</sup> wegen eines kaiserlicherseits vorgeschlagenen Defensivbündnisses und über die teils ablehnende, teils aufschiebende Antwort darauf<sup>2)</sup>. Das gleiche geschieht im Juni mit des Kurfürsten Erwiderung auf eine Denkschrift Lambergs, die ihn bestimmen sollte, mit dem Kaiser persönlich die gegen Frankreich zu ergreifenden Maßregeln zu beraten. Darin wurde dem Kaiser empfohlen „de prendre sur les plaintes que l'on fait de la France de voyes de douceur et d'éclaircissement avec V. M.“<sup>3)</sup>.

So blieb es auch in der Folge. Die von Jena vertretene brandenburgische Politik hatte vor dem französischen Gesandten in Regensburg kein Geheimnis, unterstützte dadurch dessen Umtriebe im Reiche und tat alles, um dieses an der rechtzeitigen Ergreifung von Abwehrmaßregeln zu hindern. Hatte der Kurfürst begreiflicherweise den Wunsch, seinen Vermächtigten Bundesgenossen, der ihm in richtiger Würdigung der Verhältnisse eigentlich doch niemals ganz traute, durch solche un diplomatische Offenherzigkeit von der Ehrlichkeit seiner Absichten zu überzeugen oder wenigstens recht lange daran glauben zu machen, so ließ man gelegentlich doch einen Zweifel nicht unterdrücken können, ob von Jena darin nicht auf eigene Hand weiterging, als von seinem Auftraggeber beabsichtigt sein konnte. Es scheint nichts Außerordentliches gewesen zu sein, wenn von Jena das Votum, das er, für Brandenburg dem Kurfürsten- und Fürstenkollegium abgeben wollte, vorher Berjus mitteilte<sup>4)</sup>. Im Januar 1682 zeigt er seinem Vertrauten die Instruktion, die der Kurfürst dem Gesandten gegeben, „qui va de sa part trouver les Electeurs du Rhin: elle est aussi bonne et aussi forte pour l'intention que V. M. a de maintenir la paix dans l'Empire qu'on peut la désirer“<sup>5)</sup>. Auch die Mission des Herrn von Buch, den Landgrafen von Hessen kennt Berjus durch von Jena zum voraus samt der demselben erteilten Instruktion, die ganz den Interessen Frankreichs entsprach. Denn „il y représente la différence de la

1) Urkunden u. Altenstücke XIV, S. 905 u. ff. Bruch a. a. O. S. 226 u. ff.

2) Berjus am 29. April 1680.

3) Bericht vom 13. Juni 1680.

4) Am 4. Februar 1681 meldet dieser aus Anlaß der Beratungen über den Entwurf eines zweiten Reichstagschreibens an seinen König, von Jena „apuiera r le veou dont j'envoie une copie à V. M. et y ajoustera pour raison de férer la lettre etc.“

5) Bericht Berjus vom 29. Januar 1682.





le 20. du mois dernier que Mr. l'Electeur de Brandebourg a écrit à l'Empereur pour luy conseiller de faire au plustost commodement avec V. M. aux termes de la déclaration que d'Avaux a faite de ce point, et une autre que le mesme Electeur a écrite le mesme jour à chacun des princes de la maison de Brunswick sur le mesme sujet en leur communiquant celle qui est adressée à l'Empereur."

Angehts solcher Offenherzigkeit von Jenaß gegen den Vertreter Frankreichs drängt sich einem doch die Vermutung auf, er habe es mit dem Amtsgeheimnis nicht gerade besonders genau genommen und seine am 18. Februar 1687 unaufgefordert ausgesprochene Beteuerung, wonach er dieselbe gegen Verjus und jedermann unverbrüchlich beobachtet haben würde, sei nur von dem damals in Rede stehenden und ihm verhängnis gewordenen Fall zu verstehen. Verschwiegenheit war überhaupt, es scheint, nicht eben eine Eigenschaft der jungen brandenburgischen Diplomaten, wie ja auch der Kurfürst selbst durch seine Neigung zu hohen Hoffnungen und Entwürfen allzu früh und allzu ausführlich seinen Gegnern sowohl wie seinen falschen Freunden nicht die erwünschte Gelegenheit gab, ihrer Verwirklichung erfolgreich entgegenzuarbeiten. Sein Schwager Johann Georg von Anhalt beklagt es geradezu die Unmöglichkeit, ein Geheimnis zu wahren, denn was der Kurfürst wisse, das wisse Nebenac, was von Jena zu Regensburg, das wisse Verjus und Grodow halte in Wien vor Vitry nichts an<sup>1)</sup>. Aber selbst wenn man in allen diesen und ähnlichen Mitteilungen von Jenaß an Verjus nichts sehen will als die Ausführung eingegangener Weisungen, welche die einzelnen Stadien einer wohlgeleiteten diplomatischen Aktion darstellen, so fehlt es doch auch sonst an Momenten genug, die das Verhältnis der beiden Gesandten in besonders gearteter Weise erscheinen und auf eine Übereinstimmung ihrer An- und Absichten schließen lassen, die von den von Jena erhaltenen Instruktionen unabhängig war. Begreiflich ist es, daß der Kurfürst nach den einst in Berlin gemachten Erfahrungen meinte, er könne den brandenburgischen Gesandten durch Vorteile, wie sie sein König bei dergleichen Gelegenheiten freigebig zu gewähren pflegte, an sich und dem Interesse Frankreichs dienstbar machen können. Auf dem Hinweis darauf in einem seiner ersten Berichte schrieb ihm Pomponne am 18. November 1679 — es muß eins der letzten Aktenstücke sein,

1) Fester a. a. O. 487.

2) Urkunden u. Aktenstücke XIV, 1057.

3) *Monatsschrift für die brandenb. u. preuß. Gesch.* XVIII. 2.



burgischen Reichstagsgesandten, Herrn von Schönbeck, verassen lassen und seinerseits nur unterschrieben: vielmehr hat er, wie Verjus auf Grund seiner eigenen Mitteilung bei dieser Gelegenheit angibt, es überhaupt so gehalten<sup>1)</sup>, daß er alle ihre gemeinsamen Berichte von seinem Mitgesandten abfassen ließ, in früherer Zeit also von Curt Nische von Mährenholz<sup>2)</sup> und dann von dem genannten von Schönbeck, sie selbst aber nur unterzeichnete, — eine Praxis, die allerdings ihr Bedenkliches hatte und schließlich ja auch seinen Gegnern die lange gesuchte Handhabe zu seiner Beseitigung bot. Von Schönbeck aber entwirft Verjus eben kein sehr vorteilhaftes Bild. Er schreibt von ihm zu der Zeit, wo nach seinen Informationen die Abberufung von Jena bereits zu erwarten stand<sup>3)</sup>: „C'est un bonhomme fort incapable et qui mesme auprès des Austrichiens n'a nul autre crédit que d'estre susceptible pour toute sorte d'impression, de sorte que si cet homme très-foible et un autre jeune homme que Mr. l'Electeur entretient ici . . . ., estoient seuls ici ministres de cet Electeur, il perderoit véritablement bientôt tout le pouvoir et le crédit etc.“ Wenn dann Fester weiter an v. Jena den über den Dingen stehenden Humor vermißt, jene seltenste Gabe, die dem Bundestagsgesandten Bismarck in so hervorragendem Maße eigen gewesen ist, so scheint sich nach den Mitteilungen Verjus' das Bild desselben doch gerade in dieser Hinsicht anders und wesentlich günstiger zu gestalten. Der Franzose bewundert häufig die nie versagende Schlagfertigkeit, womit der brandenburgische Gesandte die damals gerade in diesem Kreise wahrlich nicht leicht zu vertretende Sache seines Herrn gegen die von allen Seiten andrängenden Widersacher in gewandter, scharfer und schneidender Rede verfocht. Einige Szenen derart, die er mit beißälligem Humor ausführlich schildert, lassen von Jena's Begabung nach dieser Seite hin als glänzend erscheinen und könnten einem Züge in das Gedächtnis rufen, wie sie aus seiner Frankfurter Zeit von Bismarck erzählt werden. Nicht bloß als beredt und witzig erscheint von Jena bei Verjus, sondern auch als unerschöpflich erfindungsreich, wenn es sich darum handelte, gegnerische Intriguen zu durchkreuzen, ihre Urheber und Begünstiger zu ärgern oder lächerlich zu machen und die in der Regensburger Diplomatenversammlung für allein seligmachend gehaltenen Formeln und Formalien mit schneidender Ironie vor aller Welt in ihrer hohlen Nichtigkeit bloßzustellen. In

1) Bericht Verjus' vom 6. März 1687.

2) Vgl. Urkunden u. Altenstücke XIV, 218, 318, 488 ff.; XI, 156 u. ff.

3) 26. November 1686.



Herrn herausnahm. Doch hat er unverkennbar gerade an dieser Seite in der Tätigkeit seines Vertrauten besondere Freude und geht ihr in seinen Berichten mit um so größerem Wohlgefallen nach, als er seinerseits mit den innerlich von ihm verachteten Herren vom Reichstage, die meiste Zeit und Kraft an Bagatellen vergeudeten, auf ausdrücklichen Befehl seines Königs verfahren mußte, als ob sie die Repräsentanten ihrer für das Schicksal Europas ausschlaggebenden Macht wären<sup>1)</sup>. Bereits in seinem ersten, die bisher empfangenen Eindrücke zusammenfassenden Bericht vom 8. Januar 1680<sup>2)</sup> bezeichnet er von Jena als denjenigen in der dortigen Diplomatenversammlung, „qui contrarie le plus les Austrichiens et le seul qui prenne la liberté de leur rompre la visière et de se mocquer d'eux“. Ein halbes Jahr später<sup>3)</sup> berichtet er von ihm mit unverkennbarem Wohlgefallen: „On ne peut être plus piqué sur le jeu qu'il l'est, ni traiter plus mal qu'il le fait et plus haut à la main les Austrichiens“, und weiß bald danach im Einklang damit zu vermelden<sup>4)</sup>, der Kaiser habe durch den nach Berlin gesandten Grafen von Lamberg über von Jena beim Kurfürsten Beschwerde erheben lassen, „de ce qu'il parle mal de son gouvernement, de ce qu'il combat ses interests et de ce qu'il persécute et maltraite continuellement ses ministres“ — wovon man durch eine Mitteilung Friedrichs von Jena Kenntnis erhalten hatte. Bei Gelegenheit eines Konfliktes zwischen dem Minister Sachsen-Gothas und dem Kaiserreichs, dem jener vorgeworfen hatte, „qu'on prostituerait l'Empire“ nach die von ihm empfohlene Handlungsweise, nahm sich, wie Verjus mit Befriedigung konstatiert<sup>5)</sup>, der Brandenburger jenes energischst an und „malmena fort l'Austrichien et le fit souvenir de ce qu'il luy avoit déjà dit, qu'il estoit député de l'Austriche et non pas de l'Empire, que l'Empereur n'avoit point de séance ni de voix dans le collège des princes“. Von einer Rede von Jenas im Beginn des nach sein resolutem Auftreten zwar gleich zugunsten Brandenburgs entschieden, aber doch auch sehr verschärften Streites um den ihm als Vertreter Magdeburgs auf der Fürstenbank gebührenden Platz meldet Verjus<sup>6)</sup>, sie habe enthalten, „plaintes personnelles du procédé du député d'Austriche à son regard, de traits piquants contre la

1) Vgl. oben S. 26.

2) Mémoire pour le Roy touchant l'estat de la diette.

3) 13. Juni 1680.

4) 18. Juli 1680.

5) 1. August 1680.

6) 12. September 1680.



vor unzufrieden<sup>1)</sup>, obgleich er seinem Bruder nach Regensburg ergötzt geschrieben und ihn ermahnt hatte, sich zu mäßigen, auch dem Kurfürsten geraten, Verjus erklären zu lassen, er halte das Verfahren ansehnlich — die Reunionen —, womit Gottfried v. Jena sich völlig verstanden zeigte, für ganz unbillig<sup>2)</sup>. Diese Erklärung ist damals geseheulich nicht erfolgt<sup>3)</sup>: der Gesandte hatte also allen Grund, den Herrn mit der Haltung, die er in dieser Angelegenheit einnahm, verstanden zu glauben. Tatsächlich scheint der Kurfürst in seiner Bitterung gegen den Kaiser das gewalttätige Vorgehen Ludwigs XIV. nächst insofern nicht ungern gesehen zu haben, als es die Bedrängnis des Reiches steigerte und, da gewaffnete Abwehr gegen Frankreich ohne Brandenburgs Hilfe unmöglich war<sup>4)</sup>, dasselbe am Ende doch noch retten konnte, die von ihm geforderte Satisfaktion für 1679 zu gewähren. Beim Beginn der Vergleichsverhandlungen mit Frankreich nach eine Reichsdeputation in Frankfurt scheint die Rede davon gewesen zu sein, daß v. Jena als Vertreter Brandenburgs dorthin geschickt werden sollte, zur großen Freude der kaiserlichen Gesandten aber unterließ es: „car ils craignent encore plus le député que le maistre d'une assemblée de cette nature“, schreibt Verjus<sup>5)</sup>. So blieb der Wunsch der Kaiserlichen, den unbequemen Gegner los zu werden, wie vor unerfüllt, aber die Minierarbeit gegen ihn nahm ihren Fortgang. Noch freilich stand dieser so fest in der Gunst des Kurfürsten, daß sie, um nicht vielleicht gar das Gegenteil von dem zu bewirken, was man erreichen wollte, äußerst vorsichtig betrieben werden mußte, wie der Kaiser selbst am 7. September 1681 Lamberg schrieb. Auch Kanzler Friedrich von Jena hielt, nach einem Bericht Lambergss vom 22. September 1681, die Abberufung seines Bruders dermalen für zweckmäßig, ließ sich aber bereit finden, demselben von neuem zu schreiben und ihm größere Rücksichtnahme auf die Interessen des Kaisers dringend zu empfehlen<sup>6)</sup>. Gerichtet hat sich der Gesandte nicht danach: im Gegenteil, im Frühjahr 1682 erwies er sich

1) Ebd. 984.

2) Ebd. 984.

3) Vgl. darüber weiter unten.

4) Am 20. Januar 1681 berichtet Verjus, auch die erbittertsten Franzosen seien doch überzeugt, „qu'on croit absolument ne pouvoir rien entreprendre sans Mr. l'Electeur de Brandebourg et pouvoir au contraire tout garder et tout espérer du moment qu'on sera sûr de luy“.

5) 4. April 1681.

6) Urkunden u. Aktenstücke XIV, 1003.





nach seiner Auffassung dabei gelegentlich mit einer gewissen Eigenverfuhr, indem er die ihm erteilten Weisungen möglichst in seinem leeren Sinne deutete, die Verlegenheit des Kaisers und die Notlage Reiches zu steigern bestrebt war und bei ihrer drohenden Katastrophe Herr als dem Verbündeten des allgewaltigen Frankreichs so einen Gewinn wie irgend möglich zu sichern dachte.

Daß er in von Jena einen Mann besonderen Schlages vor sich hatte, der allen seinen Regensburger Kollegen weit überlegen war, hatte er alsbald erkannt. Bereits am 8. Januar 1680<sup>1)</sup> bezeichnet er ihn „le plus hardy, le plus vif et le plus éloquent de tous ces seigneurs, celui qui a le plus d'élévation et le plus de souplesse d'esprit et celui qui m'a paru jusqu'à cette heure sans comparaison le mieux prévenu et le mieux intentionné pour la France. Je crois persuadé, qu'il importe à son maistre d'estre bien avec lui et je crois ce qu'il me dit, qu'il presche cet évangile à la France dans toutes les lettres“. Wenn sich dann bei ihm bald der ehrender Sprachgebrauch einbürgert, daß er die Freunde und Anhänger Frankreichs als „les bien intentionnés“ oder gelegentlich auch „les sages“ bezeichnet, so erkennt er den ersten Platz unter ihnen bei Jena zu und erst den zweiten dem Münsterschen Bevollmächtigten Plattenberg, „celuy des ministres qui est le meilleur après Mr. de Plattenberg“<sup>2)</sup>. Deshalb fand denn auch die Rede seinen ganz besonderen Reiz, die von Jena bei Gelegenheit der erregten Erörterungen über das Verfahren der in Frankfurt mit Frankreich verhandelnden Reichsdeputation im Kurfürstencollegium hielt<sup>3)</sup>: „pour exhorter les ministres à connoissent les bonnes intentions de leurs maistres pour la France et à le seconder fortement et à ne se pas tellement s'attacher à ne rien faire sans un commandement exprès, qu'ils en perdent l'occasion de faire ce qu'on leur commanderoit, si on voyoit ce qui se passe aux lieux.“ In diesem „beau discours“ jagte von Jena nach und nach weiter: „qu'on n'estoit pas icy pour jouir des appointements de ministres et pour se reposer doucement, que c'estoit un poste de travail et d'aplication, qu'il falloit y embrasser et y exécuter promptement tout ce qui alloit au service et à la satisfaction des seigneurs et principalement en une recontre où il s'agissoit de la gloire et salut et de celui de tout l'Empire.“ Den Gesamteindruck faßt

1) Mémoire usw. s. oben S. 37.

2) 18. Mai 1682.

3) Bericht vom 16. Juli 1682.







ris, que l'on trouve ses relations trop partiales pour la France, s'il doit y prendre garde.“

Es entspricht durchaus den Gepflogenheiten jener Zeit, daß diese anjosenfreundliche Gesinnung von Jenaß, das Ergebnis aus der ihm eigenen Auffassung der politischen Lage und seinen Erwägungen über die voraussichtliche fernere Gestaltung, also eine ehrliche, wenn vielleicht auch irrige politische Überzeugung, in den Kreisen der Diplomaten und Könige verdächtigt wurde als Wirkung durch den französischen König und seine Ausgesandte auch an ihm geübter Bestechung. So gewöhnlichartige Beschuldigungen in diesen Regionen damals waren, eine so wirksame Waffe waren sie doch noch immer in dem Kampfe der an den Thron miteinander ringenden Parteien. Die Vertreter der kaiserlichen Interessen, die meistens doch wohl ganz gut wußten, durch welche Mittel der Kanzler von Jena<sup>1)</sup> und andere in ihren Gesinnungen für das Haus Brandenburg befestigt waren, gaben sich voll sittlicher Entrüstung den Anschein, als ob der so übereifrig vertretene entgegengesetzte Standpunkt des Reichstagsgesandten nur auf einen derartigen Ursprung zurückgeführt werden könne, und setzten gegen ihn unter anderen Verleumdungen auch die in Umlauf, daß er eine französische Pension von 6000 Talern beziehe<sup>2)</sup>. Natürlich ist dem Beschuldigten selbst so üble Nachrede nicht unbekannt geblieben. Ohne daß sie amtlich zur Sprache gebracht worden wäre, hielt er es nach seiner ungnädigen Abberufung doch für geboten, einen Entwurf einer Eidesformel nach Berlin einzusenden, wonach er bereit sei zu beschwören, daß er sich vom Dienst seines Herrn weder „durch Schenken, Gift oder Gaben habe abhalten lassen“<sup>3)</sup>. Niemand wird bezweifeln dürfen, daß er das reinen Gewissens getan hat und, wäre seinem Vorschlag zur Herstellung seiner getränkten Ehre Folge gegeben worden, den angebotenen Eid unbedenklich hätte leisten können. Der Ton der ihm formulierten Erklärung lag eben durchaus darauf, daß er sich nicht durch Gaben irgend welcher Art zur Verletzung seiner Dienstpflicht verleiten lassen: wie er seine Stellung und die ihm durch sie gestellten Aufgaben auffaßte, war er sich durchaus bewußt seine Pflicht gegen seinen Herrn und gegen das in diesem verkörperte Interesse des brandenburgischen Staates nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt zu haben. Eine andere Frage aber wäre es bei ruhiger Prüfung auch wohl für ihn gewesen, ob die Mittel, die er dazu angewandt, überall

1) S. oben S. 28.

2) Berjuss am 10. Aug. 1686.

3) Fester a. a. O. 181. Vgl. 163 u. 178 Anm.









durchkreuzt worden seien. Das geschieht kurz vor dem Abschluß des 20jährigen Stillstands, in den, ging es nach Verjus, der Kaiser nicht eingeschlossen sein sollte. Am 22. Juli 1684 beklagt Verjus „la vanité de Mr. de Yéna et l'engagement qu'il avoit pris trop légèrement avec Mr. de Windischgrätz d'appuier l'inclusion de l'Empereur“. Selbentlich kann sich Verjus sogar des Verdachts nicht entschlagen, von Jena suche besonders österreichfeindliche Äußerungen, die er in Umlauf setzte, fälschlich auf angeblich französischen Ursprung zurückzuführen, um gegen Frankreich Stimmung zu machen. Über eine Denkschrift voll heftiger Invektiven gegen Österreich, die er zur Widerlegung einer in der Magdeburger Streitfrage erschienenen Flugschrift veröffentlichte, bemalte er: „Il me paroist s'y estre porté à des excès dans l'espérance de pouvoir faire croire, que cela viendrait de moi ou de quelque François<sup>1)</sup>.“

Solche kleine und rasch vorübergehende Differenzen aber haben das Einverständnis der beiden Staatsmänner in der Hauptsache und ihr darauf beruhendes Zusammenwirken doch keinen Augenblick ernstlich in Frage gestellt. Hielt Verjus in Übereinstimmung mit dem politischen System seines Königs eine weitere Demütigung des Deutschen Reiches und die Schwächung oder gar Zertrümmerung der habsburgischen Macht für notwendig zur endgültigen Begründung der französischen Vorherrschaft in Europa, so sah Gottfried von Jena in der Erreichung dieser Ziele die unerläßliche Voraussetzung für das Aufsteigen Brandenburgs zu der Stellung, für die es nach seiner Meinung bestimmt war. Wie er sich diese dachte, darüber hat er auch seinem französischen Freunde gegenüber keinen Zweifel obwalten lassen. In einem Bericht vom 15. August 1680 sagt dieser das politische System, zu dem er sich ihm gegenüber bekannt hatte und zu dessen Verwirklichung er dem Kurfürsten durch seine Regensburger Tätigkeit verhelfen wollte, kurz und klar dahin zusammen, derselbe sei bemüht „de faire regarder de toute l'Allemagne et principalement de tous les protestants Mr. l'Electeur de Brandebourg comme le seul qui la peust sauver et restablir et le la mettre en estat de profiter des débris de la maison d'Autriche, si elle vient à tomber entièrement“.

Es bedarf wohl keiner weiteren Ausführung, daß dieses Programm eines Reichstagsgesandten im wesentlichen allerdings mit dem von dem Kurfürsten selbst verfolgten übereinstimmte, insofern aber doch weit darüber hinausging, als es mit dem Zusammenbruch des Hauses Österreich

1) 9. Dezember 1680.



gehaltenen rücksichtslosen Ausnutzung des französischen Bündnisses zu gewinnen, andererseits aber im Hinblick auf eben dieses Ziel allezeit geneigt den Übergriffen Frankreichs, wenn nicht geradezu Vorschub zu leisten, so doch freie Bahn zu schaffen und ein gewaffnetes Auftreten des Reiches dagegen zu verhindern oder wenigstens möglichst hinauszuschieben. Wohl könnte man sich unter diesen Umständen wundern, daß er seinen Posten, von dem ihn nicht bloß seine Wiener Gegner, sondern auch deren Parteigenossen in Berlin je eher je lieber entfernt zu sehen wünschten, so lange behauptet und augenscheinlich zur Zufriedenheit des Kurfürsten und unter mehrfacher ausdrücklicher Anerkennung von dessen Seite ausgefüllt hat, konnte man nicht zur Genüge die eigentümliche Doppelzüngigkeit, die unter dem Zwange ungewöhnlich schwieriger Verhältnisse Friedrich Wilhelms Politik einmal eigen war, so daß er mit einer gewissen Raubritztät zur Erreichung des erstrebten Zweckes jedes Mittel gelten ließ und auch einander eigentlich ausschließende gleichzeitig und nebeneinander zur Anwendung brachte. Zu ihr stimmt auch die Unberechenbarkeit seiner plötzlichen Entschlüsse und die nicht selten verblüffende Ungenügsamkeit, mit der er, wie das namentlich bei der Abberufung von Jena der Fall war, durch Ignorierung seiner eigenen Ordres oder willkürliche Umdeutung derselben sich mit sich selbst in offenen Widerspruch zu setzen kein Bedenken trug.

## II.

Der Umschwung, den die brandenburgische Politik nach dem Frieden von St. Germain vollzogen hatte, war zu gewaltsam und nach seinen Motiven und Absichten doch zu durchsichtig, als daß Ludwig XIV. und seine Berater ihm hätten recht trauen und ihn für einen endgültigen oder auch nur für absehbare Zeit zuverlässigen halten sollen. Wie wenig man dem Kurfürsten in Paris traute, geht schon aus der Instruktion für Verjus (13. Juli 1679) hervor: danach glaubte Frankreich im Reiche sicher zunächst auf den Herzog von Celle und durch diesen und den Herzog von Hannover überhaupt auf das Haus Braunschweig rechnen zu können. In betreff des Kurfürsten von Brandenburg dagegen heißt es darin ganz treffend, er „*veut faire croire, qu'il est dans les memes dispositions, et peuestre sont-elles d'autant plus veritables qu'il a fait paroistre plus d'indignation contre ses allies dont il a esté abandonné*“. Man durchschaute dort also die brandenburgische Politik und war vor ihr auf der Hut. Für ihren Vertreter ergab sich daraus zunächst die Aufgabe, Frankreichs Vertrauen zu gewinnen. Demgemäß war insbesondere von Jena, wie er Verjus gleich bei seinem







plutost, comment il doit se conduire dans cette extrémité“. Im  
 gang der ungewöhnlich beschleunigten Beratung darüber beantragte  
 n, so berichtet Verjus am 1. August weiter, Kurpfalz, angesichts  
 neuen schweren Bedrohung des Reiches sollten alle Kreise eingeladen  
 den, dem Kaiser Hilfe zu schicken, doch hinderte Jena die Diktatur  
 des Antrages zunächst durch eine die Zeit zu verschleppen bestimmte  
 rhetorische“ Rede. Da dieses Mittel ein zweites Mal doch aber kaum  
 anging konnte, nahm er bei der weiteren Beratung seine Zuflucht zu  
 m anderen, noch viel drastischeren, um im Interesse Frankreichs die  
 Annahme über den kurpfälzer Antrag und damit dessen wahr-  
 scheinliche Annahme zu hindern. Am 15. August meldet Verjus mit  
 erkennbarem Behagen, die Beratung habe nicht lange gedauert,  
 „car la séance le fust beaucoup ce jour-là, parceque la réso-  
 lution que Mr. de Yéna prit et qu’il exécuta de se mettre en  
 session pour le duché de Magdebourg de la seconde place  
 immédiatement après Bavière et audeus de toute la maison Pala-  
 tin sur le banc séculier dans le collège des princes, fit consommer  
 plus part du temps en discours“. Über den weiteren Verlauf der  
 nächsten Tage wieder aufgenommenen Verhandlung erzählte von  
 a Verjus, „qu’il arresta encore le cours de cette résolution par  
 rémonstrances, qu’encore qu’on ne pust trouver estrange, qu’un  
 membre de l’Empire demandast de l’assistance selon les constitu-  
 tions de l’Empire. Il croyoit néanmoins, qu’il falloit prendre garde  
 aux circonstances et à ne pas hazarder d’engager une guerre qu’on  
 n’estoit point en estat de soutenir et ne pas mettre toute l’Alle-  
 mague dans un plus grand danger que n’estoit celui pour lequel  
 on proposoit de donner du secours à Mr. l’Electeur Palatin; que  
 les loix estant faites pour la République et la République n’estant  
 faite pour les loix, il falloit les accommoder aux temps pour  
 le bien général et qu’il ne pouvoit pas s’abstenir de donner ses  
 avis pour le repos et la conservation de sa patrie, quoique  
 ailleurs il ne pust pas opiner sur cette affaire, tant parcequ’elle  
 avoit de trop grande conséquence pour y toucher sans instructions  
 particulières qu’il n’avoit point eues; qu’à cause qu’il s’agissoit  
 de la suite de la paix de Nimègue, il ne pouvoit prendre aucune  
 part à tout ce qui s’y feroit. Mr. de Y. dit, que la réflexion qu’on  
 avoit faite sur ces rémonstrances a tournée tous les esprits à faire une  
 conclusion qui renvoye seulement en quelque façon à l’Empereur la  
 décision qu’il a faite à la diette“. Infolgedessen fand der Antrag  
 der Kurpfalz schließlich in einer Form Annahme, die gar keine Spitze mehr





man weiter einen geharnischten Protest gegen jeden scharfen Beschluß wart in Aussicht stellte und vorbereitete, setzte er es wirklich durch, daß der Reichstag sich zunächst mit der nichtsagenden Resolution begnügte: „de prier l'Empereur de se servir de voyes amiables pour assister Mr. l'Electeur Palatin.“

Natürlich wurde unter solchen Umständen das Verhältnis v. Jena's zu der kaiserlichen Partei und namentlich den österreichischen Bevollmächtigten immer übler. Eine Änderung schien darin erst einzutreten, als im Herbst 1680 der gewandte und in den Formen gewinnende Statmann kaiserlicher Prinzipalkommissar wurde<sup>1)</sup>. Einst in brandenburgischen, dann als Rat und Vizetanzler in pfälz-neuburgischen Diensten hatte er sich als solcher bei den dem Frieden von Voffem vorangehenden Verhandlungen mit Frankreich auch um Friedrich Wilhelm große Verdienste erworben<sup>2)</sup>, und durfte hoffen, in Berlin in gutem Andenken zu stehen. Eben deshalb mochte er dem Wiener Hofe besonders geeignet erscheinen sein, das Verhältnis zu Brandenburg einigermaßen zu klären und selbst hoffen, die Beziehungen zu dessen Vertretern in Regensburg freundlicher zu gestalten und so der Sache des Kaisers und des Reiches zu nützen. Doch blieb all sein Liebeswerben vergeblich. Zunächst nämlich dauerte der Streit um den durch von Jena für Magdeburg auf dem weltlichen Bank des Fürstenrates eingenommenen zweiten Platz fort und nahm solche Dimensionen an, daß auf dem Reichstage sich schließlich alles um diese eine Angelegenheit drehte und selbst die wichtigsten anderen dagegen zurückgestellt wurden. Um die von Jena vollzogene Expropriation, über die namentlich das Pfälzer Haus außer sich war, auch nicht mittelbar dadurch anzuerkennen, daß sie im übrigen die ihnen obliegenden Plätze im Fürstenrat einnahmen, machten die österreichischen Reichstagsgesandten überhaupt jede förmliche Sitzung und damit jede geordnete Beratung unmöglich. Auch einen von dem kaiserlichen Kommissar vorgeschlagenen Ausweg verlegte von Jena in einer Art ihn ebenso wie für die Regensburger Zustände charakteristischen Weise. Verjus erzählt den Verlauf dieser Haupt- und Staatsaktion folgendermaßen<sup>3)</sup>: „Aujourd'hui Mr. de Yéna a eu de nouvelles disputes avec le député d'Autriche touchant la séance de Magdebourg, et après avoir joué ensemble une scène qu'on dit avoir esté curieuse par les choses qu'ils s'y ont dites, il est entré seul et sans

1) Seine längst erwartete Ankunft meldet Verjus am 2. September 1680.

2) Bruß a. a. O. 33 u. ff.

3) Bericht vom 9. September 1680.



aparavant dans la chambre des deputations.“ Eine bei dieser Gelegenheit von v. Jena gehaltene Rede war nach Verjus voll von plaintes personnelles du procédé du député d’Autriche à son égard, de trains piquants contre la bassesse de sa naissance et ses premiers emplois où l’on l’a vu ici dans cette mesme diette, de jeux d’esprit pour jeter de grandes idées de la puissance, du courage et des autres avantages de Mr. l’Electeur de Brandebourg“. So vergingen Wochen, ohne daß man in der Beratung der Wehrmaßregeln gegen Frankreich auch nur einen Schritt vorwärts thun hätte. Erneute Versuche seiner Gegner, sich über das einzuschlagende Verfahren zu verständigen und über die von ihm immer wieder beizulegenden Hindernisse hinwegzukommen, vereitelte von Jena auch jetzt durch überraschendes Erscheinen und rücksichtslos drohende Reden. Dabei unterstützte ihn Verjus, indem er ihm Zeit und Ort dieser geheimen Conventikel, die er in Erfahrung gebracht hatte, mittheilte. So erschien nach einem Bericht Verjus’ vom 16. September unerwartet auf dem Rathause, wo sonst die Sitzungen stattfanden, daß aber jetzt von der kaiserlichen Partei gemieden wurde, und fand dort die Herren wiederum mit den österreichischen und salzburgischen Deputierten zu einer Besprechung der Magdeburger Sache versammelt. „Il se mit au milieu d’eux, déclara qu’il tenoit les ministres de l’Empereur pour ennemis de son maistre, qu’il les feroit repentir de la cunduite qu’ils avoient tenue et qu’ils continuoient de tenir dans cette rencontre; qu’il en feroit pour ennemis ceux qui se joindroient à eux en cette occasion et qui voudroient entreprendre de faire de consultations avec luy sur quelque sujet que ce peust estre; qu’il ne vouloit pas mesme reconnoistre pour directeurs du collège des princes ceux qu’on avoit jusque là reconnus pour tels; que le ministre de France estoit bien nommé dans les traités de Westpalie comme recteur de la diette et qu’on y parloit de directeur du collège des princes, mais qu’on ne marquoit point, qui devoient estre ce recteur; que les estats ne sont point une succession de la maison d’Autriche, se servant de ces termes: An sumus hereditas Austriae? Que s’ils se choisissent un Empereur, mesme à plus forte raison devoient-ils se choisir des directeurs pour présider à leurs assemblées; que de plus il estoit porté par le traité de Münster, qu’il devoit dans la première diète régler la charge et les fonctions des directeurs et puisque cela n’avoit point esté fait, qu’il demandoit, qu’il l’on commençast au moins par là, si on ne vouloit pas travailler à une nomination de nouveaux directeurs. Il dit des choses de



hen im Elsaß Vorstellungen erhoben hatte<sup>1)</sup>. Die Antwort lautete natürlich durchaus ablehnend, verstimmt außerdem, weil sie die Reichsgesandten kurzweg als „Deputierte“ bezeichnete<sup>2)</sup>. Dennoch verwehete die kaiserliche Partei daran, mit ihrem Antrag auf Reichs-  
 waffnung durchzubringen, solange sie nicht von einem Gegner wie  
 in Jena befreit war<sup>3)</sup>, zumal diesem in dieser Angelegenheit das ganz  
 möglich denkende Mainz zur Seite stand<sup>4)</sup>. Auch hatte Frankreichs  
 stige Entschlossenheit Eindruck gemacht. Ein übriges tat wiederum  
 in Jena, indem er „s'estendit sur toutes les raisons qu'il y avoit  
 ne penser à une guerre, sur l'impossibilité où etaient les estats  
 e la soutenir et sur celle qu'il y avoit de leur persuader de  
 entreprendre, qu'ainsy si l'on faisoit une, ce seroit une guerre  
 e la maison d'Autriche et non pas une guerre de l'Empire“<sup>5)</sup>.  
 liebens stellte Stratmann von Jena vor, daß der Kurfürst, ließe er  
 es Reich ohne Hilfe, doch nur auf sein eigenes Verderben hinarbeiten  
 nd der Übermacht Frankreichs schließlich ebenfalls zum Opfer fallen  
 müde, während, wenn er dem Reiche beispränge, alles gut gehen  
 könnte<sup>6)</sup>. Um wenigstens etwas zu tun, beschloß daher auf Stratmanns  
 Anregung ein Teil der Reichstagsgesandten die Ausarbeitung eines  
 neuen Briefes an den französischen König in Angriff zu nehmen, um  
 in nach Eingang der noch ausstehenden kaiserlichen Relation alsbald  
 zu schicken. Einen zum Krieg mit Frankreich führenden Beschluß des  
 Reichstages noch länger zu verhindern, gab von Jena damals bei  
 Berjus die Anregung, dessen König möge „mettre le reste de ses  
 intentions à une conférence de commissaires“ und inzwischen  
 arrester et suspendre tous les nouveaux arrests que les chambres  
 de Brisac et de Metz pourroient rendre“<sup>7)</sup>. Außerdem aber wurden  
 made in jenen Tagen die Satisfaktionsforderungen des Kurfürsten  
 ringend und zwar in einer Fassung erneut, die jede Aussicht auf Ver-

1) Berjus am 27. Juli 1680.

2) Berjus am 4. November: sie sind entrüstet „de ce que la souscription e la réponse du Roy les qualifie tous également du titre de députés qu'ils n'ont n'appartenir qu'à ceux des villes“.

3) Bgl. die oben S. 38 (402) angeführte Stelle aus dem Bericht vom 1. Oktober.

4) Ebd.: „... je ne croy pas qu'ils osent faire aucune proposition pour l'armement et la seureté de l'Empire tant que ce député . . . . et May de l'Electeur de Mayence demeureront dans les dispositions . . . .“

5) Ebd.

6) Berjus am 9. Dezember 1680.

7) Bericht vom 23. Januar 1681.



Kaiser Straßburg dafür vorgeschlagen hatte. Damit verlor auch die Frage nach der Reichsbewaffnung für den Augenblick an Wichtigkeit. Aber auch ein späteres Zurückkommen darauf suchte von Jena bereits jetzt zu erschweren, wiederum im Einverständnis mit Verjus, der von dem dafür geplanten Vorgehen sehr erbaut war. Aus Anlaß des noch andauernden Streites um den Magdeburger Platz waren formelle Sitzungen des Fürstentollegs auch ferner unmöglich geblieben: man kam wiederum „debout, en cercle et sans ordre“ zusammen. Damit aber auch so nichts erreicht werden könnte, wollte von Jena erklären „de ne pouvoir rien dire dans le collège Electoral, si son collègue ne parle pas dans celui des princes“<sup>1)</sup>, — was eben formell so lange unmöglich war, als diesem nicht der beanspruchte Platz für Magdeburg ausdrücklich zugestanden war. „Cela sera excellent et capable d'esloigner pour longtemps les délibérations,“ bemerkt Verjus dazu höchst befriedigt. Außerdem aber leitete von Jena eine neue Aktion zu absichtsloser Verschleppung der Geschäfte ein, indem er eine gemeinsame Erklärung der Evangelischen zugunsten der ungarischen Protestanten, denen ihre Kirchen zurückgegeben werden sollten, in Anregung brachte<sup>2)</sup>. Man begreift, daß der französische Gesandte unter diesen Umständen am 17. März 1681 wohlgefallig nach Paris meldete: „Mr. de Yéna continue de bien parler et de bien agir, de m'informer de ce qui se passe et de me promettre autant que jamais qu'il n'oubliera rien de ce qui dépendra de luy pour la satisfaction de V. M.“ Obenein machte dieser erfolgreich Stimmung gegen den kaiserlichen Rüstungsantrag, indem er von der Absicht des Kurfürsten sprach, er wolle für das Reich eine weit bedeutendere Truppenmacht aufbringen, wenn man ihm anderwärts Quartiere und einige feste Plätze dafür einräumen würde<sup>3)</sup>. Als dann in den ersten Apriltagen der Antrag dennoch erörtert wurde, erklärte er zwar, auf die Sicherheit und den Vorteil des Reiches zu denken sei gerecht, forderte aber gleichzeitig Herstellung des Protestantismus in Ungarn, erneute die Klagen über das Brandenburg zu Rymwegen Geschehene und verlangte für seinen Herrn Entschädigung für die ihm daraus erwachsenen Nachteile<sup>4)</sup>. Besonders heftig aber widersprach er, als man mit Rücksicht auf ihre Dringlichkeit die Beratung auch in der Osterwoche fortsetzen wollte: das sei in den achtzehn

1) Verjus am 3. März 1681.

2) Verjus am 3. März 1681.

3) Das berichtet Verjus am 27. März 1681 mit dem Bemerken, Jena habe dadurch „un peu fait perdre à quelquesuns le goust de cet armement“.

4) Verjus 3. April 1681.





bourg, d'y faire aussy bien qu'il a fait sur les autres," so wird man sich kaum der Annahme entschlagen können, der brandenburgische Gesandte habe um das Bevorstehende gewußt, sei also von Verjus in das Geheimnis gezogen gewesen und habe ihm zugelegt, den für Frankreich ungünstigen Eindruck, den diese neue Gewalttat machen mußte, nach Möglichkeit abzuschwächen. Sie wird bestätigt durch den Umstand, daß nach einer bald darauf von Meinders an Jena gerichteten Warnung, in dieser Angelegenheit ja nicht zu französischenfreundlich zu berichten, beide Staatsmänner von dem Ereignis auf den Kurfürsten offenbar einen weniger üblen Eindruck erwartet hatten, als er tatsächlich erfolgte<sup>1)</sup>, und dann besonders durch die fernere Haltung von Jena gegenüber den Reunionen.

Wenn nun, um mit Verjus zu reden, nach diesem „grand succès“ Frankreich selbst die eifrigsten Anhänger des Hauses Habsburg der Meinung waren, „que le point fatal est venu de la décadence entière de cette maison“<sup>2)</sup>, so hatte von Jena, dem der Fall Österreichs unerläßliche Bedingung war für das Aufsteigen Brandenburgs, von diesem Standpunkte aus erst recht Grund, sich des Geschehenen zu freuen. Auch läßt sich nicht behaupten, daß er damit zu der in Berlin herrschenden Auffassung oder gar zu den geheimsten Gedanken seines Herrn in einen Gegensatz getreten wäre. Dort nämlich bedauerte man den Zwischenfall im allgemeinen nur insofern, als er die als selbstverständlich gehegte Erwartung zu nichte machte, Ludwig XIV. werde sich wenigstens während der Dauer der Frankfurter Konferenzen weiterer Reunionen enthalten<sup>3)</sup>, und weil man, in der Stille bereits entschlossen, auch Straßburg preiszugeben, nun wohl gar noch weitere Gewalttaten ähnlicher Art befürchten zu müssen glaubte. Für die peinliche Verlegenheit, in die Friedrich Wilhelm selbst sich versetzt sah, und für seine anfängliche Unentschlossenheit in betreff der Stellung, die er diesem Ereignis gegenüber einnehmen sollte, ist allein schon die Tatsache bezeichnend, daß man drei Wochen danach in Regensburg noch ohne jede Kenntnis davon war, wie er die Nachricht aufgenommen hatte und welchen Einfluß er ihr auf seine Politik einräumen würde. Eine Ausprache zu vermeiden ging er Nebenac längere Zeit scheu aus dem Wege, und als er endlich unter vier Augen sein Schweigen brechen mußte, beklagte er das Geschehene doch nur als störend für den vom Reich

1) Vgl. die S. 44 (408) angeführte Stelle aus Verjus' Bericht vom 21. Okt. 1681.

2) Bericht vom 31. Oktober 1681.

3) Verjus 21. Oktober 1681.

























trauten des Prinzen von Oranien, den Grafen Georg Friedrich von Waldeck, zum Statthalter in Preußen zu ernennen dachte, um ihn mit guter Manier aus dem Reiche und aus Holland zu entfernen<sup>1)</sup>. Entscheidend aber wurde schließlich doch wiederum ein neuer Gewaltstreich Frankreichs, das in Ausführung eines von Verjus angeregten Gedankens<sup>2)</sup> Luxemburg überraschend angriff. Die Nachricht davon traf am 12. Juni in Regensburg ein: bereits am 13. erging ein kaiserliches Kommissionsbefehl, das vom Reichstage die Erklärung des Krieges an Frankreich verlangte, wenn die Einschließung Luxemburgs nicht sofort aufgehoben würde; gestände Frankreich dies zu, so wollte der Kaiser einem zehnjährigen Stillstand für das Reich zustimmen<sup>3)</sup>. Die Benennung Verjus' traf also durchaus zu. Obenein rief noch das unbegründeter Weise umlaufende Gerücht, die Franzosen hätten auch Trier bereits besetzt, große Bestürzung hervor. Selbst die „Wohlgefinnten“ waren von diesem Vorgehen des Königs peinlich betroffen: also auch nicht einmal die erklärten Parteigänger Frankreichs waren vor dessen Raubtaten sicher<sup>4)</sup>. Auch Jena scheint in seiner Franzosenfreundlichkeit für den Augenblick doch einigermaßen erschüttert worden zu sein. Wenigstens berichtet Verjus am 17. Juli, er äußere sich bedenklich gegen Frankreich und bemühe sich „de faire voir qu'il est un bon patriote et monstre qu'il ne mérite pas les injures qu'on luy dit souvent en face et les jugemens qu'on fait de son maistre et de luy contre toute raison mesme en sa présence“.

Unter den nun eingetretenen Verhältnissen konnte von einem Ausfluß des Kaisers von dem Stillstande, wie er bisher von gewisser Seite geplant worden war, füglich nicht mehr die Rede sein. Diese Wendung, die zweifellos den Absichten des Kurfürsten entsprach, machte auch Jena sehr entschieden mit. Er scheint dabei sogar eine führende Rolle gespielt zu haben: wenigstens schrieb es Verjus plötzlich seiner „Eitelkeit“ zu, daß er sich Windischgrätz gegenüber voreilig verpflichtet habe, den Einfluß auch des Kaisers in das Akkommodement zu unterstützen<sup>5)</sup>. Um so mehr aber drang er in Gemeinschaft mit den Gesandten von Kurpfalz und Mainz darauf, daß die von Frankreich anbotenen Bedingungen so schnell wie möglich angenommen würden. Dahin ist wohl das Lob zu deuten, das ihm Verjus am 27. Juli er-

1) Verjus am 6. April 1684.

2) Siehe oben S. 73 (437).

3) Verjus 17. Juni 1684.

4) Bericht vom 26. Juni 1684.

5) Bericht vom 22. Juli 1684.



emessene Stillstand unterzeichnet, nachdem man über die Art der Interzeichnung noch zwei volle Tage lebhaft unterhandelt hatte. Den Ministern der Wohlgesinnten aber, obenan Gottfried von Jena und dem Mainzer Scheffer, wurden die ihnen vom König bestimmten Belohnungen abbezahlt<sup>1)</sup>.

### III.

Mit dem endlichen Abschluß des Vertrages vom 15. August 1684, er dem Reiche zwar für längere Zeit Ruhe verhieß, aber doch einen in die Zukunft höchst besorglichen neuen Triumph Frankreichs über die hilflose Ohnmacht bedeutete, trat auch in dem bisher so vielfältigen und aufgeregten Regensburger Diplomatentreife zunächst für einige Zeit größere Ruhe ein. Anfang November reiste auch Jena mit längerem Urlaub ab. Verjus, der befürchtete, seine Gegner könnten zu neuen Umtrieben gegen ihn benützen, wünschte Rébenac anzuweisen zu sehen, daß er in Berlin seine baldige Rückkehr betreibe, damit er selbst nicht zu lange ohne die Unterstützung des bewährten Verbündeten bliebe<sup>2)</sup>. Am 9. Januar 1685 wurde Jena nach Angabe Verjus' in einigen Tagen zurück erwartet: mit ihm kam der junge Baron von Hoyerbeck, der Sohn des ehemaligen brandenburgischen Gesandten in Polen, der unter ihm in Regensburg dienen sollte<sup>3)</sup>.

Weshalb Verjus Jena so bald wieder in der Nähe zu haben wünschte, lassen die folgenden Verhandlungen und beider Anteil daran erkennen. Von seiten des Kaisers nämlich wurde dringend die Waffnung des Reiches zum Kriege gegen die Türken betrieben: Ludwig XIV. bot alles auf, sie zu hindern, nicht bloß weil er den Erfolgen der deutschen Waffen in Ungarn Halt geboten zu sehen wünschte, sondern mehr noch weil ein Reichsheer allzu leicht auch gegen ihn selbst verwendet werden und die eben so mühelos gewonnenen Erfolge wiederum in Frage stellen konnte. Bei den Verhandlungen darüber, in deren Verlauf sich die Feindschaften bald von neuem erhitzten, sehen wir den brandenburgischen Gesandten wiederum in Gemeinschaft mit Verjus bemüht, die Waffnung des Reiches gegen die Türken zu hindern. Zu diesem Zwecke erhob er die dringende Forderung, seines Herrn altes Verlangen nach Satisfaktion endlich einmal wirklich zur Beratung gestellt zu sehen. Außerdem erklärte er ebenso wie der Mainzer Gesandte Scheffer auf Grund

1) Siehe oben S. 46 (410).

2) Bericht vom 7. Nov. 1684.

3) 9. Januar 1685.





Druck auszuüben und endlich um, blieb das vergeblich, den bisher gewonnenen Faden, so wenig man dabei tatsächlich gewonnen hatte, auch weiterhin noch weiter zu spinnen. Aber selbst so hätten eigentlich doch schon damals Zweifel daran auftauchen müssen, ob Jena bei seinem militärischen Radikalismus und seiner offenbar höchst impulsiven Natur zur Erfüllung der ihm nunmehr gestellten heißen Aufgabe recht geeignet war. Auf der anderen Seite aber legte man in Paris unter den nun gegebenen Umständen auf sein Verbleiben in Regensburg nun begreiflicherweise erst recht besonderen Wert. Am 21. August 1685 empfahl ihn Berjus von neuem zu einer Gratifikation, in denselben Tagen also, so durch den Abschluß des Bündnisses mit den Niederlanden vom 3. August 1685 der Kurfürst den ersten Schritt tat, der den Systemwechsel als beschlossen erkennen ließ und gegen den daher der französische König als gegen eine Verletzung der mit ihm geschlossenen Verträge sogleich Einsprache erhob.

Es folgten die für den Kurfürsten ebenso erbitternden wie demütigenden Verhandlungen über die ihm vom König zugemutete Erklärung, daß er den durch die geschlossenen Verträge gegen Frankreich übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft nachkommen und neue Verträge ohne Frankreichs Wissen und Zustimmung überhaupt nicht eingehen werde<sup>1)</sup>. Dazu kam dann der pfälzische Erbhandel, an dem der Kurfürst als Testamentsvollstrecker des im Mai 1685 verstorbenen Kurfürsten Karl nahe beteiligt war, während Ludwig XIV. die angeblichen Erbrechte seiner Schwägerin Elisabeth Charlotte von Orleans zur Anerkennung zu bringen die Entscheidung darüber nicht dem Kaiser, sondern dem Reichstage überlassen sehen wollte<sup>2)</sup>. Das Auftauchen dieses neuen Streitpunktes ließ es dem König erst recht geboten erscheinen, die vom Kaiser betriebene Reichsbewaffnung um jeden Preis zu hintertreiben. Er rechnete dabei auf die Unterstützung Berjus' durch die „Wohlgestanten“, also auch durch Jena, und instruierte daher seinen Gesandten: „Vous devez tousjours donner vos principaux soins à empêcher qu'il ne se prenne aucune résolution pour un armement général de l'Empire et je m'assure qu'il n'y a point de ministre nonintentionné dans la diette qui ne reconnoisse que la principale sûreté de l'Allemagne consiste dans le maintien de la bonne intelligence qu'il y a présentement entre moy et l'Empire et qu'il n'y rien qui soit plus capable de la troubler que cet armement.“

1) Prutz a. a. O., 301 ff.

2) Der König an Berjus am 19. September 1685 aus Chambord.  
*Forschungen z. brand. u. preuß. Gesch.* XVIII. 2.



hohenheit des den Kurerzkanzler vertretenden Bischofs von Eichstätt, & berufenen Vermittlers zwischen ihm und dem Kaiser, hatte es sich indweg geweigert, direkt mit Windischgrätz in Verkehr zu treten, und durch die Beratung über die dem Wiener Hofe besonders am Herzen liegende Frage der Reichsbewaffnung zunächst völlig zum Stillstand gebracht<sup>1)</sup>. Am 23. November ermahnte dann ein kaiserliches Kommissionsdekret von neuem dringend zu schleuniger Wiederaufnahme der Verhandlungen, damit die Zeit nicht unnützerweise verächtlich hingebracht werde: der gegenwärtige Zustand gebe „einem Fremden nur Anlaß, die deutsche Nation und deren vor alters berühmte, bewährte Tapferkeit lächerlich zu verkleinern“<sup>2)</sup>. Man wird annehmen dürfen, daß zur Verzögerung der Beratung auch Jena das seinige in der üblichen Weise beigetragen hat. Denn Verjus war sehr unangenehm berührt, & derselbe Anfang Dezember den Wünschen des Kaisers einen großen Schritt entgegenkam und auf die Erörterung der Reichsbewaffnung wenigstens in beschränktem Maße einzugehen bereit war. Er schreibt am 13. Dezember 1685: „Mr. de Yéna s'estant échappé de dire, il a dix ou douze jours, dans le collège Electoral, qu'on avoit peine ne pas donner satisfaction à ceux qui demanderoient qu'on traitast en mesme temps alternativement de l'armement et de l'exécution de la trêve, avoit mis tous les bienintentionnés sur ce sujet dans une grande confusion. Pour prévenir les mauvaises suites de je pouvois en appréhender j'ay fait voir aux ministres bienintentionnés que ce n'estoit qu'une parole de pure légèreté sans assen et qui n'avoit point de raison.“ Zugleich aber erteilt er zur Klärung seiner Auffassung von der Bedeutungslosigkeit jenes Wortes auch das Lob, daß er „continue de bien agir et il m'assure seulement qu'il n'y a rien de changé à ses anciens ordres, mais que s'il y vient du changement dans la suite, il m'en donnera aussitost franchement et sincèrement avis“. Jedenfalls hatte man damals in Berlin — doch wohl unter dem Eindruck erneuter Vorstellungen des Wiener Hofes — bereits die Überzeugung gewonnen, daß unter den nun gegebenen Verhältnissen, welche durch die unmittelbar vorstehende Versöhnung mit dem Kaiser und dem danach beabsichtigten militärischen Übertritt auf dessen Seite noch weiter verändert werden konnten, Jena zum Vertreter Brandenburgs in Regensburg nicht mehr geeignet sei. Seine Abberufung war im Prinzip schon beschlossen.

1) Faber, Europäische Staatskanzlei I, 4 ff.

2) Ebend. I, 1—3.



hängende Satisfaction noch immer nicht zur Beratung gestellt worden war<sup>1)</sup>. Am 11. Juni 1686 berichtet Verjus darüber, fügt aber hinzu: „Mais Mr. Schöffler déclara nettement à Mr. de Yéna qu'il ne falloit pas espérer qu'on délibérast de la satisfaction de Mr. l'Electeur de Brandebourg jusqu'à ce qu'il eust indiqué quelque autre fond sur lequel il prétendrait la prendre que les canonicats et autres biens ecclésiastiques de ses estats<sup>2)</sup>.“ Bereits am nächsten Tage traten jedoch auch in Regensburg zu allgemeinem Erstaunen die ersten Anzeichen deutlich zutage, die den Parteiwechsel Brandenburgs erkennen ließen. Am 12. Juni meldet Verjus: „toute la diète n'a retenté ce matin que de l'ordre que les ministres de Brandebourg ont receu de presser le point de l'armement selon la promesse que leur maistre en a faite à l'Empereur à la conclusion de la trêve. Le cabale d'Austriche en triomphe, les bienintentionnés en sont consternés.“ Jena muß damals doch inne geworden sein, daß er von dem, was man in Berlin eigentlich wollte, keine Kenntniß gehabt hatte. Die ihm jetzt zugegangenen Weisungen standen mit den früheren nicht mehr im Einklang und nötigten ihn, wie er dem Mainzer Scheffer auf seine Vorhaltungen bekannte: „à changer de langage et de conduite<sup>3)</sup>.“ Verjus gegenüber machte er kein Hehl aus seiner Einsicht, „que l'Electeur prenoit des engagements bien différents de ceux qu'il avoit avec V. M., et il m'a dit que les anciens différends avec l'Empereur touchant Jägerndorf estoient comme terminés“. Das änderte die Lage der Dinge von Grund aus, und Verjus mußte am 18. Juni nach Paris melden: „Voici dans le collège Electoral la pluralité des voix pour l'armement, puis que Mr. l'Electeur de Brandebourg le fait appuyer.“ Doch hoffte er noch, Jena zurückzuhalten, so daß der drohende Bruch mit Frankreich hinausgeschoben und die Möglichkeit eines Ausgleiches oder wenigstens einer baldigen Wiederanknüpfung offen bliebe. Durch welche Vorstellungen er Jena zu einer solchen Haltung, mit der er sich doch unterfing, auf eigene Hand Politik zu treiben, zu bestimmen suchte, berichtet er am 28. Juni dem König ausführlich: „Cependant, Sire, ayant fait voir à Mr. de Yéna que la déclaration de son maistre sur l'armement avant que la trêve soit exécutée et lorsqu'on s'explique ouvertement que c'est contre la France, devoit estre regardée comme la marque d'une aliénation

1) Vgl. Bruß a. a. O. S. 311.

2) Vgl. oben S. 56 (420).

3) Bericht vom 12. Juni 1686.





















stante et son maistre mesme. Par là ils gagnent deux choses, le le ministre n'ose guère écrire de ce qu'il juge de meilleur et plus propre pour conserver le repos, et que le maistre n'y te point de foye, quand le ministre a assez de courage et de té pour l'écrire. Tout nouvellement on a répondu de tous des avis de Vienne que Mr. de Yéna sur les premières es que je lui avais jettées du sujet de défiance et de mécon- ment qu'on donnoit à V. M. avoit prononcé un suffrage dans llège Electoral pour persuader de mettre quelques places de pire entre les mains de V. M. pour gages et pour suretés d'une ble et sincère résolution d'observer la trêve. Cela a esté si que Mr. de Yéna a cru devoir tirer un certificat du collège oral, qu'il n'y a jamais fait une pareille ny approchente pro- ion<sup>1)</sup>, duquel il espère se bien servir auprès de l'Electeur pour voir la fraude et la malignité de ces ministres et adhérents Empereur qui ont voulu par leurs calomnies luy faire perdre uil a de crédit auprès de son maistre et de réputation au e. Mr. de Yéna par un ordre exprès de Mr. l'Electeur a , que cet Electeur ne se sépareroit point de l'Empereur et de pire et que bien loin de pouvoir consentir à un nouveau dé- brement de ce qui appartenait à l'Empire, il seroit d'avis de rendre ce qui luy a esté enlevé depuis peu et principalement Electeurs . . . . . mais il ne laisse pas d'y avoir quelque chose ne va pas bien que j'attribue au zèle aveugle de l'Electeur sa religion et à de certains égards et mesnagemens pour ncement de ses fils.“

Unter dem Eindruck der bei ihm erzeugten falschen Vorstellung von s Vorgehen erließ der Kurfürst am 25. Februar an diesen einen eis, weil er theils ohne Instruction, theils gegen den ihm gegebenen l gehandelt habe. Am 26. schärfte er demselben die engste Gemeinschaft den Gesandten des Kaisers und der Kurfürsten von Trier, Bayern Sachsen ein, um jeden Verdacht der Franzosenfreundlichkeit von sich enten. Am 27. beauftragte er von Caniz in Wien, dort amtlich teilen, daß er Jenas Projekt aufs höchste mißbillige, da es schlimmer schädlicher sei als die Vorschläge des französischen Ministers<sup>2)</sup>. In leidenschaftlicher Erregung er sich befand, geht daraus hervor, daß

1) Bgl. Fester 177.

2) Bgl oben S. 92 (456).

3) Fester a. a. D. 176.





in. Sie scheint am nächsten Tage dort eingetroffen zu sein. Denn am 18. März meldet Verjus sie als erfolgt nach Paris, indem er — wohl im Hinblick darauf, daß die kaiserlichen Bevollmächtigten in der Lage waren, das ungnädige kurfürstliche Schreiben an Jena vom 5. Februar, das ihnen demnach in Abschrift zugegangen sein mußte, zu einer ihrer Anhänger triumphierend herumzuzeigen <sup>1)</sup> — hinzufügt: On y joint toutes les circonstances de dureté qu'auroient pu mériter les choses dont on l'accuse, si elles estoient aussy véritables qu'elles ont manifestement et incontestablement fausses. Les ministres de l'Empereur ont enfin trouvé l'Electeur de Brandebourg dans l'humeur et la disposition qu'ils souhaitent et recherchent depuis longtemps pour parvenir à ruiner ce ministre dans son esprit et pour luy faire oublier tous les services par une suite des mesmes calomnies de la méchanceté et malignité, desquelles ce prince auroit pu et du se souvenir, s'il a déjà convaincu ces gens là tant de fois et particulièrement Mr. de Windischgrätz contre le mesme ministre. Ce pauvre homme flagé croist qu'il luy seroit de quelque utilité ou au moins de beaucoup de consolation que vous témoignassiez de la part du Roy à Mr. Panheim et que Mr. de Rébenac eust ordre de dire à l'Electeur, que . M. ne se mesle point de savoir, quels ministres il employe ou envoie . . . . .“, daß er aber bedauere, Jena entlassen zu sehen, touché de ce que publiquement on punit ce ministre d'un rappel honteux et d'une disgrâce éclatante sur le prétexte de partialité pour la France et du commerce d'amitié et d'honnesteté qu'il avoit avec moi. Par là il semble qu'on aie voulu blâmer à la face de l'Empire les intentions de V. M. et rendre suspects ceux qui vivent avec ses ministres et ou ailleurs aussy bien ou beaucoup mieux et plus familièrement encore que Mr. de Yéna ne faisoit avec moi et qu'on vouloit approuver ces manières sauvages dont ceux de l'Empereur au milieu de la trêve pendant qu'il y a de ministres d'une cour à l'autre . . . . . marquent ici leur mauvaise volonté“. In einem Briefe vom 18. März hat Verjus mit warmen Worten Jenas Tätigkeit, die ihn gegen eine Behandlung, wie sie ihm zuteil wurde, hätte schützen sollen. „Il a passé trente deux ans dans de continuels emplois au service de Mr. l'Electeur, dont il y en a vingt quatre qu'il est son ministre en cette qualité. Personne sans exception n'en connoist mieux les usages et le détail, ny a acquis plus de crédit, ny a tant ny si assiduellement travaillé et n'y a pris tant de peines et n'y s'est distingué par plus

1) Fester a. a. D. S. 177.



Bereits am 7. März hatte der Kurfürst Spanheim in Paris angewiesen, Jenas Vorgehen „gänzlich zu improbiren und als ein eigenmächtiges hinzustellen“<sup>1)</sup>. Ergaben nun auch die genaueren Berichte des Gesandten, daß die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen unbegründet waren, und lenkte infolgedessen der Kurfürst dem erst so ungnädig Behandelten gegenüber plötzlich wieder ein, indem er, sich selbst Lügen strafend, ihm statt zu großer Nachgiebigkeit gegen Frankreich, vielmehr eine Haltung schuld gab, welche den Frieden gefährdet haben sollte<sup>2)</sup>, und ihm empfahl, von dem Zwischenfall weiter kein Aufhebens zu machen, und ihn ruhig weiter fungieren lassen zu wollen schien, so war es ihm damit doch offenbar nicht ernst, sondern er wollte nur die Entlastung des französischen Königs beschwichtigen, im Hinblick auf die kritische Lage noch einige Monate Zeit gewinnen und vielleicht dadurch zugleich noch einen gewissen Druck auf den kaiserlichen Hof ausüben. So nahm Jena an den Verhandlungen des Kurfürstentkollegiums auch weiterhin wenigstens als stummer Zuschauer teil<sup>3)</sup>. Der hohe Wert aber, den man französischerseits auf sein Verbleiben legte, ließ in ihm doch die Hoffnung erstarren, schließlich wirklich in seiner Stellung verbleiben zu können. Sein scharfblickender Freund Verjus freilich glaubte daran nicht. So unverdient Jenas Schicksal war und so unbequem Frankreich es empfand, so urteilte er doch treffend: „L'Electeur s'est laissé mener si loin sur cette affaire, que je doute qu'il veuille y rien changer“<sup>4)</sup>. Am 8. April berichtet er, daß Jena bleiben werde, vermute man nur daraus, daß er in seiner Lebensführung nichts geändert habe. Selbst die österreichischen Gesandten fingen wieder an ihn zu suchen, „qui d'abord avoient demandé, si donc il n'estoit pas encore parti et s'il osoit encore paroistre“. Den Eindruck des dem gefürchteten Brandenburger bereiteten Schicksals auf die übrigen Regensburger Diplomaten schildert er bei dieser Gelegenheit drastisch: „Tous les autres ministres de cette diette s'imaginent avoir des abîmes et des précipices sur leurs pieds et il semble que la teste leur tourne de les envissager, tant ils sont effrayés de cet exemple, quoyque tous disent n'avoir pas un maistre de l'humeur de Mr. de l'Electeur.“ Am 17. April schreibt er weiter, Jena habe einen Brief des Kurfürsten erhalten, „qui l'assure de ses bonnes grâces et le charge d'assoupir toute cette affaire en luy donnant

1) Urk. u. Altensstücke XIV, 1352.

2) Fester 180.

3) Bericht Verjus' vom 25. März 1687.

4) 1. April 1687.



richtet Verjus vom 10. Juni, er habe gehört, der Kurfürst habe  
 dag in diesem Sinn sein Wort gegeben. So rüstete Jena sich denn  
 e Juni zur Abreise von Regensburg. „C'est à contre-cœur  
 l part“ — schreibt am 26. Juni der den beurlaubten Verjus ver-  
 mde Sekretär Frischmann — „il m'a dit, que son maistre le  
 pelloit parce qu'il recevoit des marques de la bonté de V. M.“  
 m fährt er bezeichnenderweise fort: „V. M. a en main les moyens  
 le faire revenir. Car Mr. de Yéna compte que son maistre  
 peut se passer de subsides<sup>1)</sup> et s'en doute que Mr. l'Electeur de  
 ndebourg aura bien promis à l'Empereur pour de l'argent de  
 rer ce ministre, mais non pas de ne l'y plus envoyer“. Am  
 Juli meldet derselbe, Jena habe sich verabschiedet und werde am 3.  
 nfen, sehr ungern und „bien loin d'avoir demandé et sollicité son  
 pel avec empressement“; auch lasse er seine Möbel und sein Silber  
 Gewahrsam der Abtei St. Emmeram zurück, hoffe also wohl auch  
 noch auf Rückkehr. Seine Gegner erwarteten, bald von der Unter-  
 ung zu hören, die der Kurfürst gegen ihn einleiten zu wollen erklärt  
 en sollte. Nach einer Mitteilung Fridags hätte Jena Befehl er-  
 ten, nicht nach Halle, sondern nach Halberstadt zu gehen, wo er  
 rvera des commissaires qui l'examineroient et qui luy feront son  
 cès“. Dabei erinnert sich Frischmann<sup>2)</sup> „des termes ambigus de  
 dre que Mr. de Yéna avoit receu le 17. du mois passé, en vertu  
 quel il est parti par poste, qu'il doit se rendre à Halle et qu'il  
 rouvera des ordres qui régleront le reste de sa conduite. J'avertis  
 de Rébenac dès hier et sur le champ du danger où est Mr. de  
 a, mais je ne says, si ma lettre arrivera à Berlin avant que Mr.  
 Yéna tombe entre les mains de ses ennemis“. Das Nachspiel,  
 daß danach der Abberufung Jenas, wie es schien, folgen sollte, er-  
 z bei den übrigen franzosenfreundlichen Gesandten in Regensburg  
 se Besorgnis: schien doch, was Fridag und Windischgrätz bei dem  
 trachteten Vertreter des mächtigsten Reichsfürsten gelungen war, nun  
 m von ihnen leicht widerfahren zu können. Um ihrer eigenen Sicher-  
 : willen wünschten sie, der König von Frankreich möge seinen Einfluß  
 unften des Bedrohten geltend machen. Namentlich die Jena so eng  
 bunden gewesenen Gesandten des Mainzer Kurfürsten waren voll  
 öfter Sorge und wandten sich an Frischmann. Dieser berichtet am  
 Juli: „... ils déplorent le malheur de cet honneste homme et

1) Vgl. Fester 179, Anm. 3.

2) Bericht vom 8. Juli 1687.



22. Juli 1687 berichtet: „Le ministre de Brandebourg qui est icy est dans un mépris qui ne sauroit s'exprimer et quoiqu'il eust dit hier comme les autres, qu'il faut attendre les ordres des maistres, il dit et fait néanmoins des choses de si mauvaise grâce et avec un esprit si agité de la crainte de malfaire ou de mal parler ou mesme de mal concevoir les choses et par conséquent de s'attirer de la disgrâce de son maistre, que personne ne fait réflexion sur ce qu'il dit ou ce qu'il fait que pour en prendre pitié.“ Windischgrätz aber rüßte sich, „qu'il est le maistre de faire venir icy tel ministre qu'il voudra de Berlin à la place de Mr. de Yéna et c'est ce que le Mr. Schebek . . . . . craint avec beaucoup de raison. Le gentilhomme,“ führt Frischmann fort, „que Mr. l'Electeur de Brandebourg a envoyé il y a bien quinze mois (Metternich) pour prendre la place, espère et dit mesme qu'il attend de jour à autre les ordres de porter la voix de Halberstadt dans le collège des princes: tout cela est bon pour augmenter le nombre des cliens d'Autriche, dont le ministre de Suède est le principal conducteur“. Empfindlicher noch machte sich der Umschlag im Kurfürstenkollegium geltend, daß seit Jenas Abberufung kein Haupt mehr hatte, wie Frischmann am 12. August klagt, „et qui n'est plus composé que de gens effrayés par la peur“. Auch die Ersetzung Schönbeds durch Metternich, die bevorstand, schrieb man dem nun allmächtigen Einfluß von Windischgrätz zu. So war es denn freilich nicht zu verwundern, wenn Brandenburg sich allen kaiserlichen Wünschen gefügig zeigte<sup>1)</sup>, Frischmann aber dringend riet, durch Nebenac bei dem Kurfürsten gegen Windischgrätz arbeiten zu lassen, da sonst leicht „un suffrage de cet Electeur favorable à Mr. de Windischgrätz couperoit la gorge de ce collège Electoral“.

Auch in Berlin wurde man bald genug des Umschlages mit Bedauern inne, den Jenas Abberufung auf Grund der gegen ihn in Umlauf gesetzten, völlig grundlosen Beschuldigungen zum Nachteile Brandenburgs nicht bloß in Regensburg, sondern überhaupt innerhalb des Reiches hervorgebracht hatte, und der Kurfürst sah bald ein, daß die Jena zu ersetzen bestimmten Männer demselben an Fähigkeiten und Kenntnis der Verhältnisse weit nachstanden. So ist denn augenscheinlich in ihm wirklich noch einmal der Gedanke aufgestiegen, Jena auf seinen Posten zurückzuschicken. Die Absicht dazu muß im Sommer 1687 zwischen ihm und seinen Räten ernstlich erwogen worden sein. Sie erregte natürlich in Wien das größte Mißbehagen und ernste Besorgnisse, und

1) Frischmann am 17. Aug. 1687.





it en cela exactement ses conseils qu'un autre aura le mérite et l'honneur d'exécuter“.

Überblicken wir unter dem Eindruck dieser letzten Mitteilung seines russischen Freundes die Tätigkeit Gottfrieds von Jena in seiner Eigenschaft als brandenburgischer Reichstagsgesandter während der Jahre 79—87 noch einmal in ihrer Gesamtheit und vergegenwärtigen uns nun einerseits den angeblichen Anlaß seines Sturzes und andererseits die Folgen, die sich daraus für Brandenburg und seine Stellung im Reich und in der europäischen Politik ergaben, so wird man seine Bedeutung und sein Verdienst doch wohl noch höher anschlagen müssen, als bisher gewöhnlich geschehen ist. Er gehörte zu jenen brandenburgischen Staatsmännern, welche, wie das zuerst zur Zeit der großen russischen Krisis Graf Georg Friedrich von Waldeck getan hatte, die Notwendigkeit einer endgültigen Lösung Brandenburgs aus der Abhängigkeit von Österreich erkannten und anzubahnen suchten durch die Lockerung und womöglich Sprengung der Fesseln, welche der Reichsband trotz aller Morschart ihm anlegte. Er wollte also eigentlich die weiteren Konsequenzen ziehen, die sich aus dem westfälischen Frieden ergaben, wenn derselbe nicht länger als unerläßlich nötig wie ein Fluch auf Deutschland und den deutschen Einzelstaaten lasten sollte. In der Frage befand er sich dabei in Übereinstimmung mit dem Grundsatze der Politik des Großen Kurfürsten selbst. Das erklärt die Achtung, das Ansehen und das Vertrauen, das er bei diesem lange Jahre genoß. Nicht ohne Befriedigung, so scheint es, hat jener die oft lecke und herausfordernde Art beobachtet, in der sein Gesandter ihn Kaiser und Reich gegenüber allezeit schlagfertig vertrat, und scheint auch durchaus verstanden gewesen zu sein mit der Gewandtheit, durch welche dieser es ihm unentbehrliche Vertrauen Frankreichs zu gewinnen und zu erhalten suchte. Auf der anderen Seite aber wird man angesichts der Mitteilungen Verjus' doch kaum in Abrede stellen können, daß Jena auf der Seite seiner Tätigkeit stärker betonte und ernster nahm und darin Vorbedachten auch weiterging, als mit den Absichten des Kurfürsten auf Dauer vereinbar war. Seine Franzosenfreundlichkeit, die aus seiner Abneigung vom Reiche und aus seinen Wünschen für Brandenburg angesichts der damaligen Lage wohl begreiflich ist, ging über das für den Kurfürsten zulässige Maß weit hinaus. Namentlich im Hinblick auf die eigentliche Frage, die ihm über allen politischen Rücksichten stand, nahm der Kurfürst an ihr schließlich um so mehr Anstoß, als er aus dem russischen Bündnis solche Konsequenzen, wie sie Jena herbeizuführen im Mut zu haben schien, zu ziehen im Ernst doch niemals vorgehabt

hatte. Das erklärt es, wie er schließlich einen sachlich ganz bedeutungslosen Zwischenfall, bei dem obenein die dem Beschuldigten gemachten Vorwürfe sich alsbald als unbegründet oder doch jedenfalls unbedenklich erwiesen, übereilt benutzen konnte, einen so hochverdienten Beamten einer Weise von dem bisherigen Schauplatz seiner Tätigkeit zu entfernen, die auf ihn selbst und auf seinen Staat recht schwer zurückfiel. Man sah, daß ihn auch die 1679 inaugurierte Politik schließlich doch in eine Sackgasse geführt hatte, aus der weiter vorwärts zu kommen durch einen Gewaltstreich möglich war, zu dem er sich nicht entschließen konnte, opferte er auf einen nichtigen Vorwand hin in Gottfried von Bredow seinen energischsten und konsequentesten Vertreter und erkaufte dadurch einen Frieden mit dem Wiener Hofe, der ihm und seinem Hause neue demütigende Enttäuschungen bringen und die endliche Abrechnung mit Österreich erst recht als unabweisbar dartun sollte.

---

### III.

## Steins Denkschrift von 1807 und ihre Beziehungen zur Philosophie.

Von

Eduard Spranger.

---

Die Einwirkung der Philosophie auf politische Bewegungen vollzieht sich nicht durch die Begriffsgebäude der Metaphysik und die theoretischen Staatskonstruktionen hindurch, sondern es ist die zugrunde liegende ursprüngliche Vertriehtung und die gemeinsam empfundene Gesamtverfassung des Lebens, die die eigentliche Triebkraft dafür abgibt. Dieselben Objektivitäten sind es, die der Philosoph durch die Kraft des Denkens beherrschen sucht und die der praktische Politiker durch sein tätiges Eingreifen in geordnete Bahnen zu lenken strebt. Hat der eine die Aufgabe, das dunkel empfundene Ziel auf einen einheitlichen, gedankenscharfen Ausdruck zu bringen, so kennt der andere allein die realen Kräfte des politischen Lebens und die Mittel, durch die sie zu lenken vermag. Es gibt daher kein Gebiet der politischen Praxis und keine politische Erscheinung im Staatsleben, für die nicht irgendein philosophischer Hintergrund, eine positiv oder negativ gewandte Weltanschauung nachzuweisen wäre, vom Naturrecht des Altertums bis zu der Neuzeit, von Machiavelli bis Marx und Lassalle. Diese Verbindung muß dann ganz besonders deutlich werden, wenn die Bewegung, in der Stein-Hardenbergschen Reform, unmittelbar darauf hingeht, geistig-sittlichen Kräfte den politischen Zwecken dienstbar zu machen, das Individuum, dessen Ausbildung nur durch eine immer tiefere, ständige Entfremdung vom Verbandsleben erkauft worden war, in der neuen Gestalt wieder zum Eigentum des Staates zu machen.



## I.

Die Entstehungsumstände der Denkschrift erklären ihren eigentümlichen Charakter. Als Hardenberg durch den Tilsiter Frieden seiner bisherigen Wirksamkeit jäh entzogen war, suchte der König seine bewährte Kraft auf indirektem Wege für den Staat nutzbar zu machen, indem er ihm auftrug, seine Gedanken über die Neuordnung des Staates aufzusetzen und einzureichen. Welches Gewicht dieser Aufgabe beigelegt wurde, geht auch daraus hervor, daß zwei Mitglieder der Immediat-Kommission, die bis zur Ankunft Steins die Geschäfte führen sollte, nämlich Altenstein und Niebuhr, ihn als Mitarbeiter in die provisorische Kammer nach Riga begleiten durften. Während Niebuhr auf Grund seiner glänzenden Detailkenntnisse für den Minister einen Finanzplan auszuarbeiten mußte, gestaltete sich in Hardenberg und Altenstein, durch häufigen Gedankenaustausch über alle Gebiete der Verwaltung, das Gesamtbild des neuen Staates, ein Plan von hervorragender Energie und systematischem Überblick über alle Zweige des politischen Lebens. Altenstein war der eigentliche Konzipient. Auf seiner umfassenden Ausarbeitung ruht die berühmte Rigaer Denkschrift Hardenbergs von 1807; von ihm übernimmt sie die ganze äußere Einteilung und philosophische Fundierung. Sie ist daher, abgesehen von gelegentlichen Vervollständigungen, wie bei den auswärtigen Verhältnissen, von kleinen Kritiken und Verstärkungen, kein selbständiges Werk und ohne Grundlage nicht zu verstehen. Dies veranlaßte denn auch Hardenberg, nicht nur Niebuhrs Finanzplan, sondern auch Altensteins Denkschrift dem Könige im Original miteinzureichen. Wenn also Altenstein von „Bruchstücken“ redet, wenn er gleichzeitig an Schön schreibt<sup>1)</sup>, daß er dem Minister „Materialien zuschleppe“, so sind das Ausdrücke der Bescheidenheit, denen der ausführliche und abgerundete Charakter der Arbeit widerspricht. Die Ausarbeitung dauerte nach seiner eignen Angabe vom 20. Juli bis zum 10. September 1807. Bücher standen dafür gar nicht zur Verfügung; er klagt wiederholt über die Schwierigkeit, ohne alle Hilfsmittel zu arbeiten<sup>2)</sup>. Über die praktische

1) Aus Schöns Papieren II, 36. 45.

2) Denkschrift S. 4 und Schön II, 45. Nachweisbar hatte er zur Stelle: A. v. Schrotter und Schendendorff 1807. Adam Müller, Vorlesungen über deutsche Wissenschaft und Literatur, Dresden 1807, 2. Aufl. D. R. G. Montag, Geschichte und Gesichtspunkte der allgemeinen liturgischen Verordnungen für die Lutheraner im Russ. Reich, Riga 1805, und einige statistische Nachrichten von Rrug.



Die Art, wie die Denkschrift die Aufgabe der Staatsorganisation, entspringt dem persönlichsten Charakter Altensteins, dem Grundriss seiner Natur, alles systematisch und in seinem philosophischen Zusammenhang zu sehen. Um ihn tiefer zu charakterisieren, müßten wir spätere Wirksamkeit als Kultusminister näher kennen, als es bis der Fall ist. Geboren am 1. Oktober 1770, hat er in Erlangen, Jena und — wie es nach einer bisher nicht beachteten Notiz den Fall hat<sup>1)</sup>, — auch in Jena studiert. Neben dem Recht bevorzugte Naturwissenschaften, Mathematik und Philosophie. Die Geschichte, die ihm später so wichtig wurde, verleidete ihm der Statistiker nicht gründlich. Seine Schulung im Verwaltungswesen erhielt er in Göttingen unter der glänzenden Leitung in den fränkischen Provinzen. Hier übernahm ihn Hardenberg, der seine Fähigkeiten schätzen gelernt hatte, nach Berlin. 1802 wurde er Geh. Oberfinanzrat im General-Kontrollrat, wo er Zollsachen, Straßenbau, Armensachen und Medizinalsachen zu bearbeiten hatte. Diesen Posten bekleidete er, als er 1807 in die Immediatkommission gewählt wurde. Die Denkschrift zeigt, daß er schon damals einen Überblick über alle Verwaltungszweige zu gewinnen gewußt hatte. Am wenigsten lagen ihm die auswärtigen Angelegenheiten und die Militärsachen. In Finanz- und Wirtschaftswesen war er nicht unmodern, aber Männer wie Schön und Niebuhr übertrugen ihm darin unzweifelhaft weit. Sein eigentliches Feld war die philosophische Beurteilung der Grundverfassung des Staates, der Staatseinteilung und -politik, vor allem aber die Religions- und

---

1. Das dritte Exemplar hat der Freiherr von Stein-Kochberg in der „Revue“ Bd. 71, 1882 beschrieben. Es ist von Altenstein selbst gemacht und umfaßt 541 halbgebrochene Quartseiten. Auf diese Paginierung können sich Steins Anmerkungen beziehen. Dem König hat diese handschriftlich unzweifelhaft nicht vorgelegen. Sie enthält außer dem Text der unter Nr. 2 genannten Fassungen noch „Einzelne, bloß für des Königs Majestät bestimmte Darstellungen“ und auf dem Umschlag 6 Quartseiten Auszüge aus Vorlesungen über deutsche Wissenschaft und Literatur, Dresden 1807, 2. Aufl., von H. Müller.

Obwohl in Nr. 2. die genannten, bloß für den König bestimmten Darstellungen nicht mit angebunden sind, ist es doch im höchsten Grade wahrscheinlich, daß dieses Exemplar dem König vorgelegen hat. Ich schlage daher vor, die drei Hefen der Reihe nach als die Hardenbergs, die des Königs und die des Verfassers zu bezeichnen.

2) W. Hermann, Altenstein, Fichte und die Universität Erlangen, Erl. 1889. — Vgl. ferner Wagners, Staats- und Gesellschaftslexikon. Paulsen, d. gelehrten Unterrichts. Allgemeine Deutsche Biographie.





Wider in schriftlichen Deliberationen für sich zu überlegen. Elastizität des Geistes fehlte ihm ebenso wie unmittelbare Energie im Handeln. Aber die Fülle seiner Kenntnisse und die Vielseitigkeit seines Interesses, die Gabe philosophisch vertieften systematischen Denkens, das sich mit einem staunenswerten Fleiß verbindet, in fremde Gedanken einzudringen, und die Unermüdlichkeit der Anregung zu bildenden Schöpfungen, die uns noch heute blühend umgeben, — das alles wird man ihm nicht abprechen können. Seine ganze Natur hat in ihren Vorzügen wie in ihren Mängeln viel Verwandtes mit Hegel, während er hinter seinem ersten Lieblingsphilosophen Fichte doch immer durch die Nüchternheit seines Wesens zurückblieb.

Sein näheres Verhältnis zur Philosophie scheint nicht bis auf die Universitätsjahre zurückzureichen, sondern erst der persönlichen Verbindung mit Fichte, mit dem er im gleichen Jahre (1799) nach Berlin kam, zu entspringen. Wann ihre nähere Bekanntschaft begonnen hat, ist nicht festzustellen. Von ihren Briefen ist mir bisher nur ein einziger<sup>1)</sup> vom 10. Juni 1809 bekannt geworden, in dem sich Fichte wegen seines Berliner Universitätsplanes an Altenstein wendet. Durch Fichtes Sohn<sup>2)</sup> aber ist bezeugt, daß Altenstein im Winter 1804/5 mit Behme und Metternich zu den Zuhörern der „Vorlesungen über die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters“ gehörte. Und auch sonst muß ein häufigerer Verkehr stattgefunden haben. So las Fichte z. B. Altenstein Teile seiner „Ideen über die innere Organisation der Universität Erlangen“ aus dem Manuskript vor, und Germann gibt der Vermutung Ausdruck, daß Altenstein von einem größeren Werke Fichtes über Universitäten, das bisher nicht bekannt geworden ist, damals auch bereits Kenntnis erhalten hatte<sup>3)</sup>. Von seinen Werken hat er sich die „Grundzüge“ im eigentlichen Sinne zu eigen gemacht. Die 10. und 11. Vorlesung dieses gewaltigen Geisteswerkes sind geradezu die Grundlage seiner Denkschrift geworden, wie auch der Abschnitt „Vom Regenten“ in den Vorlesungen „Über das Wesen des Gelehrten 1805“ eine Richtschnur für ihn geworden zu sein scheint. Für die dunkle und schwere „Religionslehre“ von 1806 ist ein gleich deutlicher Einfluß nicht nachzuweisen. Da aber der persönliche Verkehr so gut wie sicher noch in Königsberg

1) Geh. Staatsarchiv. Altensteins Nachlaß.

2) Fichtes Leben I, 352. 357.

3) Germann a. a. O. S. 42 u. 20. Léon, La philosophie de Fichte, 1902, erwähnt in seiner chronologischen Tafel 1804 einen Plan d'une université modèle soumis à Hardenberg, über den mir nichts bekannt ist. Die Tafel enthält aber verschiedene Irrtümer.





























ein Bild der Verfassung des Ideenreiches. Und indem er ihn den oben bezeichneten geschichtsphilosophischen Gesichtspunkt stellt, t er ihn als den „äußeren Organismus einer in der Freiheit reichsten Harmonie der Notwendigkeit und Freiheit“<sup>1)</sup>. Derselbe vertritt bereits 1803 den Gedanken, daß aus der Philosophie politische Nationalcharakter neu geboren werden müsse<sup>2)</sup>. Man sieht, die Romantiker bereits eine hochideale Auffassung vom Staat hatten und keineswegs als bloßes Sicherheitsinstitut bewerteten. Wendt und Schleiermacher<sup>3)</sup> schon 1800 in den „Monologen“ gegen die romantische Anschauung, die den Staat, „das schönste Kunstwerk des Menschen, wodurch er auf die höchste Stufe sein Wesen stellen soll, nur als notwendiges Übel betrachtet“<sup>4)</sup>. „Wo ist die Kraft, die dieser Grad des Daseins dem Menschen geben, das Bewußtsein, das er haben soll, ein Teil zu sein von seiner Vernunft und Fantasie (!) (I) Stärke“<sup>5)</sup>?“ Und ganz in gleichem Sinne eifert schon früher Dittmer<sup>6)</sup> dagegen, daß der Mensch den Staat zum „Polster der Vernunft“ zu machen gesucht habe (ein Ausdruck, den Altenstein<sup>6)</sup> vielleicht durch Adam Müllers Vermittlung — übernimmt): und nicht der Staat gerade das Gegenteil sein: er ist „eine Armatur der unpannten Tätigkeit“<sup>7)</sup>. Ist es nicht merkwürdig, wenn dieser Berg der Poesie ganz dasselbe Ideal vertritt, wie der Hardenberg titel: „Es wird eine Zeit kommen, und das bald, wo man allgemein überzeugt sein wird, daß kein König ohne Republik und keine Republik ohne König bestehen könne. — Republik und Monarchie werden in eine Unionssakte vereinigt“<sup>8)</sup>? Adam Müller endlich, dessen Lebensziel es war, die Philosophie wieder mit den Realitäten des politischen und ökonomischen Lebens in engste Verbindung zu bringen, der, in der Sprache Goethes, Schellings und Novalis', faßt alle diese Tendenzen zusammen, wie er ja überhaupt alle Gegensätze zu versöhnen suchte). Von Schelling, in dessen Werken nach ihm „die Ideen wieder

S. 214.

S. 108.

Dittmer, Preussische Jahrbücher Bd. 11 (1862): „Schleiermachers politischen und Wirksamkeit.“

Monologen (Phil. Bibl.) S. 59.

S. 58.

Denkschr. S. 48.

Schriften II, 4. Aufl., S. 173. Vgl. überhaupt S. 172—174.

Schriften II, 174. Dasselbe Ideal in utopischer Ausgestaltung entwickelt als viel gelesene Buch von Mercier: L'an 2440.

Vorlesungen S. 145: „Die Reihe der politischen Experimente, die mit









engreifen soll, so kann der Inhalt dieser Freiheit nichts anderes sein als die Beförderung jenes seiner Natur nach vorher bestimmten, notwendigen Vernunftzwecks. Aber auch das rein psychologisch-kausale Getriebe kann im Resultat nichts anderes enthalten. Für die geschichtsphilosophische Betrachtung also, die sich auf den absoluten Standpunkt erhebt, fallen Freiheit und Notwendigkeit zusammen; es kann in der geschichtlichen Entwicklung nichts geben, was nicht auf die eine oder die andere Weise den Endzweck förderte<sup>1)</sup>.

Da nun der Staat der Hauptträger historischer Bewegungen ist, so fragt es sich, wie sein Wesen vom Standpunkt der Idee aus zu bestimmen ist. Fichte geht also, die Deduktionsmethode des Naturrechts aufgebend, von der Bestimmung des absoluten Staates (im philosophischen Sinne) aus. Hier unterscheidet er Form und Materie. Die Form des Staates besteht in der „Richtung aller individuellen Kräfte auf den Zweck der Gattung“. Bezüglich der Kräfteverteilung gibt es drei Möglichkeiten: Ungleichheit des Rechts, Gleichheit des Rechts (wobei aber noch ständische Ungleichheit besteht), und Gleichheit auch der Rechte. Fichte weist nach, daß der absolute Staat nur eintreten kann, wo die letzte Form bereits erreicht ist; denn sie allein gewährleistet diejenige Freiheit und Gleichheit aller, die die Bedingung dafür ist, daß wirklich alle Kräfte dem Staate zugute kommen. Alle Kräfte aber, einschließlich der Bildung, muß der vollkommene Staat für seine Zwecke mit Beschlag belegen, und nur in dieser Absicht will er die Freiheit seiner Mitglieder, weil sie nämlich allein die höchste Entwicklung der individuellen Kräfte verbürgt. Soweit die Form des Staates, resp. seine Verfassung. Das Materiale des Staates, d. h. sein Zweck, ist die Kultur oder die Einrichtung aller menschlichen Verhältnisse nach dem Vernunftgesetz.

Hier aber teilen sich nun die Gedankenreihen bei Fichte. Wie es bei jeder Ausmalung eines Idealzustandes zu gehen pflegt, entsteht eine logische Antinomie, die jedoch nach dem Vorangeschickten psychologisch nicht unverständlich bleiben wird. Die eine Ideenrichtung verharrt konsequent auf dem Boden der geschichtsphilosophischen Konstruktion und erblickt das Ziel der Entwicklung des staatlichen Lebens in seiner inneren tieferen Erfüllung mit der Idee, während die andere, in Fichtes Naturrecht schon entwickelte und auf der beschriebenen dualistischen Psychologie

---

1) Vgl. W. W. VII, 141: „Notwendigkeit, aber keine blinde.“ Und 210: „Freiheit, die nur vermittelt des Durchganges durch die höchste Gesetzmäßigkeit entsteht.“



stumpf gegen die staatsfeindliche Aber seiner Natur und seiner  
 kämpfte, ohne doch den Mut zu finden, dem Staat eine der  
 abtracht angemessene, hohe Stellung anzuweisen: Er ist und  
 eine Zwangsanstalt; da er also immer nur äußerlich wirken kann,  
 nie auf Moralität rechnen, muß vielmehr überall Eigennutz und  
 Willen voraussetzen<sup>1)</sup>. Folglich können die höheren Zweige der  
 Kultur: Religion<sup>2)</sup>, Sittlichkeit und Wissenschaft „nie“ sein  
 werden. Er dient ihnen indirekt und schafft — dies ist das  
 — gute Sitte; aber über diese Funktion reicht er nicht hinaus.  
 wird der Staat im Zeitalter der verwirklichten Vernunftkunst  
 pt sich selbst überflüssig gemacht haben<sup>3)</sup>. Der Gelehrte, der  
 e, der Religiöse tun alles, was er erzwingt, ohnehin aus eigenem  
 e. Beide Arten der Motivation werden dieselben äußeren Hand-  
 gebieten; aber das ist eine rein zufällige Deckung. Jedenfalls  
 der Staat, was doch sein Wesen ausmacht, den Charakter als  
 die Gewalt und würde bloß der Leiter, Führer und treue Rat-  
 ligen<sup>4)</sup>. Man sieht: die letztere Auffassung unterscheidet sich  
 durch von der ersten, daß für sie nicht wie bei jener Staat und  
 oft unmittelbar zusammenfallen: für sie ist der Staat nur das  
 ordnete Mittel zur Erzeugung einer vollkommenen Gesellschaft<sup>5)</sup>.  
 er diese Doppelheit der Staatsauffassung ist Fichte nie<sup>6)</sup> hinaus-  
 en. Wir dürfen sie um so weniger verschleiern<sup>7)</sup>, als sie uns  
 gisch nicht unauflöslich ist, und als Altensstein, obwohl er im  
 hen der ersten Ansicht folgt, gelegentlich doch auch von der  
 ungskraft der zweiten, die im ganzen Zeitbewußtsein eine Stütze  
 ) überdies auf einer zum Teil richtigen psychologischen Be-  
 ig beruht, ergriffen wird. Als Realpolitiker war Fichte für die  
 ung und ideale Erfüllung der staatlichen Gewalt; als ethischer

VI, 404 f. VII, 83. 144. 166 ff. (bes. 168\*) 237\*.

Diese konsequente Trennung ist um so auffallender, als Fichte selbst  
 stentum als das Prinzip bezeichnet, das den modernen Staat geschaffen  
 I, 185. 188. 202.

Bes. VI, 306 (1794!).

VII, 168. 187.

S. Anm. 3.

Bgl. bes. die Rechtslehre von 1812 (Nachgel. W. W. II, 607—634), wo  
 540/2 ebenfalls der ethische Erziehungsgedanke hineinspielt.

Windelband, Fichtes Idee vom deutschen Staate, 1890, sonst die  
 Darstellung, geht darin fehl, daß sie die 11. Vorl. nicht auf den ab-  
 Staat bezieht. Diese Ansicht widerlegt neben vielem andern VII, 237.



ung der Idee, wie er sie lehrte, in sich empfunden haben. Und auch höchste Unterscheidung, die Fichte an dem Leben in der Idee selbst vollzog, wird für ihn von Belang: von dem Standpunkte der hohen Sittlichkeit, die das Pflichtgebot innerlich völlig in sich aufgenommen hat, sondert sich als ein noch höherer Zustand die Stufe der Religiosität, die dieses Gebot auch metaphysisch zu begreifen und zu lieben lernt und so den Menschen innerlich vollendet, indem sie ihm zeigt, wie er einzelne Momente seines Lebens in der ewigen Entwicklung des göttlichen Grundlebens enthalten sei. Dies ist — wenigstens in den „Vorlesungen über die Grundzüge“ — der höchste Zustand des Menschen<sup>1)</sup>. Religion ist danach nicht unmittelbar Aktivität, auch nicht, wie bei Schleiermacher<sup>2)</sup>, Gefühl, sondern wie bei Schelling: Metaphysik und Mystik.

Mit dieser Ideenlehre hängt nun die Fassung des Nationalitätsbegriffs bei Fichte eng zusammen. Zeller<sup>3)</sup> hat die Wendung Fichtes, noch in den „Grundzügen“ unumwunden den Kosmopolitismus nennt, zur nationalen Idee in das erste Gespräch über den Patriotismus setzt. Wie wir seine Stellung dazu aufzufassen haben, zeigt uns aber eine noch frühere Stelle aus dem Erlanger Universitätsgutachten<sup>4)</sup> weit deutlicher: „Wird nun etwa noch überdies, durch eine nicht geistlose Ansicht der Geschichte, der letztere (sc. der besondere Volkscharakter) befaßt als hervorgehend aus dem allgemeinen neueuropäischen Charakter<sup>5)</sup>, tritt an die Stelle des dumpfen und unbeholfenen Patriotismus Partianismus könnte man es nennen) der sich selbst klare Patriotismus, welcher mit Weltbürgerfinn und deutschem Nationalfinn sich sehr wohl einigen läßt, und in jedem kräftigen Menschen sich notwendig damit einigt (Attizismus könnte man ihn nennen).“ Wie ist dieses Zusammenbestehen von Patriotismus und Weltbürgerfinn zu denken? Nicht anders als so, wie sich Fichte überhaupt die Möglichkeit der Individualität dachte: das Absolute kann nur heraustreten in individuellen und einzigen Bildungen; aber je originaler, kräftiger es in ihnen Gestalt nimmt, um so höher steht das so beschaffene Leben. Dies wendet nun Fichte in den „Reden“ so, daß er den Deutschen den eigensten Beruf dieser Verwirklichung des Idealen zuschreibt. Wo diese tatsächlich stattfindet, da ist die deutsche Nation. Fichte selbst zieht die Konsequenz,

1) B. B. VII, 60.

2) Gegen ihn V, 411.

3) Histor. Ztschr. Bd. IV.

4) Nachgel. B. B. III, 284.

5) Bgl. VII, 193: „neueuropäischer Nationalcharakter“.





achtung und Abwendung von allen höheren gemeinsamen Interessen, der auch, wie er mit Schelling sagt, der Auf- und Ausklärung. Aber wir sehen aus allem, daß der Blick des Idealisten und Philosophen sich ungern an den langsamen Gang der Zeitalter (auch wenn er sie bloß gleichsam angeordnet hat) hält, wie denn auch Altenstein mit wüthendem Feuer gleich das höchste Ideal ergreift: „Durchaus suchte ich das höchste zu erreichende Ideal aufzustellen. Das Ganze ist nicht realisch im gemeineren Sinne des Worts, oder bloß in der Idee möglich, es läßt sich ausführen und sich dem Ideal möglichst nähern<sup>1)</sup>.“ Das ist ganz dieselbe Stimmung, aus der heraus Fichte dann in den „Reden“ die Epoche als die Mitte der Zeit, als den eigentlichen Wendepunkt vom Fortschritt zum Ideal charakterisierte: „Der dormalen in der ewigen Zeit in der Tagesordnung sich befindende Fortschritt ist die vollkommene Gleichung der Nation zum Menschen<sup>2)</sup>.“

#### IV.

Wir werden nun den Nachweis führen, daß der gesamte philosophische Begehalt der Denkschrift Altensteins so gut wie restlos auf die dargestellten Gedanken Fichtes, in denen sich Geschichtsphilosophie und Staatsideal eng verschlingen, zurückgeführt werden kann.

Zunächst die Geschichtsphilosophie: Sie ist derselben ethischen Grundimmung entsprungen, wie Fichtes idealistischer Fortschrittsglaube, und ist die Auffassung, die Adam Müller vom Weltgeist hatte: „er muß eiter, jedem kommenden Moment, jedem aufsteigenden und immer ruhigeren Geschlecht mit gewaltigerer Bewegung, mit allgemeinerem Lichte seine erhabene Ruhe verkündigen<sup>3)</sup>.“ Ebenso lautet Altensteins Grundbekenntnis: „Es gibt nichts Stehendes und Unveränderliches auf dieser Welt<sup>4)</sup>.“ Also ist auch jede Staatsverfassung zwar „eine Stufe, auf welcher das menschliche Geschlecht gehen muß, allein eine Stufe, welche sie demnächst überschreiten soll und auf der sie nicht ewig bleiben darf“<sup>5)</sup>. Daraus folgt nun, daß Preußen durchaus unausgesetzt fortzueilen muß und nie stille stehen darf<sup>6)</sup>. Seine Verfassung ist so zu richten, — das ist die großartigste und entscheidendste Stelle der ganzen Denkschrift — „daß in jeder Bestimmung derselben die Möglichkeit nicht nur, sondern sogar eine Ver-

1) Denkschr. 217.

2) Reden 306. 354.

3) Vorlesungen usw. S. 205.

4) 33. 5) 24 b. 6) 18 b.



nn des Schicksals und der Vorsehung. So ging es bis Tilsit mit  
 ner Notwendigkeit. Lehrt doch selbst Fichte, daß die Geschichte das  
 ehene als notwendigen Erfolg aus dem Vorhergegangenen ansehe,  
 für sie die Freiheit vorüber sei<sup>1)</sup>; und an seine Frau schrieb er  
 damals: „Wer hinter dem Vorhange stand, sieht manches anders;  
 licher nicht gerade; aber er sieht die eiserne Notwendigkeit mehr  
 2).“ Aber neben dieser Seite der Notwendigkeit ist nun auch die  
 Freiheit im göttlichen Weltplane angelegt: die Erhebung zur Reform,  
 elbe sittliche Aufschwung, den Fichte in den „Reden“ predigte, ist  
 der Zeitordnung<sup>3)</sup>. Wir können uns heute in dieses Gefühl, daß  
 durch die metaphysische Unbestimmtheit der Begriffe Freiheit und  
 wendigkeit eine philosophische Stütze erhält, nur schwer hineinversetzen<sup>4)</sup>.  
 doch ist es ganz die Grundstimmung, die sich durch Altensteins  
 de an Schön hindurchzieht: „Freiheit und Notwendigkeit fallen zu-  
 men<sup>5)</sup>.“ „Das Fatum hat gewaltet, es wird ferner walten<sup>6)</sup>.“  
 r „etwas Gutes wird aus der Sache, — das ist gewiß, denn dafür  
 die Weltordnung“<sup>7)</sup>. Auch Napoleon ist von Gott gesandt, die  
 wäche zu zermalmen; er ist bloß Werkzeug in der Hand der Vor-  
 ung<sup>8)</sup>. Aber es ist selbstverständlich, daß damit kein blinder Glaube  
 das Fatum gepredigt werden soll<sup>9)</sup>. Vielmehr beruft sich Altenstein  
 ft in einer Anmerkung der Denkschrift auf eine Äußerung Fichtes,  
 am besten geeignet ist, diese ganze eigentümliche Gefühlsverfassung  
 erklären: „Denke, könnte man dem Menschen zurufen, daß du nichts  
 dich selbst siehst und alles durch Gott, damit du edel und stark  
 best in diesem Gedanken; aber wirke, als wenn kein Gott sei, der  
 helfen werde, sondern du alles allein tun müßest, wie er denn in  
 Tat dir nicht anders helfen will, als wie er dir schon geholfen hat,  
 und, daß er dich dir selbst gab<sup>10)</sup>.“

1) Reden 269.

2) Leben I, 398.

3) Bes. Reden 306.

4) Vgl. oben. Fichte VII, 141. 210, auch 161 ff., VI, 166. Besta 71.  
 n 282\* vgl. m. Schrift: Die Grundlagen der Geschichtswissenschaft, Berlin  
 , 3. Kap.

5) Schön II, 21. 23.

6) Das. 9. 11. 21. 22.

7) Schön II, 12.

8) Das. 24.

9) Denkschr. S. 9.

10) Besta 1807 S. 71 = W. W. (Nachlaß) III 449.



Montesquieus „De l'esprit des lois<sup>1)</sup>“ kann um so weniger überschauen, als ja die ganze Metaphysik des Geistes unter seinem Einfluß steht und Altenstein außerdem durch die Annahme der Lehre von der Teilung der Gewalten, die Fichte nie anerkannte, sich als ein Anhänger jener zeitbeherrschenden Gedanken erwies (siehe unten).

Dies ist der allgemeine geschichtsphilosophische Rahmen, in dem der gegenwärtige Moment eingeordnet wird. Hier kehrt ganz das tiefste Gefühl von dem Wendepunkt der Zeitalter wieder: die gegenwärtige Epoche ist eine Zeit der Verflachung, der Schläffheit, des Egoismus<sup>2)</sup>. Politisch äußert sich das in der egoistischen Isolierung der Stände und der Einzelnen im Staat, in dem Fehlen jeder öffentlichen Meinung, in dem Mangel tieferer Bildung und Religiosität bei Beamten wie Bürgern. „Nur für die eigene Existenz und deren ganzliche Verbesserung sorgte ein jeder<sup>3)</sup>.“ Aber durch die letztvorangegangenen Ereignisse ist — wie Fichte später in den „Reden“ genau so entwickelte — die Umkehr unvermeidlich gefordert: „Das Hängen an Sinnlichkeit hat einen Stoß erhalten. Viele Menschen haben gesehen, wie leicht dieser Abgott zusammenstürzt<sup>4)</sup>.“ Allgemein ahnte man eine „Wehen einer neuen Geburt“, welche herrlich sein mußte über alle Erwartungen<sup>5)</sup>; aber von welcher Seite sollte diese Erhebung erwartet werden? Altenstein gab die Antwort schon vor Beginn der Ausarbeitung, wenn er an Schön schrieb — und damit erfassen wir zugleich die tiefste Wurzel seines Staatsideals: „Es hilft alles nichts, solange Schwäche herrscht — Kraft muß sich rühren, sie ist nicht da, und also wird erstellt werden, was das Fatum will.“ [5. Juli 1807<sup>6)</sup>.] Er meinte damit nicht nur die Entfaltung roher physischer Kraft, sondern wie Jacobi und Fichte den Aufschwung zur Idee, und dieses ganze, neue, unbeschreibbare Lebensgefühl liegt darin, wenn er die neue Staatsidee, von Stunde nach dem göttlichen Weltplan gekommen ist, zusammenfaßt in dem „Ideal der höchsten Kraftäußerung“<sup>7)</sup>. Wie Fichte diesen Zustand als einen in sich selber Genuß gewährenden, unendlich seligen<sup>8)</sup> geschildert hatte, wie er in den „Reden“ dann von Gott aus forderte, „gleich Gott um höheren Lebens willen das niedere

1) 1. Buch.

2) 27 b. 54. 156 b. 215 b. Fichte W. W. VII, 66.

3) S. 29. 4) 142.

5) Fichte VII, 235. Vgl. Reden 306. 310. 354. 374 f.\*

6) Schön II, 24, auch 35. 40. 43.

7) 5. 30 b. Ebenso schließt Sövern a. a. D. S. 55.

8) W. W. VII, 56 f.



er „Form des Staates“ versteht: „Richtung aller individuellen Kräfte auf den Zweck der Gattung<sup>1)</sup>.“ Das tritt nun inhaltlich noch deutlicher zu Tage: diejenige Form, die Fichte als die allein vollendete elten ließ, nämlich die, in der die völlige Freiheit und Gleichheit aller verwirklicht ist<sup>2)</sup>, fordert auch Altenstein<sup>3)</sup>, nicht ohne das Bewußtsein, damit an die Ideen der französischen Revolution anzuknüpfen<sup>4)</sup>. Das Wichtigste daher ist Aufhebung der Stände, vor allem aber Aufhebung der Erbuntertänigkeit. Darin gipfelt die Kritik, die er gegen das alte Preußen richtet: „Ursprünglich hatten diese Stände noch einen Zweck und eine allgemeine Tendenz für den Staat<sup>5)</sup>.“ Aber mit dem Fortschreiten der Verhältnisse zeigte sich die vernichtende Konsequenz: Es gab keine Nation im Staate, nicht einmal eigentliche Provinzen; sondern einzelne Stände in den verschiedenen Provinzen, jeder mit besonderem Interesse, ohne Vereinigungspunkt als bei allen der Wunsch des Beibehaltens des Alten<sup>6)</sup>.“ Am meisten hemmend erwies sich der Adel. Er entzog dem Staat durch seine Privilegien Kräfte, statt sie zu vermehren<sup>7)</sup>. Soll er trotz der prinzipiellen Nivellierung der Gesellschaft noch in einer Form fortbestehen, so würde es die sein, daß der Staat an ihn besondere Ansprüche machte, sich auszuzeichnen<sup>8)</sup>. Die Vorrechte des Besitzes, der Abgabefreiheit, des Gerichtsstandes aber müssen schwinden. Wenn Fichte<sup>9)</sup> über den Adel genau dieselbe Kritik übt, so treffen beide nur mit der allgemeinen Zeitstimme zusammen. Noch schlimmer aber schlägt eine andere Institution der von Kant formulierten sittlichen Forderung, daß der Mensch immer nur als Zweck, nie als Mittel behandelt werden dürfe<sup>10)</sup>, ins Gesicht, nämlich die Erbuntertänigkeit. Sie ist ein „Schandfleck der Verfassung“<sup>11)</sup>, und „es ist kaum glaublich, daß in einem Staat wie der preußische in der Verfassung solche Spuren der größten Barbarei zurückgeblieben seien“<sup>12)</sup>. Also auch hier ist persönliche Freiheit durchzusetzen, wenn auch der Gutsherr die Aufrechterhaltung der Ordnung, den Dienstzwang und die häusliche Zucht behält<sup>13)</sup>. — Ist zuvörderst<sup>14)</sup> die Polizei so eingerichtet, daß Freiheit und Gleichheit gewährleistet sind, so hängt damit der weitere Schritt zusammen, „eine Art von Nationalrepräsentation in die Verfassung zu legen“, die dann auch nicht mehr nach Ständen gewählt

1) M. M. VII, 144. 2) VII, 207. 221.

3) 32 b. 4) 27. 5) 28.

6) 28 b. 7) 33 ff. 8) 37 b.

9) VII, 222, bes. 527! 531.

10) 6 b. 26 b. 30. 11) 39 b. 12) 39.

13) 159 b. 14) 219.





Auf diesem Standpunkt also ist die Grenze zwischen Staat und Religion beseitigt; die Anschauung ist verwirklicht, die Fichte in den „Grund-  
sätzen“ noch anzuerkennen zögerte<sup>1)</sup>, zu der er aber dann in den „Neben“  
und den gleichzeitigen politischen Fragmenten auch seinerseits fortschritt<sup>2)</sup>.

Aber freilich: eine Einschränkung macht hier Altenstein doch, und damit kommen wir auf die Frage nach den Grenzen überhaupt, die er der Staatswirksamkeit setzt. „Der preußische Staat kann die Bewirkung allgemeiner Religiosität nicht zum Ziel aller Kraftäußerung machen. Der Zustand der Welt und der innere Zustand des Staates, der sich hiernach mitbestimmt, erlaubt es nicht. Die höchste allgemeine Religiosität erheischt, daß alle Kräfte nur für sie vergewendet werden. Jetzt nimmt solche eine Menge anderer Gegenstände, vorzüglich die Sorge für die Sicherung von außen, in Anspruch<sup>3)</sup>.“ Das also wäre der bekannte geschichtsphilosophische Grund: die Zeit ist noch nicht reif, um unmittelbar am idealen Staate zu arbeiten. Aber der Fichte gelegentlich noch beherrschende, bei Humboldt zum Extrem durchgeführte Gedanke, daß der Staat sich Religion und Wissenschaften überhaupt nicht zum Zweck machen könne, ist Altenstein keinesfalls gekommen. Sie gehören mit zum Bereich der „Polizei“, in dem höheren Sinne genommen, wie er sie allein aufgefaßt wissen will<sup>4)</sup>. Es soll einen Religionsminister und einen Leiter des Unterrichtswesens geben. Aber diese müssen nun die Beschaffenheit des Zeitgeistes wie die Natur ihres besonderen Ressorts mit Feingefühl erfassen: Wenn schon auf den niederen Gebieten des Staatslebens nur durch eine möglichst geringe Bevormundung ein ge-  
dringliches Wachsen der Kräfte stattfinden kann, so gilt dies für die ge-  
nannten Gebiete noch mehr: weder die Religionsfreiheit noch die Lehr-  
und Pressfreiheit darf beschränkt werden. Hingegen muß der Staat die  
Hindernisse hinwegschaffen, die der Verbreitung echter Religiosität im  
Wege stehen<sup>5)</sup>, muß er für die Bildung der Geistlichen sorgen und sich  
überhaupt zum ganz allgemeinen Prinzip machen, „daß der Staat alle  
Institute übernehmen müsse, welche für die Individuen zustande zu  
bringen unmöglich oder wenigstens zu schwer sein würde“<sup>6)</sup>. Dahin gehören  
nun vor allen Dingen die Schulen: „Ist irgendeine Vormundschaft des  
Staates zu rechtfertigen, so ist es die, welche er bei allen Kindern  
übernimmt, da sie wirklich unmündig sind und die Eltern im allgemeinen

1) VII, 166. 187 ff. 237.

2) Neben 298. 392. 431\*. Polit. Fragm. VII, 537.

3) 143 b, vgl. 139 b.

4) 74 b. 5) 143 b. 6) 144. 148 b.



Diese allgemeinen Umriffe der Staatsauffassung erhalten in der Denkschrift nähere Bestimmungen, die durchgängig als Anwendungen der Fichteschen Ideenlehre angesehen werden können. Um zu beweisen, wie tief Altenstein sich Fichtes Gedanken angeeignet hatte, stelle ich die Hauptpunkte hier zusammen.

Zunächst die Anschauung von der in der Idee selbst enthaltenen Kraft. „Die Idee, sagt Fichte, wo sie zum Leben durchdringt, gibt die unermessliche Kraft und Stärke, und nur aus der Idee quillt die Kraft<sup>1)</sup>.“ Freilich kann nur der Edle, von dem die Idee in ihrer ganzen Macht, Fülle und Schönheit Besitz ergriffen hat, von dieser Erfahrung reden, während der sinnliche Mensch von ihr überhaupt keinen Begriff hat. Aber Leben wirkt auf Leben, und immer und notwendig ist die Begeisterung über den, der nicht begeistert ist<sup>2)</sup>. So wird nun auch für Altenstein Idee der Kraftäußerung und Kraftäußerung der Idee zu einer Art mystischer Einheit. Woran das alte Staatssystem mangelte, zeigt sich schon darin, daß es unter ihm gar häufig der Idee an belebender Kraft fehlte<sup>3)</sup>. Denn wo wirklich die höchste Idee ergriffen wird, da ist ihr selbst eine unwiderstehliche Kraft eigen, und das Lebendige und Belebende, was in ihr liegt, verbreitet sich durch alle Stufen der Staatsverwaltung bis zu dem Punkte, wo die rein mechanische Beamtenarbeit beginnen darf<sup>4)</sup>. Deshalb aber ist es eine Notwendigkeit, daß die Idee ausgesprochen und von den Beamten erfaßt wird; an Mängeln zu ihrer Ausführung wird es dann nicht fehlen<sup>5)</sup>. Diese Gewißheit des Erfolges ist „der unausbleibliche Lohn, den ein kräftiges Denken, Handeln und Fühlen mit sich führt, und das Glück, welches schon im Ergreifen des höheren Geistigen unfehlbar gewährt“<sup>6)</sup>.

Da nun die Idee nichts anderes ist als Heraustreten und Erfassen der allgemeinen Gattungsvernunft, so ist damit auch die sittliche Hingabe des Ganzen unmittelbar gesetzt. Immer wieder hält Fichte es dem Individualismus der Zeit entgegen: „Darin besteht eines jeglichen Bestimmung und Wert, daß er mit allem, was er ist, hat und vermag, an den Dienst der Gattung, — und, da und inwiefern der Staat die Art des Dienstes, welchen diese Gattung in der Regel bedarf, bestimmt, — an den Dienst des Staates setze<sup>7)</sup>.“ Vertritt er doch

1) VII, 72, ferner 36. 53. 56 f. 247. Vorles. über d. Wesen d. Gelehrten, Vorl., u. Religionsl. V, 526.

2) Reden 309. 390.

3) 164 b. 4) 165. 171.

5) 49 b. 103 b. Idee der „Publizität“. 6) 220 b.

7) Fichte VII, 225, vgl. 34 f.













Altenstein ist sich dabei deutlich bewußt, wie die ganze deutsche Bewegung der Zeit zusammenwirkt zur Erweckung der Religiosität: antil, Fichte und vor allem Pestalozzi<sup>1)</sup>). Dieser Mann, die Staatsleute und auch Altenstein selbst seit Jahren aufwaren, tritt jetzt in den reformatorischen Kreis ein. Fichte, in Königsberg näher mit ihm beschäftigt, erklärt sich und seine Kern mit ihm identisch. So wachsen auf allen Seiten die Gedanken mächtig an. Um dieselbe Zeit, wo Fichte in Berlin an die deutsche Nation“ hielt, sprach in Königsberg ein Mann — unter seinem und Pestalozzis Einfluß — vor den Staatsmännern die gleichen Gedanken aus: S ü b e r n , dessen über die Geschichte die Königin Luise sich abschreiben ließ. ben ein mächtiges Wachsen sittlicher Energie, religiöser Tiefe, es Vorwärtstreben, eine geistige Produktivität, die alle Gebiete ischen Lebens mit wissenschaftlicher Klarheit durchdringt. Wir sehen, wie sich dies alles unter den Symbolen der Fichteschen e und Geschichtsphilosophie verhält, die die neue politische ie und Weltanschauung ebenso wie dieses ganze frohe, fortschritts- Daseinsgefühl umschließt. Niemand bemerkte unter diesem i Schaffen die psychologische Brüchigkeit des theoretischen Aus- ie auch in Hegels Fortbildung nur schlimmer und unhaltbarer Man hatte das Gefühl, in der „schönsten, herrlichsten Zeit“ zu Es war ein allgemeiner Eifer des Bessermachens und Besser- damit man wieder eines besseren Schicksals würdig würde<sup>2)</sup>.“ m Ideale, mit denen man in die neue Zeit segelte, fassen die orte der Denkschrift — zugleich ihren ganzen Inhalt wider- — zusammen: „Preußen wird, indem es den Anforderungen ren Zeitgeistes entspricht und echter Philosophie oder Wissen- u, mit wahrer Religiosität das höchste Glück der Menschheit ten sucht und alle Zweige der Verwaltung zur Vereinigung äfte hierzu leitet, wohlthätig das Veraltete und Unhaltbare assen, was Frankreich tumultuarisch zerstörte, Ordnung, Recht- Sittlichkeit, Religiosität und wahre Wissenschaft erhalten und „und mit solchem dem Volke und dem besseren Teile der it, welcher sich unfehlbar anschließt, die höchstmögliche Freiheit größte Glück dieser Erde, den Genuß des Sinnlichen, soweit er instimmung mit dem höchsten Geistigen Wert hat, sichern<sup>3)</sup>.“

01 b. 141. 148. Vgl. Bassewitz, Die Kurmark im Oktober 1806, — Fichte, W. W. VII, 290. 298.

Schön I, 51. 3) 220.

**STANFORD LIBRARIES**

## IV.

# Der das Kriegswesen in der Mark Brandenburg zur Zeit von Kurfürst Joachim I.

Von

C. von Bardeleben.

---

### Lehndienst und Söldnertum.

Die Regierungszeit Kurfürst Joachims I. ist in kriegswissenschaftlicher Hinsicht eine recht bedeutungsvolle und abwechslungsreiche, denn sie erleidet eine gewaltigen Umschwung gerade um die Wende des 15. in das 16. Jahrhundert, beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit, und zeigt das Kriegswesen aller europäischen Länder. Die Erfindung des Schießpulvers ist zwar keine urplötzliche gewesen, sondern die Anwendung des Pulvers zum Waffengebrauch hat sich erst ganz allmählich entwickelt und erst um 1400 Conrad Schwarz, der kluge Mönch zu Freiburg, muß wohl als der erste der Erfinder gestrichen werden; aber die Ausnutzung dieser treibenden Kraft für Kriegszwecke und mit ihr die ganz veränderte Kriegsführung beginnt jener Zeit an. Die Taktik erleidet eine ungeheure Umwälzung. Die Mauern der Städte und Burgen bieten keinen sicheren Schutz mehr gegen die verheerende Wirkung der Geschütze. Die Feuerwaffen verdrängen Schwert und Speiß. Der geharnischte Ritter, auf schwerem gezäumtem Roß, der sonst Herrscher auf dem Schlachtfelde ist, wird vom gewandteren Fußknecht überflügelt, der geschulte Söldling ist im Kriegshandwerk besser bewandert als der ungeschickte Aufgebotene. Das Lehnknechtthum macht nunmehr den Lehndienst entbehrlich.

Die Mark Brandenburg gehört zu den wenigen Ländern, in denen das Söldnertum erst ziemlich spät Eingang fand. Durch die langwährenden Kriege der brandenburgischen Markgrafen mit den Wenden, Litauern und Polen waren die Beziehungen zu ihren Untertanen weit



lich bitt, Ir wollet fur vnns vnd der vnserer doselbst Im selb nach gelegenheit, vnnd so viel euch muglich, lager bestellen lassen, daran thut Ir vns sonderlich gefallen Inn freundschaft zu beschulden" usw.

### Die Kriegsbereitschaft.

Wenn auch Joachim als kluger Politiker es verstand, Kriege mit deren Ländern zu vermeiden und die Mark unter seiner Regierung in Frieden genoß, während die Nachbarn ringsherum sich bekriegten, hat er doch eine große Zahl von Kriegsrüstungen vorgenommen, die uns einen vortrefflichen Einblick in das Kriegswesen seiner Zeit geben. Die Lehnstapiarien des Geh. Staatsarchivs zu Berlin enthalten nicht nur Nachrichten über die zahlreichen Fehden, sondern sie liefern auch viele Nachweisungen von Rüstungen und Bereitschaften bei drohender Kriegsgefahr. Schon vom Antritt der Regierung finden wir den Kurfürsten in die verschiedensten Fehden verwickelt; hauptsächlich sind es Fehden mit dem Adel seines Landes, dessen Macht er durch Beharrlichkeit und rücksichtslose Strenge zu brechen verstand<sup>1)</sup>.

Die Angaben über die Kriegsbereitschaft jener Zeit entnehmen wir aus kurfürstlichen Befehlen, Artikeln, Verträgen und Reformationen<sup>2)</sup>. Einige der interessanteren dieser Schriftstücke, aus denen die Stärke, Rüstung, Bewaffnung usw. der von der Mark Brandenburg aufzubringenden Streiter zu ersehen, folgen in Abschrift bezw. Auszug. In den Städten war die dienstpflichtige Mannschaft im Verhältnis des Mannstandes auf die Gilden und die gemeine Bürgerschaft verteilt. Die Bürger oder in Vertretung deren Söhne hatten in Person sich zum Leihendienst, bewaffnet und gerüstet, zu stellen; dem Kriegsherrn lag ob, während der Dauer einer Heerfahrt zu unterhalten.

Das Archiv des Berliner Rathauses enthält ein Schreiben vom Mai 1500 (abgedruckt bei Fiedicin, Histor. diplomat. Beiträge zur Geschichte Berlins II, S. 305), das beachtenswert ist wegen der Zahl und Art der Gestellung für Kriegszwecke der märkischen Städte. Es lautet im Auszug:

„Auf heute haben die mittelmärkischen Stedte von unserem gnedigsten Herrn Abschied empfangen, domit ihre gnaden vnd die Herrschaft in diesen swinden vnd swaren Leufften zu eilender Hülff gerustete Leut aufbringen können vnd mügen, das sie onn Seumen 800

1) Vgl. Treusch v. Buttlar, Der Kampf Joachims I. gegen die abligen Landbrecher in der Mark.

2) Geh. St.Arch. Berlin; Rep. 78, Leihdienst u. Markgraf Joachim I.









l er den Kurfürsten eingestandenermaßen mit groben und schmählischen Worten belästigt hat“, worauf ersterer sich bewogen fand, mit „Unrat Strafe“ gegen ihn vorzugehen. Auf Fürbitte seiner Freunde, be-  
trug des Marschalls von Bredow, wird Waldenfels noch ein Jahr  
verwilligt; nach Verlauf dieser dringt der Kurfürst aber darauf,  
er mit seinen Mannen zum Kriegsdienst bereit in Rottbus einreitet,  
sich soll er sich aber, wie es in dem Reskriptum heißt, „aller bösen  
Taten enthalten“.

Als im Jahre 1523 Joachim seinen Schwager, König Christian II.  
Dänemark, welcher aus seinem Lande vertrieben war, wieder mit  
offener Hand in dasselbe zurückführen wollte, ließ er in der Mark  
n. Eine Kopfzinstaufnahme vom 2. Oktober d. J. (nicht bei Riedel  
Gießstedt) aus dem Stifte Havelberg<sup>1)</sup> bringt genaue Nachricht über  
Dienstleistung und Stärke der Lehnleute sowie die Gestellung der  
Leute. Engel von Warnstedt<sup>2)</sup> war Hauptmann der Havelberger  
Lehnenschaft, er ritt mit vier wohlgerüsteten Pferden in einem „Ranger“  
(Rüstharnisch) dem Kurfürsten zu. Die Herren vom Adel werden mit  
ihnen angeführt und als geharnischte Reiter bezeichnet, die von ihren  
Leuten begleitet werden (darunter: die Gänse Herren zu Putzig,  
Duisow, v. Rohr, v. Konow, v. Königsmark, v. Blumenthal,  
Krabow, v. Restdorf u. a.). Die Städte des Stifts stellen die  
Leute und Fahrzeuge. Der Bischof sendet von einem seiner Vor-  
steher einen Wagen mit Geizt und anderer Notdurft beladen. Die  
Stadt Wittstock einen vierspännigen Vorratswagen, der eine Tonne  
Leinwand, neun Seiten Speck und eine Tonne Käse mit sich führte. Zu  
dem Lehnauflauf hatte der Kurfürst noch Kriegsvölker werben lassen  
seine Streiter bei Perleberg, wohin er sich selbst mit dem Bischof  
Lebus, Georg von Blumenthal, begeben hatte, zusammengezogen.  
Da aber das vom König von Dänemark zum Unterhalt der Truppen  
verordnete Geld nicht eintraf, wurden sie wieder entlassen und Joachim  
gab den von ihm geworbenen Söldlingen aus seiner Tasche eine Ab-  
schlagszahlung von 100 Gulden entrichten.

Ein allgemeines Aufgebot für Herren, Grafen, Adel und Städte  
erlassen, als der Bauernkrieg, von dem Gottlob unsere Mark ver-  
schont blieb, in den Nachbarländern wütete. Joachim sagt in seiner  
Verordnung de dato Rathenow, Dienstag nach Philippi und Jacobi  
1523 (2. Mai)<sup>3)</sup>:

1) Rep. 78, C. M. 60, fol. 5 u. 6. Stift Havelberg, Lehenregistratur.

2) Aus einem ehemals in der Priegnitz reich begüterten Geschlecht.

3) Riedel C III, 347.



haltung der Lehnendienste aufnehmen ließ<sup>1)</sup>. Hiernach wird der gesammte Kossdienst der Mark im Jahre 1528 auf 4000 Pferde geschätzt. eben diesen Berichten stellten z. B. Berlin und Köln 600 Mann Fuß und 80 Pferde, die beiden Städte Brandenburg 300 Mann Fuß und 18 Pferde, Spandau 100 Mann, Rathenow 25 Mann und Oranienburg 18 Pferde, Frankfurt a. O. 110 Mann und 18 Pferde, Ruppin 108 Mann, Prenzlau 80 Mann. Rechnet man die nicht angeführten Städte im Vergleich hinzu, so bleibt die Nummer weit hinter der oben angegebenen zurück. —

Das stark besetzte Schloß Sonnenwalde, das Minkwitz nachdrücklich verteidigte, widerstand hartnäckig dem Ansturm der Brandenburger. Minkwitz erhielt noch Hilfe aus Pommern und Mecklenburg, so daß die Angreifer zum Abzug genötigt wurden, und es erfolgte keine Waffentat. Da auch der Kaiser sich in die Händel mischte, suchte Joachim Verhandlungen an und entließ nach unrühmlichem Verlauf das mühsam zusammengebrachte Kriegsvolk.

Eine größere Bestellung brandenburgischer Truppen fand noch unter Kurfürst Joachim III. Regierung für den Reichskrieg gegen die Türken 1532 statt. Stattliche Hilfsheer aus Brandenburg und Sachsen, unter Anführung Joachims tapferem Sohn Joachim II., zählte allein 2000 Reiter, ein ansehnlicher Haufen geworbener Söldner unter Oberst Johann Buch war dabei. Große Ladungen von Gepäck aller Art wurden von Berlin nach dem Kampfsplatz vorausgeschickt.

Das Landsknechtthum steht zu dieser Zeit in voller Blüte. Georg Frundsberg, Jakob von Embs, Götz von Berlichingen führen die verschiedenen Landsknechtscharen zum Kampf und Sieg. Die Söldner erwarben jetzt auch bei den Zügen der Brandenburger in beträchtlicher Zahl neben den Aufgebotenen, besonders nötig waren sie für auswärtige Dienste des Kurfürsten. Er nimmt Adelige (Graf von Hohenhausen, von Hagen, von Rappengut, von Landsberg, von der Schulenburg, von Wittenberg u. v. a.) gegen Sold in seine Dienste, sie verpflichteten sich zur Aufbringung einer bestimmten Streiterzahl, oft mehrerer Hunderte. Mit ihnen abgeschlossenen Verträge setzten in einer großen Zahl von Fällen außer genaueste die Geldsummen, Waffengattung, Sold- und Verpflegungsverhältnisse, Dienstleistung, Abgang, Ersatz usw. fest. Auch Kurfürst stellte dem Kaiser außer dem ihm vorgeschriebenen Reichsbeitrag, das sehr gering bemessen war (auf den Reichstagen von

1) Rep. 78, C. M. 86, fol. 61 u. f., Fiedicin, Histor.-diplom. Beiträge 14.



is Radischloß, eine deutsche Erfindung. Dies bestand in einer ein-  
 a Federkonstruktion und schnellte beim Druck nach Berührung mit  
 Pfanne in die alte Lage zurück. Man unterschied Handhaken,  
 rohre, Handbüchsen und Arkebusen, letztere die kleinste Art, aus  
 all gegossen; sie schossen eine 3-lötige eiserne Kugel bei einer Schußweite  
 75 Schritten. Die Hakenbüchse wurde durch die Musquete verdrängt,  
 Alba um 1521 eingeführt. Muschetta oder kleiner Sperber  
 der schwere Bolzen der Armbrust, nach andern soll der Name von  
 quito, der lästigen Fliege, herrühren. Der Schütze führte außer dem  
 lichen Feuerrohr mit Schaft noch eine Auflage für das Gewehr,  
 Gabel“ mit, er trug das Pulver (Kraut) in einer Flasche, die  
 in (das Lot) in einem Lederbeutel und die Lunte offen am Bandelier  
 alterriemen), später in einem Sack. Beim Abfeuern drehte er das  
 chloß gegen den Feuerstein, dessen Funken dann auf die Pfanne  
 len und das darauf gestreute Pulver entzündeten. Der Musketier  
 leichter als der gewöhnliche Fußknecht bekleidet und ausgestattet.  
 Armbrustschütze ist in dieser Periode schon aus der Reihe der ins  
 ziehenden Fußknechte verschwunden, man findet ihn nur noch in den  
 ten und auf Burgen und vor allem bei Ausübung der Jagd, denn  
 lrmbrust übertraf jede Feuerwaffe derzeit an Treffsicherheit.

An blanken Waffen wurden Schwert, Degen und Dolch geführt, an  
 genwaffen: der Spieß, Langspieß, oft 5—6 m lang, Helmbarte  
 rbarde) und die Glesse.

Mit Vermehrung der Schußwaffen und besonders seitdem ihre  
 er besser damit ausgebildet wurden und sie geschickter auszunutzen  
 nden, verstärkte man die zur Zeit gebräuchlichen Schußwaffen: den  
 , Eisenhut, die Brust- und Rückenharnische und machte sie schußfrei.  
 Die Artillerie (aus dem Französischen, artilleur = Künstler, nicht  
 arcolay, das erst daraus verstümmelt worden ist) nahm zur Zeit  
 nims schon eine bevorzugte Stellung ein. Die mannigfachsten  
 hformen waren im Gebrauch. Es gab Hauptbüchsen, Scharfanten  
 größten und stärksten Geschütze für den Festungskrieg), Karthaunen  
 Quarantana), 40 pfündige Kanonen (von Kanne wegen der konischen  
 ). Doppeltkarthaunen schossen 96 Pfund schwere eiserne Kugeln mit  
 pund Pulver, Pfeiser oder Mauerstürzer 48 Pfund schwere, eben-  
 eiserne Kugeln mit 24 Pfund Pulver und eine große Anzahl von  
 ngen aller Art, ganze, halbe und viertel, von 20 bis 40 Kaliber  
 hmesser des Rohrs) Länge. Die längsten von ihnen führten den  
 n „Wurm“. Die kleinen Schlangen hießen auch Tarras oder  
 sbüchsen (von dem spanischen terasia = Schlange), sie schossen



eine Art Reitergewehr als Schußwaffe führten. Die schwere, der schnelle reißige Zug, wobei Reiter und Roß gewappnet, trug als Waffswaffe: Reißpieß und langes Schwert.

### Die Dienstgrade.

Das Kriegsvolk hatte damals schon die verschiedensten Dienstgrade. Die Führer, ihre Stellungen und Dienstpflichten geben die Bestimmungen<sup>1)</sup> und Eidesleistungen nähere Auskunft.

Der Oberst mußte nicht allein ein guter Führer und kriegsgewandter Soldat sein, sondern auch ein tüchtiger Organisator, der sich die Anwerbung und Einteilung der Söldlinge verstand. In den Aufstellungen von Landvögten, Amts- und Hauptleuten heißt es häufig, sie sich vom Kurfürsten im Felde als „Obersten oder Hauptleute gesellen lassen sollten“, ferner hätten sich in Kriegszeiten die städtischen Ratsmänner kriegstüchtig auszubilden und für die Instandhaltung derselben gut zu sorgen, „damit solche geübt und zu der Herrschaft Vornemen desto geschickter sei“.

Die Kapitäne oder Hauptleute wurden ebenfalls vom Kurfürsten angestellt. Sie mußten in denjenigen Städten wohnen, in welchen ihnen die Führung des Fußvolks und die Musterung im Frieden anvertraut war; sie verpflichteten sich stets auf eine Reihe von Jahren zum Dienst; ihre Besoldung, Verpflegung und Bekleidung war verschieden. Der Kapitain von Euffel, wohnhaft zu Stendal, Kapitain über die sieben altmärkischen Städte, welcher auch deren Geschütz, Schlangen und Halen zu beaufsichtigen hatte, kapituliert 1509 auf zehn Jahre mit 100 Gulden jährlichem Gehalt und einem Anzug; wenn er aber auf einem Fußzug sich beband, sollte er wie die anderen Hauptleute gehalten werden. Lorenz Hüter, Kapitain der beiden Städte Brandenburg, wird 1501 auf weitere 5 Jahre als Musterer des Kriegsvolks angestellt mit dem Bemerkten, die Städte nicht unnötig zu beschweren. Hans Platzmann im Jahre 1512 Hauptmann der neumärkischen Städte zu Landskrona a. M., erhält das Jahr 40 Gulden, freie Behausung, Holz, Kleidung aus englischem Stoff, dazu 4 Bräu Bier ohne Ziese (Abgabe) und einen halben Ellen Gold, sobald ihn der Kurfürst in seine eigenen Dienste nahm. Hans Hossbeck wird 1519 markgräflicher Kapitain des Fußvolks mit einem Gehalt von 50 Taler, freier Kleidung und Essen für seine Person und 2 Diener, sowie Futter für 3 Pferde und Ersatz für unbrauchbar

1) Rep. 78, Lehnstapiale, Bestellungen zur Zeit Joachims I. im Geh. Arch. Berlin.





„Spiel“, d. h. einen Trommler und einen Pfeifer. Die Reiterei bestand aus Heerpauker und Trompeter. Im Kampfe waren sie angewiesen, in ihrem zugehörigen Heerhaufen zu ziehen und „aus Leibeskräften“ zu pfeifen und zu blasen. Joachim hielt an seinem Hofe, wie aus den Aufzeichnungen<sup>1)</sup> für seine Reise nach Flensburg (1522) und Jüterbock (1527) zu ersehen, 13 Trompeter. Nach den Angaben über die ihnen gezahlten Trinkgelder und oft verwilligten Schlaftrunk scheinen sie recht wohlhabend zu sein. Solche Trompeter wurden vielfach zu Herold- und Botendiensten benutzt, sie waren gesuchte Leute. Die sogenannten *Rechnen*<sup>2)</sup> der Plassenburgischen Akten des Kön. Hausarchivs enthalten verschiedene Schreiben, nach denen öfter solche dringend erbeten werden. — Kaiser Maximilian ersucht Markgraf Friedrich um einen Trommler (1501). Markgraf Friedrich sendet Joachim Trompeter (um 1504). Vom 24. Juni 1508 datiert eine Bestellung des Kunz Kolbe „Hofdrommeter“ (Riedel C III, 190). —

Andere sehr wichtige Personen für die Kriegsmacht, wenn sie auch nicht unmittelbar zu den Streitern gehörten, waren: die Zeug- und Büchsenmeister, die Harnisch- und Spießmacher, sowie die Plattner und Abrustirer.

Die Zeugmeister hatten das ganze Waffen- und Wagenwesen in der Hand, sie waren die Vorgesetzten der Büchsenmacher, die zu Kriegszügen ohne ihre Erlaubnis weder bei Tag noch bei Nacht von den Lagern weggehen durften. Den Büchsenmachern unterstanden wieder die Lathnechte, die eigentliche Geschützbedienung.

Die Büchsenmeister gossen und kalibrierten die Geschütze, sie prüften die Kugeln und das Pulver an, bauten Brech- und Hebewerke, mußten die Kunst des Destillierens, Sublimierens, Separierens und Fontieren verstehen, auch Feuerwerke bereiten können. Sie trugen im Geschützdienst den Luntenspieß oder die Zündrute (halb Waffe, halb Werkzeug), den Visierstab, einen Kompaß und eine Triangel. Der mit ihnen abgeschlossene Vertrag bestimmt die Länge der Dienstzeit und das Gehalt, welches 16, 20 Gulden und mehr betrug, sie erhielten Hofkleidung, in Berlin auch das Essen aus der Hofküche sogar für die Frau, waren

von Steuer und allen Abgaben frei und durften von den Städten nicht ohne kurfürstliche Genehmigung entlassen werden, selbst wenn sie nichtstüßig waren oder sich schlecht führten. Bei Eroberung einer Stadt gehörten ihnen die Kirchenglocken, alle Ladungen in den Geschützen und das auf-

1) Rep. 9, Lit. M n 1 im Geh. St.Arch. zu Berlin.

2) Rössler, Akten von der Plassenburg, 1. K. 10.



zu zahlen; der Hof lieferte ihm alljährlich einen Rod und eine . Zur Ausübung seines Amtes wird ihm die „Pallien Mühle“, die r- und Walkmühle genannt, eingeräumt, außerdem die Scheune am markt“ vor dem Köpenicker Tor, um in den größeren Räumlichkeiten Handwerk besser betreiben zu können. Als Harnischmacherdiener ihm 1518 der gelernte Kleinschmied Klaus Gottschall beigegeben; Anstellung geht auf Lebenszeit und zwar mit 16 Gulden Sold, rübungen und Nachtlohn (wohl freie Flichtarbeit?); er mußte dafür dasjenige anfertigen, was zum Rennen und Stechen nötig, sollte über seine Arbeit Verschwiegenheit bewahren.

Auch einen Hofarmbrustierer gab es; im Jahr 1505 hieß er aus; er versah zugleich das Amt eines Schlüsselmeisters in Berlin, ein jährliches Einkommen von 16 Gulden bar, ferner ein Wispel en und ein Gemäß Wein vom Mühlenhof zu beziehen.

### Waffengattungen.

Das Heer gliederte sich in: Fußvolf, Reiterei, Artillerie und Troß. Das Fußvolf war in Fähnlein eingeteilt, deren Stärke zwischen 100 Mann wechselte. Es dienten Edelleute, Bürger und Bauern. Zum Kampfe standen in den vorderen Gliedern die Spießträger, ter die Hellebardiere. Etwa ein Drittel des Fähnleins bestand aus sen, von denen im Gesecht immer nur ein Teil schoß, während der e mit Laden beschäftigt war; solche Feuerabwechslung nannte man: Rädchen umgehen lassen“. Mehrere Fähnlein bildeten den Haufen; rnstfall wurde sehr darauf gehalten, ihm durch geschickte Verteilung fahnen ein schmuckvolles und achtungsgebietendes Ansehen zu geben. Bei der Reiterei unterschied man, wie schon oben gesagt, die re und leichte, die auch durch das Pferdmaterial verschieden war. 80 Pferde, der heutige Zug, bildete die „Schar“, deren fünf die panei oder Fähnlein, wieder vier bis fünf von diesen ein Geschwader, es der uerste Gebietiger (Oberst) befehligte. Mehrere Geschwader en zu einem Banner zusammengezogen. Zum Angriff ging die rei „in Spitz“ oder Breite vor; bei ersterer Art versuchte sie den er keilartig zu zersprengen, bei letzterer durch die Wucht zu werfen. Die Artillerie hatte noch keine besondere Einteilung und Taktik, Rolle in der Feldschlacht war noch nicht so bedeutungsvoll wie in :er Zeit, sie blieb infolge ihrer geringen Beweglichkeit an diejenige e gebannt, an welche sie zu Beginn des Kampfes gestellt war. Man zwar schon angefangen, die Gestelle, in denen die Rohre lagen, ist starker Blockräder fahrbar zu machen, aber ihre Fortschaffung



Bewegung, einer beweglichen Redoute gleichend; in den einspringenden Inteln schritten die Schützenhaufen voran, während auf beiden Seiten die Reiterei anritt. Der ganze Angriff verfolgte den Zweck, die feindliche Masse zu durchbrechen und zum Wanken zu bringen. Der Verteidiger setzte gleichfalls alles daran, den vordringenden Gegner auseinanderzusprengen, zu welchem Zweck er zeitweise aus seiner Stellung rbrach. Dicht am Feinde stürmte der Angreifer mit lautem Hurra- schrei auf diesen ein. Beim Zusammenstoß senkten sich die langen pieße der vorderen Kämpfer des Fußvolks, da sie im Handgemenge ht verwendbar waren; mit Hellebarden und Schwert wurde dann der stige Nahkampf Mann gegen Mann, der die Entscheidung brachte, egefochten.

Der Angriff im Belagerungskrieg hatte gegen das seitherige Ver- rten auch eine Wandlung durchgemacht. Die mittelalterlichen Stein- mern der Städte und Burgen konnten bei der gesteigerten Wirkung e Geschützfeuers dem Angriff keinen genügenden Widerstand leisten. r Verteidiger war daher gezwungen, Erdbauten anzuwenden; die auern wurden durch Erdwälle verstärkt, man baute Bastionen, legte abenverteidigungen an. Die Befestigungsweise Dürers, des scharf- nigen Lehrmeisters der Belagerungs- und Verteidigungskunst, fand hr und mehr Anwendung bei Befestigung der Städte; damit wurde er der Angriff bedeutend erschwert. Überraschung und Überfall ätten von nun ab seltener; der Angreifer war gezwungen, den festen ab erst nach regelmäßiger Belagerung zu nehmen. Er rückte hierzu nahe, als feindliches Feuer und Gelände gestatteten, heran und bezog s Lager. Nachdem die ausgesuchten Kommissarien die Natur der stung und ihre Verteidigungsfähigkeit durch „Verennen“ erkundet, urde der Kriegsrat berufen, dem der Feldzeugmeister, der Schanz- d Büchsenmeister anwohnten, um die Art und Weise des Angriffs fest- stellen, worauf die Aufstellung der Geschütze und der Bau von Erd- llen und Laufgräben begann; war Bresche gelegt und der Sturm er- glicht, so rückten die Fähnlein des Fußvolks heran, schlossen nach den wachen Stellen der Befestigung hin zusammen, stürmten dann mit ller Wucht gegen sie an, alles daran setzend, das Banner auf den all zu pflanzen.

Charakteristisch für die Kriegsführung zur Zeit Joachims I. ist, daß n bei der durch die Anwendung der Feuerwaffen veränderten Taktik h dem angriffsweisen Verfahren, gegenüber der Verteidigung, den rzug gab.

STANFORD LIBRARIES

## V.

# Die preussisch-österreichische Politik des Jahres 1807 bis zur Entsendung Stutterheims nach Tilsit.

Von

Gustav Sommerfeldt.

---

Je heller das beginnende neue Jahrhundert den Stern Napoleons strahlen ließ — die Erfolge dieses Kaisers, die in der erneuten Niederwerfung Österreichs vom Jahre 1805 und den Siegen über Preußen im Oktober 1806 verstärkt zum Ausdruck kamen, hatten in dieser Weise kaum je in Europa ihresgleichen gehabt —, um so deutlicher betete sich bei den Zeitgenossen, die doch der Mehrzahl nach von ähnlicher Gesinnung wie Königin Luise in Preußen gegenüber der Tyrannei der Korsen erfüllt waren, das Bewußtsein heraus, daß alles in Menschenmachten stehende zur Wiedereindämmung des französischen Einflusses anzuwenden werden müsse.

Auch ein Herrscher, der an den Überlieferungen der altfriderizianischen Politik weniger starr festhielt als es bei Friedrich Wilhelm III. bis 1806 der Fall war, würde deshalb die entehrenden Bedingungen, die Napoleon den Könige Ende Oktober 1806 in Osterode durch Marschall Duroc vorbringen ließ, und deren Tragweite erst recht deutlich wurde aus dem eigenen Verhalten, das Napoleon dem königlichen Unterhändler Grafen August von Dönhoff in einer Audienz vom 16. Oktober gezeigt hatte<sup>1)</sup>, unannehmbar zurückgewiesen haben<sup>2)</sup>. Ganz folgerichtig war es

---

1) Bericht Dönhoffs an den König über diese Audienz: Weimar, den 16. Oktober 1806, bei D. v. Lettow-Vorbeck, Der Krieg von 1806 und 1807. II. Berlin 1892. S. 77, Anm. 1.

2) Aus der auch sonst nicht lückenfreien Darstellung, die M. Dunder, Die Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III.; Abhand-





es auch als Schriftsteller berühmt gewordenen Erzherzogs Karl<sup>1)</sup> in authentischer Weise wiedergeben, werden um so wichtiger, je mehr die Betrachtungsweise und Forschung der kritischen Zeit des herannahenden Friedens von Tilsit sich nähert.

Einige speziellere Bemerkungen über die Person des preußischen Vertreters am Wiener Hofe mögen vorausgeschickt sein.

Als Nachfolger des Grafen von Keller hatte Graf Karl Friedrich von Finkenstein, ältester Sohn des aus dem Müller Arnold-Prozeß bekannten Regierungspräsidenten zu Rastrein, Grafen Friedrich Ludwig Karl von Finkenstein<sup>2)</sup>, im Dezember 1805 die Vertretung Preußens am Wiener Hofe übernommen<sup>3)</sup>. Seine guten Beziehungen zu den oberen Schichten der Wiener Gesellschaft, seine nicht leicht in den Schranken zu stellende Beredsamkeit, ein gewisser Freimut, mit dem er unter den schwierigsten Verhältnissen selbst seine Meinung zu äußern wagte, die pathetische Berbe endlich, die ihm eignete, befähigten ihn in besonderem Maße, die Interessen Preußens beim Wiener Hofe wahrzunehmen. Indessen wird es auch zu Recht bestehen, wenn daneben ein anderer Geschichtschreiber seine Meinung dahin äußert, daß Finkenstein auch eben diese Eigenschaften in einzelnen Fällen verleitet sei, über die Schranken strengster diplomatischer Vorsicht hinauszugehen<sup>4)</sup>.

1) In populärer Weise legte die Grundsätze von Karls meist auf Erhaltung des Friedens gerichteter Politik, die zugleich den Anschluß an Rußland und die Ablehnung von England zu empfehlen pflegte, u. a. dar A. J. Großhoffinger, Erzherzog Karl von Österreich und die Kriege 1792—1815. Saalbrunn 1850. S. 257 u. 265—266. Wissenschaftlicher A. Fournier, Gené und Gené; Geschichte der österreichischen Diplomatie, 1801—1805, Wien 1880, S. 109—112; J. v. Kleyer, Reform des österreichischen Kriegswesens durch Erzherzog Karl (Sitzungsberichte der Wiener Akademie Jahrg. 1849, II, S. 338 u. 357); M. von Angeli, Erzherzog Karl als Feldherr und Heeresorganisator, Wien 1896—1897; H. Delbrück, Erinnerungen, Aufsätze u. Reden, Berlin 1902, S. 582—605; H. Dörmann, Die Kriegführung des Erzherzogs Karl, Berlin 1900, und endlich die in mehreren Ausgaben erschienenen „Gesammelten Werke“ des Erzherzogs selbst. Aus dem Jahre 1807 ist hier enthalten die in lateinischer Sprache verfaßte „Relation an den Kaiser über das Kriegswesen, speziell die Insurrektion in Ungarn und das Kapitulationssystem“, datiert Ofen, den 7. Mai 1807 (Erzherzog Karl, Ausgewählte Schriften, hrsg. von F. K. Malcher, Bd. VI, Wien 1894, S. 248 ff.).

2) Gestorben zu Raditz am 18. April 1818, vgl. Schwarze in Allgemeines Biographisches Lexikon 7, S. 21—22.

3) Vorher seit September 1802 schon als Legationsrat bei der Gesandtschaft in Wien.

4) P. Haffel, Geschichte der preußischen Politik, 1807—1815, Bd. I, Publikationen aus den kgl. Preuß. Staatsarchiven, Bd. VI, Leipzig 1881, Forschungen z. brand. u. preuß. Gesch. XVIII. 2.



Gleichwohl war auch in einer Audienz vom 12. Dezember 1806 Haltung Franz I. in der Weise wie früher eine ablehnende<sup>1)</sup>. Durch Finkenstein, der auf die neue die Gründe einer baldigen Kriegserklärung Napoleons an Österreich im einzelnen darlegte, in die Enge getrieben, daß Franz I. von seinem Vertrauen zur göttlichen Vorsehung, die ihm zum besten wenden könne, und qu'on ne connoissoit pas encore in de tout cela; que lui autrefois avoit bien désiré la guerre, et que depuis qu'il en avoit connu toutes les horreurs, il ne vouloit surcharger sa conscience, et qu'il ne pourroit être tranquille que qu'une attaque ennemie le mettroit dans le cas de se battre pour propre défense, et qu'alors il se battoit en désespéré et par là être avec plus de bonheur<sup>2)</sup>. Ein neuer über diesen Gegenstand Generalmajor Fr. Wilhelm von Zastrow, den Nachfolger Haugwitz', enthält ausführlicher Bericht Finkensteins datiert vom 7. Januar 1807<sup>3)</sup>. Es wird darin mitgeteilt, daß trotz vieler aufgewandter Mühe trotz der dringenden Vorstellungen, die auch der russische Gesandte Rasumowski und der englische Gesandte Lord Adair mit denjenigen Finkensteins vereinigt hatten, der Wiener Hof in apathischer Untätigkeit verharre. Es müsse dies notwendig in demselben Maße zum Ruin Österreichs zugleich führen, wie die Franzosen auf dem Kriegsschauplatz

1) Geh. Staatsarchiv Berlin I, 194 — 1806, Vol. II, Bl. 125—132). Über niederschmetternden Eindruck, den diese Depesche bei ihrem Empfang im russischen Hauptquartier hervorrief, siehe H. S. v. Schlaben, Preußen in den Jahren 1806 und 1807, Mainz 1845, S. 91. Betreffend Früheres: ebendasselbst S. 8 und 34.

2) Durch Szenen, wie sie Finkenstein in diesem Fall und öfter dem Kaiser vortrat, kam es dahin, daß bei diesem eine gewisse Mißstimmung gegen Finkenstein sich herausbildete, Hassel a. a. O. S. 187—189. Allerdings wirkte auch um jene Zeit gerade von Napoleon gemachte Ansinnen an Österreich, seinen Machtstaat herabzusetzen und die an der Grenze stehenden Truppen ins Innere Landes zurückzuverlegen, dazu mit, die Stimmung des Kaisers zu einer sehr gereizten zu machen, Lefebvre a. a. O. III, S. 7.

3) Geheimes Staatsarchiv Berlin I, 194: Vienne, dépêches de Finkenstein 1807, Vol. I, Bl. 1—8. Freiherr vom Stein hatte inzwischen am 1. Januar 1807 seine Entlassung aus dem preussischen Staatsdienst genommen, v. Lehmann, Freiherr vom Stein, Bd. I, Leipzig 1902, S. 451—452. Zastrow erst am 16. Dezember beim Könige von Posen her eingetroffen, wo er zusammen mit dem Hauptbevollmächtigten Marquis Girolamo Lucchesini, ehemaligen russischen Gesandten in Paris, die Unterhandlungen mit Napoleon geführt. Über Lucchesinis Lebensgang: H. Hüffer, Zwei neue Quellen zur Geschichte Friedrich Wilhelms III. aus dem Nachlasse Lombards und Lucchesinis. Progr. Bonn 1882, S. 7—22.













t werden, indessen blieb das betreffende Übereinkommen mit Frankreich ausgeführt<sup>1)</sup>).

Infolge der geringen Wirkungen, die Pozzo's Tätigkeit hatte, besetzte denn auch Österreich zu gleicher Zeit die Vorfront zu laubieren, zwar recht geschickt, indem es Anfang Januar 1807 den General laus Karl Baron von Vincent<sup>2)</sup> ins französische Hauptquartier nach Paris sandte, um dort allgemeine Informationen einzuziehen, gleich-; die Besorgnisse Napoleons zu zerstreuen, als wenn Österreich im tiff stehe, den Gegnern Frankreichs sich anzuschließen. Über die ständige Unterredung, die Vincent am 10. Januar abends mit Napoleon in Paris hatte, und in der fast alle zurzeit schwebenden Tagesfragen berührt wurden, enthalten die Wiener Akten recht Ausführliches<sup>3)</sup>, es aber nicht zu ersehen, daß ein praktisches Ergebnis in politischer Sicht aus dieser von beiden Seiten mit verhältnismäßiger Offenheit gehaltenen Rücksprache entsprungen sei. Die Allianzangebote, die von österreichischer Seite bei diesem Anlaß an Österreich zu stellen gesucht wurden, lehnte Vincent mit Entschiedenheit ab<sup>4)</sup>).

An der abwartenden Haltung des Wiener Hofes vermochte andrer- auch eine Unterredung, die Finkenstein Anfang Februar mit Franz I., Erzherzog Karl und dem Grafen Stadion hatte, nichts zu ändern. Darnach konnte Finkenstein unterm 3. Februar berichten, daß mit

1) Abair S. 238 (Bericht an George Canning vom 9. Mai). Erst der erste Frieden brachte den Übergang Cattaros an Frankreich, Tatistcheff D. S. 619—623; Th. v. Bernhardt, Geschichte Rußlands Bd. I, Leipzig S. 6; Coquelle a. a. D. S. 598—599.

2) Freiherr von Vincent, der als Bevollmächtigter im Lager Napoleons öfter erscheint, wird als ein recht gewiegter Diplomat geschildert, z. B. Austernich's nachgelassenen Papieren, Bd. I, Wien 1880, S. 63, II, S. 122, u. d. Ein Zusammentreffen Müfflings mit General Vincent aus Anlaß deren Erfurter Konferenzen vom Jahre 1808 erwähnt Fr. Karl Ferd. Freiherr von Müffling, Aus meinem Leben, Berlin 1851, S. 29.

3) Beer S. 267.

4) Napoleon ließ deshalb unterm 27. Januar neue Verhaltensmaßregeln in dröckig nach Wien gelangen, indem dieser speziell darüber Erklärungen geben hätte, daß Galizien von der polnischen Revolutionsbewegung nicht ergriffen werden dürfen, Lefebvre III, S. 12. Wie die Befürchtungen Österreich wegen Galiziens damals alles andere übermogen, erhellt u. a. aus, daß Erzherzog Karl am 8. Januar 1807 in einem Memoire an den Kaiser den Fall des Einrückens der Franzosen in Galizien ins Auge faßte und in solcher Hinsicht empfahl, die Armee möge dann hinter March und Raab stehen nehmen, Beer S. 262 und Erzherzog Karl, Ausgewählte Schriften, Bd. VI, S. 234 ff.











points désignés, et qu'à la suite de cette conversation on avoit servi dans tous les départements de la chancellerie de guerre un travail plus qu'ordinaire.“ Ein gewisser Bienenfeld, der ehemals unter dem von Thugut große Lieferungen an die österreichische Armee ausführen hatte, sei übrigens neulich vom Kaiser empfangen worden, der ihm eine längere Audienz gewährte, und Bienenfeld behaupte seitdem, daß die Feindseligkeiten recht bald ihren Anfang nehmen würden. Abernd trete allerdings in den Weg die Eifersucht zwischen Erzherzog Karl und dem General Mayer, der ein besonderer Günstling des Kaisers sei. Dieser General wird sich nur dann für den Krieg erklären, wenn der Kaiser mit genügender Entschiedenheit sich in dieser Hinsicht äußere. Und Erzherzog Karl, obgleich wohlgesinnt, wird unausgesetzt einflußt durch General Grünne, der ihn zurückhält und in eine ähnliche Lage bringt, wie es 1805 gegenüber dem General Mack der Fall war. „Tout concourt en général à me confirmer dans mon opinion si souvent énoncée que l'Autriche sera entraînée dans la guerre, mais avec l'esprit de parti qui règne ici, il est impossible de prédire quand cela pourroit arriver et si une décision pareille ne viendra pas trop tard pour la bonne cause et pour l'Autriche elle même. Je dois pendant faire mention ici d'une circonstance favorable, et qui prouve clairement combien le cabinet Autrichien a changé de système depuis les heureux événements de la Prusse<sup>1)</sup>).

Eine völlige Änderung der Situation bewirkte das endliche Einsetzen des Kaisers Alexander in Memel, indem die schon früher gezeigte Sympathie dieses Monarchen gegen Zastrow den Anstoß gab, daß das Ministerium des Äußern Mitte April in kräftigere Hände, diejenigen Hardenbergs, überging<sup>2)</sup>. Dem österreichischen Gesandten Grafen Maxilian von Merveldt wurde gleichzeitig durch den Minister Freiherrn von Bubberg eröffnet, daß man den Vorschlag einer bloß bewaffneten Neutralität Österreichs nicht annehmen könne<sup>3)</sup>. Dieses seinerseits hat

1) Die Schlacht bei Pr. Eylau vom 7./8. Februar und daran sich anschließende Kriegsvorgänge, über die Zastrow wiederholt an Finkenstein geschrieben hatte.

2) H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. I, Leipzig 1880, S. 259; Ulmann, Russisch-preussische Politik S. 265 über Hardenbergs Hinneigung zu Hardenberg.

3) v. Schlabden, S. 182. Der englische Gesandte weiß unterm 4. April melden, daß Erzherzog Karl nunmehr die Notwendigkeit energischer Maßnahmen einzusehen beginnt, Adair S. 212. Um diese Zeit starb Franz' I. Kaiserin Maria Theresia von Sizilien am 13. April.









voulut y prendre part.“ Beginnend mit der These, daß der Krieg im allgemeinen aus den politischen Zuständen der Staaten hervorgeht und in dem Fall unvermeidlich wird, wenn eine der Mächte vermöge des Ubergewichts, das sie erlangt hat, die Sicherheit und Existenz der anderen bedroht, entwickelt Rneſebec, wie Napoleon durch ein außerordentlich geschicktes System seine Zwingherrschaft in Europa, die sich gegenwärtig von Spanien bis zu den Ufern der Weichsel erstreckt, zu errichten gewußt habe und sie dauernd ausübe, indem er für diesen Zweck eine Reihe von Monarchien errichtet habe, die er vermittelst seiner dort regierenden Verwandten in Abhängigkeit erhalte.

Rneſebec wirft dann die Frage auf, welches die Lage Napoleons sein würde, wenn Österreich den gewünschten Schritt tue und sich den Mächten Rußland, Preußen, England und Schweden anschließe. Die Situation der Verbündeten würde, so führt er aus, nicht in dem Maße hilflos sein, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte. Als Beweis dient ihm die allgemeine militärische Lage, und er macht acht Punkte namhaft, die den Vorteil oder das Nachteilige bei der Kriegsführung seiner Armee bedingen: 1. das möglichst herbeizuführende Ebenmaß der Kräfte, 2. die allgemeinen geographischen und strategischen Umstände, 3. die Mittel für den Unterhalt beider Armeen, wozu die größere oder kleinere Fruchtbarkeit der Gegenden gehören, in denen die Armeen sich finden, 4. die Hilfsmittel, welche beiderseits zur Verfügung stehen, um den notwendigen Armeebedarf aus der Ferne herbeizuschaffen, speziell ob sichtbare Flüsse ihren Lauf in der Richtung der Operationslinien haben. Auch ob die Organisation der Armeen es diesen ermöglicht, mit Leichtigkeit in Jahreszeiten zu operieren, in denen sie weder etwas in den Lagazinen vorfinden, noch in den Ortschaften, in denen sie sich aufhalten, 5. die Eigenschaften des Terrains, das den Schauplatz der Kriegsvorgänge bildet, und die Beziehungen des Terrains zur Organisation der Armeen und zu den speziellen Eigenschaften derselben, gleichzeitig auch, ob das Terrain vorteilhaft ist oder nicht, 6. die Beziehungen der beiderseitigen Operationsbasen in militärischer Hinsicht, 7. die Operationslinie und deren beziehungsweise Sicherheit, 8. die moralischen Eigenschaften, welche die beiderseitigen physischen Kräfte treiben, nämlich der die Armeen beseelende Geist und die Prinzipien, welche den Bewegungen zu Grunde liegen.

In Hinsicht auf alle diese Punkte bringt Rneſebec statistische Angaben in beträchtlicher Fülle bei, durch die er die Stärleverhältnisse der Armee Napoleons einerseits und derjenigen der Verbündeten andererseits beleuchtet.

























für ihn vorteilhaften Umständen angreifen und nicht umsonst darauf rechnen, es zu zerstören und mehrere Staaten von geringerer Ausdehnung daraus zu bilden, welche Entwicklung Österreichs ohnehin auf die Dauer nicht zu vermeiden ist. Durch die Art, in der Napoleon gegen Preußen verfuhr, hat Napoleon überdies deutlich gezeigt, daß er eine Großmacht zur Vermittlerin zwischen Frankreich und Rußland nicht gewünscht hat<sup>1)</sup>.

Für den Augenblick tut Napoleon alles, um das Wiener Kabinett glauben zu machen, daß er mit dem Verhalten Österreichs während des gegenwärtigen Krieges zufrieden gewesen sei, und gibt sich den Anschein, weder die Anwandlungen bemerkt zu haben, die Österreich veranlaßte, am Kriege gegen Frankreich teilzunehmen, noch den wahren Grund der Entsendung Stutterheims, der dieser Tage in Wien wiedereintreffen werde, kennen gelernt zu haben. Indem Finkenstein nochmals seinem Abscheu Ausdruck gibt über das Verhalten Rußlands, welches um so treuloßer handelte, da doch Preußen bei verschiedenen Gelegenheiten mit edler Festigkeit Napoleons Versuchen widerstanden hat, es von Rußland zu trennen, erklärt er, trotz des ungünstigen Friedens und der üblen Lage, in der Preußen sich gegenwärtig befindet, dem Könige, der bisher mit seinen Diensten zufrieden gewesen ist, treu bleiben und dem Vaterlande bis zum letzten Atemzuge gewissenhaft dienen zu wollen.

Der letzte Teil der Depesche handelt von dem Plan Franz I., sich mit der Tochter des Königs von Sachsen zu vermählen, die eigentlich Napoleon für seinen Bruder Jérôme ausersehen hatte. Wie Franz I. dieses Eheprojekts wegen sich am 29. Juli nach Böhmen begab, so auch Erzherzog Karl, der freilich auch die Befichtigung der in Böhmen stehenden Truppen damit verband. Endlich folgen in der Depesche noch recht ausführliche Mitteilungen über Anleihen, die Finkenstein genötigt ist zu machen, besonders um den stets recht großen Anforderungen des Grafen von Götzen in Schlessien zu genügen.

Die Ankunft Stutterheims in Tilsit erfolgte am 9. Juli<sup>2)</sup>, zu einer Zeit also, da die Verhandlungen abgeschlossen waren, und nur noch die Unterzeichnung des Vertrages ausstand, die auch in der Nacht zum 10. Juli vor sich ging. Noch am 9. Juli hatte Stutterheim eine Unterredung mit Napoleon wegen des Vorschlags der Vermittlung, den

1) Wie aus dem Vermittlerbestreben Österreichs das Gerücht von einer Allianz entstehen konnte, die Österreich in Warschau mit Napoleon gesucht habe (vgl. Beer S. 267), ist nur allzu erklärlich.

2) v. Schladen S. 264; Hardenberg, Denkwürdigkeiten III, S. 527.





riefene Konvention empfing, war, daß ihm von Napoleon die Rückgabe  
Braunau<sup>1)</sup> auf Grund der 1779 durch Bayern erfolgten Abtretung  
sicher gestellt wurde. Napoleon verließ darauf am 9. Juli  
noch Tilsit, um über Königsberg und Dresden nach Paris  
zurückzukehren, von wo er die Maßnahmen zu strengerer Durchführung  
am 21. November 1806 von Berlin aus dekretierten Kontinental-  
system zu überwachen imstande war.

---

1) Im März 1807 noch hatte Napoleon Braunau mit Regimentern ita-  
lienischer Nationalität neu belegt, v. Schladen S. 158.

---

STANFORD LIBRARIES

## Kleine Mitteilungen.

---

### Antrag zu dem „Rühmlichen Verhalten der Dorfgemeinde Koepitz in Hinterpommern im Kriege 1806“.

Mitgeteilt von Herman Granier.

Nach den im XIII. Bande der „Forschungen“ 1900, S. 540 f. mir mitgeteilten Aktenstücken über das rühmliche Verhalten der Dorfgemeinde Koepitz in Hinterpommern im Jahre 1806 — die Rettung und Verbergung preussischen Kriegsmaterials trotz französischer Nachstellungen — hatte der König im Juli 1809 die öffentliche Anerkennung dafür bis zu einem günstigeren Zeitpunkte vertagt, um die Gemeinde nicht etwa einer Gefahr seitens der noch in Stettin stehenden Franzosen aussetzen.

Als charakteristisch für die gebundene Lage des preussischen Staates zu den Freiheitskriegen sei im folgenden kurz gezeigt, wie lange noch die Staatsregierung und König vorsichtiges Verhalten für geboten gehalten haben.

Am 23. Januar 1810 regte die pommersche Regierung zu Stargard das Ministerium des Innern an, dem besonders um die Sache verdienten Schulzen Paul Pust zu Koepitz das am 18. Januar 1810 gestiftete Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen und für die Ortskirche eine Gedächtnistafel zu stiften. Dieser Antrag der Regierung blieb ohne Antwort, und ebenso wurde seine Wiederholung, d. d. Stargard 1811 Januar 18., im Ministerium des Innern „nach dem Beschlusse bloß in acta“ genommen. Erst infolge eines Berichtes der „General-Commission in Angelegenheiten der Königlich Preussischen Orden“ erfolgte am 26. November 1811 die Verleihung des Ehrenzeichens durch eine Kabinettsordre, die aber „in Absicht der Gemeinde selbst“ erklärte: „daß, da sie ohnehin in ihrem Schulzen geehrt ward, sie zu einer besonderen Auszeichnung nicht geeignet sey“.

Nach dem Tode des Schulzen im Jahre 1827 bat die Gemeinde Koepitz um Überlassung des Ehrenzeichens und dessen Aufbewahrung in der Kirche. Dies wurde gewährt durch folgende Kabinettsordre „An den Staatsminister von Schuckmann“:

„Ich will auf Ihren Bericht vom 28. v. M. der Gemeinde zu Koepitz Amts Stepenitz in Hinterpommern das dem verstorbenen Schulzen Pust verliehen gewesene Ehrenzeichen zweiter Classe, durch welches Ich gleich den im Jahre 1806 von der Gemeinde bewiesenen Patriotismus anerkannt habe, zur Aufbewahrung in ihrer Kirche überlassen, die Decoration soll aber nicht am Altar, auch nicht in der Nähe desselben ausgehängt werden.

Potsdam, den 3. Mai 1827.

Friedrich Wilhelm.“







des Vaters bei der Taufe des Kindes — nachgegeben werden könne, daß sie sich aber in anderen — Abendmahlsfeier, Exorzismus bei der Taufe, Nottaufe der Hebammen, Amtstracht der Geistlichen — zu fügen hätten. Als sich Herzog Albrecht so überzeugt hatte, daß die Böhmen keine Rehereien lehrten, beschloß er ihre Aufnahme in die preußische Kirche und die Verleihung der Staatszugehörigkeit an sie. Zu diesem Zwecke sandte er den Magister Friedrich Staphylus mit dem Auftrage an Speratus, die Aufnahme der Böhmen zu bewerkstelligen, dazu eine Ordnung festzustellen (*decreta conscribere*) und sie den Böhmen, sowie den preußischen Predigern zur Nachachtung zu eröffnen<sup>1)</sup>. Diesem Befehle unterzogen sich alsbald Speratus und der samländische Bischof Georg Polenz. Ihre Arbeit läßt sich in ihrem Werden verfolgen: der erste Entwurf führt den Titel „Ordnung und Artikel, so auf Bejehlcht des . . Herrn Albrechten des Eltern . . Herzogen in Preußen . . gestellt und beschloßen durch die Bischowe, Her Georgen von Polenß . . und Paulum Speratum von wegen der fremden elendiglich vorjagten Behemen, wes sie sich in Iren Genaden Kirchen vorhalten sollen“ und bringt auch in lateinischer Fassung, die als „*Ecclesiastica Decreta de advenis Bohemis exalibus*“ bezeichnet wird, bei den Akten<sup>2)</sup>. Tschadert gibt den Inhalt ganz kurz an und bemerkt richtig, daß Anfang und Schluß von des Staphylus Hand hinzugefügt seien. Das Datum fehlt, sehr begreiflich, da es eben nur ein Entwurf ist. Diese Tatsache tritt bei Tschadert nicht hervor, er sagt „die Bischöfe Polenz und Speratus gaben zu Gunsten der Böhmen folgende Ordnung und Artikel“. Am 19. Februar stellte der Herzog den Böhmen auf ihre Bitte die Bestätigung dieser Dekrete in Aussicht<sup>3)</sup>. Am 19. März sind sie dann wirklich publiziert worden und zwar in Marienwerder unter dem Titel „*Decreta ecclesiastica in Prussia pro advenis Bohemis*“. Wir besitzen davon eine Originalausfertigung, die von einer Kanzleihand geschrieben, von „Paulus Speratus a Rutilis Episcopus Pomezan. m. pr.“ eigenhändig unterzeichnet ist, auch findet sich links neben der Unterschrift das Papieriegel des Speratus. Dieses elf Quartblätter umfassende Aktenstück befindet sich in der Raczyński'schen Bibliothek in Posen, deren Verwaltung sie mir in dankenswerter Weise nach Königsberg schickte<sup>4)</sup>. Daneben hat es wohl noch andere Ausfertigungen gegeben. Kopien haben sich erhalten und

1) S. die Einleitung in den weiterhin erwähnten abgedruckten *Decreta*. Der Auftrag war auch an Georg Polenz, den samländischen Bischof gerichtet.

2) Tschadert III, Nr. 2187, vgl. I, S. 346. Nur im Konzepte erhalten, im Königsberger Stadtarchive: Acta 38, d., 1. — Dieser Entwurf enthält nach seiner Durchsicht durch Staphylus 21 Artikel, ganz wie die Dekrete vom 19. März. Die lateinische Fassung ist die ursprüngliche.

3) Tschadert III, Nr. 2188.

4) Außer der Verwaltung der Raczyński'schen Bibliothek bin ich Herrn Archivrat Prof. Dr. Warschauer in Posen zu Dank verpflichtet, der mir über das Original in Posen genaue Mitteilungen machte. Den ersten Hinweis auf das Vorhandensein desselben in Posen entnahm ich der Schrift von E. Borgius, *Aus Posen und Polens kirchlicher Vergangenheit*, Berlin 1898, S. 96, 97 —, wo aber irrigerweise von 20 Dekreten die Rede ist, während es sich um 21 handelt. Die falsche Zahl 20 gibt auch Gindely, *Geschichte I*, 339.





nach seinen Quellen als „Statut“ bezeichnet. Im großen und ganzen wird man sich aber leicht davon überzeugen, daß diese in 21 Artikeln vorliegenden Dekrete vom 19. März und die Fassung derselben vom 9. Februar nicht wesentlich voneinander abweichen. Die wichtigste Variante wäre noch die Fortlassung des über die Abendmahlsfeier handelnden Art. 16. Wenn man nun nicht annehmen will, wofür doch ein Anhaltspunkt in der Überlieferung sich findet, daß Staphylus schon ein Entwurf vom 19. Februar in der Hauptsache allein verfaßt, die anders als er denkenden Bischöfe also gewissermaßen bei Seite gedrängt habe, so wird man ihn als den Urheber jener einengenden Bestimmungen kaum nachweisen können.

Eröffneten diese Bestimmungen nun auch nach Sindelg's Meinung den Brüdern „bedrohliche Aussichten“, so ließen sie sich doch in Preußen nieder und zwar wurden ihnen im Oberlande Sitze angewiesen, das nämlich zum Sprengel ihres Gönners Speratus gehörte. Wir finden sie in Reidenburg, Hohenstein, Gilgenburg, Soldau, Marienwerder und Samsee, einige auch in Königsberg und im Amte Balga, wo Bischof Kolenz residierte. Freilich scheinen sie mit der Abneigung der deutschen Bürger von Anfang zu kämpfen und der Tod des Speratus (1551) muß ihnen das Unsichere ihrer Situation noch mehr zum Bewußtsein gemacht zu haben. Bereits Ende 1553 begannen viele heimlich aus Soldau, Reidenburg und Gilgenburg wieder wegzuziehen, und der osiandristische Streit, der lange Jahre hindurch das kirchliche Leben Preußens verunstaltete, hat dann durch die Art und Weise, wie ihn die rabies theologorum und ihrer Parteigenossen führte, den Brüdern wenig zugesagt. Die Abneigung, die 1567 erschienene repetitio corporis doctrinae rationici, in der die siegreiche lutherische Orthodoxie zum Worte gekommen war, zu unterschreiben, der Tod Herzog Albrechts (1568), vielleicht auch die Feindschaft des Samländischen Bischofs Tilemann Heshufius waren weitere Momente, die wohl die Abwanderung beförderten. Bis in die zweite Hälfte des achten Jahrzehnts des 16. Jahrhunderts sind noch einzelne Brüder in Preußen nachweisbar<sup>1)</sup>.

# I.

Nicolao fratri Waldensi.

Significatum est vobis, te una cum fratribus tuis Waldensibus cupere atque considerare in provinciam atque ditionem meam commigrare in eaque degere: modo hoc ipsum nos pati ac concedere vellemus. Ad haec significamus tibi, nos lubens hoc tuum propositum audivisse nosque omni favore in pro-

1) Diese Nachrichten nach Arnoldt, Kurzgefaßte Kirchengeschichte des Königreichs Preußen, Königsberg 1769, S. 395—403. Danach ist die Angabe Cosack . 161, die Tschadert I, 347 Anm. wiederholt, die Brüder hätten sich „unter dem Schutze des Herzogs Albrecht in der Folgezeit immer voller Religionsfreiheit erfreut“, etwas zu modifizieren. — Über die Niederlassungen der böhmischen Brüder s. auch Kwiatnowski, Die böhmischen Brüder in Gilgenburg und Samsee. Mitteil. der Literar. Gesellschaft Masovia, Heft 9 (1903), S. 64—69.



ne wol nicht alle punct uffß genaueste angezogenn, dennoch darauß be-  
 merkenn, daß etliche articul, nemlich der vonn der Wibertauff, Vorlegung<sup>1)</sup> der  
 Hindertauff, Auch Vorlegung der Erbsündt durch angezeigte Reinheit der Kinder,  
 als were die natürliche geburth schlechtrein unnd dürfft also keiner erlassung  
 der sündt, Item vonn dem abentmhal unnsers Herren, dem heylsamen götlichenn  
 Worthe und Christlicher evangelischer lere, ganz und gar zuwider, welche articel  
 unns auch, Inn vnnsrem Herzogthumb, do wir daß reynne lauther worth Gottes,  
 allenthalbenn clar und scheinbarlich predigen lassenn, nicht geduldig noch leyderlich  
 dain wollen, sonnder habenn unns reiffenn vorbedacht oberürter unnsrer prelatenn  
 und verordentenn Predigernn entschlossen, zu rettung eur selen heil vnd seligkeith  
 auch Christlicher treuherzigen wolmeynung zu raten, daß Ir vonn solchenn Irrigen  
 puncten und articeln genzlich absettel, Euch der rechten Christlichen Lere, göt-  
 licher schrift und des heyligenn Römischen reichs abschiede gemetz, Auch gegen  
 obgedachter Römischer König. Mt. als die Christenn unnderthanen erzeiget und  
 beweiset, verhoffenn wir unzweiflich, wann solchs (.daß wir doch vor hochgerathen  
 ein achten,) durch euch beschicht, Römische Könige: Mt. noch eure Herschafft  
 verbenn gegen euch so wenig, als andere derselben gehorsame underthane ursach  
 u schöpfenn habenn, seiner König. Mt. Königreich und Lande zu verpeitenn,  
 u vorweisen oder dieselben zu reumen aufzuerlegenn unnd zu bringenn, Sonnder  
 vielmehr Inn Königlichen schutz, schirm unnd gnedigen bevelh zu haltenn, dan  
 hne daß, unnd dieweil auch befunden, daß ir so gar hart unnd bestendigk uff  
 ir opinion, beruhen, harren und stehen tuth, wil unns, als dem Christlichen  
 kirsten]und liebhaber götlichß worts solche eure Irrige articel wie obenn gemelt,  
 Inn unnsrem Herzogthumb gehen unnd thommenn zu lassenn, mit nichte gebürenn,  
 als woltenn wir euch Christlicher gnediger wolmeynung uff obgemelte eure schrift  
 ir Antworth nicht unangezeigt lassenn. Dat. Königsbergk. u. j.

(Ostpreuß. Fol. 9, Bl. 440—443, im Staatsarchiv Königsberg.)

#### IV.

Der ausgeschiedene Artikel 16 lautete in der deutschen und lateinischen  
 fassung:

Das Obentmal des Herren moegenn  
 : Kirchenlieder der Behmenn haltten  
 : Freytag nach ihrer Predigt auf  
 : re heimische sprache. Aber die weyse  
 d wortt sollen sye behaltten, wie die-  
 bige inn Unserenn Kirchenn gebreuch-  
 j. Wo auch iemandt vonn Unserenn  
 ittenn Polen oder Deutschenn mitt  
 in Behmen wollt daß Sacramentt  
 phahenn, sollen sye diselbigenn zu  
 fenn. Also wann die Behmenn auch  
 ff andere Tage wolltten (wie sye  
 in warlich schuldig) mitt Unserenn

Celebrare cenam Domini poterunt  
 Bohemorum ecclesiastici ministri die  
 Veneris post suam concionem sua  
 Bohemica lingua: sed ritum, verbaque  
 iuxta nostram peragendae coenae  
 Dominicae formam debent ipsi quo-  
 que retinere. Debentque etiam, si  
 ex nostris hominibus Polonis Ger-  
 manisve vellent aliqui una cum Bo-  
 hemis communicare, admittere: item-  
 que si Bohemi aliis diebus vellent  
 (debent n[am] certe velle) cum nostris  
 hominibus communicare, id utrobique

1) = Verleugnung.

leutten communiciren, so befehlenn wir daffelbige vonn beyder seytten frey zu lassenn. Unser Pfarher aber sollenn ihre Landtsleutte vermanenn, daß diese offte und vil mitt denn Behmenn wollten daß Sacramenttgebrauchen, dann diese gemeinschafft und gemeine entpfahung des hochwirdigen sacraments ist die vornempfte Ursach, dardurch die einigkeytt der Kirchenn moege angefangenn und erhalttenn werdenn, derwegen sollen beide Polnische und behmische Prediger sich nach Vermögenn beflayssenn, daß fürnemlich inn dieses des Herrn Christi leybes und Bluttes gemeinschafft die einigkeytt der Kirchen möchte gespürett und befundenn werdenn, welches dann leychtlich geschehenn wirdt, so es dermassenn gehandelt, wie es in diesem Artickell entschlossenn.

liberum esse praecipimus. Pastores vero nostri suos populares et Bohemici concionatores etiam suos Bohemos adhortabuntur, ut hi frequenter cum nostris et illi saepe cum Bohemis velint communicare. Est enim praecipua unitatis ecclesiae constituendae causa haec communio communisque dominicae coenae participatio: itaque debent tum Polonici, tum Bohemici concionatores eniti pro viribus ut maxime in hac corporis sanguinisque Christi communione ecclesiae unitas conspiciatur quod, quidem fiet, si eo modo administrabitur, et hoc decretum sancivit.

# Stimmungsberichte aus den letzten Tagen der preussischen Nationalversammlung im November 1848.

Mitgeteilt von H. Ulmann.

Die preussische Nationalversammlung war durch ein mit dem vereinigten Landtag beschlossenes Gesetz berufen, um mit der Krone die Verfassung zu vereinbaren. Sie hat sich jedoch je länger je mehr als Tochter der „Revolution“ angesehen und als solche mit Vorliebe bekannt. Nicht nur hat sie bei Vorberatung der Verfassung den vorgelegten Entwurf ganz beiseite geschoben, sie hat es für ihre wichtigere Aufgabe erachtet, alle bestehenden Einrichtungen vor dem Forum ihres demokratischen Gewissens zu prüfen und umzustossen oder, nach Buchers Ausdruck, als politischer Gerichtshof zu befinden über die Sünden der vergangenen Zeit. Vor allem aber hat sie jedes Regieren unmöglich gemacht, indem sie, selbst abhängig von dem Hauch der Volksgunst in der Hauptstadt, fortwährend die stärksten Eingriffe in das Gebiet der Verwaltung sich erlaubt hat. Wie die Krone, nachdem sie anfänglich sich „effacirt“, mehr und mehr wieder zum Bewußtsein ihrer selbst und ihrer Aufgaben gelangt war, kann hier nur angedeutet werden. Der unkonstitutionelle Protest der Nationalversammlung gegen die Ernennung des Grafen Brandenburg zum Ministerpräsidenten hatte die letzte Möglichkeit einer Verständigung zerrissen. Am 9. November 1848 hatte Graf Brandenburg kraft königlichen Auftrags die Vertagung der Nationalversammlung bis zum 27. November verkündet gleichzeitig mit der Verlegung ihrer Sitzungen nach Brandenburg, um sie der Beeinflussung durch die revolutionären Massen Berlins zu entziehen. Fast die gesamte Rechte hatte der Aufforderung Folge geleistet. Es ist bekannt, wie die Majorität der Krone das Recht zur Vertagung wie zur Verlegung ohne Einwilligung der Nationalversammlung bestritt und den Versuch machte, in der Hauptstadt als einzig rechtmäßige Vertretung des preussischen Volkes ihre Sitzungen fortzusetzen. Die Staatsgewalt hat das verhindert, indem sie die Zusammenkünfte des Rumpfs der Nationalversammlung mit militärischer Gewalt zu sprengen wußte, und durch Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr sowie durch Verkündung des Belagerungszustandes in Berlin und Umkreis die tumultuarischen Elemente in Banden schlug, aus denen die extremen Leiter der Nationalversammlung ihre stärksten Kräfte gezogen hatten. Der Rumpf hatte demgegenüber, wesentlich durch den Einfluß des Präsidenten von Unruh, sich auf passiven Widerstand beschränkt, aber in der gefährlichsten, die Volksleidenschaften aufregendsten Weise. Er protestierte gegen den Belagerungszustand und die Auflösung der Bürgerwehr, beschloß eine Hoch-



arbeit zugegeben, auch begründet sei hinsichtlich der äußeren Formen . B. des Ortes der Beratungen. Dafür gibt ein klassisches Zeugnis die Erörterung des, wie unser Briefsteller, dem gemäßigten linken Zentrum angehörigen Abgeordneten von Rodbertus<sup>1)</sup>. Aber solche Rechtsdeduktionen machen den lebendigen Hauch nicht entbehrlich, der durch die Briefe von Mittkämpfern an ihre Auftraggeber in den Tagen und Stunden der Entscheidung selbst sich noch deutlich spüren läßt. Der die folgenden Briefe geschrieben hat, gehört nicht zu den leitenden Leitern in jener stürmischen Gemeinschaft. Aber er erscheint typisch für eine scharf umgrenzte Gewissenhaftigkeit des zivilrechtlich ausgebildeten Juristen. Seine Schwankungen, seine gesamte Haltung ist daher um so reicher für das Begreifen der Massenstimmung, aus der heraus die besten Tage der preußischen Nationalversammlung zu erklären sind.

Der dem linken Zentrum angehörige Abgeordnete Kreisjustizkommissär Maaß war für Landsberg a. d. Warthe gewählt. Als Redner ist er nur selten hervorgetreten. Gestimmt hat er z. B. im Oktober für Abschaffung des Adels, aber gegen den Antrag, die Regierung zur bewaffneten Hilfeleistung für das revolutionäre Wien aufzufordern<sup>2)</sup>. Seine Briefe aus der Zeit vom 14. bis 25. November bezwecken, die Bevölkerung des Wahlkreises zu stimmen für die vom Rumpf beliebte politische Haltung und in den Massen draußen im Lande einen Ersatz zu sichern für die verstummte Stimme der Hauptstadt. Als Mittler dazu dient der Freund, an den die Ergüsse gerichtet waren, und der, wie Maaß, ein anscheinend sehr einflußreiches Mitglied des demokratischen konstitutionellen Klubs in Landsberg gewesen ist, der durch literarisch-historische und belletristische Arbeiten bekannte Schriftsteller Dr. Eduard Boas in Landsberg. Für seine politische Stellung scheint erwähnenswert ein Wort, das er in einem an die Zeitungsredaktionen versandten Prospekt eines Dichteralbums im Jahre 1845 gesprochen hatte: „Wir brauchen keine Bündnisse mit fremden Staaten; nur festes Zusammenhalten in uns, nur eine eigene Seemacht brauchen wir, dann ist Deutschland unüberwindlich<sup>3)</sup>.“ Seine und des Klubs Stellung zu den Fragen, die Maaß so leidenschaftlich bewegten, ergibt sich aus der Bezugnahme, die sie in den Briefen<sup>4)</sup> gefunden haben.

1) Mein Verhalten in dem Konflikt zwischen Krone und Volk. An meine Wähler. Berlin 1849. Vgl. dagegen die „Beleuchtung der Ansprache des Abg. Rodbertus an seine Wähler“ von Peter F. Reichensperger, abgedruckt in seinen: Erlebnisse, S. 239 (Anhang). Die schärfere Tonart innerhalb des Rumpfs geben die Reden von Heinrich Simon, man vgl. Joh. Jacoby: Heinrich Simon, S. 244 und 257 ff.

2) Verhandlungen der Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung, III. Band.

3) Druckblatt in meinem Besitz. Das Album erschien unter dem Namen: Die deutsche Flagge 1845 bei Herbig in Leipzig. Sein Reinertrag war für die silesischen Spinner und Weber bestimmt.

4) Aus dem Nachlaß der Witwe des schon 1853 verstorbenen E. Boas sind die Briefe in meinen Besitz gekommen.





empfangen habe — er wird einen 2. Brief von mir schon in Händen haben. Meine Adresse ist:

An den Maaß (nicht Abgeordneter!)

Spreewaldsbrücke (?) Nr. 1.

Die Post ist bis jetzt reiblich geblieben, und H. Schaper hat den Verf.<sup>1)</sup> des Verräthers Manteuffel keine Folge gegeben.

O, Frankfurt a. M.! rufe ich 1000 mal täglich, wie tief bist du gesunken.

Man sagt: die dortige National Versamml. habe unsere Auflösung beschlossen! u. es würden morgen schon 15000 Mann Reichstruppen in Preußen einrücken.

Wir verachten die frankf. Nat. Versamml. und werden ihr zeigen, daß nur von uns noch Leben der Freiheit zu gewärtigen bleibt. Wenn obiger Beschluß sich bestätigen sollte — u. von dieser Versammlung ist alles zu gewärtigen — so haben die Beschließer ihren Todesstoß selbst geführt

Berlin, d. 23. Novr. 1848.

Verehrter Freund!

Ihre freundl. Zeilen vom 21. d. M. nebst fliegender Anlage empfang ich soeben. ich bin nicht dafür, daß dort in den Steuer-Verhältnissen irgend ein Inhibitorium durchgeführt werde, weil ich das für durchaus müßig halte. Unsere Sache ist verloren; die Contre Revolution hat bereits Riesenschritte gethan, u. sie wird bald vollendet sein. Zur Gewalt konnten wir nicht provociren — wir haben sie nur erduldet für's Volk; wir werden vielleicht noch mehr zu dulden haben. Bald, bald wird man sehen, wie ungerecht die Vorwürfe gegen eine gewisse Nat. Versf. waren — bald, daß sie die wahren Freunde des Volks und per majora der Krone enthielt. — ich werde mich nicht täuschen: es werden am 27. d. M. Viele der jetzt hier weilenden, zu den Protestirenden u. gehörigen Deputirten, in Brandenburg tagen<sup>2)</sup>. Sie glauben dieß Opfer ihren Committenten bringen zu müssen!! — ich war der Meinung, daß das verantwortliche Ministerium, selbst resp. die Krone, nicht das Recht hatte, die Nat. Versf. ohne deren Zustimmung zu vertagen u. — ich darf mich also im Namen meiner Machtgeber, einer solchen Maßregel, die ich beiläufig auch nicht richtig motivirt hielt, nicht fügen. Die Consequenzen dürften zu gefährlich sein, selbst wenn man aus Pietät einmal vom Grundsatz der Gleichberechtigung der Contrahenten, oder wie man Krone und Volk nennen will! abgehen wollte. Halten sämtliche Wahlmänner, resp. Majorität, es ihren Interessen angemessen und ihre Ehre hierbei nicht gefährdet, daß ihr Abgeord. nach B.<sup>3)</sup> gehe, so müssen sie dieß schleunigst aussprechen, damit ich wenigstens Gelegenheit habe, meinen Platz zu räumen oder darüber hier zu berathen. — Wer fragt die Herrn? — Den frankfurter Beschluß kennen Sie. Wir wollen durch die anwesenden 2 Reichskommissaire die wirkl.<sup>4)</sup>

1) (Übungen). Worauf sich der Satz bezieht, weiß ich nicht.

2) Die im Namensverzeichnis mit ? beglückten sind mir wegen des Ganges nach Brandenburg zweifelhaft; die mit = oder — bezeichneten stehen mir außer Zweifel. (Das Verzeichnis liegt nicht vor.)

3) Brandenburg.

4) wirkliche. — Der Beschluß der Nationalversammlung vom 14. November wollte die preußische Regierung bestimmen, die Verlegung der preußischen Nationalversammlung nach Brandenburg aufzuheben, sobald in Berlin Maßregeln



Deutschen — ich kenne aber auch das Schicksal der frankf. Versammlung. — Einige werden indeß für Alter und Heerd zu sorgen gewußt haben. —

Und Hundert u. einige zur Vereinbarung nach Berlin geschickte Männer werden bald gesenkten Hauptes nach ihrer Heimath zurückgekehrt sein, es werden sicher recht redliche darunter sich befinden — sie werden verhöhnt werden von denen, deren Sache sie nicht verfechten durften; sie werden verlacht werden von denen, die sich in jeden Zustand zu schmiegen wissen; sie werden von Einigen als Schwärmer bemitleidet, vom großen Haufen übersehen werden. Wenige, aber doch welche, werden sie achten — u. diese werden ihre Wunden verharschen machen. Und sollten sie einst sehen, daß ihre Befürchtungen unbegründet waren, daß die Mauer zwischen Volk und Fürst auch ohne sie abzutragen war, daß die verheißene Freiheit nicht ertödtet wurde — so kenne ich Glieder der jetzt Trauernden, die sich wahrhaft erheben u. dankbar für ein Werk sein werden, wenn sie auch an demselben nicht ferner arbeiten konnten. Es wird viele Zeit vorübergehen müssen, ehe ich die Gemüthsstürme seit dem 22./5. cr.<sup>1)</sup> überwunden haben werde; nicht diese allein, auch die ungeheuren geistigen Anstrengungen. Mein Körper ist sehr angegriffen, meine Zukunft macht mir, meiner Familie wegen, Sorgen. Man wird uns wahrscheinlich, nach Aufgabe der Abgeordneten-schaft, noch persönlich verfolgen. Glauben Sie nicht, Freund! daß ich sonst dergleichen fürchte. ich habe nach meinen Überzeugungen, nach meinem Pflichtgefühl, nach meinen Ehrbegriffen gehandelt. — ich werde die Folgen meiner Handlungen zu tragen wissen. — Aber mit den redlichsten Absichten, mit der reinsten Gesinnung, vielleicht die geliebten Seinigen in's Unglück zu bringen — ich konnte nicht anders! Gott helfe ihnen! — ich höre, daß man auch dort sich bemüht, die hier zurückgebliebenen Deputierten politisch zu verdächtigen. ich gehöre dem linken Centrum an, es besteht aus circa 90 Mitgliedern. ich kann Ihnen versichern, daß von diesen Keiner republikanische Gelüste hatte u. auch jetzt noch nicht, trotz der zugefügten Schmach, hat. Wir kämpften nicht gegen die Krone, wir kämpften gegen die Camarilla — letztere, nicht erstere wird jetzt siegen. — ich bin ohne alle Hoffnung! Eine erwählte Commission hat eine Entgegnung auf den Baffermannschen Lügenbericht gefertigt. ich habe sie nicht geuehmigen können, weil mir Hohn und bitterster Spott u. nicht angemessen erscheint. Und es wird hierbei keine Einigkeit erreicht werden. Auch dies schadet uns!

Keine Widersprechlichkeiten, Hoas! dazu wird die National Versf. nicht rufen — sie hat dem Volke in anderer Weise ihre Vertheidigung anheimgegeben. Tausende von Adressen sind eingegangen — man achtet nicht darauf. Das Wetter ist nicht günstig für uns. Das zeigt die heutige Proclamation des hiesigen Magistrats<sup>2)</sup>. Spät zwar, doch für sich zur rechten Zeit.

Leben Sie wohl, grüßen Sie Alle Alle dort, und rechnen Sie auf mein baldiges Erscheinen.

Ihr aufrichtig Ihnen wohlgesinnter  
Ms.

An Schadert habe ich gestern geschrieben und Vielerlei überreicht.

1) Eröffnung der preussischen Nationalversammlung.

2) Siehe die Mittheilung daraus bei P. Reichensperger, Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahr 1848, S. 216. Zur Situation außerdem Steinmann, Geschichte der Revolution in Preußen (Berlin 1849), S. 641 ff.



gehen<sup>1)</sup>; ich will aber zurücktreten, wenn mein Wahlkreis sich dort vertreten lassen will. Was Friedrich<sup>2)</sup> zu thun gedenkt, weiß ich nicht — ich halte es unehrenhaft, ihn gerade bearbeiten zu wollen. — Diese Wolken aber scheinen wieder lichter; ich glaube heut nicht, daß eine beschlußfähige Zahl in Abg. erscheinen werde und ich halte es für ein Glück, daß dies nicht geschehen werde. Es heißt: die Regierung werde keinenfalls mit der dort zusammentretenden Versammlung weiter verhandeln, sie wolle sie sofort vertagen, bis die Grundrechte in Frankf. festgestellt seien; event. aber werde sie nur eine octroyirte Verfassung zur Abstimmung auf Ja u. Nein! vorlegen und beim letztern Ausspruch die Versf. auflösen. Die angefangenen sonstigen Gesetze, incl. der zur Verfassung selbst gehörigen Gemeinde- pp Ordnungen, so wie die Gelbbewilligung sollen den neuen Kammern vorbehalten bleiben. Es werden von den hier gebliebenen nur sehr wenige Deput. am Montag in Ab. sein — wir haben durch eine unterschriebene Erklärung den Reichskommissarien eröffnet, daß wir den Conflict mit der Krone gehoben erachteten, da die zeitigen hiesigen Truppen eine Anarchie von unten außer der Möglichkeit stellten und mit Einsetzung des neuen Ministeriums die weiteren Bestimmungen zu treffen seien. Wir haben auch Deputirte nach Frankfurt geschickt. Durch Plenarbeschluß konnten wir keine Erklärung abgeben, weil uns die Solbateska hindert, zu tagen. Also verloren ist noch nicht Alles, ich werde mein Mandat nur niederlegen, wenn ich bestimmt weiß, daß ich außer der beschlußfähigen Zahl der Abgeordneten stehe. Im Uebrigen glauben Sie mir, daß ich einmal gebeugt sein kann, daß ich mich aber im Moment d. Entscheidung mit aller Elasticität wieder aufrichte. ich wiederhole, daß ich die Ausführung der Steuerverweigerung nicht zweckmäßig halte — da sich gegen die Perfektion des Beschlusses allerdings Bedenken erheben lassen; wenn auch nur vom juristischen Standpunkte aus. ich muß zur Versammlung u. grüße Sie u. Alle herzlich.

Stets

Ihr

Freund

Mß.

Berlin, d. 25. Novb. 1848.

Mein verehrter Freund!

Seitens des Ministerii, resp. der Krone ist auch in Folge des Frankf. Beschlusses vom 14. d. M. bisher nicht der entfernteste Versuch zur Hebung des Conflicts gemacht worden. — Die frankf. Reichskommissarien haben ebensowenig sich offiziell mit der Nat. Versf. in Vernehmen gesetzt. Da Teile des Volks sich gegen uns wenden, so ist von uns aus auf den Vorschlag des von allen Fraktionen geliebten Grabow noch ein Auskunfts Mittel einstimmig angenommen<sup>3)</sup> worden u. zwar:

Es wird auf die Worte des Königs, daß Preußen in Deutschland aufgehen müsse, Bezug genommen u. ihm der obige Beschluß als bindend vorgeführt.

1) Naatz war unter den Deputierten, die, wie L. Bucher, am 1. Dezember in Brandenburg erschienen.

2) Gerichtsschulz, Abg. für Landsberg.

3) Schließlich ist doch kein Einverständnis erzielt worden. Vgl. L. von Simson: Eduard Simson S. 134.



wart! beitragen. Zweitens: sobald ich diese Anträge vorlesen höre, gehe ich event. mit der Minorität fort. — Dann ist keine beschlußfähige Zahl vorhanden und wir haben dem Lande Comödie vorgespielt. — Zeigen Sie mir ein Resultat, es ist nur eins gewiß, wir werden aufgelöst, wir mögen thun was wir wollen; wir mögen beschlußfähig oder nicht-beschlußfähig erscheinen. Denn die Regierung knüpft die Sitzung nur mit der Minute der ausgesprochenen Vertagung vom 9. an. Besser wir fallen consequent u. lassen uns auflösen, trotz unseres Protestes, daß wir nicht auflösbar seien. Dann bleiben wir in passivem Widerstand u. haben formell dem Volke für die Zukunft nichts vergeben. — Kommt aber ein neues Ministerium, so will ich nicht eigensinnig auch nur scheinen. Mit einem neuen Minist. können wir zurückziehen, sehr viel; es fällt sofort der Steuerpunkt. — Endlich aber kann ich Ihnen nicht verhehlen, daß es höchst unwahrscheinlich ist, daß eine beschlußfähige Zahl nach Bd. geht. Die ganze äußerste Linke geht nicht; meine Fraktion auch nicht — nur 3 haben aus politischen Gründen u. in der Voraussetzung dafür gesprochen, daß wir Alle gingen u. sonach die Majorität dort behielten. Von den hier Zurückgebliebenen werden schwerlich über 25 gehen. — Eventl. würde sonach am 27. kein Kammerbeschluß möglich werden u. wir können vorläufig abwarten, was geschehen werde. Besprechen Sie, nach diesen Mittheilungen, diese Angelegenheit nochmals — eventl. erkläre ich mich bereit, mein Mandat niederzulegen! ich zweifle nicht, daß der Auszug meines Briefes in No. 2 der fliegenden Blätter richtig abgedruckt würde — ich hatte sofort nach mündl. Referaten berichtet u. nur bezweckt, daß nicht die Brieffelle, sondern nur verbreitet werde:

daß der Bafferm.-Bericht unwahr und von hier aus berichtigt werden werde.

Die Berichtigungen sind erfolgt u. ich habe Ihnen die hiesigen Erklärungen zugesandt. Grüßen Sie Alle dort; leben Sie wohl.

Ihr Freund M.

Damit schließen die erhaltenen Äußerungen des Landsberger Abgeordneten. Die Majorität der in Berlin Verbliebenen hat am 26. November in einem Aufruf an die Bevölkerung Berlins zum mutigen Ausbarren nochmals aufgefordert. (Steinmann a. a. O. 642.) Daß einige Tage darauf eine größere Anzahl gerade auch aus der Fraktion, der Maaß angehörte, doch in Brandenburg erschienen ist, um aber nach Verwerfung eines Vertagungsantrags die Sitzung alsbald wieder zu verlassen, ist bekannt<sup>1)</sup>.

1) Siehe Verhandlungen der Versammlung zur Vereinbarung der preuß. Staatsverfassung III, S. 458 f., 462, 485.









fassen augenscheinlich nicht vollständig bekannt geworden, insbesondere nicht die neuere und neueste, die freilich vielfach in Zeitschriften verstreut ist. Den alten Stammlisten, den Regimentsgeschichten, älteren, für ihre Zeit ganz brauchbaren Werken, wie Courbière und Alt, die aber längst überholt sind, dem bekannten Mülverstedtschen Buch, dessen Abfertigung durch G. Lehmann in diesen Blättern vollständig übersehen sein muß, und manchen andern, wie der Kurhessischen Stammliste von 1866 und der „Grundlage zur Militärgeschichte des Landgräfl.-Hessischen Corps“, 1798, ist rückhaltloses Vertrauen entgegengebracht worden, das sonst jeder, der sich mit historischen Dingen beschäftigt, von vornherein als sehr gefährlich weit von sich zu weisen pflegt, und das mit der gebotenen notwendigen kritischen Quellenbehandlung gar nichts gemein hat. Aus dieser Auswahl und Bewertung des Quellenmaterials ergeben sich von selbst eine große Zahl von Fehlern und Irrtümern, von erstaunlichen Ungleichmäßigkeiten in der Behandlung des Stoffs. Daß die Rechtschreibung der Namen sehr unsicher ist, ist bereits gesagt; noch schlimmer steht es mit der Zuverlässigkeit von tausenden von Daten und Zahlen. Was daran auf die sonst noch reich vertretenen Druckfehler, was auf Irrtümer zu schieben ist, läßt sich nicht immer entscheiden, doch liegen an vielen Stellen offenkundig sachliche Versehen vor. Wenn im Nachstehenden einige Fehler, Mißverständnisse und Irrtümer behandelt werden, so kann es sich dabei nur um Stichproben handeln, die jeder Sachverständige bei weiterer Nachprüfung wird vermehren können.

Wenden wir uns zunächst der einleitenden Entwicklungsgeschichte zu, so ist darüber zu bemerken, daß deren erster Abschnitt, „die ersten Anfänge des Soldheeres bis 1654“, in engster Anlehnung an Heft I der II. B.<sup>1)</sup> behandelt und manche der dort auf Grund langwieriger archivalischer Studien festgestellten und zuerst veröffentlichten Ergebnisse ohne Quellenangabe mehr oder weniger wortgetreu wiedergibt. Die benutzte Vorlage ist indessen nicht für mehrere ansehbare Allgemeinheiten und sonstige Mißverständnisse verantwortlich. Zu den ersten gehört z. B. gleich der erste Satz, wonach „die altgermanische allgemeine Wehrpflicht“ „von jeher die Grundlage der brandenburgisch-preussischen Wehrmacht“ gewesen sei. Ganz abgesehen davon, daß in deutschen, von Bevölkerungen fremden Stammes bewohnten Siedlungsgebieten, deren Kolonisation erst im 10. Jahrhundert begann, von „altgermanischer“ Wehrpflicht nicht die Rede sein kann, wird, anscheinend zur Begründung des Satzes, auf den Lehnendienst und die sogenannte Landfolge hingewiesen. Das Lehnswesen aber hat gerade den altgermanischen Waffendienst aller Freien zerstört, und das fürstliche Recht auf die Landfolge aller Untertanen war in viel späterer Zeit aus der landesherrlichen Machtvollkommenheit hergeleitet. In der dem Dreißigjährigen Kriege vorangehenden Periode wurde dieser letzte Versuch, auf Grund dieses sogenannten jus sequelae Milizen zu bilden, gemacht, eine Bewegung, die sich als vergebliche Reaktion gegen das inzwischen aufgekommene landverderbende

---

1) Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Geschichte des preussischen Heeres, herausgegeben vom Großen Generalstabe.



im Regiment erweiterte Garnisonbataillon, von dem Teile 1787 zur Errichtung jener beiden Bataillone dienten, hat mit der Memeler Garnison, die bis 1713 bestand, keinen Zusammenhang. Auf die Darlegungen, wonach das 1743 errichtete, 1806 eingegangene Regiment Ohrenlohe (Nr. 32) auf die alte Garnison Minden zurückgeführt wird, die schon 1679 in einen ganz andern Truppenteil überging, kann hier nicht näher eingegangen werden.

Mit dem Anfang des Jahres 1655 brach die Darstellung in Heft I z. U. B. ab. Die „Stammliste“ gibt zur Eröffnung des folgenden Abschnittes (S. 24) der Geschichte des 1. Inf.-Regts. von Delänik übernommene wertlose Nachrichten über die angebliche Stärke und Zusammensetzung der Armee von 1656, dann geht der Text über die folgenden drei Jahrzehnte, die Zeit, in der das Brandenburgische Heer entstanden ist, mit ein paar allgemein gehaltenen Sätzen sogleich zum Jahre 1688 über. Aus diesem wird ein Truppenverzeichnis nach einem Tat gegeben, „dessen Original im Archiv zu Zerbst gefunden ist“ (S. 30). Der Fund findet sich abgedruckt in dem bekannten Mülverstedtschen Buche über die Kriegsmacht des Großen Kurfürsten. Daß er wirklich daher stammt, beweist ein mitübernommenes Versehen<sup>1)</sup>. Die Irrtümer, die zu den einzelnen Truppenteilen von 1688 hinsichtlich ihrer Entstehung gemacht sind, wären besser fortgeblieben. Für 5 von 8 Reiterregimentern sind falsche Errichtungsjahre, über die meisten irrige formationsdaten gegeben. Die Trabantengarde geht nicht auf 1623, sondern auf 1652 zurück, und es sind nicht (S. 37) 2 Kompagnien dieses du Corps „unter Auflösung der Trabanten“ „neuerrichtet“ worden, sondern die 3 1692 vorhandenen Kompagnien der Trabantenkorde haben damals einfach ihren Namen geändert. Unter den beiden 1688 genannten Kompagnien Grands Mousquetaires sind nicht eine französische und eine deutsche zu verstehen, sondern es gab 2 französische, eine deutsche war noch nicht formiert. Diese ist auch nicht 1691 zur Formierung der Garde du Corps verwandt worden, sondern ist der Stamm der Gensdarmes. Das mit Kapitulation vom 11. 3. 1689 gebildete Bataillon Dohna (S. 33/34) soll „im Winter 1690/91 wieder aufgelöst“ sein; es besteht noch heute, denn es ist die Stammtruppe des Grd.-Regts. Nr. 5. Die Verwirrung bei den Garnisonen, z. B. Minden, ist unbeschreiblich.

Nicht mühelos war die Feststellung, was es mit dem „Werbeeglement vom 4. 12. 1656“ auf sich hat, durch das der Große Kur-

1) Bei der Infanterie wird nämlich zu zweit das Regiment der Kurfürstin aufgeführt. Im Original steht „Churfürstl. Regiment unterm Obristen Belling“. Das bedeutet nicht, wie M. irrig meinte, „Churfürstin Regiment“, sondern „Churfürstliches Regiment“, und damit ist, wie schon der Zusatz „unterm Obristen Belling“ beweist, das Regiment des soeben Kurfürst gewordenen Kurprinzen gemeint, das dann den Namen Kurprinz beibehielt (Nr. 6), das Regiment Kurfürstin (Nr. 7) ist dagegen, weil es seit 1683 die Garnison von Magdeburg bildete, bei den einen besonderen Abschnitt des Etats bildenden Festungsgarnisonen mit der Bezeichnung „Garnison Magdeburg“ aufgeführt, was M. nicht erkannte hatte.



Militärlabinett noch andere als die „Bejörderungs- und persönlichen Angelegenheiten der Offiziere der Armee“ behandelt. Als Chef sind Lemmann und Treschow nicht Generale d. J. gewesen, Wigleben überhaupt nicht, Grolman schied bereits 1809 aus, dann folgte Hacke, dann 810 Bogen und 1812 (nicht 1816) Thile.

Kriegsministerium. S. 107. Die Ernennungen zu Regiments- und Kommandeuren der leichten Bataillone waren dem Vortrage des Chefs der Militärverwaltung vorbehalten (Instruktion vom 7. 1810), nicht dem Direktor der 1. Division des A. R. D. S. 110, Ribbentrop ist 1835 nicht gestorben, sondern Chefpräsident der Oberrechnungskammer geworden. S. 113. J. D. Schon die Verordnung vom 25. 12. 1808 ordnete ein Bureau des Ministers an, und der Chef des Kriegsdepartements, Scharnhorst, hatte tatsächlich ein solches, als dessen Vorsteher der ausdrücklich dazu ernannte Clausewitz fungierte. S. 121. Die Umwandlung der Remonteinspektion in die Abteilung für Remontierungsangelegenheiten erfolgte nicht 1837, sondern am 12. 12. 1835.

Aus dem größten Hauptabschnitt fasse ich zunächst, aber nur als Stichproben zusammen: Fahnen und Standarten. Die Angabe der Verleihung neuer Fahnentücher fehlt u. a. bei den Inf.-Regtn. Nr. 4, 33, 41; Nr. 45 erhielt keine neue Fahne, sondern Fahnentücher, es gleichen das Garde-Schützenbataillon. Beim Husaren-Regt. Nr. 8 fehlt die neue Standarte und das vom Kaiser von Rußland 1897 geschenkte Standartenband. Dragoner-Regt. Nr. 3 hat neues Fahnentuch, aber keine neue Standarte erhalten; die Stange ist mit äußerster Vorsicht konserviert worden. Garde-Grenadier-Regt. Nr. 1 hat nicht die Kriegsbentmünze 1813/15, sondern 1813/14, ebenso beim 2. Garde-Regt. d. F. Garde-Grenadier-Regt. Nr. 2 „1900 Erneuerung“. Wo? Hier fehlen die goldenen österreichischen Jubiläumsmedaillen mit schwarzgelbem Bande. S. 438 steht, daß die Leibstandarte des schlesischen Kürassierregiments 1814 dem Kürassier-Regt. Nr. 4 (7) verliehen sein soll, dies Regiment ist aber erst 1815 errichtet.

Pauken und Paukenfahnen. Der Besitz von Pauken ist nicht angegeben bei den Dragoner-Regtn. 3, 17, 23, 24, Husarenregimentern Nr. 16 und 17, Ulanen-Regt. Nr. 5, dessen Chef, der inzwischen verstorbene Großherzog von Luxemburg, fehlt. Husaren-Regtr. Nr. 2 und 7 haben nicht silberne, sondern kupferne Pauken, Dragoner-Regt. Nr. 1 erhielt nicht die „bei Kesselsdorf erbeuteten silbernen der Sächsischen Karabinier-Garde“, die diese Truppe schon bei Hohenfriedeberg verloren hatte, sondern 1746 kupferne, die auch bereits verschwunden sind. Die jetzt geführten stammen aus Graudenz; ihre Zugehörigkeit ist nicht sicher. Ob das Dragonerregiment Stosch (jetzt Kürassier-Regt. Nr. 5) am „14. 12. 1745“ von Sächsischen Reitern ein Paar silberne Pauken erobert hat, ist ebenfalls unsicher. Übrigens kann mit dem „14. 12. 1745“ nur die Schlacht bei Kesselsdorf gemeint sein, die aber am 15. 12. stattfand, obgleich sie auf S. 719 als am 13. 12. 1744 geschlagen aufgeführt wird und zwar im Kriege gegen Österreich 1744 bis 1746. Daß das Regiment nach dem Paukenverlust bei Landeshut am 23. 6. 1760 (nicht, wie da steht,





nach A. R.-O. vom 14. 2. 1788 für den 1. 6. 1788 befohlenen Aufstellung von Depotbataillonen bei der Infanterie. Bei Nr. 1 steht: Oktober 1787, bei Nr. 2 und 6 (richtig): 14. 2. 1788 zum 1. 6. 1788, bei Nr. 3: 1786, bei Nr. 4: Oktober 1787, bei Nr. 5: 1788.

Zum Schluß greife ich noch einige Truppenteile heraus. 1. Garde-Regt. z. F. Wenn man die ins einzelne gehende Formationsgeschichte z. B. beim Grenadier-Regt. Nr. 1 mit der beim 1. Garde-Regt. gegebenen vergleicht, muß man annehmen, daß bei diesem zwischen 1688 und 1719 keine Änderungen erfolgt seien. Es fehlt z. B. die Angabe, daß dem Regiment 1695 ein Bataillon des Derfflinger'schen Regimentes inkorporiert ist, und zwar an Stelle des 1693 formierten Sydow'schen Bataillons usw. Von den Kommandeuren fehlen die zwischen 1688 und 1695, der bei Hohenfriedberg gefallene Oberst v. Schwerin, der bei Leuthen gefallene Oberstleutnant v. Diercke, ferner v. Alvensleben (1800). Markgraf Wilhelm war noch 1744 Kommandeur, daß Meyerind es gewesen sei, ergeben die Akten nicht. Prinz Friedrich Wilhelm (1856) war nicht Kommandeur, sondern nur drei Monate zur Führung kommandiert; auch Oppell (1870) gehört nicht in die Reihe; die Vertretung für Gefallene wäre denn durchgehend erwähnt worden. Angaben über die Feldzüge von 1688 bis 1701 fehlen. Von 1740 ab bis 1806 hätten I. Bataillon und Regiment (II und III) auseinandergehalten werden müssen; sie galten als zwei verschiedene Truppenteile. Zu welchen Grenadierbataillonen die Flügel-Grenadierkompagnien von II und III gehört haben, ist im Gegensatz zu den freilich auch nicht erschöpfenden Nachrichten bei andern Regimentern nicht ersichtlich. Bei Lobositz war nur die Flügel-Grenadierkompagnie von I, bei Kolin nur I, bei Mollwitz und Breslau nur das Grenadierbataillon Kleist (darin die Flügelgrenadiere von II und III), bei Roßbach und Leuthen nur II und III usw. Die Verteidigung von Breslau war nicht 1759, sondern 1760. Daß die Fahnentücher bei II und F erneuert sind, daß dem Regiment zur Führung an den Fahnen der Schwarze Adlerorden verliehen ist, fehlt. Die alten Grenadiermützen sind kein Geschenk des Kaisers von Rußland; sie sind aus der K. Schatulle beschafft. Die Verleihung der Mützen an II erfolgte durch A. R.-O. vom 30. 5. (nicht 3.) 1824, das Regiment erhielt Ende Juni mündlichen K. Befehl, solche auch für I zu beschaffen. Standorte: 1723, „Wittenberg“, das zu Kurpfalz gehörte!

Dragoner-Regiment Nr. 2. Die Formation ist falsch angegeben. Richtig: 24. 2. 1689 erhielt Prinz, seit 1697 regierender Markgraf, Georg Friedrich von Anspach als Oberst eine Squadron Dragoner von 4 (nicht 8) Kompagnien, von denen 3 von Anspach übernommen, die vierte die des Kapitäns le Jeune war. Das Kommando der Eskadron erhielt Oberstleutnant Andreas Rebeillas (nicht Roubignac) du Beyne (nicht Boyne). Im Winter 1690/91 wurde die Schwadron auf ein Regiment von 8 Kompagnien verstärkt. Markgraf Georg Friedrich starb 22. 3. 1703; ihm folgte als Chef der regierende Markgraf Wilhelm Friedrich (der fehlt). 27. 2. 1714 wurde das Regiment dem Generalleutnant du Beyne konfiziert (nicht 1713) und führte dessen Namen; am 13. 10. 1717 bestätigte der König den am



ammenarbeiten Mehrerer große Gefahren in sich birgt, die nur durch eine zielbewußte gut orientierte Gesamtreaktion zu überwinden ist, so war einer solchen hier eine ungewöhnlich schwere Aufgabe gestellt. Da aber die Grundlage, die genaue Kenntniss aller Quellen, die kritische Quellenbenutzung nicht, wie erforderlich, geschaffen ist, konnte die Arbeit weder im ganzen noch im einzelnen zu einem befriedigenden Ergebnis führen, wie es das Ziel der so fleißigen Mitarbeiter doch unzweifelhaft gewesen ist. Eine ehrliche der Wissenschaft dienende Kritik kann, so unerfreulich dem Kritiker gerade in diesem Falle seine Überzeugung sein muß, nicht anders als feststellen, daß das Werk nicht als ein Fortschritt auf dem Gebiete Preussischer Heereskunde angesehen ist. Die für unsere Armee zu schreibende im vollsten Sinne derläufige und erschöpfende Stammliste fehlt nach wie vor und wird lange fehlen, bis berufene amtliche Organe, ausgerüstet mit vollständigem Urkundenmaterial und durch Wissen und Übung zu dem Werke befähigt, sie einst schreiben werden, was hoffentlich bald geschieht.

STANFORD LIBRARIES

## Neue Erscheinungen.

---

### I. Zeitschriftenfchau.

1. April bis 1. Oktober 1905.

**Brandenburgia.** Monatsblatt usw. XIV. Jahrgang. Berlin 1905.

- S. 25—35: Friß Jonas, Eberhard von Rochow. [Vortrag.]
- S. 49—67: Elisabeth Lemke, Der Birnbaum in der Volkskunde.
- S. 67—80: G. Steinhardt, Flurnamen aus der Umgegend von Treuenbriegen.
- S. 80—89: Derselbe, Böten, Bieten, Besprechen, Bannen und anderer Aberglaube.

**Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins.** 1905.

- S. 56—58: Erhardt, Die Hauptphasen der Entwicklung des Berliner Geheimen Staatsarchivs. [Schluß.]
- S. 61—64: R. Béringuier, Louis Schneider. [Rede zu dessen 100. Geburtstage.]
- S. 65—70: Noßl, Noch einmal der weibliche Unteroffizier Auguste Krüger des Colberg'schen Grenadier-Regiments Graf Gneisenau (2. Pommer'schen) Nr. 9. [Nach neuen Quellen. Zum Schluß eine Liste sämtlicher weiblicher Kombattanten in den Befreiungskriegen.]
- S. 80—87: Tschirch, Kloster Lehnin. [Vortrag.]
- S. 88—90: Fr. Walter, Friedrichs des Großen Verhältnis zur Russl. [Nach einem Vortrag Albert Mayer-Reinachs in Mannheim.]
- S. 93—99: E. Noßl, Die Schlacht bei Fehrbellin. [Vortrag. Mit Übersichtsblatt. Vgl. dazu auch S. 116.]
- S. 100—101: Otto Tschirch, Zur Topographie des Klosters Lehnin. [Mit Lageplan der Klosterbaulichkeiten.]
- S. 102—106, 111—116: Hans Brendicke, Verzeichnis märkischer Städtechroniken. [Nach den Städten alphabetisch geordnet.]

**2. Jahresbericht des Altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte und Industrie zu Salzwedel.** Magdeburg 1905.

- S. 1—28: Paul Graemer, Die Jungfrau Lorenz von Tangermünde in Wort und Bild. [Mit einer Tafel Abbildungen.]
- S. 29—38: v. Mülverstedt, Zeichenrednerische Genealogien, betreffend



## Neue Erscheinungen.

---

### I. Zeitschriftenfchau.

1. April bis 1. Oktober 1905.

**Brandenburgia.** Monatsblatt usw. XIV. Jahrgang. Berlin 1905.

- S. 25—35: Friß Jonas, Eberhard von Rochow. [Vortrag.]
- S. 49—67: Elisabeth Lemke, Der Birnbaum in der Volkskunde.
- S. 67—80: G. Steinhardt, Flurnamen aus der Umgegend von Treuenbriegen.
- S. 80—89: Derselbe, Böten, Bieten, Besprechen, Bannen und anderer Aberglaube.

**Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins.** 1905.

- S. 56—58: Erhardt, Die Hauptphasen der Entwicklung des Berliner Geheimen Staatsarchivs. [Schluß.]
- S. 61—64: R. Béringuer, Louis Schneider. [Rede zu dessen 100. Geburtstage.]
- S. 65—70: Noël, Noch einmal der weibliche Unteroffizier Auguste Krüger des Colberg'schen Grenadier-Regiments Graf Gneisenau (2. Pommer'schen) Nr. 9. [Nach neuen Quellen. Zum Schluß eine Liste sämtlicher weiblicher Kombattanten in den Befreiungskriegen.]
- S. 80—87: Tschirch, Kloster Lehnin. [Vortrag.]
- S. 88—90: Fr. Walter, Friedrichs des Großen Verhältnis zur Russl. [Nach einem Vortrag Albert Mayer-Reinachs in Mannheim.]
- S. 93—99: L. Noël, Die Schlacht bei Fehrbellin. [Vortrag. Mit Übersichtsblatt. Vgl. dazu auch S. 116.]
- S. 100—101: Otto Tschirch, Zur Topographie des Klosters Lehnin. [Mit Lageplan der Klosterbaulichkeiten.]
- S. 102—106, 111—116: Hans Brendicke, Verzeichnis märkischer Städtechroniken. [Nach den Städten alphabetisch geordnet.]

**2. Jahresbericht des Altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte und Industrie zu Salzwedel.** Magdeburg 1905.

- S. 1—28: Paul Graemer, Die Jungfrau Lorenz von Tangermünde in Wort und Bild. [Mit einer Tafel Abbildungen.]
- S. 29—38: v. Mülverstedt, Zeichenrednerische Genealogien, betreffend





und reformierten Kirchen jener Kreise erhaltenen Kirchenbücher, mit Angabe der Zeit, in der sie beginnen. Vgl. auch Masovia 1904.]

S. 33—78: Froelich, Zur Topographie und Namenskunde der Ortschaften und Gewässer in den Schulzenämtern des ehemaligen Hauptamts Insterburg. I. Teil. [Diese Schulzenämter haben bis 1722 bestanden.]

### **Historische Monatsblätter für die Provinz Posen. V. Jahrgang. Posen 1904/5.**

S. 164—171: G. Haupt, Begründung und erste Geschichte des Museums. [Kaiser Friedrich-Museum in Posen.]

S. 191—201: M. Laubert, Die Anstellung des Generals von Rosinski in der preussischen Armee 1817. [Mit dem nach eifrigem Bemühen seitens Preußens 1 polnischer Adliger zum Eintritt in die preussische Armee gewonnen wurde. Da sich für ihn eine passende Stelle nicht fand, wurde er 1820 auf sein Gesuch verabschiedet. Ausnahmestellung Rosinskis in der Armee: er wurde als eine Macht behandelt.]

### **— VI. Jahrgang. Posen 1905.**

S. 84—92: M. Laubert, Aufführung von Schillerschen Dramen zu Posen in den ersten drei Jahrzehnten der neupreussischen Zeit (1815—1845). [Sehr selten.]

S. 107—113: Derselbe, Ein Kolonisationsprojekt Flottwells. [1837, gelegentlich der Einwanderung evangelischer Zillertthaler in die preussische Monarchie. Es scheiterte, weil diese in Schmiedeberg angesiedelt wurden.]

### **Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen. 20. Jahrgang. Posen 1905.**

S. 1—54: Adolf Warschauer, Geschichte der Stadt Pafosch. [VII. Die Neuordnung der inneren Verhältnisse während der Zugehörigkeit der Stadt zum Nebedistrikt. Die Gründung der Reformatenschule (1773 bis 1806). VIII. Die Herzoglich Warschauer Zeit (1807—1815). IX. Seit dem Wiederanfall der Provinz an Preußen (1815)]

S. 163—191: Manfred Laubert, Beiträge zur Geschichte des deutsch-katholischen Kirchensystems der Stadt Posen und ihrer Rämmereidörfer. [Schilderung der Kämpfe namentlich Flottwells um eine eigene Sanktursalkirche für die deutschen Katholiken der Stadt Posen und ihrer Rämmereidörfer, nachdem die Klöster aufgehoben waren (Brüderschaftsprediger), 1835 bis in die Zeit Friedrich Wilhelms IV. hinein.]

### **Ergänzungsheft zum 81. Jahresbericht der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur. Breslau 1904.**

Literatur der Landes- und Volkskunde der Provinz Schlesien, umfassend die Jahre 1900—1903. Zusammengestellt von Heinrich Rentwig.

### **Geschichtsblätter für Stadt und Land Magdeburg. 40. Jahrg. 1905. Magdeburg 1905.**

S. 1—19: J. Maenß, Die Grafen von Barby und das Stapelrecht



**Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte. Neue Folge. XIV. Jahrgang 1905. Stuttgart 1905.**

S. 64—70: Eugen Schneider, Ein Brief Gustav Rümelin's an Heinrich v. Treitschke. [Vom 31. Dezember 1885. Dank für die Übersendung des 3. Bandes der Deutschen Geschichte. Zugleich Ausdruck seiner gänzlich abweichenden Auffassung der Persönlichkeit und Politik König Wilhelms I. von Württemberg und der württembergischen Geschichte jener Zeit, mit sehr interessanten Bemerkungen über die deutsche Politik der Kleinstaaten.]

**Jahrbuch für schweizerische Geschichte, hrsg. auf Veranstaltung der allgemeinen geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz. XXX. Band. Zürich 1905.**

S. 111—144: Paul von Sprecher, Die Neuenburger Revolution von 1831 nach den Briefen des eidgenössischen Kommissärs Bundeslandammann Jakob Ulrich von Sprecher von Jenins. [Kurze Biographie des Bundeslandammanns. Dann Abdruck zahlreicher Briefe desselben an seine Frau.]

**Historische Zeitschrift. Begründet von H. v. Sybel. Bd. 94 (= N. F. Bd. 58). München und Berlin 1905.**

S. 412—446: Otto Hünke, Stein und der preussische Staat. Eine Besprechung von Max Lehmann's Stein-Biographie I—II. [Unter kritischer Hervorhebung des Neuen in dem Werke, wobei ein Hinweis darauf, daß „der Geist der Steinschen Reform nur ein Ingrediens, nicht aber das eigentlich konstitutive Element in unserem heutigen Staate ist“, als welches ihn Lehmann angesehen wissen will.]

S. 447—448: Alfred Stern, Nachtrag zu dem Artikel: „Die Mutter des Freiherrn vom Stein und Lavater. Nach ihrem Briefwechsel“ (Band 93, Heft 2, 1904, S. 230—252). [Über das Porträt der Mutter Steins in Lavater's Physiognomischen Fragmenten.]

— **Bd. 95 (= N. F. Bd. 59). München und Berlin 1905.**

S. 58—70: Adalbert Wahl, Die Unterredung Bismarck's mit dem Herzog Friedrich von Augustenburg am 1. Juni 1864. [Der König war mit dem Herzog nicht einig. In der Unterredung Bismarck's mit ihm handelte es sich nicht um die „Überschrift“ der sogenannten Februarbedingungen, sondern um den Inhalt derjenigen, welchen Bismarck entscheidenden Wert beilegte. Der Herzog weigerte sich, sich ganz Preußen hinzugeben, unter dem Eindruck der Vorstellungen Österreichs. Er wollte es vorläufig noch hinhalten. Dabei verkannte er seine Lage. Die Darstellung der Gedanken und Erinnerungen ist im großen und ganzen richtig.]

S. 265—271: Wolfgang Michael, Drei Briefe Heinrich v. Treitschke's an Louis Buillemin. [Den schweizer Historiker, vom 8./I. und 4./IX. 1870 und 28./III. 1873. Interessante Bemerkungen über Deutschlands Einigung, die in den Verhältnissen begründete Friedensliebe des künftigen Deutschen Reichs, über Friedrich Wilhelm III. und IV. und Ranke's Auffassung des letzteren.]



mit der josephinischen Tradition bei dem Übergang an Preußen gebrochen. — Forts. folgt.]

**Der deutsche Herald.** Zeitschrift für Wappen-, Siegel- und Familienkunde. 36. Band. Berlin 1905.

S. 83—84: v. Mülverstedt, Wann ist das alte märkische Adelsgeschlecht von der Weyde ausgestorben?

S. 105—108: Karl v. Bardeleben, Eine Vermählung am kurbrandenburgischen Hofe aus vergangener Zeit. [Von Elisabeth Magdalene, der Tochter Joachims II. mit Herzog Franz Otto von Braunschweig 1559.]

S. 113—115: v. Mülverstedt, Einige kurze Bemerkungen über die v. Schütz und v. Konom. [Dazu vgl. S. 135—136, Kunz v. Brunn, gen. v. Rauffungen.]

**Die Grenzboten.** Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst. Jahrgang 64. Leipzig 1905.

Bd. 2, S. 341—352: Otto Rämmel, Das alte Preußen vor 1806. [Erörterungen über die Ursachen der Niederlage.]

**Blätter für Handel, Gewerbe und sociales Leben.** Beiblatt zur Magdeburgischen Zeitung 1905.

Nr. 16: Emil Obst, Die alte evangelische Kirche zu Bitterfeld.

Nr. 18: M. Rieck, Die „Königliche Gewalt“ in Obhausen-St. Nikolai. [Eine angeblich von Kaiser Heinrich II. gestiftete Flurgenossenschaft in Obhausen bei Querfurt.]

Nr. 18—20: H. Holstein, Schloß und Benediktiner-Abtei Gosed. [Zwischen Weißenfels und Raumburg.]

Nr. 22—23: Heinrich Heine, Das Nordhäuser Stadtsiegel und Stadtmappen.

Nr. 23—24: E. R., Aus dem Leben eines alten Magdeburger Offiziers. Nach seinen hinterlassenen Papieren. [1791—1868.]

Nr. 28: Peters: Das Problem der Osttürme des Magdeburger Domes.

Nr. 28—29: P. Zimmermann-Garnikau, Deutsche Einwanderungen in die Ostmark.

Nr. 32: Baugeschichtlich wertvolle Inschrift (Machau, Büttner). [In der Nikolaiirche bei Brandenburg.]

**Montagsblatt.** Wissenschaftliche Wochenbeilage der Magdeburgischen Zeitung. Organ für Heimatkunde.

Nr. 33—36: Ralph Meyer, Die Kapelle des heiligen Gangolf und die deutsch-reformierte Gemeinde in Magdeburg.

Nr. 33—35: Schneider, Das erste magdeburgische evangelische Gesangbuch.

Nr. 33: Eine altgermanische Bergburg. [Aus karolingisch-sächsischer Zeit, auf dem Hünenstollen im Göttinger Walde.]

Nr. 36: Richard Hecht, Die Kirche zu Ummendorf.

**Sonntagsbeilage der Nationalzeitung.** Berlin 1905.

Nr. 18: Max Dembsky, Der Vorleser des Kaisers. [Wilhelms I., Ludwig Schneider, geb. 29. April 1805.]



- Nr. 87: Clara Ernst, Erinnerungen einer alten Berlinerin.
- Nr. 110: H. von Poschinger, Zwei königliche Brüder. [Unveröffentlichte Briefe, einer Friedrich Wilhelms IV. an die spätere Kaiserin Augusta vom 30. IX. 1848, und einer des Prinzen von Preußen an Friedrich Wilhelm IV. vom 20. I. 1856.]
- Nr. 113: Pf. Loh, Eberhard von Hochow, der „Vater der preussischen Volksschule“. [Gutsherr auf Redahn in der Nähe von Brandenburg. 11. Okt. 1734 bis 16. Mai 1815.]
- Nr. 123: E. Petersilie, Ein Jahrhundert preussischer Statistik.
- Nr. 133: E. R., Deutsches Flottenleben in früherer Zeit. Skizzen. II. [Während des Krieges 70.]
- Nr. 146: F. Mollmann, Unter dem weißen Adler. [Bedrückungen Evangelischer in Polen in der letzten Zeit seiner Selbständigkeit, nach neuen chronistischen Aufzeichnungen einer deutschen Familie.]
- Nr. 153: Eine Erinnerung an die Schlacht bei Königgrätz. [Die Tätigkeit des damaligen Hauptmanns von Westernhagen betreffend.]
- Nr. 166—176: Dr. G. G., Eine pommerische Gymnasialstadt vor vierzig Jahren.
- Nr. 179: England und Deutschland. [Nach Gesprächen Rottenburgs (S. Münz in der N. Fr. Pr.) über Bismarck und sein Verhältnis zu England.]
- Nr. 190: E. Grabowsky, Schönwald. Das älteste deutsche Dorf in Oberschlesien.

### Beilage zur Allgemeinen Zeitung. München 1905.

- Nr. 83: Hugo Jacobi, Aus alten Zeiten. [Erinnerungen an Herbert von Bismarck, 1891.]
- Nr. 175, 176: Adolf Hasenclever, Ungedruckte Briefe von Ernst Moritz Arndt aus den Jahren 1814—1851 an den Kaufmann und Fabrikanten Josua Hasenclever in Remscheid-Ehringen. [15 Briefe.]
- Nr. 206: Emil Beneš, Der Humor Friedrichs des Großen.
- Nr. 216: H. v. Petersdorff, Eine Denkschrift des Prinzen von Preußen. [Vom 11. Dezember 1849, die Stellung des Kriegsministers, des Militärkabinetts und der Generaladjutanten in Preußen betreffend.]
- Nr. 225: W., Zwei Wittgesuche aus dem 18. Jahrhundert. [Aus der Zeit Friedrich Wilhelms I., an Fürst Georg Albrecht von Ostfriesland, die Anwerbung usw. langer Kerls betreffend.]

### Magdeburgische Zeitung 1904. (Nachtrag.)

- Nr. 103—127: H. Krauel, Der preussische Hof in Magdeburg während des Siebenjährigen Krieges. [Nach einem Tagebuch der Prinzessin Heinrich.]

### Deutsche Rundschau. Hrsgb. von Julius Rodenberg. Jahrg. 31. Berlin 1904/1905.

- Bd. 124. S. 79—104: Aus dem Frankfurter Parlament. Briefe des Abgeordneten Ernst von Sauten-Tarputtschen. Hsg. von Prof. Dr. Georg von Helow. [21. Mai 1848 bis 13. Dezember 1848 und 8. Februar 1852.]



Gudenus. [Str. Abgeordneter in der Paulskirche, vieles davon in den Briefen.]

S. 218—230, 333—342: v. Schleinitz, S. M. S. „Arcton“ im deutsch-französischen Kriege. [S. war Kommandant der Korvette, Schilderung auf Grund des Tagebuchs. 1869 bei Eröffnung des Suezkanals, von da nach Westindien, Azoren. Zusammentreffen mit überlegenem Panzer „Montcalm“. Aufenthalt in Sagal, vergeblich gesuchtes Gefecht mit „Bellona“, in Lissabon bis zum Frieden.]

S. 257—264: H. von Poschinger, Briefe des Fürsten Karl Anton zu Hohenzollern. [Von 1849 August 9 bis 1851 August 22, an den Obersten von Ruffow, Befehlshaber der 1849 in die Fürstentümer Hohenzollern eingerückten preussischen Truppen.]

S. 312—323: A. v. W., Aus dem Winter 1870/71. Neue Beiträge. [Mitteilungen der Korrespondenz des französischen Gesandten A. Tachard in Brüssel (15. Febr. 70 bis Anfang Febr. 71 daselbst), mit Jules Favre, dem gouvernement de la défense nationale in Tours; bis 6. Oktober 1870.]

Bd. 3, S. 22—42: Ernst Berner, Eine Jugendfreundschaft Friedrichs des Großen. Nach meist ungedruckten Papieren. [Mit Markgraf Karl von Brandenburg-Schwedt. Briefe Friedrichs in deutscher Übersetzung, der erste aus der Küstriner Zeit.]

S. 54—68, 158—173, 344—354: A. v. W., Aus dem Winter 1870/71. Neue Beiträge. [Aus Tachards Korrespondenz; Bourbaki's Mission im Oktober; nach der Übergabe von Mex; Nachrichten und Gerüchte über die Politik aller europäischen Mächte. Angebliche bonapartistische Verschwörungen. Preußen und Luxemburg. Spannung im Dezember. Material vom 8. Oktober bis 15. Dezember 70.]

S. 78—90, 188—197, 304—313: Hermann Onken, Aus den Briefen Rudolf von Bennigsen. [Die Bestrebungen des Nationalvereins und anderer Politiker Juni 1860. Brief B. vom 25. Dezember 59 mit weiteren Aufschlüssen über die Anfänge des Vereins. Brief des großdeutschen Politikers Orge vom 27. März 1860 an B., Entwicklung seines Programms. Briefwechsel zwischen B. und dem Herzog Ernst II. von Koburg-Gotha resp. seinem Sekretär Bollmann, April—Mai 1860. Versuch des Herzogs, B. großdeutschen Bestrebungen dienstbar zu machen.]

S. 271—279: A. v. A...n, Diplomatische Korrespondenz des russischen Gesandten in Berlin Baron Meyendorff und seines Geschäftsträgers von Struve an den Staatsmann von B... (1848—1850). Aus dem nicht-veröffentlichten Nachlasse des Staatsmannes v. B... [Auszüge aus Briefen, sollen die Größe des russischen Einflusses in Deutschland zeigen.]

*Le monde des deux mondes.* Paris 1905.

Bd. 26, S. 721—733: Haussonville, Le 31. Octobre 1870. Récit d'un témoin. [Nach dem Tagebuche des älteren H. über die Ereignisse des 31. Okt. in Paris.]



Gudenus. [Str. Abgeordneter in der Paulskirche, vieles davon in den Briefen.]

- S. 218—230, 333—342: v. Schleinitz, S. M. S. „Arctona“ im deutsch-französischen Kriege. [S. war Kommandant der Korvette, Schilderung auf Grund des Tagebuchs. 1869 bei Eröffnung des Suezkanals, von da nach Westindien, Azoren. Zusammentreffen mit überlegenem Panzer „Montcalm“. Aufenthalt in Sagal, vergeblich gesuchtes Gefecht mit „Bellona“, in Lissabon bis zum Frieden.]
- S. 257—264: H. von Poschinger, Briefe des Fürsten Karl Anton zu Hohenzollern. [Von 1849 August 9 bis 1851 August 22, an den Obersten von Ruffernow, Befehlshaber der 1849 in die Fürstentümer Hohenzollern eingerückten preußischen Truppen.]
- S. 312—323: A. v. W., Aus dem Winter 1870/71. Neue Beiträge. [Mitteilungen der Korrespondenz des französischen Gesandten A. Tachard in Brüssel (15. Febr. 70 bis Anfang Febr. 71 daselbst), mit Jules Favre, dem gouvernement de la défense nationale in Tours; bis 6. Oktober 1870.]
- Bd. 3, S. 22—42: Ernst Berner, Eine Jugendfreundschaft Friedrichs des Großen. Nach meist ungedruckten Papieren. [Mit Markgraf Karl von Brandenburg-Schwedt. Briefe Friedrichs in deutscher Übersetzung, der erste aus der Rüstriner Zeit.]
- S. 54—68, 158—173, 344—354: A. v. W., Aus dem Winter 1870/71. Neue Beiträge. [Aus Tachards Korrespondenz; Bourbaki's Mission im Oktober; nach der Übergabe von Mex; Nachrichten und Gerüchte über die Politik aller europäischen Mächte. Angebliche bonapartistische Verschwörungen. Preußen und Luxemburg. Spannung im Dezember. Material vom 8. Oktober bis 15. Dezember 70.]
- S. 78—90, 188—197, 304—313: Hermann Duden, Aus den Briefen Rudolf von Bennigsens. [Die Bestrebungen des Nationalvereins und anderer Politiker Juni 1860. Brief B. vom 25. Dezember 59 mit weiteren Aufschlüssen über die Anfänge des Vereins. Brief des großdeutschen Politikers Orges vom 27. März 1860 an B., Entwicklung seines Programms. Briefwechsel zwischen B. und dem Herzog Ernst II. von Koburg-Gotha resp. seinem Sekretär Bollmann, April—Mai 1860. Versuch des Herzogs, B. großdeutschen Bestrebungen dienstbar zu machen.]
- S. 271—279: A. v. A...n, Diplomatische Korrespondenz des russischen Gesandten in Berlin Baron Meyendorff und seines Geschäftsträgers von Struve an den Staatsmann von B... (1848—1850). Aus dem nicht-veröffentlichten Nachlasse des Staatsmannes v. B... [Auszüge aus Briefen, sollen die Größe des russischen Einflusses in Deutschland zeigen.]

*Revue des deux mondes.* Paris 1905.

- Bd. 26, S. 721—733: Haussonville, Le 31. Octobre 1870. Récit d'un témoin. [Nach dem Tagebuche des älteren H. über die Ereignisse des 31. Okt. in Paris.]

**Militär-Wochenblatt. 90. Jahrgang. 1905.**

- Nr. 57: Fritsch, Der Plan der französischen Heeresleitung gegen Tann in Orléans — eine Nachbildung des deutschen Umschließungsverfahrens von Sedan? [Vergleich beider Operationen.]
- Nr. 60/61: Die Kämpfe des Obersten Deimling im Muobtal.
- Nr. 65, 66, 67: Der Hottentottenaufstand.
- Nr. 68: Die Überraschung der französischen Kavalleriedivision de Forton am 16. August 1870. [Durch die deutsche Kavalleriedivision v. Rheinbaben. Gefürzte Übersetzung eines Aufsatzes von Pierre Lehautcourt — Pseudonym des Obersten Palat — im Aprilheft 1905 der *Revue de cavalerie*.]
- Nr. 70: Zum 50jährigen Bestehen der Gewehr-Prüfungs-Kommission und der Infanterie-Schießschule.
- Nr. 75: Richelmann, v. Wiffmann. [Nachruf.] — v. Janson, Die kriegsgeschichtliche Kartenkritik. [Betont, wie wichtig für die Beurteilung eines Feldherrn die Kenntniß der von ihm benutzten Karte ist. Näheres Eingehen auf die in den Befreiungskriegen benutzten Karten.]
- Nr. 77: Zum Treffen bei Langensalza am 27. Juni 1866. [Ein Mitkämpfer gibt einige Ergänzungen bezw. Berichtigungen zu der Darstellung von der Wengens.]
- Nr. 80: Moser, Erlebnisse eines Gefangenen-Transport-Kommandos nach der Kapitulation von Sedan. [Nach dem Kriegstagebuche des 2. bayr. Jägerbataillons.]
- Nr. 84: v. Dr[igalski]y, Der Führer des Reichsheeres 1757. [Scharf aburteilende Besprechung des 1. Bandes von A. Brabant: Das Heilige Römische Reich deutscher Nation im Kampfe mit Friedrich dem Großen.]
- Nr. 89: G. Schoch, Zur Überraschung der Franzosen am Morgen des 16. August 1870. [S. oben Nr. 68.]
- Nr. 95: P. v. Amin, Eine Kavalleriepatrouille zu Anfang des Feldzuges 1870/71. [Betrifft eine vom Verfasser — damals Leutnant im 14. Ul.-Reg. — am 6. August 1870 gerittene Patrouille, unter Polemit gegen Cardinal von Widdern und v. Pelet-Marbonne.]
- Nr. 99: v. Pelet-Marbonne, Eine Kavallerie-Patrouille zu Anfang des Feldzuges von 1870. Zur Klarstellung. [S. Nr. 95.]
- Nr. 100: v. Leszczyński, Eine historische Rang- und Stammliste des Deutschen Heeres. [Ablehnende Besprechung des so betitelten Werkes von Claus von Bredow.]
- Nr. 104: Vor hundert Jahren I. Napoleon im Lager von Boulogne. [Vertritt die Meinung, daß Napoleon schon im Juli 1805 nicht mehr den Gedanken der Landung gehabt habe.]
- Nr. 74, 81, 87, 97, 105: K. v. Schmidt, Aus dem Leben eines jugendlichen Ritters des Verdienstordens. [Otto von Kalben, 'der 1790 in die preuß. Armee trat, 1793 vor Mainz den Orden pour le mérite erhielt, die Schlacht bei Auerstädt und die Freiheitskriege mitmachte. Nach Briefen und Tagebuchaufzeichnungen Kalbens.]

**Beilage zum Militär-Wochenblatt. 1905.**

5. Heft: Lorenzen, Geschichte des Berliner Invalidenhauses. II. Teil 1884—1904. [Fortf. des Werkes von Dilleh, das zuerst im Beilage des M.W.B. von 1885 erschien, 8., 9. u. 10. Heft.]
7. Heft: E. v. Estorff, Vom althannoverschen Heere II. [S. Beilage 9, 1904; Schicksale Albrechts v. Estorff (1766—1840) und seiner Brüder.]
8. u. 9. Heft: Frhr. v. d. Osten-Sacken, Napoleon bei Bauten.

**Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine. Geleitet von Reim. 1905.**

- Heft 404 (Mai): J. v. Pflugk-Hartung, Bernadotte im Herbstfeldzuge 1813. [Tritt der günstigen Beurteilung Bernadottes durch Wiehr, Holoff und Friederich entgegen auf Grund von Mitteilungen und Urteilen Pozzo di Borgo, die Baillet im Petersburger Archiv gefunden hat.]
- Heft 407/8 (August/Sept.): J. v. Pflugk-Hartung, Das 1. preussische Korps bei Belle-Alliance. [Detaillierte Darstellung unter Heranziehung archivalischen Materials; Polemik gegen Lettow.]

**Neue militärische Blätter. Wochenschrift für Armee und Marine. 34. Jahrg. Band 67. 1905.**

- Nr. 2: v. d. Wengen, General Goben im Feldzuge 1866 gegen Hannover. [Anknüpft an die Aufzeichnungen des Generals v. Jena an; polemisch.]

**Organ der militärwissenschaftlichen Vereine. Wien. 1905. 70. Band.**

- Heft 2: Fr. Rieger, Die Mitteilungen der I. und II. Kriegsarchive. [Eine Charakteristik dieser auch für die preussische Kriegsgeschichte vielfach wichtigen Publikationen und Aufsätze, von denen bis jetzt 24 Bände vorliegen.]

**Steffens österreichische militärische Zeitschrift. 46. (der ganzen Folge 82.) Jahrgang. 1905.**

- Heft 8: Fr. Gensinger, Waterloo.

**Le spectateur militaire. Recueil des sciences, d'art et d'histoire militaires. Tome 59. Paris 1905.**

- S. 46—59, 142—160, 197—213, 290—304: Fortf. u. Schluß von Diez, Les journées de la Lorraine.

**— Tome 60.**

- S. 194—211, 273—289, 381—397: G. Bages, Le siège de Glogau 1813/14. [Nach den Papieren des Generals Nempde du Boyet, des Verteidigers der Festung.]

**Journal des sciences militaires. 81<sup>e</sup> Année. Tome 26. Paris 1905.**

- S. 5—28, 187—208: Fortf. von Grouard, Critique stratégique de la guerre franco-allemande. Woerth et Forbach.



- B. Behring**, Stenzel Bornbachs Kriegstagebuch nach der Originalhandschrift hrsg. (Zur Geschichte des Danziger Krieges 1577.) Zweiter Teil: 7. September bis 25. Dezember. Beilage zum Programm des kgl. Gymnasiums zu Elbing 1905 (43 S. 8°).
- Beiträge zur Geschichte Eschweilers und seines höheren Schulwesens.** Festschrift zur Feier der Anerkennung des Gymnasiums Ostern 1905. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des Gymnasiums zu Eschweiler 1905 (2 Bl. u. 120 S. u. 1 Taf. 8°).
- E. Böttcher**, Die geographischen Bedingungen für das Werden und Wachsen von Rottbus. Festrede. Bericht des kgl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums zu Rottbus 1905 (6 S. 4°).
- F. Borchardt**, Münzstempel der Stadt Danzig. Wissenschaftliche Beilage zum Programm des städt. Gymnasiums zu Danzig 1905 (20 S. 8°).
- D. Drosfen**, Beiträge zu einer Bibliographie der prosaischen Schriften Friedrichs des Großen. (Fortsetzung und Schluß.) Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des Königsstädtischen Gymnasiums zu Berlin 1905 [und im Buchhandel: Berlin, Weidmann] (32 S. 4°).
- D. Engelmann**, Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Morbis (Eichsfeld). Hallische Diff. 1904 [und im Buchhandel: Halle a. S., C. A. Kaemmerer & Co. 1905] (VI S. u. 1 Bl. u. 223, 1 S. u. 2 Tab. 8°).
- B. Fehdt**, Der Einfluß der ostpreussischen Eisenbahnen auf die städtischen und einige andere Siedelungen. Königsberger Diff. 1904 (2 Bl. u. 108 S. u. 1 Tab. 8°). [Erscheint vollständig in: Altpreussische Monatschrift. Bd. 41 ff. Königsberg i. Pr., Thomas & Oppermann 1904 ff.]
- M. Friebe**, Geschichte der Königlichen Berger-Oberrealschule (früher Realschule und Realgymnasium) zu Posen während ihres fünfzigjährigen Bestehens 1853—1903. Beilage zum Jahresbericht der kgl. Berger-Oberrealschule in Posen 1904 (93 S. 4°).
- D. Gelsdorf**, Preussische und österreichische Reichspolitik im Jahrzehnt vor dem Siebenjährigen Kriege. I. Teil. (Von 1746 bis 1750.) Beilage zum Jahresbericht des Realprogymnasiums zu Rauen 1905 (58 S. 8°).
- D. Grandle**, Das Berliner Schneidergewerbe im neunzehnten Jahrhundert. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Großstadt. I. Kapitel. Berliner Diff. 1905 (42 S. u. 1 Bl. 8°). [Teil einer größeren Arbeit, die im Buchhandel erscheinen wird.]
- J. Grimberg**, Beiträge zur Geschichte des Großen Kurfürsten. Berliner Diff. 1905 (99, 1 S. 8°).
- A. Haas**, Volkstümliches von der Halbinsel Mönchgut. Programm des Schiller-Real-Gymnasiums zu Stettin 1905 (15 S. u. 1 Bl. 4°).
- M. Haß**, Die landständische Verfassung und Verwaltung in der Rurmark Brandenburg während der Regierung des Kurfürsten Johann Georg (1571 bis 1598). (I. Abschnitt, I. Kapitel.) Berliner Diff. 1905 (100 S. u. 1 Bl. 8°). [Soll vollständig in den „Veröffentlichungen des Vereins für Ge-





ständig im Buchhandel in: Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Bd. 24. Heft 1. Leipzig, Dunder & Humblot 1905 (XIV, 345 S. 8°.)

- G. Häder**, Finanzgeschichte der Stadt Magdeburg im XIX. Jahrhundert. Hallische Diff. 1904 (VIII, 117 S. u. 1 Bl. u. 1 Tab. 8°).
- H. Hühndt**, Die Politik des Bayreuther Hofes während des Siebenjährigen Krieges. Münchener Diff. Bayreuth 1905 (2 Bl. u. 117 S. u. 1 Bl. 8°).
- G. Salchow**, Bayern und die Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1870. Beilage zum Jahresbericht des Stadtgymnasiums zu Halle a. S. 1904 (18 S. 4°).
- B. Schulte**, Urkundliche Beiträge zur Geschichte des schlesischen Schulwesens im Mittelalter. Nachträge. Wissenschaftliche Beilage zum Programm des kgl. kathol. Gymnasiums zu Olaz 1905 (28 S. 4°).
- D. Seidel**, Die Geschichte des Progymnasiums und der vorhergehenden höheren Schuleinrichtungen zu Frankenstein i. Schl. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des städt. katholischen Progymnasiums zu Frankenstein i. Schl. 1904 (20 S. 4°).
- B. Seiffert**, Zum Dreißigjährigen Krieg. Regesten aus dem städtischen Archiv zu Straußberg gesammelt und geordnet. Beilage zum 51. Jahresbericht des kgl. Wilhelms-Gymnasiums zu Krotoschin 1905 (52 S. 8°).
- G. Senftner**, Sachsen und Preußen im Jahre 1741, zugleich ein Beitrag für Klein-Schnellendorf. Berliner Diff. 1904 [und im Buchhandel: Berlin, E. Ebering] (47 S. 8°).
- P. Simson**, Geschichte der Schule zu St. Petri und Pauli in Danzig. Teil II. Die höhere Bürgerschule, Realschule erster Ordnung, das Realgymnasium, die Realschule und Oberrealschule. 1817—1905. Beilage zum Bericht der Oberrealschule zu St. Petri und Pauli in Danzig 1905 (2 Bl. u. 138 S. 8°).
- H. Smend**, Die preußische Verfassungsurkunde im Vergleich mit der belgischen. Göttinger Diff. 1904 (2 Bl. u. 85 S. 8°).
- J. Sommermeyer**, Preußen und die Campagne von 1794 gegen Frankreich. Berliner Diff. 1905 (85 S. u. 1 Bl. 8°).
- B. Steffen**, Ein altmärkisches Rittergut in zwei Jahrhunderten. Jahresbericht über das kgl. Pädagogium zu Putbus 1905 (21 S. 4°).
- D. Strube**, Die deutschen Siedelungen in der Mark Brandenburg unter den Ablaniern. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht der Ober-Realschule zu Steglitz 1904 (34 S. 4°).
- F. Sunder**, Das Finanzwesen der Stadt Osnabrück von 1648—1900. Hallische Diff. 1904 (X, 69, 1 S. 8°). [Vollständig im Buchhandel in: Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen, hrsg. von J. Conrad. Bd. 47. Jena, G. Fischer 1904 (XII, 219 S. 8°).]
- F. Taugermann**, Die Landgemeinde Belsdorf am Anfange des 20. Jahrhunderts. Leipziger Diff. Borna-Leipzig 1905 (VI, 106 S. u. 1 Bl. 8°).
- H. Varnhagen**, Die Vorgänge im Peere Bourbakis bis zum 9. Januar. T. 1. Programm zum Rektoratswechsel. Erlangen 1904 (66 S. 4°).



wird aber nicht nur für diesen Zweck gute Dienste leisten; auch der wissenschaftlichen Forschung wird sich dieser erste Versuch einer Bibliographie der märkischen Ortsgeschichte, die ja namentlich für die Verfassungsgeschichte manchen wertvollen Baustein liefern kann, sehr nützlich erweisen. Um so mehr wäre zu wünschen gewesen, daß der Verf. seine Arbeit nicht für das Gebiet der heutigen Provinz, sondern des alten Territoriums Brandenburg getan oder doch wenigstens die Altmark mit berücksichtigt hätte. Auch hinsichtlich der sachlichen Abgrenzung des Stoffes sind die Schranken etwas eng und zu äußerlich gezogen. Wohl in der richtigen Empfindung, daß sich mit dem Begriff der „Chronik“ eigentlich nichts anfangen läßt, hat der Verf. auch einige andre nicht als solche anzusprechende Schriften aufgenommen; dabei ist aber manches wesentliche über minder wichtigem vergessen worden, zumal Zeitschriften-Aufsätze gar nicht berücksichtigt sind: so vermißt man Liesegang's Aufsätze über Neuruppin und Perleberg, Riedel's Geschichte von Bernau in Ledebur's Archiv Bd. 13, P. Schwarz' Schrift über Königsberg i. N. von 1680—1750 (Schr. d. Ver. f. G. d. Neum. II), bei Wusterhausen: J. G. Jästraub, 1500 Jahre im Dossellande, Wusterh. 1875; bei Crossen: G. A. Matthias, Chronica der St. Cr., hrsg. v. C. Range, Cr. u. Zielenzig 1846, aus dem das hier genannte Buch von C. v. Obstfelder größtenteils nur ein Auszug ist. Für die priegnischen Städte ist auf Bedmann's reichhaltige „Beschreibung der Churmark Br.“, für einige mittelmärkische auf Fischbach's Städtebeschreibungen Bd. I zu verweisen. — Das Verfahren, auch die Namen derjenigen Städte, für die kein Buch angegeben wird, vorzudrucken, ist an sich sehr empfehlenswert, kann aber den beabsichtigten Zweck, zu zeigen, „für welche Städte noch keine Chronik vorhanden ist“, nur erfüllen, wenn Vollständigkeit erstrebt wird; hier, wo das nicht der Fall ist, kann es nur zu unrichtigen Schlüssen führen. Es sei gestattet, für einen etwaigen Neudruck, die einschlägigen Arbeiten über einige von B. ohne Literatur genannte Städte hier aufzuführen: Über Plaue a. S. handeln: J. R. Sybel, Nachrichten v. d. Städtchen P., Berl. u. Stett. 1811; und F. Horn im 2. u. 3. Jahresber. d. hist. Ver. z. Brandebg. (1871); über Teupitz vgl.: F. Hoffmann, Gesch. v. Schloß u. Stadt T. 1902; über Rehn s. Bardey, Gesch. v. Rauen usw. S. 374 ff.; über Lebus vgl. das bekannte Buch von Wohlbrück, das sich nicht auf das Bistum beschränkt; über Arnswalde: R. Berg, A. im 16. Jahrh., Landshg. a. W. 1903 (vgl. Schr. d. Ver. f. G. d. Neum. Hft. 4, 13 u. 16); eine kurze Geschichte von Driesen gibt A. Redling im Archiv d. Brandenburgia IV (1898); für Neuwedel vgl. Ledebur's Arch. Bd. 3 (1830); für Soldin: W. Reinhold, Chronik der Stadt S., Soldin 1847. Über Sommerfeld s.: E. L. Wedekind, Diplom. Chronik der Immediatst. S., Crossen 1846; über Zielenzig und Lagow s. Mitt. d. hist.-stat. Ver. z. Frankfurt a. O. Hft. 1 (1861). — Vielleicht nimmt der Verf. überhaupt Anlaß, seine Sammlungen fortzusetzen und das brauchbare Hilfsmittel, das er geschaffen hat, zu einem vollständigen Repertorium der lokalgeschichtlichen Literatur auszugestalten.

Martin Hass.



Bei Schilderung der Gloden wird sodann ein bemerkenswerter Zusammenhang von drei Zinnaer Gloden, die in den Jahren 1489—1495 gegossen wurden, sowie einer Glode im nahegelegenen Stülpe, mit einer Gruppe von Gloden im Anhaltischen (Rosslau-Lotto) aus den Verzierungen festgestellt. Wertvoll ist schließlich die Vergleichen mit der Mutterkirche unseres Klosters, der Klosterkirche zu Altenberg. Hier wird durch gelungene Rekonstruktion der jetzt verschwundenen ersten Kirche der Nachweis geführt, daß diese das ziemlich genaue Vorbild für die Zinnaer Kirche gegeben hat. Es schließt sich danach die Klosterkirche zu Zinna als weiteres Beispiel an die wenigen bisher bekannten Ableitungen des Typus von Morimond an und besitzt dadurch einen Wert für die Baugeschichte des Zisterzienserordens.

Die ganze Bearbeitung ist mit großer Sorgfalt und Sachlichkeit geführt und wird dem Gegenstand in umfassendster Weise gerecht. Sie gibt zum erstenmal gute zeichnerische Aufnahmen und eine gründliche geschichtliche Behandlung des eigenartigen Baues und bildet so eine sehr dankenswerte Bereicherung unserer Kenntnis märkischer Baugeschichte.

O. Stiehl.

**Erich Schmidt: Geschichte des Deutschtums im Lande Posen unter polnischer Herrschaft. Mit 25 Abbildungen und 2 Karten. Bromberg 1904, Mittlerische Buchhandlung (A. Fromm), (XII, 438 S.).**

Anders als Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen hat die fünfte der preussischen Ostprovinzen, Posen, trotzdem eine Menge bedeutender Vorarbeiten für einzelne Gebiete vorliegt, bis heute noch keine größere zusammenhängende Darstellung ihrer geschichtlichen Vergangenheit auf wissenschaftlicher Grundlage gefunden. Auch das vorliegende Buch ist keine eigentliche Landesgeschichte, denn der Titel umgrenzt ein besonderes Kapitel, aber es gilt doch dem Hauptproblem der Posener Provinzialgeschichte, der ohne dasselbe eben ihr Hauptcharakteristikum fehlen würde, und es bietet für die allgemeine deutsche Siedlungsgeschichte im slavischen Osten, besonders für die Nachbargebiete, wichtiges neues Vergleichsmaterial, so daß dies Werk ein Bekanntwerden über den engen Kreis nur provinzialgeschichtlicher Interessen hinaus sehr wohl verdient. — In dem ersten Buche behandelt der Verfasser die Vorgeschichte und die politischen und kulturellen Verhältnisse des Posener Landes, namentlich die Beziehungen zu den benachbarten deutschen Herrschern von den Tagen Ottos I. bis zu Friedrich Rotbart hin und wendet sich dann im 2., 3. und 4. Buche zu seiner Hauptaufgabe, der Darstellung des Verlaufs der zwei großen deutschen Einwanderungen nach Posen im 13./14. und im 17./18. Jahrh., sowie zur Darlegung der Schicksale der Deutschen in der Zwischenzeit, also im 15. und 16. Jahrh. Der Hergang ist dabei kurz folgender. Auch in Polen zeigt sich seit dem 13. Jahrh., wie in Westeuropa seit den Kreuzzügen, eine Verschiebung der Wirtschaftsverhältnisse; dem Geldbedürfnisse und dem Verlangen der polnischen Fürsten nach stärkeren, werthschaffenden, geldzahlenden Arbeitskräften kommt in dieser Zeit die durch Landnot geweckte Auswanderungslust in Deutschland entgegen, und durch bedeutende Privilegien, vor allem die Gewährleistung



vollendet, oftmals nicht ohne Schwung. Die beigegebenen Abbildungen von Kunst- und Baudenkmälern in der Provinz erfüllen ihren Zweck, denn sie beweisen an ihrem Teil daß „fast alle kulturellen Werte der Ostmark von deutschem Geiste geschaffen sind“.

K. Schottmüller.

**Wilhelm Behring: Zur Geschichte des Danziger Krieges 1577. Stenzel Bornbachs Kriegstagebuch nach der Originalhandschrift herausgegeben. Teil 1 und 2. Beilage zum Programm des Rgl. Gymnasiums zu Elbing 1904 und 1905.**

Der durch seine Normannischen Studien und seine Arbeiten zur westpreußischen Geschichte bekannte Verfasser gibt nach einer Gothaer Handschrift das Tagebuch Stenzel Bornbachs zur Geschichte des Danziger Krieges (mit Polen) 1577 mit den erforderlichen Erläuterungen, einem Personen- und Ortsverzeichnis, sowie einem Wörterverzeichnis wieder und erschließt somit der Lokalgeschichte eine nützliche Quelle für eine Episode in der Danziger Geschichte, die auch eines allgemeinen Interesses nicht entbehrt. — Die L. 1 S. 42 aufgeführten Orte, die der Moskowiter in Livland eingenommen habe, sind z. T. nicht richtig wiedergegeben, wobei es unentschieden bleiben muß, ob die Vorlage die Namen schon korrumpiert hatte oder diese nicht richtig gelesen sind. Trop soll wohl Roop, Waegel — Wainfel(?), Krainen — Kremon, Tronken — Tritaten, Triden — Treiden sein. S. „Verzeichniß der Stede und Heuser, so in diesem vergangenen Sommer feindlich erobert und eingenommen“. Mitteil. a. d. livländ. Gesch. II, S. 450, 455. Margenhufen, Arriass und Hogerosen hätten im Register als Marienhausen, Arrasch und Hochrosen erklärt werden können. Doch dieß nur nebenbei.

A. Seraphim.

**Georg Senftner: Sachsen und Preußen im Jahre 1741, zugleich ein Beitrag für Kleinschnellenendorf. Berliner Dissertation, 1904, (47 S.).**

Die Konvention von Kleinschnellenendorf, die Friedrich d. Gr. während des ersten schlesischen Krieges (am 9. Okt. 1741) mit dem österreichischen Heerführer Reipperg abschloß, ist seit Jahrzehnten eins der umstrittensten Probleme der Friederizianischen Geschichte; vor allem in der Frage nach Friedrichs Motiven und in der Beurteilung der Konvention gehen noch heute die Ansichten weit auseinander. Während Ranke die Übereinkunft für eine wesentlich politische erklärt, die jedoch für die Geschichte der Eroberung Schlesiens ohne größere Bedeutung sei: „Die Schnellenendorfer Abrede kann als ein, soll man sagen glücklich gefundener oder mehr in dem Konflikt der Dinge hervorgetriebener erster Moment des Einverständnisses betrachtet werden, der aber weder auf der einen noch auf der andern Seite mit ernstlichem Eifer ergriffen und ausgebildet wurde, und flüchtig vorüberging“ (Preuß. Gesch., Werke 27—28, S. 472), hat Roser den militärischen Charakter der Konvention stark betont und gemeint, hier ständen wir „vor einem der Fälle, wo der Gang der Geschichte uns mahnen will, über den wirren Zufälligkeiten ein lenkendes Walten zu erkennen“. Durch sie sei „ein Ergebnis von großer welthistorischer Bedeutung gesichert worden. Österreichs Zukunft war gerettet... Eine





Es fiel Friedrich nicht ein, Frankreich und seinen Bundesgenossen „die Maronen aus dem Feuer zu langen“. (P. C. I, No. 532.) Es fiel ihm nicht ein, ganz allein „de porter tout le fardeau de la guerre“, wie er wiederholt erklärt. (P. C. I, S. 337, 349.) Der junge Friedrich war nicht nur ein höchst gefährlicher Gegner, sondern auch ein gefährlicher Bundesgenosse; man wird, um seine verschlagene Politik von 1741 ganz zu begreifen, wohl noch mehr, als bisher meist geschah, bei der Lektüre seiner damaligen Korrespondenz mit den französischen und bayrischen Bundesgenossen bedenken müssen, daß auch für ihn, besonders damals, die Sprache oft mehr dazu da war, seine Gedanken zu verbergen, als sie auszusprechen.

Er hatte in der Tat eine ganze Reihe von Gründen, um „mit Frankreich unzufrieden zu sein“ (Eu. II, 91): daß Sachsen durch Frankreichs Vermittelung weit mehr als er selbst, alle die oben genannten Gebiete, erhalten sollte<sup>1)</sup>, durch die daß ihm zugedachte Niederschlesien ja auf allen Seiten von sächsisch-polnischem Gebiet wäre eingeschlossen worden, daß seine Verbündeten bis in den September hinein militärisch wenig leisteten, offenbar in der Absicht, ihm Reiperg nicht vom Halse zu ziehen, daß die Franzosen im Gegensatz zu früheren Versprechungen am 19. Sept. Hannover ohne Preußens Vermittelung die Neutralität zugestanden, während Friedrich gehofft hatte, dabei nicht unwesentliche politische Vorteile herauszuschlagen, verstimmt ihn stark; vor allem aber war Friedrich durchaus nicht gewillt, den vermutlichen Plan Fleury's, in Deutschland vier Mittelstaaten zu errichten (Bayern, Sachsen, Preußen und das verkleinerte Österreich), denen gegenüber Frankreich dann in der Tat eine ausschlaggebende Stellung hätte einnehmen können, zu unterstützen. Mit größtem Argwohn steht er wie seinen Gegnern so seinen Verbündeten im Herbst 1741 gegenüber; sein einziges Ziel war, Schlesien zu erobern, und zwar, wenn möglich, ganz Schlesien, Maria Theresia in einem Vertrage zur Abtretung Schlesiens zu zwingen, also die Forderung durchzusetzen, die er schon vor Beginn des eigentlichen Krieges in Wien gestellt hatte. Nur deshalb treibt er seit Ende August Bayern und Franzosen durch seinen militärischen Vertreter beim Kurfürsten von Bayern, Schmettau, vorwärts; je stärker der Druck wird, den seine Verbündeten donauabwärts auf Wien ausüben, um so eher kann er hoffen, die stolze Maria Theresia zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Wirklich gegen Wien selbst vorzugehen und Österreich zu vernichten, ihm „den tödlichen Streich zu versetzen“, wie Roser meint, lag u. d. s. nicht in Friedrichs Absicht, wie ja auch die Franzosen, um nicht den Kurfürsten von Bayern zu mächtig werden zu lassen und an Stelle des habsburgischen ein starkes mittelbachiſches Kaisertum zu setzen, Wien nicht erobern wollten, sondern nach

---

1) „Sie lassen auf das Haupt des Königs von Polen, der Ihnen alle Abneigung und jeden nur möglichen schlechten Willen bezeugt hat, und der Ihnen keinen seiner Ansprüche aufopfert, einen viel beträchtlicheren Teil fallen, als auf den Kurfürsten von Bayern und auf mich. Muß man denn der Feind der Franzosen sein, um von Ihnen am meisten begünstigt zu werden?“ schreibt Friedrich am 16. Sept. an den Marschall Belle-Isle (P. C. I, 510).



herausgearbeitet zu haben, scheint uns ein besonderes Verdienst der S.'schen Schrift zu sein), bis zum 15. September etwa (nach S. bis zum 20.) und von dort bis zum Abschluß der Konvention. Während Friedrich vor dem 15. September schroff gegen Sachsen auftritt und dessen Beitritt zum französisch-bayrischen Bündnis zu verhindern sucht, gibt er dann plötzlich dem sächsischen Gesandten Freundschaftsversicherungen und sucht selbst Sachsen in das Bündnis gegen Österreich hinüberzuziehen<sup>1)</sup>. Den Grund zu dieser Umschwung der preussischen Politik hat S. nicht richtig erkannt: es ist die Friedrich am 15. September zugehende Nachricht von dem Siege der Russen über die mit Frankreich verbündeten Schweden bei Wilmanstrand (in Finnland, 3. Sept. 1741), wie Roser schon 1879 mit Recht hervorgehoben hat (Pol. Rom. I, S. 471, Register, vgl. I, 349). Friedrich befürchtet etwa zwei Wochen lang, daß die gefährliche Konjunktur aus dem Frühjahr sich wiederholen, Rußland mit Sachsen und Hannover sich verbinden und seine eigenen Staaten bedrohen könne<sup>2)</sup>. Deshalb tritt er plötzlich gegen Sachsen freundlich auf, um so dessen Angriff zu verhüten<sup>3)</sup>.

1) „Je regarde dans les conjonctures présentes l'accession de la Saxe comme le coup de parti qui détermine tout,“ erklärte Friedrich am 21. Sept. am Rande einer Denkschrift Balorns (P. C. I, S. 348), die von Eichel an Bobewitz gesandt wurde.

2) Vgl. den letzten Absatz der kürzlich gefundenen Fragmente der ersten Redaktion der Histoire de mon Temps, die hier etwas mehr gibt, als die späteren Redaktionen (bei Droysen, Beiträge zu einer Bibliographie der prosaischen Schriften Friedrichs d. Gr. Teil II, 1905, S. 32): „Tout le mois de mai se passa en négociations; les Saxons jaloux de mes succès et de mon agrandissement remuèrent tous les ressorts de leur politique pour me susciter des embarras et me perdre. Ils avaient dressé un plan, de quelle façon eux, les Russiens et les Hanovriens se voulaient partager mes états . . . . La Russie était prête à faire une invasion en Prusse . . . et le roi d'Angleterre avec la Saxe devaient opérer en même temps du côté de la vieille et moyenne Marche (Alt- und Mittelmark).“

3) Einige kleine Versehen Senftners seien hier noch notiert: S. 32 das undatierte Schreiben P. C. Nr. 482 ist vom 31. Okt., nicht vom 1. September (von Roser richtig eingeordnet); S. 38 Anm. 65 ist B. R. Nr. 516 statt 520 zu lesen; der Übermittler von Friedrichs ersten Vorschlägen am 9. Sept. (Senftner S. 37) ist wohl nicht Golz, sondern Marmiz (Roser, Fr. d. Gr. I, 146, 616); die Stelle P. C. I, S. 348 „ensuite de cela, patte de velours“, Worte Friedrichs am Rande der Balornschen Denkschrift (Senftner S. 40), bedeutet nicht: „Hernach ziehen sie (die Sachsen) die Krallen ein,“ sondern: „Hernach zeigen wir ihnen Sammetpfötchen.“ Die Verspottung des sächsischen Gesandten Bülow, indem Friedrich von den Winterquartieren seiner Truppen in Sachsen redet und äußert, wenn jemand zwischen streitenden Nachbarn neutral zu bleiben versuche, läme es meistens dahin, daß gerade seine Länder Schauplatz des Krieges würden (Grünhagen, Geschichte des 1. schles. Krieges I, 457), fand schon am 22. Sept. statt, während man sie nach Senftner S. 41 nach dem 30. ansetzen würde. Also war Friedrichs Annäherung an Sachsen in den 20er Tagen des September nur politische Taktik.



Saßburger Herrschaft fest hielten, wogegen Brandenburg den alten meißnischen Münzfuß der Gutengroschen und Pfennige hatte. — Ein besonderes Interesse bieten in dem vorliegenden Heft die Prägungen aus der Zeit des Siebenjährigen Kriegs (S. 121—150, Taf. 26—36). Hier handelt es sich zunächst um die minderwertigen Gold- und Silbermünzen, die teilweise mit den gleichen Stempeln wie die vollwertigen geprägt worden sind. Beteiligt sind bei diesen Kriegsmünzen die preußischen Prägestätten alle, so gut wie die im Krieg neu geschaffene in Dresden. In letzterer wurden dann auch während der preußischen Okkupation kursächsisch-polnische Münzen geschlagen, vollwertige sowohl, als minderwertige, und hieran schließen sich dann auch die kursächsisch-polnischen Münzen aus den preußischen Prägestätten 1757—1762. Wenig in Betracht kommen daneben die Nachprägungen des Geldes anderer Münzstellen, wie Anhalt-Bernburg, Mecklenburg-Strelitz (S. 141, Taf. 35, Nr. 1835—1843). Die von den Russen in der Zeit der Okkupation zu Königsberg geprägten Provinzialmünzen mit dem Namen der Kaiserin Elisabeth aus den Jahren 1759—61 bilden den Schluß. An Notmünzen aufgeführt sind nur solche der Festung Cosel in Messingblech einseitig geprägt, der Gutegroschen mit 3 Bodköpfen, daneben Kreuzern und Gröschel aus dem Jahre 1761. Beigegeben ist am Ende dem Bande eine sehr instruktive zeitliche Übersicht der preußischen Gepräge (S. 151—56), die einzelnen Münzarten über die verschiedenen Prägestätten verteilt, und eine Übersicht über die Tätigkeit der einzelnen Münzstätten, soweit preussische Prägungen dabei in Betracht kommen (S. 158 f.). — Ihre volle Erläuterung erhalten die hier besprochenen tabellarischen Münzbeschreibungen und die ihnen beigegebenen Münztafeln erst durch den darstellenden Band; sie bieten also in der Art, wie sie hier geboten werden, einen guten Beleg dafür, wie auch die Behandlung von Münzreiden einer uns verhältnismäßig noch nahe liegenden Vergangenheit bei richtiger methodischer Verarbeitung zu einer historisch fruchtbaren gemacht werden kann. Diese trockenen Münzbeschreibungen in ihren Tabellen enthalten ein Stück der politischen und wirtschaftlichen Geschichte des preußischen Staats.

R. Weil.

**Acta Borussiae.** Denkmäler der Preussischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Herausgegeben von der Kgl. Akademie der Wissenschaften. Die einzelnen Teile der Verwaltung: Münzwesen. — Das preussische Münzwesen im 18. Jahrhundert. Münzgeschichtlicher Teil. I. Band. Die Münzverwaltung der Könige Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I. 1701—1740. Darstellung von Friedrich Freiherr von Schrötter. Akten bearbeitet von G. Schmoller und Friedrich Freiherr von Schroetter. Berlin 1904, P. Parey (XVI u. 596 S.; 14 Mf.).

Unsere deutsche Münzgeschichte ist von der Forschung arg vernachlässigt worden. Nur Österreich macht hier eine Ausnahme. Wollte man sich über die älteren Zeiten unterrichten, so mußte man auf die Arbeiten von Braun und Klossch zurückgehen. Eine eigentliche Bearbeitung der deutschen Münzgeschichte auf Grund archivalischer Forschung und unter steter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Momente stand bisher aus. Die



nicht mit ihnen allein; die holländischen sind fast noch wichtiger. Wenn aber der Silberpreis stieg, mußte das mit Notwendigkeit zu einer Einschränkung der Ausprägung von Zahlungsmitteln schlechtthin führen? Es lag kein volkswirtschaftliches Ruß vor. Die Ursache war die mangelhafte Einsicht in das Scheidemünzproblem und den Unterschied, der zwischen Zahlungen im Inlande und Auslande besteht.

Das dritte Kapitel behandelt die preußische Münzpolitik am Ausgang des 17. Jahrhunderts. Damit setzt die eigentlich münzgeschichtliche Darstellung ein. Die Münzgeschichte vom 16. bis zum 17. Jahrhundert kann man in drei Perioden zerlegen. Das 16. Jahrhundert setzte mit Einigungsbestrebungen ein. Das Reich trat an die Spitze. So erhalten wir die erste und einzige Reichsmünzordnung. In der Ripper- und Wipperzeit brach die Reichsmünzordnung zusammen, es blieben aber zunächst die Kreise mit ihren Probationstagen und den ihnen vom Reich gestellten Verwaltungsaufgaben für die Durchführung einer gleichmäßigen Prägung bestehen. Ich kann nicht von Schrötter zustimmen, wenn er die Kreise als münzpolitische Verwaltungskörper im 16. Jahrhundert dahin auffaßt, „daß das Reich in seiner Gesamtheit, daß der Kaiser auf die Ausübung des Souveränitätsrechtes der Münzprägung weiter und nun auch auf die Leitung der Münzangelegenheiten durch ihr Bestehen verzichtete“. Die alte Reichsmünzordnung hat in den Rechten, die sie den Territorialfürsten zuwies, viel Ähnlichkeit mit unserer jetzigen Reichsmünzordnung; von letzterer wird man aber nicht behaupten können, daß das Reich, weil es keine eignen Münzstätten unterhält, auf die Leitung der Münzangelegenheiten verzichtete. — Von der Ripperzeit bis Ausgang des 17. Jahrhunderts versuchte man in Territorialverbänden, die sich zumeist mit den Probationskreisen decken, eine oft dem Reich entgegengesetzte Münzpolitik zu treiben. Diese Münzpolitik führte in Norddeutschland zu den Vereinbarungen in Zinna 1667 und in Leipzig 1690. — Danach suchte sich Preußen selbständig zu machen, es löste besonders seine Gemeinschaft mit Sachsen und ging schließlich im 18. Jahrhundert seine eignen Wege. Diese werden uns dann in eingehender Weise, stets unter Berücksichtigung des europäischen Geldmarktes, geschildert.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, hier einen Auszug aus von Schrötters Arbeit zu geben, oder da, wo ich von seinen Ausführungen abzuweichen glaube, so z. B. in dem Einfluß, den die Goldprägungen und der Umlauf des Goldes auf den Geldmarkt ausgeübt haben, mich mit ihm ausführlich auseinanderzusetzen.

Die Arbeit bedeutet eine wertvolle Bereicherung unserer Kenntnisse; sie überragt alle in den letzten Jahren erschienenen münzliterarischen Werke. Und wenn ich auch glaube hie und da den Ausführungen nicht zustimmen zu können, so danke ich doch den Untersuchungen Schrötters Belehrungen auf fast allen Gebieten. Hoffen wir, daß es ihm gelingen wird, das groß angefangene Werk auch zur Vollendung zu bringen. Er wird sich den Dank aller, die in der deutschen Münzgeschichte gearbeitet haben, erwerben.

Der Arbeit sind Akten und Tabellen beigegeben. Mit dem Register nehmen sie fast den halben Band ein. Ich kann mich mit diesen Akten-





am Akziseertrag, der ihm durch die wirtschaftliche Lage nicht hinreichend begründet erscheint, der Gedanke bei ihm sich regt und allmählich befestigt, daß dieser Dienstzweig unzulänglich organisiert sei oder nicht akkurat genug verwaltet werde.

Aus der Bestellung von Landräten erhellt, daß in manchen Fällen den Kreisständen wieder ein Wahlrecht eingeräumt wird; das Wahlrecht der Magistrate für die städtischen Ämter wird da, wo es hergebracht ist, generell wieder hergestellt (1747).

Einen der wichtigsten Gegenstände dieses Bandes bildet die Justizreform durch Cocceji, die eigentlich große organisatorische Veränderung der Zeit von 1746—56, die hier in ihren Anfängen vorgeführt wird: die Feststellung der Grundsätze zwischen dem König und dem Minister, die Aufräumung mit den verschleppten Prozessen und die Reorganisation der Gerichtshöfe in Pommern, die Reform des Kammergerichts und des Tribunals, der Konflikt mit Arnim, der Sieg Coccejis, den der König mit sonst beispielloser Selbständigkeit walten ließ, die Vorbereitung der Reform durch Gehilfen Coccejis in den westlichen Provinzen, in Magdeburg und Halberstadt, in der Neumark.

Das organisatorische Hauptresultat war die Zusammenziehung und Konsolidierung der provincialen Gerichtshöfe, die im nächsten Bande noch weiter verfolgt werden wird, ihre neue Zusammensetzung aus zuverlässigen, examinierten Beamten, ihre Ausstattung mit zureichenden Gehältern, die Veränderung des Sporelwesens; aber auch die Umgestaltung des Prozeßverfahrens durfte nicht außer acht gelassen werden, da sie in gewissem Sinne der Angelpunkt der ganzen Reform war.

Im Zusammenhang mit der Justizreform steht die Abgrenzung der Kammerjustiz, die Cocceji gern ganz und gar zurückgedrängt hätte. Provinzielle Regelungen waren vorausgegangen, namentlich in Ostfriesland und in Schlesien; unser Band enthält die wichtigsten Materialien darüber. Bei der Justizreform in Pommern wurde dann die Frage auch für die alten Provinzen angeschnitten, und Cocceji hatte zunächst die Genugtuung, sie in der Instruktion für das Generaldirektorium im wesentlichen in seinem Sinne gelöst zu sehen. Es ist bekannt, daß diese Ordnung keine dauernde gewesen ist. Der nächste Band wird zeigen, wie sie zugunsten der Kammerjustiz umgestaltet wurde durch das Ressortreglement von 1749, das dann auf lange Zeit hinaus die dauernde Rechtsgrundlage für die Abgrenzung der Jurisdiktionsbefugnisse von Regierungen und Kammern gebildet hat.

Die letzte der Nummern unseres Bandes (401) umfaßt auf 288 Seiten die neuen Instruktionen für die Verwaltungsbehörden. In den Vorbemerkungen ist alles zusammengetragen, was sich über die Entstehung der Instruktion für das Generaldirektorium aus den Akten ergab; die Marginalien König Friedrichs zu der Instruktion von 1722, die bereits E. Friedlaender in der Zeitschrift für preussische Geschichte und Landeskunde (Bd. 17) publiziert hat, durften auch hier nicht fehlen und haben in unserem Abdruck einige kleine Textverbesserungen erfahren. Die große Instruktion selbst vom 20. Mai 1748 erscheint hier zum erstenmal im Druck. Sie hat den Kammerinstruktionen zugrunde gelegen, ist aber in



Die Schrift ist im wesentlichen eine systematische Zusammenstellung und ein gut verarbeiteter Auszug aus den von L. veröffentlichten Akten. Die einzelnen Provinzen des friederizianischen Staates, mit Ausnahme von Schlessien und Westpreußen, und das Heer werden nacheinander behandelt. War die Bedeutung des Katholizismus in ihnen allen auch nur gering und demnach die praktische kirchenpolitische Wirksamkeit der Regierung nicht sehr groß, so lassen sich dabei doch interessante Beobachtungen über ihre theoretischen Grundsätze machen. L. betont, wie der alles beherrschende Gesichtspunkt der Förderung des Militärs und der Finanzen auch auf diesem Gebiet seinen Einfluß ausübt. Er zeigt, wie bisweilen der bureaukratische Mechanismus mit dem persönlichen Regiment des Königs in Konflikt gerät. Er setzt auseinander, wie die Bureaucratie bestrebt ist, die Überlieferung des konfessionellen Staates zu erhalten, wie sie andrerseits streng gewissenhaft nach dem Buchstaben der Gesetze und Verträge verfährt, wie auch der Herrscher durchaus konservativ sein will, aber doch, wenn auch nicht aus religiösem Interesse und vielleicht nicht mit bestimmter Absicht und Konsequenz dem neuen Geist der Toleranz die Bahn ebnet, durch den das Verhältnis von Staat und Kirche sich so sehr veränderte. Er schildert, wie der Absolutismus bei der Geringschätzung und dem mangelhaften Verständnis, die Friedrich den kirchlichen Fragen entgegenbrachte, zuweilen zu ganz erstaunlichen Willkürlichkeiten und bedenklichen Fehlern, wie namentlich dem Klevischen Generalvikariats-Projekt, geführt hat. Dabei hätte wohl hervorgehoben werden können, daß unzweifelhaft auch das verminderte Interesse, das Friedrich überhaupt für diese westlichen Territorien hegte, dabei von Einfluß gewesen ist.

Es sind naturgemäß nur an sich wenig bedeutende Einzelheiten, die der Verf. in seiner Schrift zusammengestellt hat; aber er weiß sie geschickt in die großen Zusammenhänge hineinzufügen, und sie werfen manches Streiflicht auf die Persönlichkeit des Königs, die Verwaltung des friederizianischen Staates im allgemeinen und seine Kirchenpolitik im besonderen.

L. Mollwo.

**Dr. Herman Wäsele: Die Errichtung der preussischen Herrschaft auf dem Eichsfelde, 1802—1806. Göttingen 1905, Vandenhoeck & Ruprecht (IV u. 95 S. 8°; 2 M.).**

Das gegenwärtig besonders lebhafteste Streben, bei der hundertjährigen Wiederkehr bedeutsamer Tage die Erinnerung an hervorragende Persönlichkeiten und Ereignisse durch die Herausgabe von Festschriften zu pflegen, hat seit einiger Zeit die literarische Produktion auf geschichtswissenschaftlichem Gebiet in bemerkenswerter Weise beeinflusst. Selbst wo es sich um Stoffe von beschränkterer Bedeutung handelt, begnügt man sich heute vielfach nicht mehr mit einer nur leicht hin orientierenden Wiederholung des Bekannten, sondern benutzt die Gelegenheit zu wissenschaftlicher Erweiterung und Vertiefung unserer Kenntnisse von der Vergangenheit. So sind denn auch während der letzten Jahre in den verschiedenen kleinen Gebiets- teilen, die durch den Frieden von Luneville an Preußen fielen, zur Feier



Die Schrift ist im wesentlichen eine systematische Zusammenstellung und ein gut verarbeiteter Auszug aus den von L. veröffentlichten Akten. Die einzelnen Provinzen des friederizianischen Staates, mit Ausnahme von Schlesien und Westpreußen, und das Heer werden nacheinander behandelt. War die Bedeutung des Katholizismus in ihnen allen auch nur gering und demnach die praktische kirchenpolitische Wirksamkeit der Regierung nicht sehr groß, so lassen sich dabei doch interessante Beobachtungen über ihre theoretischen Grundsätze machen. S. betont, wie der alles beherrschende Gesichtspunkt der Förderung des Militärs und der Finanzen auch auf diesem Gebiet seinen Einfluß ausübt. Er zeigt, wie bisweilen der bürokratische Mechanismus mit dem persönlichen Regiment des Königs in Konflikt gerät. Er setzt auseinander, wie die Bürokratie bestrebt ist, die Überlieferung des konfessionellen Staates zu erhalten, wie sie andrerseits streng gewissenhaft nach dem Buchstaben der Gesetze und Verträge verfährt, wie auch der Herrscher durchaus konservativ sein will, aber doch, wenn auch nicht aus religiösem Interesse und vielleicht nicht mit bestimmter Absicht und Konsequenz dem neuen Geist der Toleranz die Bahn ebnet, durch den das Verhältnis von Staat und Kirche sich so sehr veränderte. Er schildert, wie der Absolutismus bei der Geringschätzung und dem mangelhaften Verständnis, die Friedrich den kirchlichen Fragen entgegenbrachte, zuweilen zu ganz erstaunlichen Willkürlichkeiten und bedenklichen Fehlern, wie namentlich dem Klevischen Generalvikariats-Projekt, geführt hat. Dabei hätte wohl hervorgehoben werden können, daß unzweifelhaft auch das verminderte Interesse, das Friedrich überhaupt für diese westlichen Territorien hegte, dabei von Einfluß gewesen ist.

Es sind naturgemäß nur an sich wenig bedeutende Einzelheiten, die der Verf. in seiner Schrift zusammengestellt hat; aber er weiß sie geschickt in die großen Zusammenhänge hineinzufügen, und sie werfen manches Streiflicht auf die Persönlichkeit des Königs, die Verwaltung des friederizianischen Staates im allgemeinen und seine Kirchenpolitik im besonderen.

L. Mollwo.

**Dr. Herman Wäsele: Die Errichtung der preussischen Herrschaft auf dem Eichsfelde, 1802—1806. Göttingen 1905, Vandenhoeck & Ruprecht (IV u. 95 S. 8°; 2 M.).**

Daß gegenwärtig besonders lebhaftes Streben, bei der hundertjährigen Wiederkehr bedeutsamer Tage die Erinnerung an hervorragende Persönlichkeiten und Ereignisse durch die Herausgabe von Festschriften zu pflegen, hat seit einiger Zeit die literarische Produktion auf geschichtswissenschaftlichem Gebiet in bemerkenswerter Weise beeinflusst. Selbst wo es sich um Stoffe von beschränkterer Bedeutung handelt, begnügt man sich heute vielfach nicht mehr mit einer nur leicht hin orientierenden Wiederholung des Bekannten, sondern benützt die Gelegenheit zu wissenschaftlicher Erweiterung und Vertiefung unserer Kenntnisse von der Vergangenheit. So sind denn auch während der letzten Jahre in den verschiedenen kleinen Gebiets- teilen, die durch den Frieden von Luneville an Preußen fielen, zur Feier



wurde ihre Unterordnung unter die Regierungsgewalt erst nach der preussischen Besitzergreifung. Daß sie bis dahin regelmäßig alljährlich zu einem Landtage zusammentraten, fiel freilich nicht so sehr ins Gewicht, da man auch sonst um so ängstlicher auf die Wahrung der äußeren Formen hielt, je mehr sich deren Inhalt verflüchtigte; aber es war dem Landtage auch das Recht der Steuerbewilligung verblieben und nur in einem einzigen Falle scheint es umgangen worden zu sein. Die neue Regierung nahm solche Rücksichten nicht mehr: die Landtage hörten auf, die Steuer wurde fixiert, und als einziges ständisches Recht blieb wie in Altpreußen die Beteiligung an der Landratswahl bestehen. Auch die sonstigen absolutistischen Regungen der Erzbischöfe kamen hier über Ansätze nicht hinaus: so waren in der Verfassung der beiden eichsfeldischen Städte Reformen durchgeführt worden, die in Einzelheiten an die Tätigkeit Friedrich Wilhelms I. auf diesem Gebiet erinnern. Aber zahlreiche Mißbräuche wucherten ungestört weiter fort und in Erfurt vollends hatte man sich mit der Verstaatlichung der Finanzverwaltung begnügt. Gegen Ende des Jahrhunderts fand der aufgeklärte Absolutismus auch auf dem Mainzer Erztuhle einen von den humanitären Ideen der Zeit erfüllten Vertreter; aber, wie nützlich und heilsam auch diese oder jene Maßregel Erthalß und seines Roadjutors Dalberg war, im Grunde ging ihnen doch die erforderliche Energie ab und für eine Reformtätigkeit großen Stils fehlte die unerläßliche Vorbedingung: der Anstoß von außen. Die preussische Regierung fand also noch das meiste zu tun vor; zum Teil erscheint aber ihre Wirksamkeit nur als Fortsetzung der Bestrebungen der früheren Landesherrschaft, und überblickt man ihre Gesamtleistung in den vier Jahren bis 1806, so ergibt sich, daß sie keineswegs alle Aufgaben gelöst und in mancher Hinsicht dem Lande mehr geschadet als genützt hat. Man wäre geneigt, ohne weiteres dafür die veraltete friderizianische Staatspraxis verantwortlich zu machen. Bedenkt man aber, daß gleichzeitig in Erfurt teilweise von denselben Behörden hervorragendes geleistet wurde und ein geschickterer Organisator als Dohm kaum hätte gefunden werden können, so wird man einen beträchtlichen Teil der Mißerfolge den unglücklichen natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Eichsfeldes auf die Rechnung setzen müssen. In einigen Fällen freilich tragen ganz offenbar die mangelnde Einsicht der Berliner Zentralbehörden und die Streitigkeiten der Provinzialbehörden untereinander die Hauptschuld. Der einseitig fiskalische Standpunkt der ersteren wirkte auf die Arbeit im Eichsfelde um so nachteiliger, als Dohm, der in kirchlichen Kreisen aufgewachsen war und seine Ausbildung mit theologischen Studien unter Gellerts Leitung begonnen hatte, bei aller politisch-diplomatischen Begabung doch eine Staatsauffassung vertrat, die mehr den Lebensbedingungen eines Territorialstaats als denen einer militärischen Großmacht entsprach. Während es dem Provinzialminister v. Angern der altpreussischen Tradition gemäß hauptsächlich auf das finanzielle Plus ankam, glaubte Dohm auf die Reform der kirchlichen Verhältnisse, des Schul- und des Armenwesens den Nachdruck legen zu müssen. Seiner besonderen Vorliebe für das Unterrichtswesen ist es zu danken, daß wenigstens auf diesem Gebiet mannigfachen Widerständen zum Trotz dauernd wertvolles





vielmehr mit einer Mischform zu tun, wie sie in anderen Territorien gewiß auch nachweisbar ist.

Auf die weiteren Ergebnisse der inhaltreichen Arbeit näher einzugehen, ist hier nicht mehr angängig; es genüge, noch einmal hervorzuheben, daß sie nach den verschiedensten Richtungen hin, namentlich auch in dem Abschnitt über die kirchenpolitischen Verhältnisse, mannigfache Belehrung bietet.

Martin Hass.

**Otto Schwarz: Leopold Krug als Nationalökonom.** (Berner Dissertation.) Frankfurt a. M. 1904, Mahlau u. Waldschmidt.

Diese wohl aus der Schule August Ondens hervorgegangene Doktorschrift, die sich etwas breitspurig als „Beitrag zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und deren Theorien im 19. Jahrhundert“ bezeichnet, ist lediglich dogmengeschichtlichen Inhalts; von einem wirklichen Studium der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte jener Epoche findet sich keine Spur, und der „Beitrag zu deren Theorien“ beschränkt sich auf einen etwas schülerhaften Ausfall gegen die Methoden Brentanos und Schmollers, denen das Vorbild Leopold Krugs entgegengehalten wird, als eines Gelehrten, der die Wirtschaftsgeschichte in den Dienst der nationalökonomischen Theorie gestellt habe.

Das Biographische über L. Krug, das der Vf. seiner Untersuchung vorausgeschickt hat, ist lediglich der Einleitung zu L. Krugs „Geschichte der preussischen Staatsschulden“ entnommen, die nach dem Tode des Verfassers von Vergius (Breslau 1861) herausgegeben worden ist. Die eigentliche Untersuchung über „L. Krug als Nationalökonom“ behandelt nacheinander das Problem der Armut, die Stellung Krugs zur Leibeigenschaft bzw. Erbuntertänigkeit, sein Verhältnis zu den Physiokraten, seine Domänen- und Steuerpolitik und endlich seine Methode, alles unter häufigen Zitaten aus den Schriften Krugs und auf Grund von Analysen, die ein ausreichendes Bild seiner Anschauungen geben. Am wichtigsten ist der Nachweis, daß Krug keineswegs, wie es von Roscher und andern geschehen ist, als Physiokrat bezeichnet werden darf, daß er vielmehr neben physiokratischen Ideen auch noch eine starke Dosis von merkantilistischen Anschauungen festhält, daß er also ein Eklektiker ist; und der Vf. hat ganz recht darin, daß solche Eklektiker damals in Deutschland und speziell auch in Preußen häufig waren. Es fehlt aber ganz an einer Untersuchung darüber, inwiefern die tatsächlichen Verhältnisse in Wirtschaft und Verwaltung auf diese Anschauung eingewirkt haben. Die langatmige Aufzählung von Fabrikunterstützungen aus Krugs „Betrachtungen“ Seite 56–57 ist natürlich kein Ersatz dafür.

O. H.

**Gustav von Dieß, Regierungspräsident a. D.: Aus der Zeit der Not und Befreiung Deutschlands in den Jahren 1806 bis 1815.** Berlin 1905 (VIII und 276 S.).

Es sind Familienpapiere, die hier veröffentlicht werden oder aus denen geschöpft wird, zu dem ausgesprochenen Zwecke, durch heilsames Gedenken der Zeiten der Fremdherrschaft und der Erhebung dem Leser



mit Achtung gegen die Preußen betrug, alle übrigen waren aufgeblasen und arrogant.“ Dies Urteil verdient um so mehr Beachtung, als Carbell's Bruder schwedischer Oberst, später General war. Blücher sandte Carbell im Juni 1807 zum Könige Friedrich Wilhelm III., namentlich wegen der Beschaffung von Geldmitteln für sein Korps; aber als Carbell am 27. Juni in Pictupöhlen zur Audienz beim Könige gelangte, war der Waffenstillstand bereits geschlossen. Bemerkenswert ist die Äußerung des Königs auf die Meldung von dem Verhalten der „preussischen Zivilautoritäten“ gegen die Franzosen, denen zu Gefallen sie den preussischen Ranzionierten und den Deserteuren auf dem Wege zu den preussischen Truppen Hindernisse bereiteten: „Ich kenne die Schurkereien dieser Menschen, die ich mit Güte überhäuft habe, wohl, sie sollen meiner Ahndung nicht entgehen.“ Bei der Rückkehr nach Pommern traf Carbell den General v. Blücher bereits in Treptow a./Rega.

Der Abdruck der Großmütterlichen Erinnerungen — keineswegs eines „Tagebuchs“ — über ihre „Flucht vor Napoleon und den Polen“ ist ohne historischen Wert; für das Zurücklassen von fünf kleinen Kindern durch die Mutter in Flotow unter dem „Schutze“ einer französischen Bonne wird in diesen Aufzeichnungen ein zureichender Grund vergeblich gesucht werden. Daß die Königin Luise nach Jena in Flotow beherbergt worden ist, wird hier eben nur erwähnt, ohne irgend ein Detail; zufällig findet sich in der folgenden „Lebensgeschichte“ des Generals v. Dieß noch die Bemerkung dessen Schwiegervater, der Herr v. Gerhardt, habe die Königin in einem vierspännigen Wagen auf ihrer Reise weiter geleitet und dafür von ihr einen Brillantring geschenkt erhalten, der jetzt noch in Berlin im Familienbesitze existiere.

Diese „Lebensgeschichte“ Heinrichs v. Dieß, die fast 180 Seiten umfaßt, ist ein beinahe völlig übereinstimmender Abdruck des im Jahre 1899 bei E. S. Mittler und Sohn erschienenen „Lebensbildes“ von dem gleichen Herausgeber: „Heinrich von Dieß, weiland General-Inspekteur der Artillerie“. Unserem Neudrucke fehlt nur ein kleiner Passus von 10 Zeilen aus dem Jahre 1815, während zwei Briefe Dießs an seine Braut vom Juli und Oktober 1815, etwa zwei Druckseiten ausfüllend, ihm als Bereicherung dienen. Die „Anlagen“ des „Lebensbildes“ sind hier weggeblieben, sehr verständigerweise, da sie nur von Familieninteresse sind, mit Ausnahme vielleicht von sechs französischen Briefen Dießs an einen holländischen Vetter aus den Jahren 1814—1821. Der doch wohl notwendige Hinweis auf diesen Vorgänger, das „Lebensbild“, fehlt bei unserer „Lebensgeschichte“ Dießs; erst im folgenden Abschnitte, bei Thile, wird es in einer Anmerkung erwähnt. Als „Quelle“ wird eine nach dem Tode des Generals von seinem Schwiegersohne, einem Rittergutsbesitzer v. Quast, begonnene, aber nur bis 1812 reichende Materialsammlung angegeben. Die Zahl der hier eingeflochtenen Briefe ist nicht groß, ein Mangel, den für den Historiker das Interesse an der abwechslungsreichen Laufbahn Dießs nicht auszugleichen vermag. Dieß wurde als Leutnant 1806 bei Rienburg Kriegsgefangen, 1809 trat er in russische Dienste, wo er im Frieden zum Topographieren in Finland vermandt wurde und die Feldzüge von 1812 bis 1814 als Generalstabsoffizier und als Flügel-



wünschenswerte Präzision, sogar bei Dieft und Thile selbst, über deren oben angeführte Truppenangehörigkeit im Jahre 1806; der Leser muß sich die Regimenter erst selbst genauer feststellen. Im Text ist S. 10 aus der Abkürzung „Dmg.“ kaum das richtige „Dragoner“-Regiment zu entnehmen; S. 15 muß es Batterie Kirchfeld statt Bataillon heißen; S. 16 steht wiederholt Montesquion statt Montesquiou; S. 203 wird Hohenlohe bei Auerstedt von Davout geschlagen, statt bei Jena von Napoleon; S. 216 nehmen bei Belle-Alliance „Husaren“ Napoleons Wagen, während es brave Füsilier gewesen sind; S. 219 wird „ad oculus“, statt ad oculos demonstriert. Ein Register, das die so verschiedenartigen hier vereinigten Bestandteile wohl erforderten, und das wenigstens bei „Cardell“ auch historisch nützlich sein würde, fehlt der Veröffentlichung.

Herman Granier.

**Ernst Krafft zu Hohenlohe-Ingelfingen**, weiland General der Artillerie und Generaladjutant S. M. des Kaisers und Königs Wilhelm I., Aufzeichnungen: **Aus meinem Leben**. II. Band. Flügeladjutant unter Friedrich Wilhelm IV. und König Wilhelm I. 1856—1863. III. unveränderte Auflage. Berlin 1905. E. S. Mittler u. Sohn (IX und 382 S.; 7.50 M.).

Die Zusage in der Vorrede des im Jahre 1897 erschienenen I. Bandes: „es wird dafür gesorgt werden, daß die ferneren Bände in kurzen Zeitabschnitten einander folgen können“, ist nicht erfüllt worden; der Herausgeber, General v. Leichman und Logischen, starb kurz nach der Vollendung des I. Bandes, und den Bedenken, die gegen die Opportunität des Inhaltes und daher gegen die Fortsetzung des Druckes der „Aufzeichnungen“ erhoben worden waren, mußte Zeit gelassen werden, zu verblaffen. Nun freuen wir uns, daß es zur Fortführung der Publikation doch noch gekommen ist, und lassen wir alle theoretischen Erwägungen beiseite, ob auch der jetzige Herausgeber, Oberstleutnant von Bremen, die Aufzeichnungen vor Kastrierungen möglichst bewahrt hat. Übrigens hat doch auch der General v. Leichman und Logischen, wie wir aus seinem Nachrufe in der „Allgemeinen Militär-Zeitung“, Darmstadt 1898 Nr. 9, entnehmen, nach seiner eigenen Äußerung: „einen großen Teil der ursprünglichen Schärfe und Ausfälle des Werkes abgemildert oder gestrichen, daß er aber nicht weiter habe gehen können, um dem Werke nicht seinen Charakter und seine Originalität zu nehmen“. Wir zweifeln nicht, daß wenigstens diese letzte Schranke auch jetzt respektiert sein wird; nur hätten die an sich vielleicht gerechtfertigten Streichungen wohl geschickter sachiert werden können, als z. B. bei den Manövergeschichten vom Jahre 1863, S. 363/364, wo der stehengelassene Teil der anekdotenhaften Berichte zum Torso ohne Hand und Fuß geworden ist. Im übrigen zeigt sich die verdienstliche Herausgeberarbeit in einigen Anmerkungen teils personeller, teils sachlicher Art, und auch für ein ausreichendes, wenn auch nicht ganz vollständiges Register ist gesorgt, das bei der Fülle der hier uns vorgeführten Gesichte sehr erwünscht ist. Für die folgenden Auflagen wäre die Verbesserung des Druckfehlers beim Volfener (nicht Volzener) Weine: „minime est“ in: „nimium est“ zu empfehlen; auch könnte der Irrtum der „Auf-



dazu, um durch ihre Umgebungen nicht verdorben zu werden“: diesem Gedanken gibt Hohenlohe wiederholt prägnanten Ausdruck. Nun, unsere beiden Könige haben diese Charakterstärke bewiesen, wie auch die von Hohenlohe uns gegebene Charakteristik der beiden sich auf dem Throne folgenden Brüder zeigt — der historische Schwerpunkt dieses Bandes: plastisch und lebensvoll, geschmückt mit einer Fülle von greifbaren, kleinen Zügen, wie sie auch seinen hellen Blick nur die wichtigste Eigenschaft des Charakterschilderers, die Liebe zu der Persönlichkeit, erfassen lassen konnte, so stellt Hohenlohe seine Könige beide in ihrer Eigenart uns dar, mit prägnanten Sätzen seine Beurteilung zusammenfassend: „Friedrich Wilhelm war der Mann der Idee, des Gedankenfluges; Wilhelm war der Mann des Schaffens, der Tat“; „beide waren großartig angelegt. Friedrich Wilhelm IV. war ein großer Geist, Wilhelm I. ein großer Charakter“.

Bei der eher „liberalen“ als „reaktionären“ Denkungsart des Prinzen verdient seine Bemerkung über die „Kamarilla“ am Hofe Friedrich Wilhelms IV. Beachtung: „Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß die Kamarilla ein Hirngespinnst der Opposition war, ein Gespenst, um den gegen den König persönlich gerichteten Widerstand dem Königsstreuen Preußenvolke mundgerecht zu machen, und es in den Glauben zu versetzen, der König regiere unfrei“.

An realen Vorgängen zur Vertiefung unserer historischen Kenntnis fehlt es auch nicht: für Friedrich Wilhelm IV. bringen Hohenlohes Berichte über die Italienische Reise des Königspaares vom Jahre 1858/59, namentlich über den Aufenthalt in Rom — obwohl gerade das hier geführte Tagebuch dem Prinzen verloren gegangen ist — wünschenswerte Ergänzungen u. a. zu Alfred v. Neumonts Buche; „Aus König Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen“ (Leipzig 1885), daß Hohenlohe übrigens bei der Niederschrift seiner Aufzeichnungen — die in den Jahren 1881/1883 entstanden sind — nicht bekannt gewesen sein wird. Sonst hätte er seinem gegen Neumont, in dem er einen verkappten Jesuiten argwöhnte, überhaupt stark ausgeprägten Sarkasmus wohl noch mehr die Riegel schießen lassen; wie wenn Neumont von einem Abende in Siena erzählt, daß die Majestäten „wohl und in guter Stimmung“ waren, während aus Hohenlohes eingehendem Berichte unzweifelhaft hervorgeht, daß die Königin sich so stark erkältet hatte, daß sie mit knapper Not einer Lungenentzündung entging; oder wenn Neumont von den Begegnungen des Königspaares mit dem Papste berichtet, dessen eigentlicher Arrangeur gerade Hohenlohe gewesen ist. Neumont war damals preußischer Gesandter in Florenz, war aber vom Könige auch nach Rom mitgenommen worden, um dort, wie der Oberhofmeister Graf Dönhoff spottete, als „dictionnaire de poche de S. M. le Roi de Prusse“ zu dienen. Über die feste protestantische Gesinnung der Königin Elisabeth, die erst als Kronprinzessin vom katholischen Glauben sich abgelehrt hatte, bringt Hohenlohe untrügliche Zeugnisse herbei, die um so mehr ins Gewicht fallen, als der Prinz, zwar selbst Protestant, als Vetter des Kardinals Gustav Hohenlohe wohl über die Eindrücke ihrer Gespräche mit dem Papste gut orientiert worden ist.

Für Wilhelm I. gewinnen wir von der angestregten militärischen Tätigkeit der ersten Regierungsjahre bei Besichtigungen und Manövern





Fürstenkongresse an den König Johann von Sachsen in Baden-Baden — die Hohenlohe mit Recht als einen der größten Siege der genialen Voraussicht Bismarcks anspricht — gewinnt hier eine bemerkenswerte Bereicherung. Ist vielleicht die von Hohenlohe erzählte Drohung Bismarcks an Beust, König Wilhelm durch ein preussisches Bataillon aus Rastatt vor weiterem Drängen schützen zu lassen, falls die Sachsen nicht abreisten, auch kaum so ernsthaft zu nehmen, wie der Prinz es will — Bismarcks eigene Äußerung in den „Gedanken und Erinnerungen“ scheint auf so etwas hinzudeuten: „Meine sofortige mündliche Mitteilung (der Ablehnung) an den sächsischen Minister v. Beust trug noch den Stempel dieser Erregung“, und Beusts eigene Bemerkungen hierüber in seinen Erinnerungen „Aus drei Viertel-Jahrhunderten“ lassen jede Ergänzung zu — so ist doch die Erzählung sicherlich wahr und höchst charakteristisch, wie der durch die Aufregungen dieser Frage ganz marode gemachte König plötzlich wieder volle Energie gewinnt, als ihm Hohenlohe eine Besichtigung der vier preussischen Bataillone in Rastatt vorschlägt, als Erquickung und Stärkung für sein preussisches Soldatenherz: „Eine Truppenbesichtigung ist die beste Antwort auf diese Einladung zum Fürstenkongreß“.

Aber das Wertvollste und das Bedeutsame dieser Veröffentlichung liegt doch nicht, um das auch hier noch einmal zu wiederholen, in dem Tatsächlichen; so dankbar die Historie auch sein wird, die kühlen Säulen ihres Baues mit dem Rankenwerke innerlich glaubwürdiger kleiner Züge schmücken zu dürfen: das, was der nachschaffende Historiker vorzüglich braucht, ist die Möglichkeit sich in die Stimmung, in das Milieu der darzustellenden Epoche versetzen zu können, und dazu wird ihm hier Gutes und Echtes geboten: „das Stimmungsbild, das wir gewinnen, von dem ganzen Lebenskreise, in dem der Prinz wirkte, von der Lebensführung, die sich ihm aufzwang, von dem Streben in ihm und um ihn.“

Bemerkenswert für den Tätigkeitsdrang Hohenlohes ist seine auch in dieser Hoftstellung fortgesetzte rege Anteilnahme an der Entwicklung seiner Waffe, der Artillerie. Noch unter Friedrich Wilhelm IV. fanden die Versuche mit gezogenen Geschützen statt, und der spezifisch militärisch interessierte Leser wird hier mancherlei lehrreiches erfahren, und das wohl nicht weniger gern, weil gerade diese Schilderungen stark mit Humor gewürzt sind. Sehr lebhaft war übrigens die Stellung als Flügeladjutant nicht: im Jahre 1861 hat der Prinz 2000 Meilen, fast den halben Umkreis der Erde, auf der Eisenbahn zurückgelegt, wovon über 500 Meilen auf die Strecke von Berlin nach Potsdam und zurück entfielen.

Von eigentlicher Médifance ist in diesem Bande wenig zu spüren: seine Meinung verhehlt Hohenlohe gewiß nicht, aber er läßt doch mehr Tatsachen sprechen, und neben abschäpfige Urteile, wie z. B. über den Leibarzt Friedrich Wilhelms IV. Schoenlein, dessen Sorgfalt für den König im umgekehrten Verhältnisse zu seinen Ansprüchen gestanden habe, tritt wärmste Anerkennung seines Nachfolgers, des Dr. Böger, von dem er das schöne Wort berichtet: „daß es mit der Königstreue derer schlecht gestellt sei, die da abwägen und nachrechneten, was sie dabei gewinnen und verlieren“, als ihm nämlich vorgestellt wurde, welche Opfer er mit der Übernahme der Pflege des doch unheilbar kranken Königs an seinen Be-



Preußens am Kriege von 1859 von neuem darzustellen; d. h. sie beschränkt sich nicht auf die Abhörung preussischer Stimmen, sie führt auch die wichtigeren deutschen Flugschriften vor und behandelt grundsätzlich auch die Zeitungen und Zeitschriften. Leider ist die österreichische Publizistik nur insofern berücksichtigt, als die süddeutsche Presse auch den Standpunkt des Hauses Habsburg-Lothringen vertritt. Es wäre wohl besser gewesen, mindestens ein paar wichtige Wiener Schriften zu Worte kommen zu lassen, da sie ja zum Teil die Quelle der großdeutschen Preßstimmen darstellen. —

Was die Einteilung der Arbeit betrifft, so ist es durchaus zu billigen, daß sie in drei größere, chronologisch aufeinander folgende Kapitel zerlegt ist, so daß die preussische Politik und die darauf bezüglichen Flugschriften vor dem Kriege bis zum österreichischen Ultimatum vom April 1859, während des Krieges und nach dem Kriege gesondert betrachtet wird. Weniger zu loben ist die Gruppierung der Broschüren in großdeutsche, kleindeutsche und preussische. Unter preussischer Publizistik versteht die Verfasserin Preßerzeugnisse, die von spezifisch preussischer Tendenz beherrscht werden, also allein das preussische Staatsinteresse im Auge haben, während die Kleindeutschen die Einigung Deutschlands mit Hilfe Preußens erstreben, auch unter Opfern des führenden Staats. Tatsächlich läßt sich dieser Gegensatz keineswegs durchführen, und die Verfasserin bringt unter den drei Rubriken alles mögliche unter, was nicht darunter gehört. Ich führe nur an, daß sie unter der kleindeutschen Gruppe eine Schrift von Engels bespricht, die die preussische Hegemonie ablehnt und ganz international gesinnt empfiehlt, die demokratischen Kräfte in Europa im Bunde mit den russischen Leibeigenen zusammenzufassen, und eine gleiche Schott's, der die kleindeutsche Idee für undeutsch erklärt und eine zukünftige deutsche Republik durch volle Preßfreiheit vorbereiten will. — Indessen ist diese Frage der Disposition für die Wirkung des inhaltreichen Buches nicht entscheidend. Die Anordnung eines zusammenfassenden Werkes über Publizistik ist so schwierig, daß man geneigt sein möchte, hierin weitgehende Nachsicht zu üben, wenn es dem Autor gelingt, mit seiner Darstellung zu fesseln. Leider hat die Verfasserin, die an sich die politischen Verhältnisse klar und gewandt darzustellen imstande ist, nicht immer die gefährliche Klippe umschifft, bei der Behandlung der zahlreichen Flugschriften trocken und einsörmig zu werden. Man wird dieser Gefahr vielleicht nur dadurch entgehen können, daß man die hervorragendsten Persönlichkeiten unter den Flugchriftenautoren in ihrer politischen Entwicklung verfolgt und deren Erzeugnisse demgemäß ausführlicher behandelt als die übrigen. An einigen Stellen hat die Verfasserin dies mit Erfolg durchgeführt. Es vollkommen zu erreichen, daran ist doch auch die nicht ganz geschickte Einteilung hinderlich gewesen. In jenen Tagen hingen — wie auch heute noch — die Auffassungen der äußeren Politik mit den innerpolitischen Ansichten so innig zusammen, daß dieser Zusammenhang als höchst lehrreich stärker hervortreten mußte.

Aus den vorhergehenden Ausstellungen, die der Berichterstatter etwas ausführlicher vorgetragen hat, weil diese Fragen methodisch wichtig sind, möge man nicht ein unvoreilhaftes Bild der Schrift gewinnen.



-- quartiere gelebt, zumeist in Warschau, das unter der scharfen Zucht des Belagerungszustandes einen äußerlich ruhigen und angenehmen Aufenthalt gewährte, trotz der Nebenregierung des polnischen Nationalkomitees, das sich hauptsächlich durch seine von den „Hängensbarmen“ ausgeführten Urtheile, d. h. gemeine Mordtaten, oder durch Veraubungen von Postkassen usw., d. h. gemeine Diebstähle, betätigte: „Der Pole findet sie erhaben, patriotisch usw.; wir haben jedenfalls andere Worte dafür“.

Von dem eigentlichen Aufstande, von den kriegerischen Vorgängen erfahren wir daher so gut wie gar nichts, sondern in der Hauptsache lernen wir die gesellschaftlichen Verhältnisse kennen, die in den Kreisen, die Berdy geöffnet waren, und in solcher gespannten Lage auch eines gewissen historischen Interesses nicht ganz entbehren. Mit den russischen Statthaltern in Polen, dem Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch und dessen Gemahlin Alexandra, Tochter des Herzogs Joseph zu Sachsen-Altenburg, dann dem Generalfeldmarschall Grafen Berg, gewann Berdy enge Fühlung. Des Großfürsten Mission, die ihm sein Bruder, der Zar, auferlegt, mit Wohlwollen und Milde die Herzen der Polen zu gewinnen, mußte bei dem Charakter der Polen scheitern, erst die drakonische Strenge Bergs schlug durch.

Merkwürdig wie die Namen der heute im Vordergrunde der russischen Regierungssaktion stehenden Männer auch damals hervortreten: der Generalpolizeimeister von Warschau hieß Trepoff, der Adjutant Bergs war ein Rittmeister v. Wahl, der in unseren Tagen Gouverneur von Wilna gewesen ist. Ebenso aktuell ist, was Berdy von den Zeitungsberichten über russische Zustände mit ihren maßlosen Übertreibungen erzählt; auch damals verfehlten russische Berichtigungen ihren Zweck: „die Zeitungen bringen eben nur, was ihr Publikum zu hören wünscht, brächten sie die Wahrheit, verlören sie die Abonnenten“.

Auch in Konstantinopel hat Berdy übrigens ähnliche Übertreibungen erlebt, als er im Jahre 1896 dort Augenzeuge einer Armenier-Revolution war: „Bei den angegebenen Zahlen der Ermordeten kann man häufig mindestens eine Null streichen und von den angeführten Tatsachen wenigstens drei Viertel in das Gebiet der Phantasie verweisen“. Zutreffend hebt Berdy die verderbliche Wirksamkeit der niederen polnischen Geistlichen, die notorisch Mordversuche vorbereitet haben, und den mangelnden Einfluß der höheren Geistlichkeit hervor, wie wir sie auch heute beobachten.

Der Eindruck der russischen Soldaten war auf Berdy ein vorwiegend günstiger: Frömmigkeit, Selbstlosigkeit und Hingabe bemerkt er an ihnen, und mit den russischen Offizieren trat er in ein so naheß Verhältniß, daß ihm der Wunsch erwuchs: „Möge ein gütiges Geschick auch in Zukunft uns auf den Schlachtfeldern als Waffenbrüder zusammenführen“. Dafür wäre freilich die Erfüllung der Fürbitte des Zaren Alexander II. vor allem zu wünschen, deren Ohrenzeuge Berdy im Herbst 1865 war: „Gott, erhalte mir mein treues Volk so, wie es ist!“

Von der Notwendigkeit für Preußen, seine Grenzen gegen jedes Übergreifen des polnischen Aufstandes auf sein Herrschaftsgebiet durch militärische Maßnahmen zu sichern, zeigt sich Berdy natürlich überzeugt. Um so erstaunlicher ist es, daß er den Entwurf der Alvenslebenschen



nutzen sind: nicht nur, daß mehrfach Einzelheiten unrichtig sind, daß so manche keineswegs unwesentlichen Details von Thiers nicht mitgeteilt werden, sondern man erhält auch aus ihnen infolge ihres entschieden apologetischen Charakters und der Selbstüberschätzung und Eitelkeit des Verfassers mitunter ein falsches Gesamtbild. Insbesondere hat Thiers bei den Friedensverhandlungen das diplomatische Spiel Bismarcks nicht durchschaut, hat nicht erkannt, wie dieser im Anfang nur deshalb übermäßige Forderungen stellt, um schließlich möglichst viel herauszuschlagen: er faßt vielmehr jedes Zurückweichen Bismarcks als eine Niederlage dieses und als einen persönlichen Sieg seinerseits auf, und dadurch bekommt man durch die „Notes et Souvenirs“ ein ganz verzerrtes Bild von der Rolle und Stellung Bismarcks in diesen Verhandlungen. — Die Untersuchung Künzels, deren Resultate als durchaus gesichert und einwandfrei zu bezeichnen sind, stellt ein wahres Muster in der Anwendung methodischer historischer Quellenkritik, wie sie unsere Wissenschaft bei den Autoren des Mittelalters erlernt, auf zeitgenössische Aufzeichnungen dar, und kann allen, die zu ähnlichen Arbeiten Lust haben — Stoff für solche ist ja in Hülle und Fülle vorhanden —, nur als Beispiel und Vorbild empfohlen werden. — Die zweite Abhandlung, die dartut, daß die Memoiren des Cardinal Bernis durchaus unglaubwürdig sind, daß dies in besonders hohem Maße für die in ihnen gegebene Darstellung der Entstehung der französisch-österreichischen Allianz gilt, ist zuerst in dieser Zeitschrift (Bd. 15 [1902] S. 117) veröffentlicht worden; es erübrigt sich daher, auf sie ausführlicher einzugehen. Walther Schultze.

**Dr. Freiherr von Mittnacht: Erinnerungen an Bismarck. Neue Folge (1877—1889). Stuttgart u. Berlin 1905, Cotta (80 S. 8°).**

Dem ersten Bändchen Erinnerungen an Bismarck hat der langjährige württembergische Ministerpräsident und Vertraute des ersten deutschen Reichskanzlers bald ein neues folgen lassen, das in der Öffentlichkeit, wie es scheint, nicht die lebhafteste Aufnahme gefunden hat wie das erste, das aber zweifellos das erste an Bedeutung noch weit überragt. Es ist so gespickt mit interessanten Mitteilungen, daß ein Referent in Verlegenheit gerät, was er daraus als besonders wertvoll hervorheben soll, weil eben jede Seite voll des interessantesten Materials steckt. Bedeutsame Schriftstücke Bismarcks, beachtenswerte Aufklärungen über kritische und wichtige Zeitabschnitte, wertvolle Angaben über das Verhältnis des Kanzlers zu hochgestellten Persönlichkeiten, zahlreiche feine Charakteristiken bedeutender Männer, sehr bezeichnende Äußerungen über den Parlamentarismus und die Parteien, eine Menge Mitteilungen über das Verhältnis des Reiches zu anderen Ländern und wieder eine ganze Anzahl Bismarckscher Bonmots wechseln darin in bunter Fülle. Vielleicht das Wichtigste sind die Auslassungen Bismarcks über die Krise im Spätsommer des Jahres 1879 (S. 16—22. 31/32). Aber kaum minder beachtenswert sind die vielen Erläuterungen zu dem Verhältnis des Kanzlers zum Kaiser, Kronprinzen und Ludwig II. Man fühlt wieder deutlich heraus, daß es ein Hauptbestreben des Meisters unter allen deutschen Staatsmännern gewesen ist, das 1870





heit und Anschaulichkeit Bismarcks Werden bis zu seinem Eintritt ins Ministerium vor. Wenn wir eine Reihe von Ausstellungen machen, so können diese den Wert des Werkes nur wenig beeinträchtigen. Die These, daß Bismarck vom Vater und seinen väterlichen Vorfahren wesentlich mehr gehabt habe als von der Mutter, wird beachtenswert begründet. Doch scheint uns der Verfasser das Erbteil von der Mutter zu gering anzuschlagen. Auch ist es doch wohl nicht zutreffend, daß die Rede Bismarcks vom 3. Dezember 1850 seine Berufung in den Bundestag bestimmt habe. Diese geschah doch wohl weniger in Hinblick auf seine darin bekundete österreichische Gesinnung als aus allgemeinen Erwägungen. Auch scheint es mir auf einer Verkennung des Bismarckschen Wesens zu beruhen, wenn Matter es (S. 325) auffällig findet, daß Bismarck sich sofort in der Wiener großen Welt zu bewegen mußte. Es scheint mir gerade charakteristisch bei diesem Junker zu sein, daß er von seiner Studienzeit an unverkennbar den Stempel des Weltmanns an sich trägt. Vielleicht ist gerade hierin auch ein Erbteil von der Mutter zu suchen. Man kann auch nicht sagen, daß Bismarck die Erniedrigung von Olmütz nicht gefühlt habe, wie M. S. 525 behauptet. Er hat sich gerade damals mit den Gerlach's heftig gestritten, weil er zuerst für Krieg war. Über die jüdenfeindliche Haltung Bismarcks im vereinigten Landtage hat M. nur einige spöttische Worte. Ihm als Franzosen geht wohl etwas das Verständnis für den tiefen Unterschied zwischen Germanentum und Judentum ab. Bei einem Franzosen ist es auch nicht verwunderlich, wenn er einige Unsicherheit in der Beurteilung der studentischen Verhältnisse an einer deutschen Universität zeigt (vgl. S. 25, 29). Bismarcks Schwager Arnim war nicht Graf (S. 14). Der Minister Rudolf Auerwald wird von M. mit seinem Bruder Alfred verwechselt (S. 78, 108). Lancizolle kann man nicht ein Mitglied der Opposition nennen (S. 72); er stand in engster Fühlung mit den Mitgliedern der Kamarilla. General Wrangel kann nicht Anspruch auf das Prädikat *spirituel* erheben. Jacobys Wort zu Friedrich Wilhelm IV. wird (S. 143) falsch wiedergegeben. Es muß „Wahrheit“ statt „Freiheit“ heißen. Eine verschwommene und dadurch falsche Ausdrucksweise ist es, wenn von Radowik gesagt wird *né en Saxe, mais depuis 1823 au service de l'armée allemande*. So weit ging es 1849 doch noch nicht mit der Einheitsbegeisterung, daß die Kleinstaaten auf ihr Dasein verzichten wollten, wie M. S. 162 sagt. Im Kyffhäuser „schläft“ nach der Sage Barbarossa (seit 1870) nicht mehr. Der Prinz von Preußen kam 1848 nicht mit reaktionären Gesinnungen aus London zurück (S. 162). Brandenburg kann man nicht die Hauptstadt der Mark nennen (S. 153). Der Donnersberg liegt nicht bei Bonn (S. 196). Ein Franzose ist leicht geneigt, Herzog Ernst von Koburg ernster zu nehmen, als er es verdient (vgl. S. 238). Bei der Quellenangabe ist mir aufgefallen, daß M. niemals Friedrich Meinede und Erich Mards zitiert, auch die Aufsätze von Jester über Bismarck und Rosers Aufsatz über Friedrich Wilhelm IV. am Vorabend der Märzrevolution kennt er anscheinend nicht. Ebenso nicht Bernhards Tagebücher, meine Skizze des Lebens König Friedrich Wilhelms IV. Doch im allgemeinen hat M. die Literatur mit feinem Verständnis und großer Gründlichkeit verwertet.







heit des Verstandes, ein zielbewußtes Streben, ein hoher Ehrgeiz der Pflichterfüllung, und eine unbedingte Hingabe an den Staat.

Er motiviert es einmal mit diesem völligen Aufgehen in seiner amtlichen Tätigkeit, daß er nicht beizeiten daran gedacht habe sich eine Familie zu gründen. Abneigung gegen das weibliche Geschlecht kann man ihm nicht nachsagen; die Gesellschaft edler und anmutiger Frauen war ihm immer Bedürfnis, aber zu einer wirklichen Neigung scheint es nur einmal gekommen zu sein, und diese Neigung blieb unausgesprochen, weil der kühle Kopf stark genug war, das warme Herz im Zaume zu halten. Die zarte Episode mit Laura Heinrich auf den Trothaer Felsen ist von novellistischem Reiz und höchst charakteristisch für den Autor. Sehr hübsch ist es, wie er die erste Begegnung mit seiner späteren Frau erzählt: er traf sie als Kind an der Hand ihres Vaters, seines Kollegen von Pommer Esche, im Tiergarten, „ein rosa Hütchen auf dem blonden Lockenkopf, mit großen braunen Augen munter in die Welt schauend“; 30 Jahre später ist sie — inzwischen vermählt und verwitwet — seine Gattin geworden.

Von dem Versuch, den reichen geschichtlichen Inhalt dieser Denkwürdigkeiten auch nur in den Hauptpunkten anzudeuten, muß ich hier Abstand nehmen. Was in dieser Beziehung geboten wird, ist eine Geschichte des Zollvereins und der preussischen Handels- und Gewerbepolitik von 1842—1867, das heißt in der Zeit, wo unter heftigen Krisen das Freihandelsprinzip zum Durchbruch gelangte und zugleich die Fernhaltung Österreichs sich entschied. Nur auf die letzten Verhandlungen mit Österreich wegen des Handelsvertrages, 1865, die schon oben als der Höhepunkt der Wirksamkeit Delbrücks in diesen Jahren bezeichnet wurden, mag hier noch ein wenig näher eingegangen werden. Es handelte sich namentlich um die Frage, ob der Art. 15 des Februarvertrages von 1853 erneuert werden sollte, der eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Eintritt Österreichs in den Zollverein in einer Frist von sieben Jahren in Aussicht nahm. In Österreich legte man großes Gewicht darauf, weil es eine Bürgschaft dafür zu enthalten schien, daß Österreich sich nicht aus Deutschland herausdrängen lassen werde. Rechberg hatte Bismarck auf den Konferenzen in Schönbrunn erklärt, daß geradezu sein Verbleiben im Amte von diesem Zugeständnis abhängig sei, da er sonst bei dem Ansturm der Schmerlingschen Partei das Vertrauen des Kaisers verlieren werde. Nun weiß man, wie viel Bismarck damals daran lag, daß Rechberg an der Spitze der österreichischen Politik blieb. Er riet daher, die Klausel aufzunehmen, obwohl man fest entschlossen war, den Eintritt Österreichs in den Zollverein, schon aus politischen Gründen, nicht zuzulassen. In diesem Punkte nun trat Delbrück dem leitenden Staatsmann entgegen; er verlangte die Streichung dieser Klausel, indem er darauf hinwies, daß durch ihre Aufnahme eine unklare Situation geschaffen werde, die künftig wieder zu ähnlichen Krisen im Zollverein führen könne, wie sie eben damals glücklich überwunden war; denn die allgemeine Opposition der Süddeutschen gegen Preußens Handelspolitik seit dem französischen Handelsvertrage beruhte zum großen Teil auf der Einwirkung Österreichs, das den Preußen nicht ganz mit Unrecht vorwarf,



sagen, keine andere Stadt der Mark, abgesehen von Berlin, kann sich einer so umfassenden, die politische, soziale und daneben auch architektonische Entwicklung gleichmäßig berücksichtigenden Darstellung ihrer Geschichte rühmen.

Zwei stattliche, vortrefflich ausgestattete Bände von zusammen nahezu 1900 Seiten liegen vor. Der erste enthält die Darstellung, der zweite Akten, Urkundenstücke und Anmerkungen nebst Ergüssen. Auf breiter und sicherer Grundlage ist das Werk erbaut. Gegen 12000 Aktenbündel der Zentral-Provinzial- und Lokalarhive sind von dem Verfasser in sorgsamster Weise durchforscht worden. Die unvollständige und zum Teil inkorrekte Geschichte Charlottenburgs von Ferdinand Schult hat G. dadurch weit in den Schatten gestellt. Die ältere Charlottenburgische Stadtgeschichte ist zum größten Teil zugleich auch Hofgeschichte. Ein besonderes Verdienst der G.'schen Arbeit ist, 85 Schreiben der Königin Sophie Charlotte, deren Briefe bis dahin als „archivalische Seltenheiten“ galten, im Archiv zu Hannover aufgefunden und für die Stadtgeschichte verwertet zu haben. Auch daß der Verfasser den im Archiv zu Dresden ruhenden literarischen Nachlaß des Zeremonienmeisters Johann v. Besser benutzt hat, ist dankenswert. Alle irgendwie nur erreichbaren Pläne und Bilder wurden sorgfältig zusammengetragen. Als besonders ergiebig erwies sich die musterhaft verwaltete Sammlung der Görig-Lübedschen Stiftung zu Berlin: ihr entstammt der älteste Originalplan der Charlottenburger Stadtmark aus dem Jahre 1719. Eine Hauptquelle für G. war ferner das Tagebuch des Oberpredigers Dressel, der in den Jahren 1778—1823 in Charlottenburg wirkte. Da der Verfasser außerdem noch Preßzeugnisse und Flugchriften benutzt hat und dazu fast die gesamte Literatur, mit Ausnahme freilich der grundlegenden Schriften von Paul und Andreas Voigt über Grundrente, Wohnungsfrage und Bodenbesitzverhältnisse in Berlin und Vororten, herangezogen und verwertet hat, so darf man wohl sagen: die Quellen sind ausgeschöpft und Gelegenheit zur Nachlese dürfte sich nur hinsichtlich der Baugeschichte des Schlosses bieten.

Von hohem Interesse ist die Baugeschichte des Charlottenburger Schlosses. Zuerst nur ein Landhaus, wurde es, sobald die Kurfürstin Sophie Charlotte nach Dankelmanns Sturz über mehr Mittel verfügte, von Schlüter ausgebaut; ausgezeichnete Illustrationen veranschaulichen das allmähliche Werden des Schlosses. Der Königin genügten die Bauleistungen nicht mehr. Schon 1702 wurde der Schloßbau von Cosander von Göthe fortgesetzt, der bereits damals von der Königin ihr „Oratel in allen Bauangelegenheiten“ genannt wurde. Es ist ein wahrer Genuß, die von Cosander herrührenden Entwürfe für die Erweiterungsbauten des Schlosses sowie auch für die später entstandenen städtischen Bauten zu betrachten. Wie wohlthuend wirkt ihre vornehme Einfachheit!

Eine fesselnde Schilderung entwirft G. von dem Liebenburg der philosophischen Königin: man lustwandelte in dem nach französischem Muster angelegten Schloßgarten, italienische Opern erfreuten mit ihrem süßen Wohlklang das Ohr, Maskeraden, Schlittenfahrten und Gartenfeste wechselten miteinander ab, und fröhlich wie ein Fisch im Wasser tummelte sich in diesem Leben und Treiben der Historiograph des Welfenhauses





entsehung, in anderen Städten sogar mit Inhaftierung endeten. Daß die alten städtischen Akten Charlottenburgs zum Teil verkauft wurden, ist auch ein Zeichen der Zeit. G. schließt mit einem Überblick über die großstädtische Entwicklung, die im Jahre 1877 einsetzte, als aus Ch. ein besonderer Stadtkreis gebildet wurde, und einer Schilderung der heutigen kommunalen Verwaltung. —

G.'s Darstellung ist äußerst gewandt, stets anregend; freilich ist er hie und da in den Fehler verfallen, wie das ja bei ad hoc geschriebenen Werken nur allzuverständlich ist, die Farben etwas stark aufzutragen oder sich von lokalpatriotischer Begeisterung fortreißen zu lassen. Die entschiedene Stärke G.'s liegt in den humorvollen Schilderungen kleinstädtischen Lebens (vgl. z. B. Kap. 13, „Im Pfarrhause“, ferner Kap. 23). G. scheut sich nicht, seinen politischen Überzeugungen, z. B. über die Notwendigkeit der Trennung von Kirche und Staat, offen Ausdruck zu geben (S. 432, S. 541). Es berührt etwas seltsam, wenn er ausführt (S. 508), die Studentenschaft der Charlottenburger Hochschule habe das eingewurzelte Vorurteil, als ob durch die Beschäftigung mit der Technik die ideale Gesinnung verkümmere, dadurch glänzend widerlegt, daß sie durch einmütigen Beschluß den konfessionellen Verbindungen die Daseinsberechtigung abgesprochen habe.

Doch das sind alles nur geringfügige Ausstellungen. Sicherlich hat der Oberbürgermeister Schustehrus sich ein unbestreitbares Verdienst dadurch erworben, daß er die Abfassung der „Geschichte“ angeregt und zur Ausführung Wilhelm G. außersehen hatte. Spatz-Schöneberg.

**Otto Behre: Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des königlichen statistischen Büreaus. Berlin 1905, Carl Heymanns Verlag.**

Am 28. Mai 1805 ist das Statistische Bureau begründet worden; es blickt also auf eine Geschichte von 100 Jahren zurück. Dieser Umstand hat die Veranlassung dazu gegeben, daß ein mit historischen Studien vertrauter Beamter dieser Behörde, Herr Rechnungsrat Behre, es unternommen hat, den Entwicklungsgang der preußischen Statistik bis zur Begründung des Büreaus darzustellen. Er hat darin einen bedeutenden Vorgänger gehabt: 1863 hatte Richard Boedth seine „Geschichtliche Entwicklung der amtlichen Statistik des Preussischen Staates“ geschrieben, die auch heute noch ihren Wert behält. Was der Verfasser des vorliegenden Buches über die Arbeit von Boedth hinaus bietet, das ist namentlich die Erweiterung nach rückwärts, über die ältere brandenburgische Territorial-Geschichte (denn Boedth beginnt erst mit der Zeit des Großen Kurfürsten), und daneben die Zusammenstellung einer Reihe von historisch interessanten und statistisch charakteristischen Tabellen, die in Boedth's kürzerer Darstellung fehlen, die aber gerade dem Historiker sehr willkommen sein werden.

Man kann ja zweifeln, ob es an sich nicht richtiger sei, wie Boedth es getan hat, die Geschichte der preußischen Statistik erst mit der Begründung des preußischen Gesamtstaats zu beginnen, und, wenn man schon einmal die territoriale Epoche mit hereinzog, ob dann nicht auch



zu sehr auf Bornhauf verlassen; so übernimmt er von ihm auch die irrtümliche Auffassung (S. 42), daß Joachim I. mit der Begründung der Hofrentei schon eine Trennung von Hof- und Staatshaushalt beabsichtigt habe, die dann freilich unter seinen Nachfolgern nicht zur Durchführung gekommen sei. Auch die Auffassung der Bedeutung des Geh. Rats ist zu einseitig durch Bornhauf beeinflusst worden (S. 44).

Den Hauptteil des Buches bildet der dritte Abschnitt, der vom Großen Kurfürsten bis zum Jahre 1805 reicht. Er ist nach Materien gegliedert: Finanzwesen; Kriegswesen; Bevölkerung; Landwirtschaft; Getreidepreise; Viehstand; Justizwesen; Kirchen- und Schulwesen; Bergbau-, Hütten- und Salinenverwaltung; Handwerk, Industrie und Handel. Die Reihenfolge ist etwas bunt; aber die Abgrenzung der einzelnen Kapitel ergibt sich aus der Natur des Stoffes; immerhin hätten vielleicht einige Gegenstände von allgemeiner Bedeutung in einem besonderen Kapitel zusammengefaßt werden können, wofür allerdings teilweise das Schlußkapitel mit seinem allgemeinen Rück- und Vorblick Ersatz bietet. Große Sorgfalt und ziemlich Vollständigkeit im wesentlichen können auch diesem Teile nachgerühmt werden, bei dem es sich um die Bewältigung eines sehr zerstreuten und spröden Materials handelt. Einige kleine Ausstellungen, die ich folgen lasse, sollen an diesem Gesamteindruck nichts ändern. Die allgemeine Situation ist S. 71 etwas schief charakterisiert. Von „vaterlandsloser Gesinnung der Stände“ dürfte man heute nicht mehr sprechen: es galt eben die Begründung eines neuen „Vaterlandes“ in Form des preussischen Gesamtstaates, das zunächst nur in der Idee des Großen Kurfürsten lebte; die Stände waren die „Patrioten“ alten Stils, ihre Parole war: Heimatpolitik, nicht Weltpolitik. — S. 82 und sonst mehrfach scheint es nach der Darstellung des Vf., als ob Hofstaatsklasse und Dispositionsklasse unter Friedrich d. Gr. verschmolzen gewesen seien; das war aber nicht der Fall: der Hofstaatsklassenrendant Buchholz hatte auch die königlichen Dispositionsgelder zu verwahren, aber diese blieben von den Geldern der Hofstaatsklasse stets getrennt. Daß gerade Buchholz neben dem König der einzige gewesen sei, der den Staatshaushalt im ganzen habe übersehen können, ist nicht zutreffend. Ihm fehlte namentlich die Kenntnis des Tresors, und wahrscheinlich auch die der großen Generalkassen. Eine solche generelle Übersicht könnte man wohl nur dem Minister Boden zuschreiben. — Dodo von Rynphausen, der Schöpfer einer geordneten Domänenverwaltung in Preußen, war noch nicht Fürst, sondern Freiherr (83). — Bei der Vollständigkeit, deren sich der Vf. sonst befleißigt, ist mir aufgefallen, daß die in dem politischen Testament des Großen Kurfürsten (1667) enthaltenen Zahlen nicht für die Feststellung der Armeestärke mit benutzt worden sind. — Daß Friedrich Wilhelm I. erst die Enrollierung eingeführt habe (S. 121), ist in dieser Fassung nicht zutreffend. — Besonders fruchtbar ist der Fleiß des Verfassers auf dem Gebiete der Bevölkerungsstatistik gewesen. Er hat zum erstenmal eine fortlaufende Nachweisung aller geborenen, getrauten und gestorbenen Personen von 1688—1806 aufgestellt und ebenso fortlaufende Bevölkerungstabellen von 1748—1806. Das Jahr 1748 hat aber noch eine größere Bedeutung für die preussische Statistik, als die eines Epochenjahrs für



der Wissenschaft, die das Material herbeischafft und bearbeitet, dessen diese bedürfen. Gerade der gegenwärtige Präsident des Statistischen Büreaus und Herausgeber dieser Festschrift betont, daß es für den Statistiker, der seine Aufgabe voll erfüllen und der Wahrheit der Tatsachen des Volks- und Staatslebens möglichst nahe kommen, sie richtig beleuchten will, nicht damit getan sei, dem Nationalökonom, dem Politiker zahlenmäßiges Material zur Verfügung zu stellen; daß er vielmehr, wie bei der Erhebung, so bei der Bearbeitung des Materials, selbst Nationalökonom und Politiker sein muß. In diesem Sinne hat man wohl auch — und nicht mit Unrecht — die statistische Zentralstelle als den Generalstab der Verwaltung bezeichnet; und der beständige Zusammenhang mit der Wissenschaft verleiht den Veröffentlichungen unseres statistischen Landesamts, auch rein theoretisch betrachtet, ein hohes Interesse. Wer daran noch zweifeln sollte, den wird die Einsicht in diese Festschrift eines besseren belehren. Sie demonstriert *ad oculos*, in welchem Maße eine preußische Staatskunde von den statistischen Arbeiten abhängig ist, und wie weit dieser Wissenszweig durch sie gefördert worden ist. Nicht bloß der Nationalökonom und der Politiker haben von dem Statistiker zu lernen, sondern auch der Historiker. Geschichte und Statistik sind die beiden sich ergänzenden Disziplinen, die zur wissenschaftlichen Erkenntnis einer politischen Gesellschaft führen. Nur der Historiker, der seinen Blick an der Statistik der neueren Epochen eines Staatswesens geschult hat, wird das rechte Augenmaß für die Auffassung der älteren, namentlich in Wirtschaft und Verwaltung, mitbringen.

Das Preußische Statistische Bureau ist, wie bekannt, auf eine Anregung Steins hin begründet worden und zwar in Anknüpfung an die statistischen Privatarbeiten eines Mannes, der vorzugsweis geeignet schien, der neuen Zentralstelle wichtige Dienste zu leisten. Das ist Leopold Krug, dessen 1805 erschienene „Betrachtungen über den Nationalreichtum des preußischen Staates und über den Wohlstand seiner Bewohner“ die Aufmerksamkeit des Kabinettsrats Beyme erregten und im Mai 1805 den Anstoß zur Begründung des Büreaus gaben\*), das aber erst im November wirklich ins Leben getreten ist. Der erste Direktor der Behörde wurde aber nicht Krug, sondern der Staatsrat und Professor J. G. Hoffmann (1810). Ihm ist in der Leitung des Statistischen Büreaus wie in der staatswissenschaftlichen Professur Wilhelm Dieterici gefolgt (1844 bezw. 1834, † 1859); dessen Nachfolger war der außerordentlich angeregte und anregende Ernst Engel, der ein besonderes statistisches Seminar als eine Pflanzschule für die amtliche Statistik begründete (1862) und an der Begründung einer deutschen statistischen Zentralkommission (Vereinigung der Einzelämter) mitwirkte. Er ist der Vorgänger des heutigen Präsidenten. Das Statistische Seminar war eine persönliche Schöpfung Engels und ist nach ihm wieder eingegangen. Die Verbindung mit der Universität wird heute durch die wissenschaftliche Mitarbeiterschaft Adolf Wagners hergestellt; an Stelle des Statistischen Seminars ist in gewissem Sinne seit einigen

---

\*) Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf eine Schrift über L. Krug hinweisen, die in diesem Heft (S. 283) besprochen wird.



**Dr. Gustav Röh** (Oberlehrer), Geschichte der Stadt Schwet seit 1772. Marienwerder 1904, C. Brückner. 50 Pf.

**Dr. Gustav Röh** (Oberlehrer), Die Verlegung der Stadt Schwet aus der Weichselniederung auf die Höhe am linken Schwarzwasserufer 1880—85. I. (Wiss. Beilage zum Jahresbericht des kgl. Progymnasiums zu Schwet a. W. Ostern 1905.)

**Theodor Fontane**, Fünf Schlösser. Altes und Neues aus Mark Brandenburg. 2. Auflage. Stuttgart u. Berlin 1905, Cotta's Nachfolger.

**Ernst Salzer**, Der Übertritt des Großen Kurfürsten von der schwedischen auf die polnische Seite während des ersten nordischen Krieges in Pusendorf „Carl Gustav“ und „Friedrich Wilhelm“. (Heidelberger Abhandlungen 6. Heft.) Heidelberg 1904, Carl Winters Universitätsbuchhandlung.

**Richard Mühlrad**, Die Politik des Bayreuther Hofes während des siebenjährigen Krieges. Münchener Dissertation 1905, Bayreuth, Ellwangen.

**Albert Waddington**, Le Grand Électeur Frédéric-Guillaume de Brandebourg 1640—1688. I. 1640—1660. Paris, Plon 1905.

**Dr. Joh. N. Arxschmar**, Die Entstehung von Stadt und Stadtrecht in den Gebieten zwischen der mittleren Saale und der Lausitzer Neiße. [Viertes Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, Heft 75.] Breslau, M. u. S. Marcus. 5 Mf.

**Dr. Karl Jacob** (Privatdozent der Geschichte zu Tübingen), Bismarck und die Erwerbung Elsaß-Lothringens 1870/71. Straßburg 1905, E. van Houten. 4,50 Mf., geb. 5,50 Mf.

**Fr. A. Wittichen**, Preußen und die Revolutionen in Belgien und Lüttich 1789—90. Göttingen 1905, Vandenhoeck & Ruprecht. 2,80 Mf.

**Gisler**, Allgem. Kulturgeschichte. [Webers Illustrierte Katechismen Bd. 91.] Leipzig 1905, J. J. Weber. 3,50 Mf.

**Derselbe**, Deutsche Kulturgeschichte. [Ebenda Bd. 253.] Leipzig 1905, J. J. Weber. 3 Mf.

**Viktor v. Kraus**, Deutsche Geschichte im Ausgang des Mittelalters (1438—1519). I. Bd.: Deutsche Geschichte zur Zeit Albrechts II. und Friedrichs III. 1438—1486. Stuttgart u. Berlin 1905, J. G. Cotta Nachf. [Bibliothek deutscher Geschichte.]

**Acta Borussica**. Die Briefe König Friedrich Wilhelms I. an den Fürsten Leopold zu Anhalt-Deßau. Bearbeitet von D. Krauske. Berlin 1905, P. Parey. 21 Mf.

**Dr. Max Immich**, weiland Privatdozent der Geschichte an der Universität Königsberg, Geschichte des europäischen Staatensystems von 1660 bis 1789. [Handbuch der mittleren und neueren Geschichte, hrsg. von G. v. Below und Fr. Meinede.] München u. Berlin 1905, R. Oldenburg. 12 Mf.

**Dr. Ernst Müsebeck**, Ernst Moritz Arndt und das kirchlich-religiöse Leben seiner Zeit. Tübingen 1905, J. G. C. Mohr (Paul Siebeck).

**v. Pelet-Marbonne**, Generalleutnant z. D., Friedrich Wilhelm der Große Kurfürst. [Erzieher des preussischen Heeres Bd. 1.] Berlin 1905, W. Behr. 2 Mf.

**W. v. Bremen, Friedrich der Große.** [Erzieher des preußischen Heeres Bd. 3.] Berlin 1905, B. Behr. 2 Mf.

**Lh. Carlisle, Friedrich der Große.** Gefürzte Ausgabe in einem Bande besorgt von Karl Linnebach. Berlin 1905, B. Behr. 8 Mf., geb. 10 Mf.

**Personhistorisk Tidskrift 1905.** [Svenska Autograf Sällskapet, Holger Rosman.] Häft 20, 3.

**Franz Wagner, Die Säkularisation des Bistums Halberstadt und seine Einverleibung in den brandenburgisch-preußischen Staat 1648—1650.**

**Dr. sc. pol. Richard Jodisch-Poppe, Die patrimoniale Verfassung und Verwaltung der Standesherrschaft Forst und Pförten nebst Beiträgen zu ihrer Sozialgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der gutherrlich-bäuerlichen und der lehnsherrlich-ritterschaftlichen Verhältnisse. Nach den Akten des gräflich Brühl'schen Archivs.** [Sonderabdruck aus den Niederlausitzischen Mitteilungen IX.] Guben 1905.

**Derselbe, Die Kriegsverfassung der Markgrafschaft Niederlausitz unter der böhmischen und sächsischen Landeshoheit.** [Desgl.] Guben 1905.

### **Preisaus schreiben.**

Die Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften wünscht eine wissenschaftliche Bearbeitung des Themas „**Geschichte des siebenjährigen Krieges in der Oberlausitz**“. Der Preis beträgt 500 Mark, dazu werden noch 32 Mark für jeden Druckbogen Autorengehalt bezahlt. Die Arbeiten sind in der bekannten üblichen Weise (Namen in verschlossenem Briefumschlag, Kennwort) bis zum 1. Januar 1908 an den Gesellschaftssekretär Professor Dr. Jecht in Görlitz einzuliefern.

Urkundliche Quellen zu der Arbeit sind reichlich in den Archiven der Oberlausitzer Städte, sowie im Hauptstaatsarchiv zu Dresden, auch sonst in Schloß- und Kirchenarchiven vorhanden. Es kommt hauptsächlich darauf an, die Sonderforschungen an die gesicherte Grundlage des Generalstabswerkes anzuschließen und eine streng wissenschaftliche Arbeit bleibenden Wertes zu liefern.



# Sitzungsberichte

des

Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg.

14. Dezember 1904 bis 7. Juni 1905.

---

1

### Sitzung vom 14. Dezember 1904.

Herr Dr. Stolze gab eine leider nur in Abschrift vorliegende Vorstellung der Berliner Lutheraner (Porst, Reinbeck, Gebicke, Roloff) vom 31. Dezember 1722 bekannt, in der sie um paritätische Behandlung mit den Reformierten in den Staaten Friedrich Wilhelms I. ersuchten. Sie wollten ein eigenes Kirchendirektorium haben, wie es die Reformierten erst unter diesem Könige erhalten hatten, ihre Inspektoren sollten von dem Kolloquium mit dem reformierten ersten Hofprediger befreit sein, ihre Kandidaten von ihnen allein geprüft werden; ferner wünschten sie neben dem kleinen Katechismus Luthers auch seinen großen gebrauchen zu dürfen, eigene Zensur der lutherischen Schriften, Wiedergabe der den Lutheranern abgenommenen Kirchen und freie Predigt über die Gnadenwahl. Der Vortragende wies darauf hin, daß alle diese z. T. sehr weitgehenden Wünsche wohl im Hinblick auf den gerade von Preußen Anfang 1722 durchgesetzten Beschluß im Corpus Evangelicorum geäußert wurden, wonach eine gewisse Union zwischen beiden protestantischen Bekenntnissen im Reiche hergestellt werden sollte. Er stellte ferner fest, indem er soweit möglich verfolgte, wie den einzelnen vom König im ganzen sofort abgelehnten Wünschen der Lutheraner Rechnung getragen wurde, daß von einer paritätischen Behandlung beider Konfessionen unter Friedrich Wilhelm I. nicht die Rede sein kann. Der König bemühte sich auch weiterhin, dem reformierten, stärker antilatholischen Wesen in seinen Landen Eingang zu verschaffen.

Herr Prof. Droyßen teilte einige Briefe Friedrichs des Großen und ein Schreiben von Herzberg vom 16. August 1786 an den Prinzen von Preußen mit und machte weiterhin darauf aufmerksam, daß die Originalausgabe des Briefwechsels zwischen Friedrich dem Großen und Suhm des ersteren Briefe in eine stark überarbeitete



Schmargendorf ('s Martgrafendorf, wahrscheinlich ebenso Schmarfendorf), Schreibersdorf, Speierdorf (zu Speier) und Zinndorf (zu Kloster Zinna) sind die Besitzer angegeben. Die betreffenden Personennamen finden sich in: Förstemann, Altdeutsches Namenbuch (Teil Personennamen) und besonders in: Winkler, Onomasticon Frisicum (3. Band zum friesischen Wörterbuch von Dijkstra).

2. Die märkische Endung -in in Ortsnamen ist nichts weiter als eine lokale Schwächung der altgermanischen Endung -ing oder -ingen, wie sie nach v. Hammerstein-Vortzen (Der Bardengau) im Bardengau an Personennamen zur Bildung von Ortsnamen angehängt worden ist.

Im Bardengau gründete z. B. Bero Beringen, Eder Everingen, Eio Ehingen, Fal Belingen, Ebbe Ebbinghen, Greving Greving, Glubing Glubinghe. Die Personennamen nehmen in der Roseform vielfach die Endung -le, -ke oder -t an. Aus Haro und Bero werden so Harle und Berle, und diese gründen die Orte Harling und Berling.

Rechts der Elbe geschah dasselbe, nur daß hier bald zu der ursprünglichen Form auf -ing die zu -in abgeschwächte Endung tritt. So finden sich hier in Urkunden die von den Männern Idse oder Edse, Gelle, Kale, Land, Regelo, Fal oder Bele und Bed gegründeten Orte in zweifacher Form als Itsing oder Ehin im Havellande, Gellingen und Gellin in Pommern, Raling und Rallinichen bei Boffen, Landingen und Landin im Havellande, Regling oder Reuchling und Reglin bei Neu-Ruppin, Beling und Belin oder Belen bei Plaue und endlich Beding und Beddin in der Neumark.

Die sämtlichen Ortsnamen der Mark auf -in lassen sich zwanglos auf Personennamen zurückführen, die durch Förstemann und Winkler bezeugt sind.

In den Namen auf -thin entspricht diese Endung dem alten thun = Zaun.

3. Die Ortsnamen auf -itz sind die Genitive der in ihnen enthaltenen Personennamen. Beweis: Eduard Otto Schulze hat in seinem Werke „Die Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe (Leipzig 1896)“ die Tatsache veröffentlicht (S. 147), daß vor 1190 ein Ritter Conrad (Spanfel) ein nach ihm benanntes Dorf Cunradesdorf gründete, das ein wenig später als Conradi in Urkunden erscheint, und daß ähnlich die Ortsnamen Rambolitz, Berntitz, Albertitz aus Ramboltisdorf, Berntesdorf, Albertesdorf entstanden sind. Alle märkischen Ortsnamen auf -itz, mit Ausnahme der auf -witz, lassen sich zwanglos auf Personennamen zurückführen, deren Genitive sie sind.



mann und der erste Teil der von Dr. Vorberg bearbeiteten Kirchenbücher-Enquete (Superintendentur Berlin). Die zweite Hälfte des Buchschen Tagebuches ist im Manuskript vollendet und wird in den nächsten Monaten zum Abdruck gelangen. Von den Grundkarten, herausgegeben von Professor Dr. Kretschmer, sind jetzt im ganzen 15 Doppelsektionen erschienen (zuletzt Wriezen—Fürstenwalde und Kroßen—Sommerfeld); die Arbeit naht sich ihrem Ende, wird aber wegen der besonderen Schwierigkeiten bei den Grenzsektionen, die noch fehlen, jetzt wohl etwas verlangsamt werden. Gleich nach Abschluß des Grundkarten-Unternehmens wird dann hoffentlich der historische Atlas für die Provinz Brandenburg in Angriff genommen werden können. — Die Bearbeitung der Regesten der Markgrafen von Brandenburg durch Herrn Dr. Rabbo und die Sammlung und Verarbeitung der Akten für die zweite Serie der Stände-Publikation durch Herrn Professor Dr. Friedensburg haben guten Fortgang genommen. Von der unter Leitung von Herrn Professor Pieper stehenden Publikation der Märkischen Chroniken wird das erste Heft wohl bald in Druck gegeben werden können. Die Arbeit für das Urkundenbuch zur Reformationsgeschichte der Mark hofft Herr Lizentiat Dr. Graebert im nächsten Jahre energisch fördern zu können. — Über die Aufnahme von zwei neuen Arbeiten zur Geschichte der Mark Brandenburg im Mittelalter und im 16. Jahrhundert in das Programm des Vereins sind die Verhandlungen des Arbeitsausschusses noch nicht abgeschlossen.

In der Sitzung zirkuliert die neue Vereinsmatrikel, die in verkürzter Form am Ende dieses Protokolls zum Abdruck gelangt.

Sodann folgten die wissenschaftlichen Vorträge. Herr Dr. Stolze wies aus den in den Acta Borussica Behördenorganisation, Band III abgedruckten Akten zur Gründung des Generaldirektoriums, ferner aus den Akten, die über die Kombination der Kommissariate und Kammern erhalten sind, und aus der Geschichte der neuen Behörden, schließlich aus nicht veröffentlichten Akten aus der zweiten Hälfte des Jahres 1722 nach, daß die Verhältnisse in der Provinz Minden-Ravensberg, speziell in Tecklenburg und Bingen beim König den letzten Anstoß zur Vereinigung von Generalfinanzdirektorium und Generalkriegskommissariat gegeben haben. Im Jahre 1722 arbeitete dort eine Domänenkommission (Rochow, Thile) und Durham. Dieser sollte die Akzise einführen, obwohl er sich schon einmal wegen der Unrentabilität dagegen ausgesprochen hatte; er wollte, um wenigstens einigen Nutzen davon zu erzielen, die Brauhäuser und Branntweinbrennereien zu den





in der anderen Depesche eine geistvolle Charakteristik des damals etwa 19<sup>1/2</sup> Jahre alten Kronprinzen von Preußen findet. Eine von Carisien Mitte Oktober 1780 berichtete Anekdote über eine Äußerung Friedrichs d. Gr. bei der ersten Besichtigung der neuen Berliner Königl. Bibliothek erscheint keineswegs unglaubwürdig. Im übrigen ergibt sich aus den Relationen Carisiens mit Bestimmtheit, daß er zu den aufrichtigen Bewunderern des großen preußischen Königs gehörte. Freilich sind die böswilligen Gerüchte über den letzteren, die ein Teil der preußischen Hofreise seit 1780 geflüßentlich verbreitete, auch von ihm bisweilen geglaubt und weiterberichtet worden.

---

### Sitzung vom 8. Februar 1905.

Generalleutnant z. D. von Bardeleben sprach über das Kriegswesen in der Mark Brandenburg zur Zeit von Kurfürst Joachim I. (1499—1535). Der Vortragende wies in der Einleitung seiner Mitteilungen auf diese für die Entwicklung des Kriegswesens so bedeutsame Zeit hin, schilderte den gewaltigen Umschwung, welcher sich durch die immer größere Ausnutzung des Schießpulvers für den Kriegsgebrauch um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts darin vollzog. Die Feuerwaffen verdrängten Speiß und Schwert, der geharnischte Ritter, auf schwer gewappnetem Roß, der sonst die Schlachtfelder Europas beherrscht hatte, wird vom Fußknecht verdrängt, das Landsknechtstum macht den Lehnendienst entbehrlich. Die Mark Brandenburg gehörte zu den wenigen deutschen Ländern, in denen das Söldnertum erst allmählich und ziemlich spät Eingang fand. Kurfürst Joachim I. griff, wenngleich er auch vielfach Söldner in Dienst nahm, doch während der ganzen Dauer seiner Regierung immer wieder auf den Lehnendienst zurück und forderte wiederholt bei drohender äußerer oder innerer Gefahr die Landesdefensive.

Der Vortragende zeigte dann die Kriegsrüstungen und die Kriegsbereitschaft des Adels, der Prälaten, Stifter und Städte eingehend an der Hand zahlreicher Beispiele, die meist den Lehnstropiarien des hiesigen Geh. Staatsarchives entnommen waren, und gedachte der großen Verdienste, welche Joachim I. sich um die Wehrkraft seines Landes erwarb, indem er sowohl für die Kriegstüchtigkeit des brandenburgischen Kriegsvolks orgte als auch unausgesetzt sein Augenmerk auf die Wehrfähigkeit der Städte richtete.



de mon temps, die bisher nach einer, wie sich jetzt herausstellt, ungenauen und unvollständigen Abschrift bekannt waren, und das bis dahin völlig unbekannt gebliebene, sehr charakteristische Avantpropos zu diesen Memoiren, das schon an sich interessant, durch die Vergleichung mit den Vorreden von 1746 und 1775 noch an Interesse gewinnt.

Graf Ernst zur Lippe-Weissenfeld machte Mitteilungen: 1. über das emfuge, sorgfältige Arbeiten des Professors Preuß, als Verfasser von Feldmarschalls-Biographiestizzen im Militär-Wochenblatt vor ca. 70 Jahren. Ein Volumen aus des Verfassers Nachlaß wurde dieserhalb vorgelegt. 2. von einer noch unbekannten Äußerung König Friedrich Wilhelms I., dem man als Grundherrschaft von Königs-Wusterhausen vorgeschlagen, einen kleinen Nachbar durch Kauf zu nötigen, auf den Besitz einer Grenzparzelle zu verzichten. Der König aber antwortete: „Da würde er (der benachbarten Kleine) mir schmälen!“ König Friedrich Wilhelm I. unterließ hier ebenso wie sein Thronfolger — der tatsächlich nie vom Sansjoui-Windmüller mit dem Kammergericht bedroht worden —, einen Nachbar zu kränken, der ruhig auf seiner Scholle und bei seiner gewohnten ehrlichen Erwerbstätigkeit belassen werden solle. *Suum cuique!*

Oberlehrer a. D. Rudolf Grupp sprach über die „terrae“ oder „Länder“ der Mark, die vielfach den geronischen Burgwarden entsprechen, von den durch Albrecht den Bären eingerichteten Vogteien aber unabhängig sind. Er gab die Erklärung der Namen dieser Länder und führte gegen Niedels Behauptung, daß es slawische Edle von Friesack noch im 13. Jahrhundert gegeben hätte, in Besprechung der fraglichen Urkunden aus, daß diese Behauptung keine urkundliche Stütze fände.

Nach Besprechung der voraslanischen Länder- und Völkernamen der Mark wies er auf die falschen Schlüsse hin, die aus der Annahme slawischer Herkunft märkischer Ortsnamen hervorgegangen seien, und behauptete, daß Köppenitz und Niemed z. B. nicht vom slawischen copan und njemu, sondern von den deutschen Personennamen Koppin und Neming ihre Namen führten, da ihre älteren Formen Koppening und Neming lauteten und die Köppenitzsche Heide urkundlich einfach Koppensche Heide genannt wird.



gang der ursprünglich öffentlichen Dienste auf die weltlichen Grundherren kann wenigstens in dem Maße, wie es meist angenommen wird, für die Vermehrung der Ritterhufen und für die Ausbildung größerer Güter kaum entscheidend gewesen sein, denn nach dem Landbuche sind die Inhaber selbst größerer Ritterlehen keineswegs regelmäßig zugleich im Besitze von Gericht und Wagendiensten; auch das umgekehrte Verhältnis, Besitz öffentlicher Leistungen ohne Besitz von Lehen, findet bisweilen statt. Im ganzen zeigt die Entwicklung fast in jeder Landschaft ihre besonderen Züge, so daß eine einheitliche Beantwortung der hier auftauchenden Fragen nur in beschränkten Grenzen möglich sein dürfte.

Herr Geh. Archivrat Dr. Bailleu machte, im Anschluß an eine über das Großbeeren-Denkmal kürzlich entstandene literarische Erörterung, Mitteilungen aus den Berichten des russischen Militär-Bevollmächtigten bei der Nordarmee im Herbst 1813, Pozzo di Borgo. Insbesondere ergab sich aus einem vertraulichen Schreiben Pozzos an den Grafen Nesselrode vom 7. September 1813, daß die von preussischer Seite gegen das Verhalten des schwedischen Kronprinzen Bernadotte erhobenen Anklagen bereits damals allgemein verbreitet waren und auch von seiten des russischen Bevollmächtigten wie von seiten vieler Schweden selbst als durchaus berechtigt anerkannt wurden. Anderseits rühmt Pozzo lebhaft „die Tapferkeit, Intelligenz und Standhaftigkeit“ der preussischen Truppen und das ruhmvolle Verhalten der Generale Bülow, Tauenzien und Borstell.

---

### Sitzung vom 10. Mai 1905.

Zu Beginn der Sitzung wurde die statutenmäßige Vorstandswahl vorgenommen. Die Herren Schmoller, Bailleu, Erhardt und Ischirch wurden zu ihren bisherigen Stellen (als Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, Bibliothekar, Beisitzer) wiedergewählt; zum Schriftführer wurde Herr Hinzke, zum Beisitzer Herr Kammergerichtsrat Dr. Holke gewählt. An die Stelle des aus Gesundheitsrücksichten ausscheidenden Herrn Geh. Archivrat Dr. Hegert wurde Herr Archivrat Dr. Rohmann zum Rentmeister gewählt.

Sodann sprach Herr Major Friedrich über Bernadotte und die Schlacht von Dennewitz.

Es gibt unter den geschichtlich hervorgetretenen Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts kaum eine zweite, die bei Mit- und Nachwelt









Avant-Propos und Fragmente dieser ersten, lange Zeit verschollenen Redaktion sind aus dem Nachlaß Voltaires kürzlich in Petersburg aufgefunden. Es läßt sich nachweisen, daß Voltaire diese Fragmente zwischen dem 1. und 9. September 1743 in Potsdam von Friedrich erhalten hat, daß er mindestens die drei ersten Kapitel und den Schluß gelesen hat, obwohl der König das Werk ursprünglich niemand zeigen wollte. Nach Einteilung und Inhalt stand die erste Redaktion der zweiten recht nahe. — Die schon mehrfach erörterte Frage, ob diese erste Redaktion von 1742/43 nicht nur der zweiten von 1746 zugrunde lag, sondern auch bei der letzten von 1775 benutzt worden ist, muß nach Ansicht des Referenten in Übereinstimmung mit Roser (S. 3. 52, 385 ff.) verneint werden; nirgends ergeben die neuen Fragmente eine Benutzung der ersten Redaktion bei der letzten; die Einwände von Max Lehmann (S. 3. 62, 193 ff.) sind hinfällig, da corrigé . . . sur l'original de mes mémoires de 1741 et de 1742 nach friedrizianischem Sprachgebrauch nicht: „(an einzelnen Stellen) mit Hilfe des Originals meiner Memoiren von 1741 und 42 korrigiert“, sondern: „umgearbeitet auf Grundlage des Originals meiner Memoiren über 1741 und 42“ (also der Redaktion von 1746) bedeutet. Höchstwahrscheinlich ist die erste Redaktion der H. d. m. t. schon im November 1763 zusammen mit Teilen der Geschichte des Siebenjährigen Krieges durch einen Unfall verbrannt.

Endlich wurde die Frage aufgeworfen, ob Roser (Friedrich der Große II, 623 f.) im Gegensatz zu Ranke (Werke XXIV, 118) recht hat, wenn er die Geschichtswerke Friedrichs, abgesehen von den Mémoires de Brandebourg, für eine Art politischer Testamente erklärt, die nur für die Nachfolger bestimmt gewesen seien und nie veröffentlicht werden sollten. Roser stützt sich vor allem auf einen Brief an Maupertuis vom Juli 1752, in dem Friedrich erklärt, das politische Testament, mit dessen Abfassung er damals beschäftigt war, solle, wie seine älteren Geschwister, zu ewiger Verborgenheit verurteilt sein; Roser versteht unter diesen „älteren Geschwistern“ die Memoiren zur Zeitgeschichte. Der Vortragende glaubt dagegen unter diesen älteren Geschwistern entweder verlorene ältere Testamente oder die drei Haus- und Nachfolgeverträge vom 24. Juni, 11. und 14. Juli 1752 verstehen zu dürfen (Preuß I, 449), die Bestimmungen über die Erbfolge trafen, auf Friedrichs Wunsch geheimbleiben sollten und kurz vor dem Abschluß des politischen Testaments (27. August 1752) unterzeichnet wurden. Es sei auch von Friedrich in keinem seiner Testamente die Veröffentlichung seiner Geschichtswerke verboten worden.









